

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

Linke Mehrheit – aus der Traum?





Vor 100 Jahren gestorben -
Marx heute erledigt? Das ist das
Schwerpunktthema im neuen UMBRUCH.

Quarks Jens Scheer schreibt über
Grundlagen und Grundfragen
der modernen Physik.

Außerdem im März-Heft: Neues über
die "alte" Ostermarschbewegung /
Musils "Mann ohne Eigenschaften".
Eine Annäherung / Kreuzberger Kiez

in Öl: Der Berliner Maler Eddi Behn.

Der UMBRUCH? Eine marxistische Zeit-
schrift für Kultur und Wissenschaft.
Einmal im Monat, vielseitig und gut
aufgemacht.

Wer mehr wissen will: Für 1,40 in
Briefmarken gibt's das "Info-Paket"
mit Probeheft etc. vom UMBRUCH,
Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt.
Also: Ab geht die Post!

IN DIESEM **Kommune** HEFT...

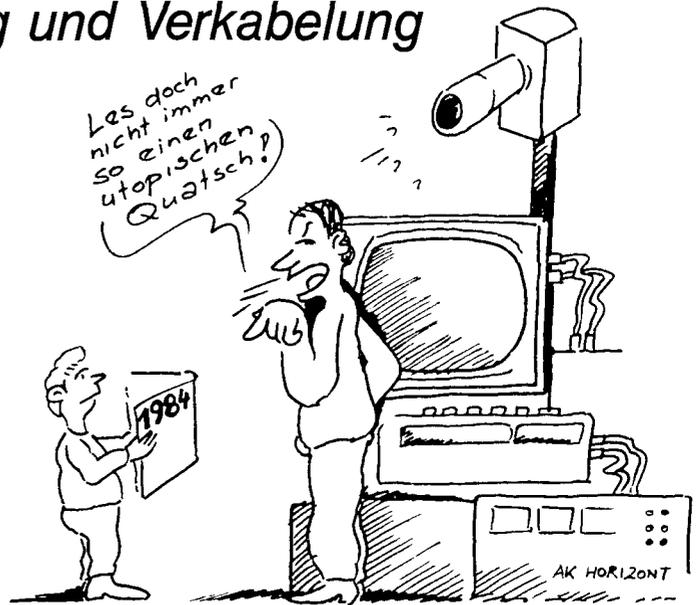
Zu Wählerbeschimpfung kein Anlaß	5
<i>Kommentar</i> : Städte als Ausgangspunkt	7
<i>acht aus vierundfünfzig</i> : Vorstellungen der grünen Bundestagsfraktion	8
<i>Hendrik Auhagen</i>	8
<i>Marie-Luise Beck-Oberdorf</i>	9
<i>Dieter Burgmann</i>	9
<i>Joschka Fischer</i>	10
<i>Erika Hickel</i>	12
<i>Hubert Kleinert</i>	14
<i>Christian Schmidt</i>	16
<i>Antje Vollmer</i>	17
<i>Kommentare</i> :	
<i>Arno Klönne</i> : Zurück zu Adenauer?	11
<i>Jo Müller</i> : In the Ghetto?	13
<i>Jan Kuhnert</i> : Hessen nach der Bundestagswahl	15
Mühsamer Weg zu einem alternativen Stahlrahmenkonzept	20
Der saure Regen unterm Schutz des Paragrafenwaldes	24
Bremen – alles anders?	27
<i>PLO</i> : Türen wurden nicht dichtgemacht	30
Interview mit Abdalla Frangi	
Der afghanische Widerstand bleibt spontan	34
<i>Kommentar</i> : Weltkrise schnürt Spielraum der Blockfreien ein	35
<hr/>	
Schwerpunkt	
Vom Umgang mit den Neuen Medien: Kommunikation statt Distribution	37
Statistik ja, aber kein Zugriff auf die Individualdaten	45
<i>Kommentar</i> : Kommissar Volkszähler ermittelt	47
<hr/>	
Dokumentation	
<i>Pierre Kende</i> : Die Normalisierung Ungarns nach 1956	49
<i>Solidarność Heute</i> : Programm der Provisorischen Koordinierungskommission	53
<hr/>	
Feuilleton	
„Schon mit eurem Thema macht ihr euch lächerlich“ Anmerkungen zum Bericht der Jugend-Enquête-Kommission	57
Marx pro und contra, Aktualität, Aktualisierung	62
<i>Kommentar</i> : Das Engelmann-Syndrom	64
<hr/>	
Rubriken	
Editorial	4
Impressum	4
Wirtschaft & Soziales	18/19
Gewerkschaften	22/23
Internationales	36
Rezensionen	65
Zeitschriften, Termine	66

Wende ins Schwarze. Was nun?

Ausführlich kommen Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion zu Wort. Kommentare haben neben der Redaktion *Arno Klönne*, *Jo Müller* und *Jan Kuhnert* geschrieben. Arno Klönne als älteren Linken hatten wir gefragt, ob es jetzt zurück in die frühen Jahre der BRD geht, Jo Müller Grüner aus Bremen, befürchtet eine Isolation vom Land, Jan Kuhnert äußert sich zu den Auswirkungen der Bundestagswahlen auf Hessen. *Joscha Schmierer* meint, daß sich die Linke angesichts des Wahlergebnisses an die eigene Nase fassen muß. **S. 4—17**

Erfassung und Verkabelung

Manchmal wird die Gefahr der Technik und die Hilflosigkeit der Menschen doch ein bißchen einseitig gesehen. Die Einschaltquoten des Fernsehens gehen zurück. Auch das Kabelfernsehen muß erst mal eine oder einer einschalten. Aber ums Fernsehen geht es bei der Verkabelung bloß in zweiter Linie. Vor allem sollen die neuen Kommunikationstechnologien den Reproduktionsprozeß des Kapitals beschleunigen und verbilligen. *Gerd Heinemann* geht einem in der Linken nicht unumstrittenen Thema nach. Mit dem Boykott der Volksbefragung gleich alle statistischen Erhebungen zu verwerfen, wäre verfehlt. In einem Artikel der *Gruppe ALSO* wird die Problematik von statistischer Erhebung und Bespitzelung des einzelnen erörtert. In einem Kommentar legt *Friedemann Bleicher* dar warum wir den Boykott der bevorstehenden Volksbefragung unterstützen. **S. 37—48**



Ungarn 1956 und Polen 1983

Ungarn ist nach der Niederschlagung des Aufstands 1956 „normalisiert“ worden. Was das hieß und wie es vor sich ging, untersucht *Pierre Kende*. Wie sich die *Solidarność* den planmäßigen Widerstand gegen das auf Dauer gestellte Ausnahmeregime denkt, wird in einem jüngst veröffentlichten Aktionsprogramm des Koordinationskomitees der *Solidarność* dargelegt. **S. 49—56**

Langeweile ist für die nächste Zeit kaum zu befürchten. Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen wird der Ruf der künftigen Minister nach Opfern immer vorlauter. Das erste Mal hätte eine Regierungskoalition schon vor den Wahlen klar gemacht, was sie den Wählern abzuverlangen gedenke, war ein ständig wiederholter Wahlslogan Kohls. Aber die Regierungsparteien haben noch genug Folterinstrumente im Sack, die sie erst jetzt vorzeigen. Es sei ja alles noch Stückwerk, meint Strauß. Ein ganzheitlicher Plan, wie das Fell abgezogen werden soll, müsse erst noch erarbeitet werden. Einstweilen bekommt die IG Metall schon zu spüren, wie sichtbare Opferbereitschaft die Kapitalisten erst recht ermutigt, zusätzliche Opfer einzutreiben. In der nächsten Nummer der *Kommune* werden wir über die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen und der Regierungsbildung berichten können. Stationiert werden soll auf jeden Fall.

Für Überraschungen ganz unerwarteter Art scheint die grüne Bundestagsfraktion gut zu sein. Der Hang zum „Wertkonservativen“ hat doch einige merkwürdige Vögel angezogen. In der Bundesrepublik sind ja schon viele hohe Ämter mit alten, freilich immer unschuldigen Nazis besetzt worden. Daß ausgerechnet der Einzug der Grünen in den Bundestag fast ein, freilich geläutertes, früheres NSDAP und SA-Mitglied auf den Sitz des Alterspräsidenten gebracht hätte, wäre ein Novum gewesen. Immerhin ist uns das dank *ap* und dann doch auch der Grünen selber erspart geblieben. Leute, die Bescheid gewußt haben, sollten vielleicht doch vorzeitig rotieren, und zwar tief an die Basis.

Auf die Ergebnisse der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein gehen wir in diesem Heft nicht mehr ein. Gegenüber den Bundestagswahlen haben sie keinen Trendwechsel gezeigt, wohl aber daß weder die Position der FDP noch die der Grünen nach den Bundestagswahlen gefestigt ist. Selbständigkeit gegenüber der SPD werden die Grünen weder durch Umarmungsfurcht noch durch enttäushtes Gezeter darüber, daß die SPD die Arme hängen läßt, erreichen können. Die nächsten vier Jahre werden wahrscheinlich darüber entscheiden, ob es gelingt, eine linke Konzeption für den Weg aus der Krise zu erarbeiten, der das Parteienspektrum von links her polarisiert. Jetzt klumpt scheinbar alles noch in der Mitte zusammen, während die Reaktion bereits drastisch praktiziert wird.

Für die notwendige Arbeit und Debatte braucht es Formen und Foren. Eine der Formen wird die Grüne Bundestagsfraktion sein und die Partei der Grünen. Als ein unabhängiges Forum verstehen wir die *Kommune*. Gleichzeitig sehen wir die Politik der Grünen als Sache der ganzen Linken und als unsere eigene Sache an. Deshalb haben wir uns bemüht, in unserer Behandlung der Bundestagswahlen einige der Auffassungen innerhalb der grünen Bundestagsfraktion vorzustellen, haben aber aus unserer eigenen Auffassung keinen Hehl gemacht. Daß es da einige Differenzen gibt, zieht sich durchs ganze Heft.

Ein Fehler aus dem Februar-Heft in Jan Kuhnerts Artikel müssen wir berichtigen. Er hat die Pointe gekostet. Im letzten Abschnitt muß es heißen: „Dann stehen auch *Große Koalition* oder (vorge schaltet) Neuwahlen in Hessen an.“

Wie in den ersten drei Nummern wollen wir auch in den nächsten Heften je weils bestimmte Schwerpunkte setzen. Dafür haben wir eine lockere Planung. An welche Schwerpunkte wir denken, teilen wir hier mit, um allen Interessierten die Mitarbeit zu erleichtern. Folgende Schwerpunkte planen wir für die folgenden Hefte dieses Jahrganges:

● Debatte über Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnisse, u.a.

Auseinandersetzung mit den Thesen Willfried Maiers aus der Januarnummer der *Kommune*.

- Ausdehnung der Erwerbstätigkeit – Weg der Frauenemanzipation?
- Entwicklung des Weltwährungssystems, internationale Kreditverhältnisse.
- Rolle der Kommunen in der bürgerlichen Staatsordnung und als politische Formen der Emanzipation der Arbeit, Auseinandersetzung mit neueren Ansätzen der Staatstheorie.
- Abrüstungspolitik, alternative Verteidigung und Kampf für Blockfreiheit. Braucht die Linke ein eigenes Ab- und Umrüstungskonzept oder reicht es, gegen Atomwaffen zu sein?
- Zusammenstoß des Kapitalismus mit den Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen der Dritten Welt. Innere Faktoren der Entwicklung der Dritten Welt.
- Krise des sowjetischen Staatsmonopolismus. Widersprüche im osteuropäischen Herrschaftsbereich der Sowjetunion.
- Linksregierungen in Westeuropa. Erfahrungen und Einschätzungen.
- Kritik des Sowjetmarxismus und anderer „Marxismen“
- Entwicklung des Sozialismus in der VR China.
- Fortsetzung der Debatte um eine politische Ökonomie der Arbeit und ihre Formen im Anschluß an den Artikel von Joscha Schmierer in der Januarnummer der *Kommune*.

Für all diese Schwerpunkte, wie überhaupt, freuen wir uns vor allem auch über unangeforderte Manuskripte und Zuschriften.

*

Die Redaktion der Kommune führt regelmäßig zwischen zwei Nummern eine öffentliche erweiterte Redaktionssitzung durch. Diesmal findet sie am Donnerstag, dem 31. März, um 20.00 Uhr in der Mainzer Landstraße 147 statt. Es wird die Märznummer und die weitere Redaktionsplanung besprochen.

Impressum *Kommune*. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift **Herausgeber:** M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegner, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla **Redaktion:** M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer **Gestaltung:** M. Ackermann **Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder** **Adresse der Redaktion:** Kommune-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d **Verlag und Anzeigenverwaltung:** Kühl Verwaltungs GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147 6000 Frankfurt 11 Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983 **Satz und Druck:** CARO Druck GmbH, Frankfurt **Vertrieb, Bestellungen und Abonnements:** Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 34 Postscheckkonto PschA Ffm, Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500 100 60) **Bezugsbedingungen:** Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung **Spendenkonto:** „Kommune“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00) **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe Nahe“ ist keine Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden ISSN 0723-7669

Zu Wählerbe- schimpfung kein Anlaß

Jetzt ist also die reaktionäre Wende, wie sie durch den schnellen Wechsel im Oktober offiziell eingeläutet wurde, durch parlamentarische Wahlen abgesichert. Eine Wende, ob so oder so, war mit Beginn der 80er Jahre absehbar und unvermeidlich. Wir hätten sie uns anders gewünscht. In der linken Presse, vor allem in den Leserbriefspalten der taz, fängt jetzt die linke Wählerbeschimpfung an.

Dazu gibt es keinen Grund. Die Wahlen in Hamburg und Hessen hatten gezeigt, daß mit dem Bonner Wechsel noch nicht über die Mehrheiten entschieden war

Niemand kann erwarten, daß ökonomische, ökologische, kulturelle und politische Krisenerscheinungen beliebt sind und daß sich die Leute auf den Standpunkt stellen, laß sich die Krise mal schön entwickeln. Also mußten die Wahlen zugunsten der Kräfte entscheiden, auf deren Seite ein Ausweg aus der Krise wenigstens sichtbar zu werden schien. CDU/CSU und auch die FDP haben sich in ihrem Wahlkampf ganz auf den ökonomischen Aspekt der Krise konzentriert. Sie verwiesen darauf daß sie an entscheidenden Punkten bereits erste Schritte unternommen hätten, um aus der Krise herauszukommen, zu denen die vorherige Regierung nicht in der Lage gewesen sei. Mit der Haushaltsverschuldung werde Schluß gemacht. Investitionen würden erleichtert, insbesondere im Bausektor. Die Wirkungen zeichneten sich auch schon ab. Der Auftragseingang bestätige, daß die Investoren wieder Vertrauen gefaßt hätten. Die Haushaltspolitik entspanne den Kapitalmarkt, und das hätte bereits zu Zinssenkungen geführt. Jedermann wisse, daß es allen, einschließlich den Arbeitern, nur gut gehe, wenn es der Wirtschaft gut gehe und die Unternehmer investierten. Der einzige Ausweg aus der Krise sei deshalb, alles zu tun, damit die Investitionen wieder in Gang kämen und diesen Ausweg werde die Regierung mit Konse-



Von Joscha Schmierer

Zwei, die es doch nicht gebracht haben!

quenz weiterverfolgen. Sie hätte nie ein Hehl daraus gemacht, daß dieser Weg Opfer koste, aber die Erfahrung zeige, daß er der einzig gangbare Weg sei.

Alle Entscheidungen auf anderen Gebieten, Umweltschutz, Innen- und Außenpolitik seien danach zu treffen, daß sie günstige Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Denn von die sem hänge alles andere ab

Eine andere praktische Antwort auf die Krisenentwicklung konnte nur von Sozialdemokratie und Grünen gemeinsam kommen.

Wie sah und sieht es aber auf der Seite der jetzigen Opposition aus? Zunächst einmal erkannten beide Parteien nicht an, daß es in diesen Wahlen um den Charakter der Wende, um die Frage der Mehrheits- und Regierungsbildung ging, darum, ob der Weg aus der Krise in der Entfesselung des Kapitals bestünde oder der Freisetzung von unterdrückten gesellschaftlichen Potenzen. Eine Auseinandersetzung um ein positives Aktionsprogramm zur Überwindung der Krise kam folglich gar nicht in Gang. Sobald sich die Sozialdemokratie einmal dafür entschieden hatte, keine Verhandlungen mit den Grünen über die Regierungsbildung zu führen, hatte sie auch aller Öffentlichkeit mitgeteilt, daß sie sich nicht in der Lage fühle, in der jetzigen Situation Regierungsverantwortung anzustreben. Das lag nicht einfach an irgendwelchen Berührungspunkten der Sozialdemokratie gegenüber den Grünen. Die Sozialdemokratie hatte konzeptionell und programmatisch nichts drauf, um für eine Mehrheits- und Regierungsbildung unter ihrer Führung zu kämpfen. Ihre scheinbare Einheit hinter dem Kanzlerkandidaten Vogel bestand in Wahrheit in der Übereinstimmung, die Augen zuzumachen, möglichst geschlossen in die Opposition abzuwandern und sich für diese alle Optionen offenzuhalten, sowohl

eine spätere große Koalition als auch ein Buhlen um die Kräfte links von sich selbst.

Klopft man die Wahlkampfaußerungen Vogels ab, dann kommt nicht mehr heraus als inhaltsleeres aber bedeutungsvoll vorgetragenes politisches Gefasel: Er wolle die beiden Supermächte zu ernsthaften Verhandlungen streicheln, international strebe er einen Beschäftigungspakt an, bezüglich Schüler-BAföG und Mieterhöhungen wolle er die Gesetze wieder ändern, und im übrigen wolle er etwas für die privaten Investitionen und die private Nachfrage unternehmen. Die Fragen der Grünen seien „wichtig“

Es zeigte sich daß die SPD nachdem ihr Regierungskurs gescheitert war überhaupt keinen Kurs mehr hatte. Der Vogeleffekt war schon nach einigen Wochen verflogen, und jede Woche Wahlkampf kostete die Sozialdemokratie Stimmen. Am Ende mußte sie froh sein, daß die Wahlen rum waren, denn die programmatische Blöße trat immer unverhüllt zu Tage.

Die Grünen hatten sich ebenfalls von vornherein um die Frage der Mehrheitsbildung gedrückt. Wo es tatsächlich um eine neue Mehrheit, eine Mehrheit, die sich qualitativ von den bisherigen Regierungsmehrheiten unterschied, ging, setzten sie auf eine Alleinregierung der Sozialdemokratie, die sie unter bestimmten Bedingungen dulden wollten. Diese Bedingungen konnten nur negativ formuliert werden. Aber in der jetzigen Situation der Krise kann eine Mehrheitsbildung nicht allein darüber stattfinden, was nicht gemacht werden, sondern nur darüber was nicht und was gemacht werden soll. Erst recht, wenn die negativen Bedingungen an die Regierungspolitik in Wirklichkeit so entscheidend sind, daß sie ohne ein positives Konzept für einen anderen Weg aus der Krise gar nicht erfüllt werden können. Nichtstationierung der Mittelstreckenraketen wäre eben, ob man das

Wahlergebnisse in den Landeshauptstädten (Zweitstimmen in Prozent)

Jahr	FDP	CDU/ CSU	SPD	Grüne	SPD + Grüne
<i>Kiel</i>					
1983	4,9	39,0	49,8	5,8	55,6
1980	11,8	32,2	54,0	1,5	55,5
<i>Hamburg-Mitte</i>					
1983	4,7	34,4	51,1	9,0	60,1
1980	11,8	28,4	56,4	2,5	58,9
<i>Hamburg-Altona</i>					
1983	7,8	38,4	44,1	9,1	53,2
1980	14,6	33,5	48,5	2,6	51,1
<i>Hamburg-Eimsbüttel</i>					
1983	6,5	37,0	45,1	10,7	55,8
1980	14,9	31,2	49,9	3,0	52,9
<i>Hamburg-Nord</i>					
1983	8,2	39,9	41,9	9,4	51,3
1980	16,5	34,4	45,8	2,5	47,3
<i>Hamburg-Wandsbeck</i>					
1983	6,4	38,8	47,4	6,9	54,3
1980	15,1	31,3	51,1	1,9	53,0
<i>Hamburg-Bergedorf</i>					
1983	4,8	37,6	50,9	6,1	57,0
1980	13,2	29,8	54,6	1,8	56,4
<i>Hamburg-Harburg</i>					
1983	4,7	36,2	52,8	5,7	58,5
1980	11,5	28,7	57,6	1,6	59,2
<i>Hannover I</i>					
1983	7,1	39,5	45,7	7,3	53,0
1980	12,2	34,0	51,6	1,7	53,3
<i>Hannover II</i>					
1983	7,3	38,3	45,9	7,9	53,8
1980	12,3	33,9	51,5	1,8	53,3
<i>Bremen-Ost</i>					
1983	8,5	36,3	43,1	11,3	54,4
1980	17,7	31,7	46,4	3,1	49,5
<i>Bremen-West</i>					
1983	5,1	31,3	53,3	9,2	62,5
1980	14,3	25,3	56,7	2,4	59,1
<i>Bremerhaven/Bremen-Nord</i>					
1983	5,3	34,1	51,5	8,3	59,8
1980	12,7	28,2	55,9	2,5	58,4
<i>Düsseldorf I</i>					
1983	9,3	44,1	39,7	6,3	46,0
1980	14,1	41,3	42,4	1,6	44,0
<i>Düsseldorf II</i>					
1983	6,2	41,2	46,0	5,9	51,9
1980	11,6	37,2	49,2	1,4	50,6
<i>Wiesbaden</i>					
1983	8,5	42,6	41,8	6,6	47,4
1980	13,2	39,6	44,9	1,7	46,6
<i>Mainz</i>					
1983	9,1	44,8	39,5	6,2	45,7
1980	13,1	41,4	43,5	1,5	45,0
<i>Stuttgart-Süd</i>					
1983	13,5	42,1	34,8	9,1	43,9
1980	19,4	39,5	38,5	2,1	40,6
<i>Stuttgart-Nord</i>					
1983	10,1	42,2	40,2	6,8	47,0
1980	15,1	38,1	44,6	1,6	46,2
<i>München-Mitte</i>					
1983	7,6	41,2	39,6	10,7	50,3
1980	13,1	41,4	42,2	2,3	44,5
<i>München-Nord</i>					
1983	7,6	42,8	41,6	7,2	48,8
1980	12,5	41,5	43,7	1,5	45,2
<i>München-Ost</i>					
1983	8,7	45,2	38,0	7,1	45,1
1980	13,2	44,1	40,4	1,5	41,9
<i>München-Süd</i>					
1983	9,4	44,8	38,1	6,7	44,8
1980	14,5	43,7	39,5	1,5	41,0
<i>Saarbrücken I</i>					
1983	8,0	39,0	46,4	5,8	52,2
1980	10,7	37,0	50,6	1,1	51,7
<i>Saarbrücken II</i>					
1983	5,8	44,7	44,6	4,2	48,8
1980	7,5	42,1	48,8	0,9	49,7

sagt oder nicht, der Beginn des Ausstiegs aus der Nato und des Einstiegs in eine neue Außen- und Sicherheitspolitik. Also muß man darüber einige Vorstellungen entwickeln und zwar Vorstellungen, die es immerhin denkbar machen, schon die ersten Schritte mit der Sozialdemokratie gemeinsam zu tun.

Stillegung der Atomanlagen beinhaltet halt den Einstieg in eine neue Energie und auch Wirtschaftspolitik. Es mußte völlig illusorisch erscheinen und war auch völlig illusorisch, von der Sozialdemokratie den Ausstieg aus irgendwas zu verlangen und keinerlei Konzept vorzulegen, wie gemeinsam eine andere Politik begonnen und in die Tat umgesetzt werden könnte. Ob das dann gegangen wäre oder nicht, ist eine andere Frage, es hätte jedenfalls die Grünen in der entscheidenden Frage, rechte oder linke Mehrheits- und Regierungsbildung, in die Initiative gebracht.

Auf Hamburger oder hessische Verhältnisse im Bundestag zu setzen, nachdem sich dort schon gezeigt hatte, daß eine negative Mehrheit nichts trägt, war wirklich eine abseitige Taktik.

Nachträglich festzustellen, der Wähler ginge in Krisensituationen in Deutschland halt nach rechts, ist ziemlich verschoben. Wohin hätte er denn gehen können, wenn die Sozialdemokratie ihre Regierungsunfähigkeit an die große Glocke hängte und die Grünen gerade dieser SPD die Alleinregierung antragen wollten, wenn die Grünen die SPD zwar blockieren, aber nicht ziehen wollten? Die Gründe für einen rechten Wahlsieg jetzt in anthropologischen oder sozialpsychologischen Konstanten eines deutschen Michels suchen zu wollen, zeigt nur daß die Linke die Krise, von der sie die ganze Zeit redet, sehr viel weniger ernst nimmt, als die „Betroffenen“ dies wohl oder übel tun müssen, weshalb sie halt nichts so fürchten wie Passivität und Initiativlosigkeit gegenüber der Krisenentwicklung.

Gut, jetzt haben wir dieses Wahlergebnis. Was wird es für Konsequenzen haben? Ist es ein großes Unglück, das jene zu einer weiteren Phase Trauerarbeit verpflichtet, die in diesem Wahlkampf doch nur auf ein Wunder gewartet hatten? Die Niederlage war seit Wochen absehbar. Tatsächlich hat die Niederlage eine Form angenommen, die ihr keinerlei epochalen Charakter verleihen muß.

Ein beträchtlicher Teil des rechten Wahlsieges geht auf Kohls Rechnung und seine nicht bloß verschleierte Konzeption der „Koalition der Mitte“. Der Ausgang der unionsinternen Auseinandersetzungen zugunsten von Kohl war eine entscheidende Voraussetzung für das Wahlergebnis. Er mag zwar als Legitimation für einen rech-

ten Durchmarsch genommen werden, aber gerade ein Vergleich des Wahlausgangs von 1980 mit dem jetzigen zeigt, daß eine solche Auslegung in Widerspruch, ja Gegensatz, zu den Absichten eines beträchtlichen Teils der Wähler der Koalition geriete. Die Beibehaltung der CDU gerade unter Arbeitern und aus den Gewerkschaften Stimmen gewonnen zu haben, ist zweischneidig. Sie weist auch darauf hin, daß der Spielraum der Regierung selbst von ihrer eigenen Wählerschaft her nach rechts außen keineswegs unbegrenzt ist.

Rechtspolitisch bedeuten auch die Stimmen für die FDP eine gewisse Beschränkung der reaktionären Möglichkeiten. Die Linke, die jahrelang gegen die 5%-Klausel angegangen ist, hat ja in diesem Wahlkampf auf ihre segensreiche Wirkung gegenüber der FDP gesetzt. Am Ende hätte die Klausel fast wieder gegen die Grünen gewirkt, während die FDP-Bundesministerpartei die Hürde trotz großer Verluste letzten Endes spielend nahm. Da die FDP im politischen Kalkül relevanter Wählerschichten eine Rolle spielt, ist es eher günstig, daß sie auch im Parlament vertreten ist und deren Absichten widerspiegelt. Schließlich gibt es halt die kleinen und mittleren Selbständigen, die leitenden Angestellten und Beamten die ökonomisch weit rechts stehen, rechts- und außenpolitisch der Staatsmacht aber eher Schranken ziehen wollen.

An inneren Widersprüchen in und zwischen den Regierungsparteien wird es nicht fehlen. Ob sie allerdings rauskommen, wird zum Teil davon abhängen, wieviel Regierungsförmigkeit in Fernsehen, Rundfunk und Presse erzwingbar sein wird. Entscheidend ist unter diesen Umständen, daß mit den Grünen eine qualitativ neue und gegenüber den anderen Parteien politisch selbständige Kraft im Parlament präsent ist. In der Schlußphase des Wahlkampfes hat sich hier die Schwäche der Sozialdemokratie positiv ausgewirkt, indem doch noch etliche Wähler merkten, daß der drohenden Reaktion allein mit der Wahl der Grünen entgegen gewirkt werden kann.

Für die weitere Entwicklung der Linken wäre es wahrscheinlich verheerend gewesen, wenn ihre Präsenz im Parlament als selbständige Kraft auch dieses Mal verhindert worden wäre. Die Hauptschwäche der Linken liegt im Mangel an Konzeption und Konkretion ihrer politischen Vorstellungen. Das hängt sicher damit zusammen, daß sie im Parlament selbständig noch nie präsent war und dementsprechend um die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien auf deren eigenem Feld herumkam. Die Windigkeit und Verquollenheit, die unter solchen Bedingungen gedeiht, konnte man am Wahltag nochmal in Reinkultur

Städte als Ausgangspunkte

Für kommende Kommunalwahlen in den Städten, zumal den großen, verspricht das Ergebnis der Bundestagswahlen eigentlich Gutes.

Zählt man die Zweitstimmen von SPD und Grünen zusammen und vergleicht sie mit den Zweitstimmen dieser beiden Parteien in den Wahlen 1980 dann fällt auf, daß sie trotz aller Verluste der Sozialdemokratie zusammen oft dazugewonnen haben, ihrem Wählerpotential nach in vielen Städten die Mehrheit bilden, während die Sozialdemokratie allein nur noch selten die absolute Mehrheit stellt. Außerdem fällt auf daß die Sozialdemokratie oft dort am wenigsten gegenüber den Bundestagswahlen 1980 verloren hat, wo die Grünen am meisten gewonnen haben. Kurzum, in vielen großen Städten zeichnet sich eine Mehrheit von Sozialdemokraten und Grünen ab

Diese Entwicklung zu einer großstädtischen Mehrheit von Sozialdemokratie und Grünen, während im Bundesdurchschnitt die CDU/CSU allein mehr Stimmen hat als beide zusammen, enthält eine gefährliche Tendenz, die Tendenz zur politischen Verschärfung der Spaltung zwischen Stadt und Land. Andererseits zeigt sie, daß in den Zentren der Lohnabhängigkeit, und das sind nun mal die großen Städte, auf die Dauer nur solche Parteien die Mehrheit bilden können, die von Lohnabhängigen dominiert werden und in deren Reihen die Kapitalisten nicht unmittelbar die Fäden ziehen.

Durch dieses Wahlergebnis dürfte auch die Illusion in den Reihen der Grü-

nen erschüttert werden, sie könnten sich mittels nicht klassenmäßig definierter Inhalte schnurstracks über die Klassenstrukturen der Gesellschaft hinwegsetzen. Dagegen wird die These bestätigt, daß es sich bei den Grünen objektiv und, was jedenfalls ihre Wählerschaft betrifft, auch subjektiv um eine Partei von Lohnabhängigen handelt, die sich weniger in ihrer Zusammensetzung und der Zusammensetzung ihrer Wähler qualitativ von der Sozialdemokratie unterscheidet als vielmehr in ihrer Politik, indem sie die Inhalte der verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen aufnimmt und konzeptionell zu ordnen versucht. Diese Bewegungen selber aber wiederum werden von den lohnabhängigen Klassen getragen, wenn auch nicht gerade von ihrem Kern, den Industriearbeitern.

Die gewerkschaftliche Organisation der Lohnabhängigen läßt diesen Bewegungen bisher kaum Raum, geschweige denn daß sie gar führend daran beteiligt wäre, ihre politischen Inhalte und Forderungen zu artikulieren. Bleibt das so, werden die Gewerkschaften sich nicht nur der Sache, sondern auch ihrer Zusammensetzung nach immer mehr in sozialdemokratische Richtungsgewerkschaften verwandeln. Für die Funktion der Gewerkschaften als elementare Klassenorganisationen wäre das tödlich und außer vielleicht in den reinen Industrie- und Gewerkschaften auch praktisch nicht zu halten. Das können die DGB-Spitzen am Wahlergebnis ablesen.

Nachdem sich auf Bundesebene die Unfähigkeit der beiden von Lohnabhän-

gigen dominierten politischen Parteien gezeigt hat, auf die Schnelle ein strategisches Bündnis gegen die reaktionäre Wende herbeizuführen und zur mehrheitsbildenden Kraft zu werden, bietet die Entwicklung in den Städten am ehesten die Möglichkeit, die Grundlagen für ein solches Bündnis zu schaffen. Dafür sind die Bedingungen auch subjektiv nicht schlecht. Der relative Wahlerfolg der Grünen basiert darauf daß sie in den Kommunen Ansätze einer tragfähigen Politik entwickelt haben.

Innerhalb der Sozialdemokratie hat sich herumgesprochen, daß sie, wenn sie ihre Basis in den Kommunen nicht wieder festigen kann, bundespolitisch nicht viel wird ausrichten können. Um aber ihre Basis in den Kommunen festigen zu können, wird sie ihre Politik ändern und sich wohl oder übel auf die lokalen Widersprüche und Bewegungen einlassen müssen.

Soll die Republik des Geldes umgestülpt werden, dann sind die Städte der strategische Ausgangspunkt. Impulse für die Überwindung des Gegensatzes von Stadt und Land sind nicht von der Sozialdemokratie, sondern nur von den Grünen zu erwarten, weil sie in Begriffen der Emanzipation der Gesellschaft denken und noch nicht in Begriffen der Optimierung des *outputs* für die eigene Klientel. Angesagt ist die reaktionäre Wende in Bonn. Nachdem sie nicht auf Anhieb gebrochen werden konnte, bleibt der Weg von unten über neue Machtverhältnisse in den Kommunen.

beobachten, als grüne Sprecher auf die drohende Wahlniederlage mit luftigem Triumpfalismus antworteten und sich das heruntergerutschte Herz durch Ankündigung eines Wunders an Widerstand wieder zu rechtrücken wollten. Dieser leere Triumpfalismus blieb dann zunächst auch die sichtbarste Reaktion, als der Einzug ins Parlament schließlich feststand. Nun sah es plötzlich wieder so aus, als stellte die Minderheit bereits die Mehrheit oder bilde wenigstens den ausschlaggebenden Faktor Trampert in der Bonner Runde sparte sich allerdings solche Töne.

Für die Überwindung der bei uns immer noch grassierenden Kinderkrankheiten ist der parlamentarische Boden wahrscheinlich unerlässlich. Man muß sich dort konzeptionell und konkret auf die Auseinandersetzung mit den Machern einlassen, etwa in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wenn man nicht zur komischen Figur werden will. Da die Fraktion darum nicht herkommen wird, wird auch die Basis nicht

darum herumkommen, auch nicht die mit den Grünen sympathisierende Presse. Ergebnis kann eine Verdichtung und Konzentration der konzeptionellen Auseinandersetzung sein, gestützt auf Tatsachen und tatsächliche Entwicklungen. Und diese Auseinandersetzung haben wir bitter nötig.

In der letzten *Kommune* wurde angedeutet, daß das jetzige Ergebnis in gewisser Hinsicht die trübste Perspektive enthalten könne, dann nämlich, wenn sich Grüne und Sozialdemokratie mit ihren jeweiligen inneren Widersprüchen und den Widersprüchen untereinander in der Opposition einrichten, ohne eine mehrheitsfähige Bündnisstrategie zu entwickeln. Rechter Sozialdemokratismus und grüne Prinzipienreiterei würden dann dem reaktionären Durchmarsch erst dauerhaften Spielraum verschaffen.

Diese Befürchtung gilt nach wie vor. Die Chancen sind aber da, daß sich die Linke gegenüber allen anderen Parteien als selbständige politische Kraft entwickelt und da-

mit auf die Wählerbasis der Sozialdemokratie wie auch der CDU Einfluß gewinnt, was sie in Sachen Mehrheitsbildung gegenüber der Sozialdemokratie in die Initiative bringen könnte.

So sehr es dem außerparlamentarisch schlagenden Herz gegen den Strich gehen mag, die Arbeit der grünen Fraktion wird für eine solche Entwicklung ausschlaggebender Faktor sein. Wird sie, wie ihre Prominenten manchmal befürchten lassen, die parlamentarische Bühne zur pseudo-außerparlamentarischen Selbstdarstellung nutzen, oder wird sie durch kollektive politische Arbeit dazu beitragen, die außerparlamentarische Verschwonnenheit und den luftverwurzelten Prinzipialismus von Teilen der Bewegung überwinden? Die Gefahr daß die Bewegung sich verparlamentelt, ist viel geringer als die, sich der Auseinandersetzung mit den Parlamentsparteien um die Mehrheitsbildung im Volk zu entziehen, indem die Bewegung punktuell und zugleich prinzipialistisch und verblasen bleibt. □

acht aus vierundfünfzig

Vorstellungen der grünen Bundestagsfraktion

„Die Grünen haben es noch nicht geschafft, eine unabhängige Partei zu werden — wir müssen uns aus dem Fahrwasser des SPD-Spektrums hinausbegeben.“

Hendrik Auhagen, 31, Konstanz, Baden-Württemberg, Studienreferendar

Kommune: Wo liegen nach diesem Wahlergebnis Möglichkeiten grüner Politik in Bonn?

H. Auhagen. In erster Linie im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der Bewußtseinsbildung. Nach den Ergebnissen der Wahlforschung sieht es ja so aus, daß die SPD weniger an die Grünen verloren hat als an die CDU in den Arbeiterhochburgen. Das ist eigentlich nur so zu interpretieren, daß ein Großteil der Bevölkerung Zweifel an der Finanzierbarkeit oder Durchführbarkeit des Sozialstaats hat und die Argumente, die von der CDU gekommen sind, irgendwo einsieht. Das zweite ist, daß keine realistische Perspektive oder Alternative gesehen wurde, wie die SPD-Position oder gar die grüne Position in konkrete Politik umzusetzen ist, die nicht in ein Chaos führt. Denn was von den meisten Leuten noch mehr gefürchtet wird als ein Sozialabbau, auch ein drastischer Sozial- und Lohnabbau, ist eine Krise, die das ganze ökonomische und politische System instabil macht.

Kommune: Nun wollen wir diese Verhältnisse ja ändern.

H. Auhagen. Es wird auf eine Politik ankommen, die einen Weg der Existenzsicherung für einen großen Teil der Bevölkerung weist, selbst wenn es in bestimmten Bereichen zu Abstrichen kommt. So wird sich eine größere Perspektive bieten, auch strukturell etwas zu verändern.

Daß maximalistische Positionen Angst auslösen, zeigt die gewisse Wirkung der Antiparole, wir forderten die Abschaffung der Industriegesellschaft bei vollem Lohnausgleich. Wenn ich dagegen Lösungen dargestellt habe, die bei den Grünen sehr umstritten sind, wie z.B. diese Ressourcenbesteuerung, Maßnahmen, wo deutlich wird, daß sie innerhalb dieses Systems ir-

gendwo greifen, dann waren die Menschen eher bereit, darin eine Perspektive zu sehen. Das gleiche bei der Möglichkeit, die so aufgebrachten Mittel zur Entlastung bei den Lohnnebenkosten einzusetzen für Unternehmen in schwachen Bereich, also in der Landwirtschaft usw., oder bei der Vorstellung von Arbeitszeitverkürzung mit steuerlichem Lohnausgleich.

Kommune: Wie wird sich die SPD in Zukunft verhalten, und was erwartest du von dieser Seite?

H. Auhagen: Welche Gruppe oder welcher Flügel das entscheidende Gewicht bekommt, das hängt einmal von der Entwicklung der Krise ab — ob die den Grünen recht gibt oder ob die jetzige Wirtschaftspolitik, so katastrophal sie auch langfristig ist, gewisse Scheinerfolge zeitigt. In diesem Fall wird die SPD à la Godesberg und Adenauer-Ära noch viel stärker auf den CDU-Kurs eingehen.

Die zweite Bedingung für die Entwicklung der SPD wird sein. Welche Politik machen die Grünen? Deklassieren sie sich für einen großen Teil auch des grünen SPD-Spektrums als unfähig, chaotisch oder so, dann werden diese Teile der SPD die mit den Grünen sympathisieren, unter den Druck kommen, sich der Mehrheitsströmung anzuschließen.

Was ich von der SPD erwarte oder will: daß sie substantiell möglichst nah an grüne Positionen herankommt, weil nur das langfristig eine Chance bietet, was verändern zu können.

Hier haben allerdings die Grünen ein Defizit, und deshalb ist es bei der Wahl auch so knapp ausgegangen: Die Grünen sind eigentlich zur Spektrumspartei der SPD geworden. Sie haben es nicht oder nur zu kleinen Teilen geschafft, eine unabhängige Partei mit einem unabhängigen Wählerspektrum zu sein. In Baden-Württemberg

27 Abgeordnete und die gleiche Zahl von Nachrücker/innen sollen im Bundestag grüne Politik vertreten. Acht von ihnen haben wir befragt, da wir davon ausgehen, daß die Frauen und Männer der Bürogemeinschaft in Bonn — von Ausnahmen abgesehen — überregional höchstens dem Namen nach bekannt sind.

— so sehr wir auch gescholten werden als zu anpassersisch — haben wir glaube ich, gerade deswegen ein vergleichsweise hohes Wahlergebnis gehabt, weil wir hier eben nicht primär abhängig sind von der SPD sondern auch bei ehemaligen CDU-Wählern, bei Bauern, auch in mittelständischen Kreisen, stärker verankert sind. Das halte ich langfristig für Veränderungen — wo es eben nicht um 51% sondern um 60, 70% der Bevölkerung gehen muß — für wichtig. Hier müssen die Grünen langfristig auch stärker die wertkonservativen Teile der Bevölkerung ansprechen und rüberziehen, zum Teil auch von der CDU

Ein Optimalzustand wäre dann erreicht, wenn von grünen Argumenten her eine Bedrohung nicht nur für die SPD sondern auch für die CDU ausgehen würde.

Eine weitere wichtige Erfahrung im Wahlkampf war daß wir zwar hervorragende Veranstaltungen gemacht, unheimlich viele Leute hier in Baden-Württemberg angesprochen haben, auch in meinem Wahlkreis. Aber trotzdem besteht immer die Gefahr daß man nicht sieht, daß man sich im eigenen Spektrum bewegt; wodurch man immer in Gefahr gerät, die Notwendigkeit der Vermittlung auch mit den ganz anderen Erfahrungen und Eindrücken von Außenstehenden nicht zu erkennen.

Wenn wir die nächste Wahl überleben wollen — um's mal auf das Wahlkämpferische zu reduzieren —, vor allem, wenn wir grundsätzliche Positionen auch realisieren wollen, dann setzt das einen verstärkten Dialog mit den Leuten voraus, die uns un bequem sind, und das reicht von mittelständischen Selbständigen bis zu Arbeitern. Und die Tendenz bei den Grünen, auch die Vorstellung von Parteaufbau, geht im Moment dahin, daß die Erfahrungen von Menschen, die in „normalen“ durchschnittlichen Lebenszusammenhängen stehen, zu wenig berücksichtigt werden. Ganz deutlich zeigen das auch die Delegiertenversammlungen, wo eben meist andere die Wortführer sind und Ältere weniger Redegewandte, schon gar nicht mehr hinfahren mögen. Diesem einseitigen Filterungsprozeß müssen wir entgegenwirken, damit die tatsächlichen Meinungen der Basis auf die Programmgestaltung Einfluß nehmen können.

„Wir müssen weiterhin diese vielen Standbeine der politischen Vermittlung nutzen und dagegen angehen, daß man uns als Träumer aufs Bonner Abstellgleis stellt.“

Marie-Luise Beck-Oberdorf, 30, Wurmberg, Baden-Württemberg, Lehrerin

Kommune: Ihr habt in Baden-Württemberg das beste Flächenergebnis. Gibt es dort irgendwelche Besonderheiten?

Beck-Oberdorf: Insgesamt kann man schon sagen, daß wir auch in ländlichen Gebieten ein recht gutes Ergebnis geholt haben, was sicher schwieriger ist als in städtischen Zentren wie Tübingen, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, wo es Universitäten gibt und wo unsere Ideen einfacher zu vermitteln sind. Interessant ist, daß man für ländliche Gebiete nicht einfach sagen kann, daß es dort zu Lasten der SPD gegangen ist, sondern ich denke schon, daß hier auch im positiven Sinne konservative Leute grün gewählt haben aus diesem Bewußtsein heraus, daß die Antwort, die die herrschende Wirtschaftspolitik findet, nämlich über weiteres, vollkommen undifferenziertes Wachstum die Arbeitslosigkeit zu lösen, nicht trägt.

Kommune: Welche Rolle hat da Euer Wahlkampf gespielt, der hier ja sehr gelobt wird?

Beck-Oberdorf: Wir hatten hier in Baden-Württemberg natürlich eine einfachere Situation, weil wir schon eine recht ausgefeilte Struktur haben und der Aufbau von Kreisverbänden und Ortsvereinen schon sehr weit gediehen ist im Verhältnis zu anderen Bundesländern. Dann haben wir viele Kommunalparlamentarier die nun doch im Lauf von zwei Jahren ein gewisses Profil hineingetragen haben, die uns zum Beispiel auch die Pressearbeit oft erleichtern. Da wo wir erlebten, daß überregionale Zeitungen uns geschnitten haben, ist das oft über die lokale Ebene aufgebrochen worden.

Und dann hängt es sicherlich zusammen mit der Landtagsgruppe. Das ist nun eine Vermutung, daß wir auch in den ländlichen Bereichen vorstoßen konnten, weil die Ansätze, die bei uns im Landtag in der Landwirtschaftspolitik entwickelt wurden, für die Bauern interessant sind, die so in der Klemme hocken, die unter der Industrialisierung leiden, denen wirtschaftlich die Puste ausgeht über die EG-Politik. Wir haben zum Beispiel hier im Kreis mehr Stimmen bekommen als in der Stadt, auch mehr Zuwächse.

Kommune: Aber wie wird es nun in Bonn aussehen?

Beck-Oberdorf: Ich denke, daß wir zu-

nächst mal ein bißchen auf dem Abstellgleis stehen werden. Ich vermute, daß sie zumindest versuchen werden, uns so zu behandeln, daß die anderen drei ein Kartell bilden und sich einig sein werden, daß wir nichts können, nichts leisten, naiv sind, Träumer sind, keine Ideen haben und ansonsten nur Jeans und Tennisschuhe zur Schau tragen. Und wir werden uns einfach hartnäckig bemühen müssen, dagegen anzugehen durch eine sehr kluge und sehr überlegte Politik, und wir müssen weiterhin diese vielen Standbeine der politischen Vermittlung benutzen: die Initiatarbeit, was sich in der Friedensbewegung, auch in kirchlichen Kreisen und in der Lokalarbeit tut. Also wir müssen 'ne ganz kluge Mischung machen, um uns zu vermitteln.

Kommune: Wie, meinst Du, ist es zu dieser Verschiebung gekommen, zu diesen auch in Baden-Württemberg herben Verlusten der SPD? Muß man da von einem Rechtsruck sprechen?

Beck-Oberdorf: Das glaub ich gar nicht mal. Ich glaube nicht, daß die Bevölkerungsgruppen, die jetzt CDU gewählt haben, und das sind ja auch viele Arbeiter gewesen, das in dem Zusammenhang sehen, daß jetzt ein bissele starker Staat her muß oder mehr Recht und Ordnung. Ich glaube, einzig und alleine sind diese Billigparolen

einschlagend gewesen. Wachstum schafft Arbeitsplätze. Jetzt hat die SPD uns in den Dreck gesetzt, und jetzt müssen wir was Neues versuchen. Diese irrsinnige Pendelbewegung, die wir aus England kennen und jetzt auch in Frankreich beobachten, beweist immer wieder daß viele Menschen nicht durchschauen, was hinter diesen Wirtschaftsproblemen steckt.

Kommune: Wieweit ist es Euch in Baden-Württemberg gelungen, diese Zusammenhänge zu vermitteln?

Beck-Oberdorf: Man muß einfach sehen, wir sind durch die Medien insgesamt sehr abgeschnitten worden. Das siehst du am Bonner Hearing, wo man den Willi Hoss eben nicht zu Wort kommen läßt und wo man ihm zwei Minütchen gibt, um Zusammenhänge zu erklären. Das geht eben nicht. Die anderen können ihre Platzparolen in zwei Minuten von sich geben. Die einzige Möglichkeit für uns war, das zu umgehen durch wahnsinnig viele Veranstaltungen, wo man eben mal zwei Stunden mit den Menschen spricht. Und ich habe immer wieder erlebt, bis in konservativste Kreise hinein: großes Erstaunen und Nachdenklichkeit, daß wir doch wohl recht haben mit dem, was wir sagen, und daß da was dran sein muß. Zum Beispiel: „Investition schafft Arbeitsplätze“ – sehr euch die Verkabelung an, was sind das für Arbeitsplätze und wofür?!

Kommune: Wo liegen nun Deine Hauptinteressengebiete?

Beck-Oberdorf: Ich habe viel Friedenspolitik gemacht wie wir alle und im Zusammenhang damit auch recht viel Wirtschaftspolitik, weil sich das einfach nicht voneinander trennen läßt. □

„Wir werden Regionalpläne entwickeln müssen, die deutlich machen, wie man vor Ort wirklich Strukturen schaffen kann, die nicht so krisenanfällig sind.“

Dieter Burgmann, 44, Nürnberg, Bayern, Betriebsrat

Kommune: Hast Du Dir selbst schon Schwerpunkte für Deine Arbeit im Bundestag gesetzt?

D. Burgmann: Die Schwerpunkte ergeben sich mehr oder weniger aus der bisherigen Arbeit, d.h. aus der betrieblichen Arbeit als Betriebsrat. So werden für mich also Wirtschaftspolitik, Arbeitslosigkeit und die mit dem Betrieb zusammenhängenden Probleme wahrscheinlich auch weiterhin im Mittelpunkt stehen.

Kommune: Unser Eindruck war daß der DGB-Bundesvorstand zwar weiß, daß es ein grünes Wirtschaftsprogramm gibt, aber die Inhalte scheinen noch nicht so arg weit verbreitet zu sein.

D. Burgmann: Nun, es gibt Einzelreaktionen wie beispielsweise von Mahlein, die relativ positiv sind, und wir haben auch auf diesem Kongreß über alternative Produktion im Oktober in Bielefeld eine Reihe positiver Kontakte bekommen mit der mitte-

ren Funktionärsbene. Aber es ist ganz offensichtlich so, daß die doch eng mit der SPD verflochtene Führungsebene im DGB und in den anderen Gewerkschaften bisher Berührungspunkte hatte.

Kommune: Ließen sich diese Berührungspunkte von der Bundestagsfraktion her peu à peu abbauen?

D Burgmann: Dort, wo die Parteizugehörigkeit für den einzelnen prägend ist, wird immer ein gewisses Konkurrenzdenken bestehen bleiben. Und dann haben wir natürlich vom Ansatz her zur Zeit noch kontroverse Punkte, zumindest im Hinblick auf die offizielle Gewerkschaftsstrategie. Von daher wird es hier nach wie vor gewisse Spannungsverhältnisse geben. Ich stelle mir trotzdem vor daß wir weiterhin intensiv versuchen müssen, hier Kontakt zu halten, insbesondere natürlich über die Basis, über die Betriebe, über die unteren Funktionärsbenen, wo ja sehr viele Leute schon bei den Grünen sind. Und das betrachte ich als die wichtigste und beste Voraussetzung, daß erstens aus der Gewerkschaft, aus der Arbeitnehmerschaft, Leute zu den Grünen kommen und daß von uns die Leute in den Betrieben in die Gewerkschaften hineingehen, damit eben hier eine personelle Verflechtung und ein Aufbau, eine Zusammenarbeit von unten entsteht.

Kommune: Nach den bisherigen Wahlanalysen gibt es ja Anhaltspunkte dafür daß ein Teil der Arbeiter statt wie früher SPD zu wählen nun zur CDU umgeschwenkt ist. Was sind Ihrer Meinung nach die wesentlichen Gründe dafür?

D Burgmann: Abgesehen von der Person Vogel selber der wahrscheinlich mehr so als Intellektueller wirkt und weniger die Arbeiter anspricht, glaube ich, daß die allgemeine offensive Argumentation von Kohl und seinen Leuten doch einen gewissen Einfluß hatte, insbesondere auch diese Strategie, die gefahren wurde, die Warnung vor dem Investitionsstreik. Ich glaube, daß ein Teil der Arbeiter sich jetzt erhofft, daß ihre Probleme zumindest mal kurzfristig bei der CDU besser aufgehoben sind, daß eben Unternehmer und CDU gemeinsam die Wirtschaft wieder in Schwung bringen.

Kommune: Gibt es Möglichkeiten, eine Strategie gemeinsam mit den Gewerkschaften zu entwickeln, und welche Punkte müßte sie vor allem umfassen?

D Burgmann: Das ist das einzig Positive am Ausgang der Wahl, obwohl uns natürlich dieser rechte Druck sehr bedenklich stimmt: daß jetzt die CDU/CSU selber vor der Frage steht, wie mit diesen Problemen fertig werden. Ich gehe davon aus, daß ihr das nicht gelingt – d.h. von kurzfristigen

Besserungen abgesehen – daß die Krise, die eben so tief sitzt, sich fortsetzen wird und damit auch die Arbeitslosigkeit. Von daher ist es vielleicht historisch gar nicht so falsch, daß sich das unter einer CDU-Regierung vollzieht und nicht unter einer als links deklarierten Regierung.

Das reicht natürlich nicht, sondern es wird notwendig sein, stärker zu verdeutlichen, mit welchen Mitteln längerfristig Arbeitsplätze gesichert werden können, und auch in eine verstärkte Diskussion einzuzumischen, die zur Zeit in den betroffenen Betrieben stattfindet, wo es um die Frage von mehr Mitbestimmung oder auch Selbstbestimmung und Selbstverwaltung geht. Wir haben in den letzten Tagen schon darüber diskutiert, daß wir versuchen müssen, regionale Strukturpläne zu entwickeln, die deutlich machen, wie man vor Ort wirklich Strukturen schaffen kann, die nicht so krisenanfällig sind und nicht so abhängig von den Superkonzernen. Das muß natür-

lich zusammengehen auch mit den Betriebsräten und den Gewerkschaften daß man hier aufzeigt: so wäre es möglich. Davon ausgehend, daß sich wahrscheinlich doch diese Entwicklung der Stilllegung von Betrieben und dergleichen fortsetzen wird, muß es unsere Strategie sein, die Alternative deutlich und klar herauszustellen.

Kommune: Insofern gibt es Berührungspunkte mit den Vorstellungen der Gewerkschaften über Arbeits- und Sozialräte?

D Burgmann: Ja, Wirtschafts- und Sozialräte heißt es in unserem Programm, wobei wir denen etwas mehr Kompetenz zuweisen möchten als die Gewerkschaften. Nach unserer Vorstellung sollten das letztenendes Räte sein, die die regionale Selbstverwaltung der Wirtschaft organisieren oder garantieren, also die nicht nur beratend sind, sondern wirklich auch entscheidende Funktionen haben. Aber hier gibt es zumindest einen gemeinsamen Ansatz. □

„Wir sind verpflichtet, die Perspektive einer sozialen und ökologischen Mehrheit in diesem Land über die nächsten acht, zehn Jahre als konkrete realpolitische Aufgabe zu sehen.“

Joschka Fischer, 34, Frankfurt, Buchhändler und Publizist

Kommune: Die Mehrheit der Wähler hat die Koalition der Wende bestätigt. Wie beurteilst Du die Perspektiven Eurer Politik?

J Fischer: Das Wahlergebnis macht eines klar: daß der Kampf in den nächsten vier Jahren vor allem außerparlamentarisch stattfinden wird, und ich sage das jetzt nicht als billigen, bei den Grünen bei enttäuschenden Wahlergebnissen üblichen Trick, um abzulenken, sondern ich gehe fest davon aus, daß das Ausmaß an Wende, das kommt, das nicht mehr nur droht, sondern vollzogen wird – innenpolitisch, außenpolitisch, wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch und was die Ökologie betrifft daß diese Wende den direkten Widerstand der Betroffenen in einem Ausmaß hervorrufen wird, wogegen die alte APO wahrscheinlich eine kleine Bewegung war. Und auf der anderen Seite werden die parlamentarischen Spielräume einer grünen Fraktion in Bonn ungeheuer gering sein. Da soll man sich keinen Illusionen hingeben.

Kommune: Da stellt sich doch die Frage, weshalb das, was vor der Wahl schon absehbar war nicht zum Sturz des Winterkanzlers geführt hat?

J Fischer: Ich würde sagen, die Linke – die ökologische, aber auch die traditionelle – wurde jetzt brutal mit der Nase auf den Boden der deutschen Wirklichkeit 1983 gestoßen: nämlich daß es jenseits eines Bündnisses mit einem Ansprechpartner aus dem bürgerlichen Lager – was für die SPD die FDP war – für die Linke ungeheuer schwer sein wird, eine Mehrheit in diesem Land zu finden, vor allem dann, wenn wir eine Krise in einem solchen Ausmaß haben wie im Augenblick, die sich noch verschärfen wird. Da gilt offensichtlich der Paragraph Null des Grundgesetzes deutscher Geschichte der jüngeren Zeit: In der Krise geht dieses Volk nach rechts. Und ich warne vor jeder linken Illusion, die meint, jetzt würden die Rechten abwirtschaften und dann käme wieder die Linke. Sondern ich glaube, wir stehen vor einer langen Phase einer CDU/CSU-Herrschaft. Sie haben jetzt zweifellos ihren Höhepunkt, sie werden nicht mehr sehr viel zulegen können, aber für uns stellt sich erstens die Aufgabe, außerparlamentarisch die Kosten jener Katastrophenpolitik so zu erhöhen, daß sie ihnen schwerfällt, zumindest nicht leicht, wie es im Augenblick den Anschein hat; zweitens aber sind wir verpflichtet, die Perspek-

Nach der Wahl: Zurück zu Adenauer?

Ohne Zweifel drückt sich im Ergebnis der Wahlen für den Bonner Bundestag mehr aus als nur die Bestätigung für den Partnerwechsel der FDP: der Trend im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik geht nach rechts hin, und davon sind auch Teile der bisherigen Wählerpotentiale der SPD nicht unberührt geblieben. Die Sozialdemokratie hat nicht nur an die Grünen einiges abgegeben, sie hat auch in Gebieten, die von der Industrie- und Arbeiterschaft geprägt sind, an die CDU verloren und sie nimmt keineswegs mehr den sicheren ersten Platz bei Jungwählern ein.

Daß dabei ökonomische Motive den Ausschlag geben, daß in die CDUgeführte Regierung die Erwartung gesetzt wird, sie könne in der Tat am ehesten den vielzitierten „Aufschwung“ herbeiführen, ist sicherlich zutreffend, aber es geht doch um mehr.

Offenbar gilt die Sozialdemokratie bis in Teile ihrer Stammwählerschaft hinein als eine Partei, mit der man in Zeiten gesicherter wirtschaftlicher Verhältnisse gut fährt, der man aber die Bewältigung einer Krisenlage nicht zutraut. Dies nicht deshalb, weil man den Sozialdemokraten den Sachverstand abspricht, sondern eher deshalb, weil die SPD als eine Partei erscheint, die einerseits sich nicht restlos und reibungslos mit den Interessen der mächtigen Wirtschaftskreise gleichschalten kann, die andererseits aber auch nicht die Kraft hat, in die kapitalistischen Abläufe nachhaltig einzugreifen, die also zwischen die Stühle gerät.

Die Erinnerung an die Zeiten Konrad Adenauers wird wach (und ist von der CDU/CSU-Propaganda gezielt angesprochen worden): War es nicht damals die CDU/CSU die in enger Kooperation mit den mächtigen Wirtschaftsinteressen der Bundesrepublik aus dem ökonomischen Tief herausführte und zu einem weltwirtschaftlich höchst erfolgreichen Staat machte, zum Wohle des westdeutschen Kapitals, aber sehr wohl auch zum materiellen Nutzen breiter Schichten der westdeutschen Arbeiterschaft?

Und wenn dieses „Wunder“ noch einmal gelingen soll – ist dann nicht eine „Wende nach rechts hin“ als Bestärkung autoritärer Eigenschaften des Staates und Wiederherstellung von „Ordnung und Disziplin“ die Bedingung dafür? Die unionsparteilichen Warnungen vor der „Entartung“ und Ausgrenzungen der „Randgruppen“ von den staatlich zugestanden Freiheitspielräumen, wie sie vor der Wahl zum Vorschein kamen, liegen gewissermaßen in der politischen Luft solcher Kalkulationen. Die Decke der Liberalität, des liberalen Umgangs mit sozialen Konflikten ist in der Bundesrepublik immer dünn geblieben, was nicht erstaunlich ist, wenn man bedenkt, daß die liberale politische Verfassung der Bundesrepublik ein zunächst weitgehend nicht gewünschtes „Siegergeschenk“ war und die Eingewöhnung in demokratische Formen sich unter der (günstigen) historischen Bedingung des wirtschaftlichen Wiederaufschwungs vollzog.

Nun war um den Sachverhalt zu personalisieren, Adenauer zwar ein rechtskonservativer Politiker aber er war alles andere als ein Faschist, was auch immer man an seiner Politik sonst kritisieren mag. Indessen ist die Frage, ob eine Wiederholung der Ära Adenauer (die ja auch nicht gerade ein Honigschlecken wäre) überhaupt eine realistische Möglichkeit darstellt. Nichts spricht dafür, denn die ökonomischen Bedingungen der Wirtschaftswunderzeit werden sich nicht wiederherstellen. Alle Expansionsversuche des westdeutschen Kapitals stoßen heute auf enge Grenzen. Die Binnennachfrage läßt sich nur für wenige Branchen ausdehnen, und Steigerung der Konsumkraft würde einen Lohnaufschwung vor aussetzen, der wiederum aus anderen Gründen nicht zustandekommt. Und selbst bei neu ansteigenden Investitionen und neuem „Wachstum“ wäre die Arbeitslosigkeit nicht zu beseitigen, soweit sie – und das ist zum erheblichen Teil der Fall und dieser Teil wird ansteigen – strukturelle, in der Entwicklung der Pro-

duktionsbedingungen liegende Gründe hat.

Also ist anzunehmen, daß die CDU/CSU-Politik zwar autoritäre Wege in der Innenpolitik beschreiten wird, die damit verbundenen wirtschaftlichen Hoffnungen der „kleinen Leute“ aber nicht erfüllen kann. Wahrscheinlich ist die „Wende“ hin zur CDU/CSU nur ein Zwischenakt in der politischen Entwicklung der Bundesrepublik; aber die Frage ist: Was folgt danach? Auch für die Wiederholung der sozialliberalen Reformphase fehlen die wirtschaftlichen Voraussetzungen. Es führt kein Weg zurück nicht zu „Adenauer“ aber auch nicht zu „Brandt“ oder „Schmidt“.

Es deutet vieles darauf hin, daß die Enttäuschung über die CDU/CSU auch weiter nach rechts hin treiben könnte, die Reaktualisierung nationalistischer oder faschistischer Einstellungen miteingeschlossen. Ob diese Tendenz zum Zuge kommt, wird wesentlich davon abhängen, ob diejenigen politischen Kräfte in der Bundesrepublik, die sich auf die Tradition der demokratischen Bewegung und der Arbeiterbewegung berufen, imstande sind, eine plausible, „lebenspraktische“ Alternative zu entwickeln und ins öffentliche Bewußtsein einzubringen.

Der Einzug der Grünen ins Bonner Parlament bietet eine Chance, die Debatten und Aktivitäten im Bundestag von unten her und nach unten hin ein Stück mehr zu politisieren. Über die Auswirkungen, die das Nebeneinander von Grünen und SPD im Parlament auf die einen und auf die anderen haben wird, läßt sich zur Zeit nur mutmaßen. Zieht sich die SPD-Fraktion, sozusagen erschreckt von grüner Opposition, in Geborgenheiten nahe der CDU zurück? Oder kommt es zu einer oppositionellen Aktivierung sozialdemokratischer Parlamentspolitik, auf Trab gebracht durch die (alles in allem:) „linke“ Konkurrenz der Grünen? Sicher ist (wenngleich nicht neu): Parlamentarische Vorgänge haben eine Funktion, diese aber ist begrenzt.

tive einer sozialen und ökologischen Mehrheit in diesem Land über die nächsten acht, zehn Jahre als konkrete realpolitische Aufgabe zu sehen, eine Aufgabe, die ich – man könnte sagen – als lösbar ansehe: daß wir eines Tages in der Lage sind, hier wirklich gegen Strauß, Kohl und Genscher eine linke Mehrheit zu setzen, die allerdings nicht bei der Kosmetik der Sozialdemokratie stehenbleibt.

Kommune: Nach der Hessenwahl schien diese Perspektive ja erheblich näherge-

rückt. Was haben die Grünen möglicherweise seitdem falsch gemacht?

J. Fischer: In Hessen wurden von den Grünen haarsträubende Fehler gemacht. Ich würde sagen, das ist ein gutes Beispiel dafür wie schnell man einen Wahlerfolg parlamentarisch verwirtschaften kann. Der von der Landesversammlung in Dornheim angenommene Beschluß, der die politische Vorgehensweise, die Taktik und auch die Strategie festlegen sollte, hat sich als das Windei herausgestellt, als das wir es immer

bezeichnet haben: der Verzicht darauf, der SPD ein direktes Angebot zu machen, ein direktes Verhandlungsangebot, um ordentliche Verhältnisse in Wiesbaden herzustellen, d.h. einen Ministerpräsidenten zu wählen und dazu unsere Minimalbedingungen zu definieren, so wie wir es im Bund für ähnliche Verhältnisse vorher gemacht haben. Das ist unterblieben, statt dessen hat man das Terrain der SPD betreten, ist wie die Katze um den heißen Brei herumgelaufen und hat an den Happen geschleckt, die



Rund 5000 haben eine Woche vor der Bundestagswahl in Karlsruhe, am Sitz des Bundesverfassungsgerichts, für die Streichung des §218 demonstriert. Die CDU wollte dieses „heikle Thema“ aus dem Wahlkampf heraushalten, tatsächlich aber arbeitet sie seit dem Regierungswechsel im Oktober beharrlich an einer Revision der sozialliberalen Reform des Abtreibungsverbots. Der Weg dazu geht über die Finanzierungsfrage. In seiner biedermännischen Manier hat Kohl den Unmut braver Bürger vorgeschoben, die angeblich tief empört seien, daß sie über ihre Pflichtmitgliedschaft in der Krankenversicherung die Kosten legaler Abtreibungen mitfinanzieren. In Karlsruhe ist ein entsprechendes Verfahren anhängig.

Foto: Arbeiterfotografie Karlsruhe

einem die SPD dann vorgestreckt hat. Entsprechend hat man sich das Maul verbrannt.

Bei der Zerrissenheit des hessischen Landesverbandes wo eine Minderheit, gerade hier aus Frankfurt, meinte, Demokratie bestünde darin, Wahlkampf gegen die eigene Parteimehrheit zu betreiben, die meinte, Wahlkampf bestünde vor allem darin, selbst gegen die eigenen Mandatsträger auch wenn sie Fehler gemacht haben in Wiesbaden, angehen zu müssen, und die es offensichtlich nicht verwunden hat, in eine hoffnungslose Minderheitensituation geraten zu sein bei dieser Zerrissenheit macht mich erstaunen, daß unser Ergebnis dann doch noch so gut ausgefallen ist.

Ich gehe allerdings davon aus, daß wir uns das nicht mehr allzulange erlauben können, daß wir diese Situation verändern müssen, und ich bin eigentlich diesbezüglich recht optimistisch, auch was die Entwicklung der Bundespartei angeht. Es wird dort eine radikal-reformistische Politik mehrheitsfähig werden, sofern sie das heute nicht schon ist. Dasselbe wird für die Bundestagsfraktion gelten.

Kommune: Wie sieht es aber bei dem potentiellen Bündnispartner aus?

J. Fischer: Die Sozialdemokratie steht am Ende einer Epoche, einer Epoche, die man mit der Neugründung nach dem II. Weltkrieg als eröffnet ansehen kann. Die Sozialdemokratie das ist unsere große Chance steht jetzt vor der Frage, daß sie einerseits die Integration nicht mehr schafft. Es sind ihr nennenswerte Teile ihrer Stammwählerschaft davongelaufen, sowohl aus den Arbeiterschichten als auch vom technologischen Mittelstand, die sind ihr wegelaufen sowohl zu den Grünen wie auch zur CDU. Dies ist eine Tendenz, die ich als notwendig ansehe, da die Integrationsfähigkeit des sozialdemokratischen Konsenses nicht mehr trägt. Die Entstehung der Grünen ist davon ein Ausdruck, aber auch das Erstar-

ken der Rechten. Es ist auch ein Prozeß, der jenseits, ob es einem gefällt oder nicht, einfach läuft. Der sozialdemokratische Konsens ist zerschissen an der Wirklichkeit.

Dazu nur noch soviel: Ich kann mir ein Bündnis vorstellen. Diese Debatte über „neue Mehrheit“ finde ich allerdings zu kurz gegriffen, wenn sie nicht die neue Mehrheit in einer sozialen und ökonomischen Umstrukturierung der politischen Landschaft hier in der Bundesrepublik meint. Unter neuer Mehrheit verstehe ich

eine grüne Partei, die sich zwischen 15, 20% oder 12 und 20% bewegt, die Kräfte aufnimmt, die heute noch an die Sozialdemokratie gebunden sind, auch personell, und die dann in der Lage ist, mit einer Partei der klassischen Arbeiterbewegung, mit einer Partei, die mehr in die Mitte reindrückt, eine Koalition zu schließen, eine Fortschrittskoalition, die sicher Abstriche macht von dem grünen Programm, die aber auch sehr vieles dann durchsetzen wird. Und dafür braucht es vor allen Dingen eines: Zeit. □

„Ich möchte versuchen, das Bewußtsein und die Organisationsformen für eine basisdemokratische Kontrolle von Forschung und Technologie zu entwickeln.“

Erika Hickel, 48, Braunschweig, Niedersachsen, Professorin

Kommune: Bist Du mit dem Ergebnis, das Du in Braunschweig erzielt hast, zufrieden?

E. Hickel: Ich habe hier in meinem Wahlkreis 6% erzielt. Das ist in der ganzen Region Braunschweig der höchste Prozentsatz, die anderen sind alle etwas unter 5% geblieben, was ich sehr bedaure. Aber wir sind ja hier beherrscht von der Eisen- und Stahlindustrie, vom VW Werk und Peine Salzgitter, und da ist es noch relativ schwierig, mit den Grünen durchzukommen.

Kommune: Welche Erfahrungen hast Du bei der Bemühung, die Vorschläge der Grünen ins Bewußtsein zu heben, gemacht?

E. Hickel: Da hat man schon eine ganze Menge erreichen können. Nun ist es so, daß es hier in Braunschweig eine große Zahl von wissenschaftlichen Einrichtungen gibt, die Technische Universität und mehrere Bundesforschungsanstalten, und dadurch ist auch ein Potential da, das unserem Ge-

dankgut aufgeschlossen gegenübersteht, teilweise jedenfalls.

Kommune: Du wirst heute an einer Demonstration gegen die Stahlsanierung teilnehmen, wie Du uns sagtest. Was haben die Grünen in diesem Sektor beizusteuern und wie sieht das Verhältnis zu den Gewerkschaften in Deinem Bereich aus?

E. Hickel: Ja, das ist die Grundfrage. Im Ganzen gesehen könnte ich mir denken, daß dieses Wahlergebnis – so schlimm es eigentlich ist für die Bundesrepublik – für die grüne und ökologische Bewegung bessere Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet, als wenn wir immer gezwungen gewesen wären, uns an der SPD zu orientieren. Ich habe zum Schluß diese Versuche, daß bei den Grünen fast nur noch diskutiert wurde unter dem Blickwinkel: Welche Themen diktiert die SPD? für eine üble Entwicklung gehalten.

Jo Müller

In the Ghetto?

Zu den Gewerkschaften, glaube ich, ist doch viel in Fluß gekommen oder kommt so eben in Fluß. Ich habe einerseits sehr seltsame Erfahrungen hier bei Gewerkschaftsveranstaltungen gemacht während der Wahlzeit. Ich hatte diesen Aufruf „Gewerkschafter für die Grünen“ auf einer Veranstaltung rumgereicht, und der ist dann am Vorstandstisch kassiert worden – das war im DGB-Kreisverband Braunschweig.

Andererseits habe ich sehr viel Zustimmung von jungen Gewerkschaftlern bekommen, die in diese Sitzung auch gar nicht gegangen sind und die ich auf einer Jugendveranstaltung kennengelernt habe. Und bei Peine-Salzgitter gibt es Vorschläge der Betriebsräte, die darauf hinzielen, daß die Regionalisierung erhalten bleibt und der Konzernsitz nicht nach Dortmund verlegt wird und daß ein gesamter Strukturplan entworfen werden soll über das, was noch produziert werden kann, daß man die Arbeitsplätze bewahrt durch drastische Arbeitszeitverkürzungen Punkte, hinter denen wir stehen würden; das gilt auch für die Forderung nach Vergesellschaftung der gesamten Stahlindustrie. Und hier war es in den letzten Tagen so – das hat sich sicher noch nicht in der Wahl niedergeschlagen –, daß zunehmend auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter wohl doch inzwischen die Grünen zur Kenntnis nehmen. Da könnte ein Prozeß ins Laufen kommen, auf den man sich konzentrieren muß.

Kommune: Du sprachst letzte Woche in Frankfurt über Forschung und Technologie. Ist dies Dein Schwerpunkt?

E. Hickel: Ich würde gerne in den Ausschuß für Forschung und Technologie gehen, weil ich versuchen möchte, darauf hinzuwirken, auch in der Öffentlichkeit das Bewußtsein und vielleicht die Organisationsformen zu entwickeln für eine basisdemokratische Kontrolle von Forschungs- und Technologiepolitik, damit nicht nur die Abgeordneten und die Ministerialen des BMFT die Gelder verteilen, sondern beratende Gremien – ich denke da an Technologiekomitees – eingreifen und auch Entscheidungsbefugnisse haben. Die sollten vielfältiger zusammengesetzt sein, als das jetzt der Fall ist. Jetzt ist es ja so, wenn man sich Beratungsgremien zuzieht, nimmt man irgendwelche Institutsleiter und meint dann, die Wissenschaft sei vertreten. Dann müßten die Verbraucherverbände und die Arbeiterorganisationen zugezogen werden, auch solche Leute, die Vermittlerrollen zwischen Wissenschaft und Laien übernehmen. Dann müßten die Tierschutzverbände, die Öko-Institute, die Naturschutzverbände und dergleichen beteiligt werden an solchen wissenschafts-technologischen Ko-

Die „neue“ Mehrheit links von der CDU/FDP hat sich als Minderheit herausgestellt. Es hat viele „Linke“ gegeben, die in der Wahlnacht fast verzweifelt den Rückmarsch in die 50er Jahre prognostizierten.

Diesen wird es nur dann geben, wenn wir die Wähler der real existierenden neuen Mehrheit als Feinde behandeln.

Was haben die eigentlich gewählt? Sie haben sich für die Stabilität entschieden, d.h. für eine Regierung, von der sie erwarten, daß sie die Wirtschaftskrise meistert. Es ist ja wahrlich keine neue Erfahrung, daß die Wähler in Krisenzeiten rechts votieren. Da wir wissen, daß diese Regierung diese Krise nicht bewältigen kann, wird irgendwann Enttäuschung aufkommen, und erfreulicherweise wird es keine Partei rechts von der CDU für diese Enttäuschten geben.

Ein konjunktureller Aufschwung wird allerdings mit Sicherheit kommen und irgendwann wird man es zynischerweise feiern, daß die Arbeitslosenzahlen nicht mehr steigen, oder daß „wir“ nur noch 1,9 Millionen Arbeitslose haben.

Doch der Wunsch nach Stabilität ist auch dann nicht als rückschrittlich oder gar reaktionär zu interpretieren, wenn er sich in ein Votum für freie Marktwirtschaft kleidet. Damit ist die große Mehrheit auch in der Arbeiterschaft gut gefahren und aufgrund dieser Erfahrung wird auch noch sehr lange daran festgehalten werden.

In großer Gefahr befinden sich die Grünen, sie sind mit Leihstimmen von Sozialdemokraten in den Bundestag gekommen und haben in den letzten drei Monaten einen Imagewandel durchgemacht. Als Ergebnis stellt sich die grüne Partei als linker Junior-Partner der Sozialdemokratie dar. Dies mag zwar für eine Handvoll Großstädte opportun sein, und dort auch wenigstens der Wirklichkeit entsprechen, stimmt aber nicht für die Flächenstaaten, wo diese Republik gemacht wird. Es gibt ihn also im politi-

schen Bewußtsein, den Widerspruch zwischen Stadt und Land. Entscheiden sich die Grünen für das minoritäre städtische Bewußtsein, werden sie in Bayern, Rheinland-Pfalz usw mittelfristig nicht zum Zuge kommen. Nicht nur dort wird es darauf ankommen, an den oben beschriebenen wertkonservativen Tendenzen im fortschrittlichen Sinne anzusetzen.

Auch die Friedens- und Umweltbewegung wird es bitter nötig haben, beispielsweise in Zusammenarbeit mit den Kirchen eine soziale Erweiterung zu erreichen. Für die Ziele dieser beiden Bewegungen wird es auch notwendig sein, ideologischen Schrott beiseite zu lassen, der nur dem „linken“ Seelenheil zur Legitimation dient. Mit Sicherheit gehört dazu auch die Forderung nach genereller Vergesellschaftung von Grund und Boden, wie es im grünen Programm gefordert wird. Wahrscheinlich können die Grünen froh sein, daß sie nur Opposition sind. Dies ermöglicht einen besseren Kontakt zur außerparlamentarischen Opposition, und es hätte die Grünen zur Zeit sicher überfordert, im Parlament den Dulder von Herrn Vogel zu spielen.

Die Bundestagsfraktion der Grünen wird es nicht leicht haben. Die Erwartungen sind sehr hoch und sehr unterschiedlich. Innergrüne Auswahlmechanismen funktionieren in der Regel weniger nach einem Kompetenzprinzip, sondern danach, wieviel „Betroffenheit“ symbolisiert wird. Das ist politisch auch wünschenswert. Zusätzlich ist die Fraktion mit dem notwendigerweise Konkurrenz produzierenden Rotationsprinzip mit Ausnahmen (1/3-Lösung) belastet. Dies wird nicht erst in zwei Jahren erhebliche Probleme mit sich bringen.

Jo Müller kandidierte auf der Landesliste der Grünen Niedersachsen für den Bundestag und ist Mitglied der Fraktionsgemeinschaft im Bundestag.

mites oder Beratungsgremien, die über die Verteilung von staatlichen Forschungsgeldern mitbestimmen. Die Forschung kann sowieso, soweit sie von der Industrie finanziert wird, nicht gesteuert werden, aber das, was mit Steuergeldern finanziert wird, darüber sollten die Betroffenen mitreden können. Die Gen-Technologie ist da nur ein Punkt von vielen, dabei schon ein besonders dramatischer.

Kommune: Kannst Du uns ein wenig darüber sagen, wie Du zu den Grünen gekommen bist?

E. Hickel: Erstmals bin ich froh, daß wir so viele Frauen durchgebracht haben. Ich hatte nämlich zur Bedingung gestellt für die Annahme meines Mandats, daß Frauen wenigstens ein Drittel der Fraktion stellen. Wenn's weniger gewesen wären, hätte ich's nicht gemacht.

Von Hause aus bin ich Apothekerin, habe lange in dem Beruf gearbeitet, nebenher Geschichte und Geschichte der Naturwissenschaften studiert. Zu den Grünen bin ich u.a. durch die Erfahrungen mit dem Arzneimittelmarkt gekommen. Im Grunde

genommen war ich schon Grüne, bevor es die gab, weil ich die Art, wie die Arzneimittelforschung, die ganze naturwissenschaftliche Forschung und dann die Vermarktung der Arzneimittel ausschließlich an den Interessen der Großindustrie orientiert wird, schlimm und auch im Beruf frustierend fand. Und durch meine wissenschaftshistorischen und -theoretischen Studien habe ich dann auch die Mechanismen verstehen ge-

lernt, die dem zugrundeliegen, politische und soziale. Als die Grüne Liste Umweltschutz hier entstand, bin ich ihr sehr bald beigetreten. Es ist natürlich nicht nur der Arzneimittelmarkt, es ist die ganze patriarchalische Struktur unserer Naturwissenschaft, die dieses gewalttätige Verhältnis zur Natur fördert. Das, denke ich, wäre vielleicht mit dieser neuen Bewegung zu bekämpfen oder zu verändern. □

deutlich herausgestellt haben. Natürlich gibt es innerhalb der Grünen eine, wie ich sehe, zunehmend schwächer werdende Strömung, die sich in der Tat nur auf diese Abgrenzung verlegt mit den entsprechenden Konsequenzen. Aber schon auf der Sitzung der Bundestagsgruppe in Frankfurt hat sich gezeigt, daß eine andere Position, die da ein bißchen realitätsnäher ist, bei den Grünen ganz klar das Übergewicht hat. Und so ist auch der Wahlkampf betrieben worden.

„Die Bedeutung der außerparlamentarischen Bewegung wird sich erheblich verstärken, denn angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag wird es kaum gelingen, sich parlamentarisch durchzusetzen.“

Hubert Kleinert, 29, Marburg, wissenschaftlicher Mitarbeiter

Kommune: Kannst Du uns sagen, worin Du das Hauptproblem dieses Wahlergebnisses siehst?

H. Kleinert: Das Hauptproblem ist natürlich, daß wir hier eine ganz klare Mehrheit für eine rechte Politik in der Bundesrepublik haben, und zwar eine Mehrheit, die noch klarer ist als die, mit der man rechnen mußte; und daß in der aktuellen politischen Situation offenbar eine Mehrheit diesseits der jetzigen Regierungskoalition ausgeschlossen zu sein scheint in der Bundesrepublik. Dazu kommt da darf man sich auch nichts vormachen daß in dieser Koalition das Gewicht der FDP gleich Null sein wird. Wir müssen damit rechnen, daß wir tatsächlich den Durchmarsch in den CDU-Staat erleben. Demgegenüber ist unser relativer Erfolg fast zweitrangig, muß man sagen.

Kommune: Wie erklärst Du Dir dieses Ergebnis?

H. Kleinert: Die Grünen sind da zuerst mal weniger gefragt, denn unsere Aufgabe kann es ja wohl nicht sein, die Mehrheiten für die SPD zu beschaffen. Nun dazu, wie es zu einem solchen Ergebnis insgesamt kommt: Da muß man, glaub' ich, zwei Dinge sehen: Das erste ist, daß die CDU es tatsächlich verstanden hat, die Tatsache, daß sie die Regierung stellt, fast optimal auszunutzen. All die Hoffnungen vieler Linker Kohl würde sich selber lächerlich machen, haben sich als völlig falsch herausgestellt. Und es ist denen ganz offensichtlich gelungen, die se Propaganda von „der Aufschwung kommt“ und er sei schon angelaufen, überzeugend rüberzukriegen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die SPD selber Sie ist

m.E. Opfer ihrer eigenen Strategie geworden, die darauf ausgerichtet war einerseits mit einem leichten grünen Anstrich sozusagen auch nach links wieder attraktiver zu werden, auf der anderen Seite die Kontinuität der Schmidtschen Politik herauszustellen. Dieser Versuch ist gescheitert nach beiden Seiten hin. Und das mußte er wohl auch. Die SPD hat weder das klare rechte Schmidtsche Profil überzeugend weiter vertreten können, noch hat sie auf der anderen Seite dermaßen starke Gewinne nach links hin erzielen können, wie sie es erhofft hatte. Aber das hätte ohnehin nicht gereicht für eine Mehrheit.

Kommune: Haben die Grünen nicht aber der SPD durch ihre rein negative Abgrenzung von ihren Umarmungsversuchen und durch den Verzicht, sie mit eigenen Vorstellungen stärker inhaltlich zu fordern, diesen schlappen Wahlkampf erleichtert?

H. Kleinert: Da bin ich ganz anderer Meinung. Im Herbst ist das sicherlich nicht in der erforderlichen Weise aufgenommen und auch strategisch nicht genügend überlegt worden. Das ist gar keine Frage. Aber zumindest in der letzten Wahlkampfphase haben wir uns eingehend mit der Position der SPD in den zentralen Fragen wie Nachrüstung, Wirtschaftspolitik – d.h. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Atomenergie, Saurer Regen und dergleichen – auseinandergesetzt. Das hab' ich zum Beispiel auf jeder Wahlversammlung gemacht bis hin zu der Frage: Ist es möglich, einen Kanzler Vogel in der Bundesrepublik zu wählen und zu welchen Bedingungen wären die Grünen bereit, das zu tun? Außerdem denke ich doch, daß wir unsere eigenen Positionen zu all diesen Fragen einigermaßen

Kommune: Welche Chancen siehst Du für die Grünen, die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu verstärken angesichts der Abwanderung gerade von Teilen traditioneller SPD-Anhänger zur CDU Hierin hast Du ja wohl bisher einen Schwerpunkt Deiner Arbeit gesehen.

H. Kleinert: Das ist eine sehr zweischneidige Angelegenheit. Auf der einen Seite würde ich sagen, daß in der Frage der Zusammenarbeit oder von Ansätzen einer Zusammenarbeit zwischen Ökologie- Friedensbewegung und Grünen auf der einen und Gewerkschaftsbewegung auf der anderen Seite sehr wohl Fortschritte erzielt worden sind. Das hat sich beispielsweise gezeigt an der großen Zahl von Gewerkschaftern, die bereit waren, den Wahlauftrag zugunsten der Grünen zu unterzeichnen. Das wäre vor zwei, drei Jahren doch gar nicht denkbar gewesen. Das zeigt sich auch an den zunehmenden Problemen, die Gewerkschaftsführungen haben, ihre Abgrenzung oder ihre Versuche der Abgrenzung von den Grünen glaubhaft öffentlich zu vertreten. Von daher sehe ich das Ganze durchaus optimistisch. Sicher bleibt das Verhältnis Grüne Gewerkschaften sehr kompliziert, das wird auf absehbare Zeit so bleiben und muß vielleicht auch so sein. Ich bin also weit davon entfernt zu glauben, daß man das innerhalb kurzer Zeit lösen kann. Schließlich wollen wir uns auch nicht anbieten.

Die andere Seite betrifft die Gesamttendenz in der Arbeiterbewegung. Es kann einem natürlich als Grünem, der sich dafür noch interessiert, nicht gleichgültig sein, wenn man auf der einen Seite einen gewissen Einbruch für sich verbuchen kann, auf der anderen Seite aber Teile der Arbeiter nach rechts wandern. Das ist eine ganz bedenkliche Entwicklung. Dazu hab' ich auch noch keine letzte Erklärung. Ich vermute erstens, das ist tatsächlich ein Resultat unklarer Positionen, wie sie die Sozialdemokratie vertreten hat. Auf der anderen Seite neige ich schon dazu zu glauben, das ist Resultat eines – man muß es wohl so hart formulieren – blinden Vertrauens, das jetzt in der Krisenzeit einer scheinbar starken Führung entgegengebracht wird. □

Hessen nach der Bundestagswahl

1 Mit Hilfe eines ständigen Taktierens zwischen CDU und den Grünen versuchte die hessische SPD über den Termin der Bundestagsneuwahl hinwegzukommen. Die SPD sieht sich *nicht in der Lage*, die politischen Herausforderungen von Wahlergebnissen zu akzeptieren:

Weder die Chance, nach dem Ergebnis der hessischen Landtagswahl vom 26. September 1982 einen Neubeginn in Hessen zusammen mit den Grünen zu versuchen, noch die Herausforderung, nach dem Bundestagswahlergebnis dem „reaktionären Block an der Macht“ eine Politik in Hessen entgegenzustellen, sind von der Hessen-SPD gesehen, geschweige denn ergriffen worden. Sie wollte mit allen Karten gleichzeitig spielen, von grün-roter Zusammenarbeit über Tolerierung durch die CDU bis hin zur formellen Großen Koalition.

Schon vor der Bundestagswahl (knapp eine Woche nach Verabschiedung des Teilhaushaltsgesetzes durch SPD und Grüne, siehe meinen Artikel in der *Kommune* 2/1983) wurde den Grünen im Landtag aus den Reihen der SPD signalisiert, daß der SPD-Landesvorstand auf seiner ersten Sitzung nach der Bundestagswahl sich für Neuwahlen in Hessen aussprechen werde, egal wie sich die Grünen z.B. bei der Beratung des Haushaltes – verhalten würden.

Die hessische SPD hoffte, daß die Grünen den Sprung in den Bundestag nicht schaffen würden, sie selbst schließlich im Schatten des „Schmidtleidseffekts“ nicht zu schlecht im Vergleich zu anderen Bundesländern abschneiden würde. Unter diesen Voraussetzungen hoffte die SPD dann über Neuwahlen auseinem Wahlkampf gleichzeitig gegen CDU und Grüne als stärkste Fraktion hervorzugehen, um dann *eine Tolerierung durch die CDU zu erzwingen*.

2. Diese Erwartungen der SPD haben sich nicht erfüllt. Der „Erdrutsch“ von SPD-Wählern zur CDU erfolgte und dennoch kamen die Grünen in den Bun-

destag. Der trotzdem gefaßte Beschluß der SPD, wie bereits die CDU nun Neuwahlen zu verlangen, kann nur als *Verzicht der hessischen SPD auf künftige Gestaltung der Landespolitik* gewertet werden.

Statt nun nach dem Bundestagswahlausgang in Hessen ein Gegengewicht zum schwarzen Bonn zu schaffen, was nun nur *mit* und nicht gegen die Grünen geht, sollen Neuwahlen, so Börner auf der Pressekonferenz am 8.3.1983 in Wiesbaden, „die absolute Mehrheit für die SPD“ bringen und dies mit einer „Fortsetzung der Politik der Mitte“

Dieser illusionäre Weg kann leicht zu einem CDU-Ministerpräsidenten Wallmann führen und damit den „CDU-Staat“ erst recht etablieren.

3. Statt die aus dem Landtagswahlergebnis erwachsenen Chancen zu nutzen, mit den Grünen im hessischen Landtag der *Bonner Politik* des Rüstungs- und Atomwahnsinns, des Sozialabbaus und der „Krisenbewältigung“ auf dem Rücken der Beschäftigten ein *Konzept der Neuorientierung* der Landespolitik entgegenzusetzen, hat die SPD *alle Gesprächsangebote* seitens der Grünen seit September '82 nicht aufgegriffen und statt dessen auf die Fortsetzung ihrer Politik gesetzt. Nun, das Bundestagswahlergebnis zeigt, daß die Grünen keine Eintagsfliege sind: Wenn also die SPD tatsächlich dem „reaktionären Block an der Macht“ etwas entgegensetzen will, so muß sie dies unter Berücksichtigung der Positionen der Grünen tun; ohne unsere Stimmen ist die christlich-liberale Koalition nicht zu beenden!

4. Die „Todessehnsucht“ der hessischen SPD läßt sich vielleicht erklären: Während die Börner/Reitz-Riege – ausgestattet mit satten Mehrheiten in Landesvorstand und Landtagsfraktion – inhaltlich keinerlei Bereitschaft zu Kompromissen den Grünen gegenüber gezeigt hat und deshalb *lieber in die Opposition* geht, sehen sich die angeblichen Linken

in der SPD mit dem Rücken an der Wand, so daß ihrer Meinung nach ein Kurswechsel erst in der Opposition möglich ist, wenn die „Kanalarbeiter“ die Partei nicht mehr mit ihren Regierungsämtern erpressen können.

5 Ein Punkt bleibt nachzutragen: Zusammen mit dem einstimmigen Beschluß von SPD-Landesvorstand und -Fraktion, Neuwahlen zu fordern, wurde die Bereitschaft zu grundsätzlich(en) öffentlichen Gesprächen mit den Grünen zurückgezogen. Diese Gesprächszusage war aber eine Zustimmungsbedingung der Grünen im Landtag für das sogenannte „Teilhaushaltsgesetz“ vom Februar '83 gewesen.

Die SPD ist offenkundig kein ernstzunehmender politischer Partner. Sie muß sich den Vorwurf von uns gefallen lassen, daß sie für ihre taktischen Winkelzüge Verrat an eigenen Zusagen übt und durch „Lügen“ die Zustimmung der Grünen zum Teilhaushaltsgesetz erreicht hat. Die Unfähigkeit der hessischen SPD mit den Herausforderungen des Landtagswahlergebnisses und des Bonner Kurswechsels fertig zu werden, sollte deutlich genug eine *Warnung an alle* sein, die hoffen, daß aus einer rechnerischen Mehrheit eine politische Mehrheit werden könnte.

Während die Grünen natürlich unter Wahrung ihrer politischen Grundsätze bereit waren und sind, einen Kompromiß zwischen SPD und Grünen in Einzelfragen zu suchen und in Grundsatzgesprächen die Frage der Tolerierung einer SPD-Minderheitenregierung auszuloten, ist die SPD nur zu taktischen Spielchen fähig und ist auch eher bereit, der CDU das Feld zu überlassen, anstatt sich endlich mit neuen Konzepten den drängenden Problemen der Wirtschafts- und Umweltkrise zu stellen.

Jan Kuhnert ist Mitglied der Fraktionsgemeinschaft der Grünen im Hessischen Landtag.

DIE KPD/SU / SDAPR IN RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSEN (1898 - 1947)

Reprint einer in den 50er Jahren in der DDR in sehr kleiner Auflage erschienenen Sammlung von Resolutionen und Beschlüssen. Die Sammlung ist nicht vollständig, ist aber die erste und bisher einzige Sammlung dieser Art. Sie enthält eine Vielzahl bisher nicht in Deutsch veröffentlichter Resolutionen und Beschlüsse von Parteitag, Konferenzen und Plenen des ZK.

--erscheint voraussichtlich Sommer/Herbst 83--

3.022 Seiten / broschiert / 10 Bände
Subskriptionspreis (Bestellung bis 30.04.83)

DM 240,--
DM 168,--

Die Bände erscheinen monatlich. Bei Subskription werden die Bände monatlich ausgeliefert und kosten dann DM 16,80 zuzüglich DM 2,50 Porto und Verpackung/Band.

DIE KOMMUNISTISCHE FRAUENINTERNATIONALE 1 5 JG (1921 1925)

Reprint der von 1921 1925 erschienenen Monatszeitschrift, die sich mit Problemen der kommunistischen Frauenbewegung befasste. Ursprünglich herausgegeben von Exekutive der III. Internationale und Internationales kommunistisches Frauensekretariat in Moskau, C.Zetkin.

Neu herausgegeben von Klaus Arestis
Mit einem Vorwort von Christine Wittrock

--erscheint voraussichtlich Herbst 83--

1.269 Seiten / broschiert / 4 Bände
Subskriptionspreis (Bestellung bis 31.10.83) DM 110,--
DM 78,--

Prospekt anfordern
oder gleich bestellen bei VTK-VERLAG * POSTFACH 16 741 * 6000 FRANKFURT/M.1

„Dieses grüne Wirtschaftsprogramm ist nicht mal eine Plattform für konkrete Parlamentsarbeit.“

Christian Schmidt, 40, Hamburg, Lehrer

Kommune: Ihr habt in Hamburg ein recht gutes Ergebnis.

Ch. Schmidt: Die rechte Mehrheit ist auch mit in Hamburg zustande gekommen. Auch hier hat die SPD verloren, die CDU gewonnen, und die FDP hat gegenüber dem Bürgerschaftsergebnis ihre Leihstimmen bekommen. Und was die GAL angeht, so liegt das im Trend der anderen Großstädte.

Kommune: Ihr habt aber noch mal zugelegt.

Ch. Schmidt: Ja, das war schon unerwartet. Das ist eben eine politische Wahl unter dem Slogan: Die Grünen müssen rein. So interpretiere ich das. In dem Hamburger Ergebnis sehe ich jedenfalls nichts Aufregendes.

Kommune: Welche Bedeutung mißt du nun dem Kräfteverhältnis insgesamt bei?

Ch. Schmidt: Hauptergebnis ist ein Rechtsruck, und zwar in schlimmer Weise. An bestimmten Interessen kann man das aber kaum festmachen. Für mich sind da drei Dinge wesentlich. Erstmal scheint es doch die politische Struktur widerzuspiegeln, wie sie auch vordem in etwa gewesen ist, wo durch die Einbindung der FDP in sozialliberale Politik verdeckt blieb, was an rechten Potentialen da ist. Und wenn man SPD und Grüne zusammennimmt, ist das so der 45%-Block, den die SPD früher allein bekommen hat. Insofern gibt es keine große Veränderung wobei man immer nur hofft, daß es sich mal zum Positiven hin verändert, über Jungwähler oder so. Das ist nicht der Fall gewesen.

Zweitens hat glaube ich z.B. eine Propagandameldung eine große Rolle gespielt: Der Aufschwung kommt gewiß! mit Baudaten und Zinssenkung und „jetzt geht's wieder aufwärts“ Das hat in dieses konservative Arbeiterpotential, das es ja auch gibt, reingehauen.

Das dritte ist, daß eine politische Alternative, die handlungsfähig oder „regierungsfähig“ ist, nicht in Sicht war Die Leute überlegen ja, ob sie wirklich eine Alternative zuwege bringen. Das geht ja bis hinein in die Grünen, wo auch immer gesagt worden ist, da kann gar nichts bei rumkommen. Die SPD wird sowieso Nachrüstung machen. Sie wird sowieso nicht aus AKWs aussteigen, wird eben auch ihre alte Sparpolitik fortsetzen wollen. Und wer anderes sagt, der verbreitet Illusionen.

Die SPD ihrerseits hat alles getan, um die Möglichkeiten einer grün tolerierten Politik argumentativ abzuschneiden. Und darüber hinaus unabhängig von solchen Einlassungen zum Wahlkampf, wo ja auch Emotionen wirken – muß man sehen. Es gibt nichts irgendwie programmatisch Ausgearbeitetes, was in den zentralen Fragen eine Änderung hätte aufzeigen können. Sicher in Sachen Nachrüstung und, sagen wir in Sachen Atomausstieg. Aber beim Ausstieg aus der Atomenergie ist es schon so, daß es ja keine breite gesellschaftliche Debatte gegeben hat, wie das vor sich gehen könnte. Sehr viel schlimmer ist es noch im Hinblick auf eine andere Produktionspolitik.

Kommune: Bezieht du diesen Mangel an Alternativen auf die SPD als auch auf die Grünen?

Ch. Schmidt: Natürlich qualitativ gewichtet. Die SPD hätte ja technisch keine Schwierigkeiten, so etwas zu machen. Sie hat politisch eben eine andere Orientierung. Bei den Grünen ist es ein Problem, daß zum Beispiel ein Wirtschaftskonzept erst in Umrissen ein paar Monate vorher beschlossen wurde. Und wenn das ein so zentrales Thema ist, dann kann man ermesen, wie programmatisch rückständig das alles ist. Dieses grüne Wirtschaftsprogramm ist ja nicht mal eine Plattform, um konkrete Parlamentsarbeit zu machen.

Kommune: Das Sofortprogramm ist dir nicht konkret genug?

Ch. Schmidt: Ja, es enthält zu wenig Präzisierungen im Bereich der Wirtschaftspolitik, aber auch der Sozialpolitik. Nehmen wir die Wirtschaftspolitik. Es hat noch niemand bisher quantifiziert, was an Investitionsprogrammen notwendig und was meinetwegen unter solchen Bedingungen möglich wäre. Das ist mal für den Öko-Sanierungsteil aufgestellt worden, also Rauchgasentschwefelung und dergleichen. ein 60 Milliarden-Programm für Bund, Länder und Gemeinden. Aber in den anderen Bereichen gibt's ja nichts Entsprechendes, so daß man also präzise sagen könnte, beim sozialen Wohnungsbau sind die bisherigen Fördermittel so und so umzuschichten und ist die Verzinsung so und so runterzuziehen mit Nachsubventionierung oder Zurverfügungstellung eigener Kreditmittel oder ob in dieser Frage die Bundesbank direkt in Anspruch zu nehmen wäre. Das sind jetzt

ein paar aus dem hohlen Bauch geholte Beispiele. Der konkrete Weg ist also nicht vorzeichnet worden. Und dasselbe gilt im Grunde für die Sozialpolitik, wo es zum Beispiel kein Rentenprogramm der Grünen gibt, eine zentrale Frage in diesem Bereich, oder zur Neuordnung der Sozialversicherung überhaupt. Zu keinem dieser Gebiete gibt es irgendwie präzise Aussagen, wenn man das mal vergleicht mit den gängigen Programmen oder mit dem, was die Memorandum-Gruppe da vorschlägt. Das meine ich mit programmatischer Schwäche.

Kommune: Welche Möglichkeiten und Aufgaben politischen Handelns bleiben euch jetzt?

Ch. Schmidt: Handlungsmöglichkeiten sind zunächst mal eingebettet in das, was sich gesamtgesellschaftlich vollzieht. Im Bereich Wirtschaft und Soziales, kurz gesagt, erwarte ich, daß sich die Konfrontation zu den DGB-Gewerkschaften abbauen wird, daß also DGB und SPD dieses Feindbild nicht in der bekannten Weise aufrechterhalten werden. Das wird etwas Positives sein. Es wird auch nicht unumstritten in der SPD sein, aber in den Gewerkschaften denk' ich schon, daß es weitgehend akzeptiert wird, was auch die innergewerkschaft



lichen Möglichkeiten verbessert, d.h. daß eben entsprechende Positionen in den Gewerkschaften weniger geblockt werden.

Kommune: Hier wäre auch das Umgekehrte denkbar. Wenn die SPD aufgrund ihres „Sowohl-als-auch“ zu wenig überzeugen konnte, liegt es dann nicht genauso nahe, daß die leise Öffnung nun zugunsten rechter Kräfte zurückgenommen wird?

Ch. Schmidt: Wie das bei Prognosen eben ist. Beides ist möglich. Ich schätze eben nur daß es eine starke Konfrontation gegen diese Regierungskoalition geben wird. Und in dieser Konfrontation ist es schwer durchhaltbar daß der Hauptfeind bei den

Grünen steht, wie es angelegt ist in dieser Löwenthal-Position: Industriefreunde aus Unternehmensleitung und Gewerkschaften gegen die Industrie Feinde. Daß dieses Modell einfach praktisch nicht zu halten ist, davon gehe ich aus.

Das würde auch dem entsprechen, was sich hier in Hamburg im letzten halben Jahr getan hat. Daß es also in Bereichen, wo Arbeitsprobleme wirklich durchschlagen – bei uns ist das hier im Bereich Werften/Hafen –, eine große Bereitschaft gibt, die wenn auch geringen parlamentarischen Möglichkeiten über die GAL zu nutzen und auch gesprächsbereit zu sein. □

„Agrarpolitik soll man nicht dem Bauernverband überlassen, und es ist wichtig, daß eine Frau für die Opposition in den Agrarausschuß — eine Männerdomäne — geht.“

Antje Vollmer, 40, Bielefeld, Nordrhein-Westfalen, Dozentin

Kommune: Du bist Pastorin und hast Erfahrung in der Landjugend. Wird dies auch deinen Schwerpunkt in Bonn bestimmen?

Vollmer: Ich habe eine Doppelausbildung als Pastorin und für die Erwachsenenbildung und bin seit sieben Jahren im Vorstand der westfälisch-lippischen Landjugend, das ist ein ziemlich fortschrittlicher Jugendverband, und im Vorstand der evangelischen Jugend auf dem Lande. Daher habe ich im wesentlichen meine landwirtschaftlichen Kenntnisse. Ich gehe in Bonn in den Agrarausschuß und bin auch vorrangig – als Nichtmitglied der Grünen – für diesen Agrarschwerpunkt, d.h. auch für oppositionelle Bewegungen im ländlichen Raum, nominiert und gewählt worden.

Wir haben hier vier Schwerpunkte grüner Agrarpolitik zusammengestellt. Der erste wäre Rettung von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben. Nach unserem Sofortprogramm sollen die bisherigen staatlichen Fördermaßnahmen für Wachstumsbetriebe rigoros gestrichen werden. Statt dessen soll ein ökologisches Agrarkredit- und -förderprogramm geschaffen werden zur Stützung von Umstellungsmaßnahmen von Kleinbetrieben, die auf ökologischen Landbau umstellen. Im zweiten Teil fordern wir eben einen Landbau in Übereinstimmung mit der Natur zur Erzeugung gesunder Nahrungsmittel. Der dritte Punkt fordert Selbstbestimmung für den ländlichen Raum. Hier geht es vor allen Dingen um Wiederaufbau dezentraler Wirtschaftsformen im ländlichen Raum, aber auch um politische Selbstbestimmung, Rücknahme dieser regionalen Gebietsreform, die die ländlichen Regionen

völlig den städtischen Ballungszentren unterstellt hat. Viertens geht es um die Beendigung dieser Energievergeudung in der Landwirtschaft und der Produktion auf Kosten der Dritten Welt. Hier handelt es sich darum, daß wir zur Bezahlung der Exportgüter, die wir produzieren, Futtermittel aus der Dritten Welt reinnehmen, die dort auf den besten Böden hergestellt werden außer Südfrüchten, Tee und Kaffee. Und diese Futtermittel gehen hier wieder in die Großbetriebe, also in die Massentierhaltung.

Innerhalb der ökologischen Bewegung geht es mir darum, daß auch klar wird, unter welchen wirtschaftlichen Zwängen die Bauern einerseits stehen, daß es da einen unheimlichen Rationalisierungszwang gegeben hat, worunter die Hälfte aller Betriebe seit Kriegsende wegrationalisiert worden ist, und daß diese Art von betriebswirtschaftlicher Produktionsweise notwendig zu Umweltbelastungen zwingt und auch zur Verschlechterung der Nahrungsmittel führt. Das ist nicht nur eine moralische Frage, sondern ergibt sich aus wirtschaftlichen Zwängen.

Kommune: Ihr habt in Bielefeld ein im nordrhein-westfälischen Vergleich relativ gutes Stadtergebnis.

Vollmer: Nun, ich selber habe Wahlkampf hauptsächlich in ländlichen Gebieten gemacht. Hier war ich ziemlich erstaunt – man muß ja davon ausgehen, daß die Bauern in der Regel CDU wählen – daß es überhaupt gelungen ist, so viele Bauern, jüngere und auch wirklich ältere, auf diese Veranstaltungen zu kriegen. Ich habe einige

wirklich ausgesprochen gute Veranstaltungen erlebt, auch in ganz schwarzen Gegenden, zum Beispiel in Riedberg oder auch in Siegen. Im kirchlichen Bereich ist es einfacher gewesen – das muß man natürlich relativ sehen. Bei Bauern war das sehr viel mehr als ich erwartet hatte, im kirchlichen Bereich hatte ich schon ziemliche Unterstützung erwartet, und gerade in den letzten Aufrufen war eigentlich ziemlich klar daß auch die Leute, die traditionell immer SPD gewählt haben, nun aufgerufen haben, die Grünen zu wählen.

Das Ergebnis in Bielefeld geht eindeutig auf das Konto der Bunten Liste hier und auch der Kandidatin Helga Bolt. Sie ist äußerst angesehen in der Bielefelder Bevölkerung. Die Liste hat sich schwerpunktmäßig im sozialen Bereich engagiert, sie haben erreicht, daß einige Kindergärtnerinnen nicht gekündigt wurden, und haben jetzt angefangen, auch gegen den Sauren Regen was zu machen.

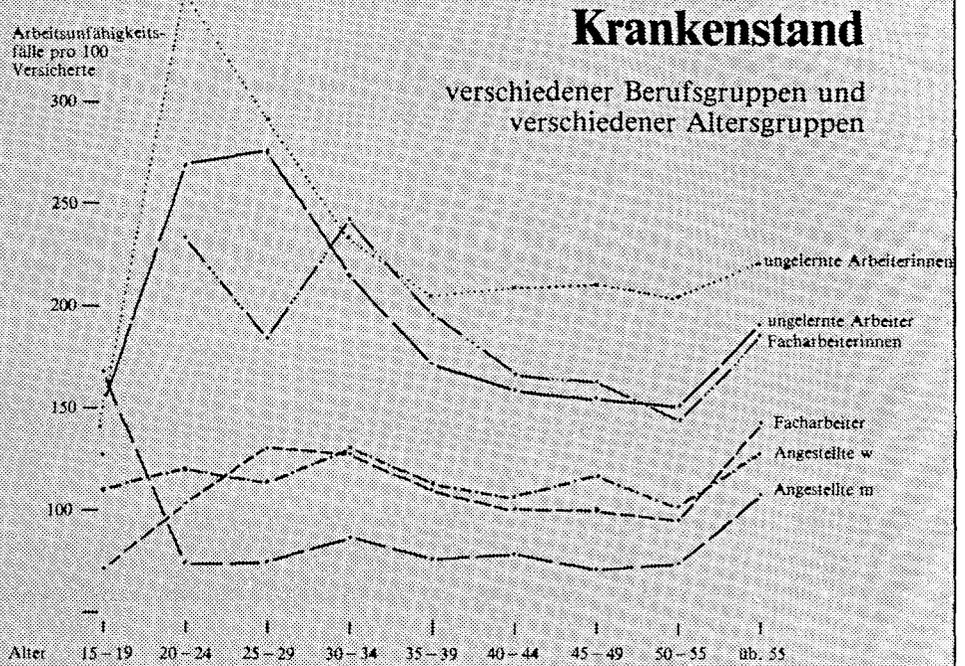
Kommune: Wie sieht es denn nun im Frauenbereich bei den Grünen und auch im Bundestag aus?

Vollmer: Von den 27 sind zehn Frauen, das ist meiner Meinung nach nicht genug – ich hätte lieber genaue Parität gehabt, wie wir sie von NRW her haben, sowohl bei den Abgeordneten wie in der Bürogemeinschaft. Ich hoffe, daß bei den nächsten Wahlen und insgesamt in Zukunft das paritätische Prinzip angewandt wird. Trotzdem denk' ich, ist das schon mal ein kräftiger Schritt in die richtige Richtung, und ich hoffe, daß sich das auch in der Sacharbeit entsprechend zeigen wird. Was ansteht, ist, einen Ausschuß „Frauen“ zu gründen. Der würde mich sicher mächtig interessieren, aber ich denke, daß es da tatsächlich Frauen genug gibt, die da reingehen. Ich selber habe einen sehr dezidierten Frauenstandpunkt, nur kann ich in dem Fall nicht alles machen. Außerdem ist es sehr wichtig, daß eine Frau in den Agrarausschuß geht, gerade für die Opposition.

Im wirtschaftlichen Bereich sonst gibt es immerhin Gewerkschafterinnen, aber hier im Agrarbereich gibt es zwar schon eine Interessenvertretung durch die Landfrauen, aber agrarpolitische Forderungen werden dort nicht behandelt, das bleibt dem Bauernverband überlassen. Die Landfrauen machen eine ziemlich umfassende Bildungsarbeit, und hier passiert auch einiges Emanzipatorische – z.B. gibt es in der Landjugend schon seit 1949 Parität, was ganz erstaunlich ist, aber die Formulierung agrarpolitischer Leitlinien ist eine ziemliche Männerdomäne. □

Für die Kommune fragten Cornelia Falter und Gerd Heinemann

Zwar wissen wir mittlerweile, wie der Mond von hinten aussieht, über den Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und Krankheit aber wissen wir ziemlich wenig – weil diejenigen, die das Geld haben, dafür kein Geld haben. Einem Projekt zur „Krankheitsartenanalyse“ der Betriebskrankenkassen entstammen die nebenstehenden Zahlenangaben. Auch bei vorsichtiger Interpretation ist die Abstufung zwischen Angestellten – Facharbeitern – angelernten Arbeitern nicht zu übersehen. Ebenso der erhöhte Krankenstand der über 55jährigen. Für hohen Krankenstand bei Berufseintritt lautet die These: Eingewöhnungsphase. Nach einigen Jahren zeigt sich, welcher Organismus der neuen Belastung standhält.



Startbahn West ist klaglos

Der Bund für Umweltschutz und Naturschutz hat seine vier vor verschiedenen Verwaltungsgerichten noch anhängigen Verbandsklagen gegen die im Bau befindliche Startbahn West am Frankfurter Flughafen wegen Aussichtslosigkeit zurückgezogen. Zwar hatten untere Instanzen einer Reihe von früheren Klagen stattgegeben, die Urteile waren aber sämtlich vom Verwaltungsgerichtshof in Kassel wieder kassiert worden. In einer Erklärung des BUND heißt es, die Justiz habe „auch mit gezielten juristischen, organisatorischen und personellen Vorkehrungen, die bisher auch von Kennern der Gerichtsszene für unmöglich gehalten worden waren, den Bau der Startbahn 18 West sichergestellt und der Hessischen Landesregierung das politische Gesicht gerettet“ Richter die im Sinne der Landesregierung urteilten, wurden befördert, so die Vorsitzende Richterin des ersten Senats am Verwaltungsgerichtshof, Sturm-Wittrock; widerspenstige Richter dagegen wurden öffentlich beschimpft, versetzt oder mit Disziplinarstrafen überzogen.

Rentenalter 65 unnormal

Daß das 65. Lebensjahr kein typisches Rentenalter mehr ist, zeigt die Rentenzugangstatistik 1981 Lediglich etwa ein Fünftel der Neurentner bezieht das „normale“ Altersruhegeld. Und selbst das flexible Altersruhegeld und mit ihm das 63. Lebensjahr als Rentenalter scheint kaum mehr normal zu sein, denn weit mehr als die Hälfte der zugegangenen Altersrentner war bei Rentenbeginn jünger als 63 Jahre. In der Arbeit-

terrentenversicherung waren 42% der Neurentner jünger als 55 Jahre (nur Männer), fast 59% der neuen Renten wurden wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit gezahlt in der Angestelltenversicherung beläuft sich letzterer Anteil auf knapp 40%. Auch diese Entwicklung wird zu bewerten sein, wenn die Bundesregierung demnächst unter Hinweis auf „objektive Zwänge“ weitere Einschnitte bei der Rentenversicherung ankündigt.

Ex-Minister gegen den Brüter

Einige Monate zu lange gebrütet hat der ehemalige Forschungsminister von Bülow über seinen nunmehr im Spiegel verkündeten Ratschlag, den Schnellen Brüter und den Hochtemperaturreaktor „trotz fortgeschrittener Baustadien einzumotten“ Ausschlaggebend für Bülow war eine im Sommer 1982 eingeleitete „Neubewertung“ der beiden Projekte, aus der sich deren wirtschaftliche Unsinnigkeit ergab. Bedarfsprognosen wie Kostenschätzungen erwiesen sich jetzt plötzlich auch den amtlichen Prüfern als unrealistisch. Laut Bülow sind mittlerweile vier Milliarden Mark für den Brüter festgeritten, der Mittelbedarf für die weitere Entwicklung des Gesamtsystems dürfte sich auf 10 Milliarden belaufen.

Kapitalisten spannen ihre Leinen

Am Rande einer Konferenz in München haben die Spitzenverbände der Wirtschaft (Industrie, Arbeitgeber, Handelstag und Handwerk) der CDU ihren Segen erteilt, daß die „Investitionshilfeabgabe“ nicht zurückgezahlt werden soll. Ohnehin können

sich Selbständige von der Abgabe befreien, indem sie einen Teil ihres Gewinns wieder investieren; und die Steuermeldungen, die bei ihnen zur Festsetzung der Abgabe für 1983 führen, müssen erst bis zum 10. März 1984 bei den Finanzämtern sein. So sind fast nur Gehaltsempfänger betroffen, denen die Abgabe mit der Lohnsteuer seit Januar abkassiert wird. Gleichzeitig hat der CDU-Wirtschaftsrat noch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen Kanzler Kohl einen „Kompaß“ präsentiert. Unter anderem wird eine Umschichtung der Steuern zugunsten der Unternehmensrendite verlangt. Neuer Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrats wird Heinrich Weiss, der u.a. Vorstandsvorsitzender der Schloemann-Siemag AG ist. Und auch der Geschäftsführer wird ausgewechselt, der neue kommt vom Arbeitgeberverband.

Die Wahlversprechen der CDU

An erster Stelle der Liste der Wahlversprechen der CDU steht die Senkung der ertragsunabhängigen Steuern für den „Mittelstand“ ab 1.1.1984. Überhaupt sollen die Unternehmenssteuern gezielt gesenkt werden, andererseits sollen Steuersubventionen abgebaut werden. Unbestimmt wie letzteres und mit Finanzierbarkeitsvorbehalt versehen ist die Ankündigung eines „die Bürger entlastenden Tarifs für die Lohn- und Einkommensteuer“ Sicher dürfte nur die Einführung eines Familiensplittings womöglich durch Streichung des Kindergeldes finanziert – sein. Der Haupttrick besteht dabei darin, daß der Steuervorteil mit der Höhe des Einkommens steigt. Ferner sollen die steuerlichen Bedingungen der Vermö-

Aufschwung ist nur angetäuscht

gensbildung dahingehend geändert werden, daß die Anlage in Produktivkapital Vorteile bringt. Es soll Druck ausgeübt werden, daß Arbeiter und Angestellte einen Teil ihres Lohnes an ihren Arbeitgeber verleihen, ein Mittel, das schon der Sachverständigenrat im Kampf gegen Lohnerhöhungen empfohlen hat. Keineswegs untätig zeigt sich die CDU auch bei der *Arbeitszeit*, wenigstens flankierend zur Förderung des Profits. Natürlich soll die Liberalität der Arbeitszeitverordnung von 1938 nicht eingeschränkt, sondern erweitert werden. Jobsharing und Teilzeitarbeit sollen gefördert und über den öffentlichen Dienst auch unmittelbar erweitert werden. Darüber hinaus sympathisiert Norbert Blüm mit dem „Döding-Plan“ und hat ein Rahmengesetz für eine *Vorruhestandsregelung* schon in der Schublade. Obwohl damit ein gewisser „Lohnausgleich“ verbunden ist, könnten die Kapitalisten einen solchen Kompromiß verkraften, wenn damit der Kürzung der Wochenarbeitszeit ein Riegel vorgeschoben wird. Einzelne Kapitalisten fahren ohnehin schon auf solchen Dampf, und die Linke täte gut daran, diese konkreten Positionskämpfe nicht zu übersehen. □

Gemeinden als Sanierungsoffer

Die Kommunen sind nach der Prognose des *Gemeindefinanzberichts 1983* gezwungen, ihre gesamten Ausgaben nun schon im zweiten Jahr annähernd auf dem Niveau des Jahres 1981 einzufrieren. Das *Investitionsvolumen* wird sich 1983 sogar um rund 4,6% vermindern, nachdem es schon im Vorjahr um über 12% gekürzt wurde. Die kommunalen Bauinvestitionen werden real um über 10% unter dem Tiefpunkt der siebziger Jahre im Jahr 1977 liegen. Im *Verwaltungshaushalt* werden die Sparmaßnahmen jeden Bereich des kommunalen Aufgabenspektrums erfassen, sich aber auf die von den Kommunen selbst bestimmten Aufgaben konzentrieren. Grund für diese Zwangslage ist weniger die wirtschaftliche Entwicklung als die Zuweisungspolitik der Länder und steuerliche Entscheidungen des Bundesgesetzgebers. Während die Länder sich auch 1983 zusätzliche Mittel für ihre eigenen Ausgaben zugestehen, fahren sie die *Zuweisungen* an die Kommunen unter das Niveau von 1980 zurück. Während im Vorjahr wenigstens die allgemeinen, nicht zweckgebundenen Zuweisungen noch weitgehend ungeschoren geblieben waren, wird jetzt auch hier gestrichen. Zusätzlich hat der Bund durch eine ganze Kette von Eingriffen in die *Gewerbsteuer* die kommunalen Steuereinnahmen auf den Stand von 1977 reduziert; gleichzeitig sind mit der Krise und der Aushöhlung der Sozialversicherung neue Aufgaben für die Kommunen entstanden. „Auch die Entscheidungen der neuen Bundesregierung haben keine nennenswerte Entlastung für die Städte gebracht“ stellt der Bericht fest. □

„Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit setzen wir vor allem auf einen wirtschaftlichen Aufschwung“ heißt es im Wahlprogramm der CDU. Mehr als die Weisheit, auf einen Abschwung folge auch wieder ein Aufschwung, wurde zur Begründung dieses Konzepts kaum geboten. Die Krise wird als Reinigungskrise begriffen, der Besen muß nur eisern sein, dann komme schon wieder alles ins Lot. Und diese Vorstellung teilt die CDU mit dem Sachverständigenrat. Der schrieb im November: „Es widerspräche allen Erfahrungen, wenn das, was an Verbesserungen auf der Angebotsseite eingetreten und zu erwarten ist – die Verlangsamung im Anstieg der Lohnstückkosten, die höheren Gewinnmargen, die niedrigeren Zinsen und nicht zuletzt die Maßnahmen des Staates zur Investitionsförderung – nichts bewirkte.“

Verschafft die Gunst der Stunde Helmut Kohl unverdiente Bestätigung und Spielraum? Zwei Daten werden gegenwärtig vor allem ins Feld geworfen, wenn der Silberstreif am Horizont gedeutet werden soll. Einmal ist es die Zunahme der Bauaufträge, zum anderen die Entwicklung der Auftragsgänge bei den Unternehmen.

Was die *Bautätigkeit* betrifft, so dürfte die Wirkung gering sein, die von den Mieterhöhungsgesetzen ausgeht. Die Mieterhöhungen werden zwar von den Hausbesitzern kassiert, ob sie deshalb auch investieren, steht auf einem ganz anderen Blatt. Eine viel größere Wirkung haben hier schon im Herbst die sinkenden Zinsen gespielt, wozu wiederum die amerikanische Entwicklung den Anstoß gegeben hat.

Im Mietwohnungsbau also tut sich ziemlich wenig. Größere Wirkung geht von der freigiebigen Förderung für Eigenheime aus, Wirtschaftsförderung geht so Hand in Hand mit der Verschärfung sozialer Unterschiede. Ob von dem so erzeugten Bauvolumen allerdings auch ein Anstoß auf andere Wirtschaftszweige ausgeht, muß derzeit Spekulation bleiben, zumal die öffentlichen Investitionen reduziert bleiben.

Jedenfalls wird die Nachfrage nach Arbeitskraft nur wenig belebt werden. Denn die Bundesanstalt für Arbeit weist darauf hin, daß das Bauhauptgewerbe seine Beschäftigung im Vergleich zur Krise Mitte der 70er Jahre jetzt vergleichsweise sehr viel weniger reduziert hat, also bei einer Zunahme der Bautätigkeit auch weniger Einstellungen vornehmen wird.

Was die *Auftragsgänge* bei den Unternehmen angeht, so haben sie tatsächlich auch im Januar zugenommen, nachdem im Dezember das Auslaufen der

Auftragsfrist zur (sozialliberalen) Investitionszulage für einen Push gesorgt hatte. Genscher hat darauf im Fernsehen zwei Tage vor der Wahl großartig hingewiesen. Doch die Aussagekraft auch dieser Zahlen ist ungewiß. Schon zuvor hatte das Ifo-Institut geschrieben. „Zwar wird möglicherweise das Niveau der Auftragsvergabe im Januar noch nicht kräftig abfallen. Ähnlich wie bei der Investitionszulage im Jahre 1975 dürfte es nämlich in der Auftragsingangstatistik zu Nachmeldungen kommen. Es ist jedoch absehbar daß danach zunächst ein Rückschlag in der Investitionsgüternachfrage eintreten wird: Die Auftragspitze zum Jahresende ist zum größten Teil durch vorgezogene Bestellungen entstanden.“

Zusammengefaßt also: Nichts Genaueres weiß man nicht. Zwar zeichnet sich in mancher Hinsicht eine Entspannung ab – wie dies schon mal vor einem Jahr der Fall war – auf die Produktionstätigkeit selbst hat dies noch nicht durchgeschlagen. Im Zweimonatszeitraum Dezember/Januar lag die Industrieproduktion noch 6% unter Vorjahresniveau. Und auch die Bundesbank, die es in den vergangenen zwei Jahren an Optimismus nicht hat fehlen lassen, sah im Februar für eine „nachhaltige Verbesserung des Investitionsklimas“ zur Zeit noch keine Anhaltspunkte“

Ähnlich verhält es sich in den USA. Zwar sinken die Zinsen und hat sich die Inflationsrate vermindert, Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung haben aber im Dezember den niedrigsten Stand seit 1949 erreicht. Auch wenn der Niedergang im Januar aufgehalten wurde, so warnen einige Wirtschaftsleute bereits vor den verheerenden Folgen eines möglichen erneuten Zinsanstiegs. Dahingehend wirkt nämlich vor allem das Rekorddefizit in Reagans Staatshaushalt.

Wirtschaftliche Einschätzungen und Hoffnungen haben den entscheidenden Ausschlag bei der Bundestagswahl gegeben, insofern ist die wirtschaftliche Entwicklung für die politische Entwicklung in allernächster Zeit von Bedeutung. Darüberhinaus aber sind die Konjunkturaussichten von geringerem Interesse. Einmal wird selbst ein vorübergehender Aufschwung – entgegen dem im eingangs genannten Satz erweckten Eindruck – keines der grundlegenden Probleme lösen oder vergangene Blütenzeiten wiederbringen können. Zum anderen ist die Frage müßig, ob dann eine kapitalistische Lösung überhaupt noch möglich ist. Denn auf jeden Fall ginge eine solche Lösung nicht nur auf Kosten der breiten Mehrheit, sondern würde auch die Bedingungen gesellschaftlicher Fortentwicklung überhaupt beschneiden.

Das Moderatoren-Konzept zur Lösung der Stahlkrise ist tot. Gescheitert ist damit der Versuch der Deutschen Bank, des Thyssen-Vorstandes und der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl (wobei es sich praktisch um eine Interessensgruppe handelt), einen Einstieg für eine optimale Kapitalsanierung in dieser Branche zu finden.

Das Moderatoren-Konzept ist an Widersprüchen zwischen den Stahlunternehmen und Kapitalen und vor allem am Widerstand der Industriegewerkschaft Metall gescheitert. Ausschlaggebend war allerdings der Widerstand der IG Metall, der die Widersprüche zwischen den Kapitalen erst richtig zum Tanzen brachte.

Entscheidend war, daß die IG Metall für den Bereich der Stahlindustrie wieder Ansätze für eine einheitliche Position gefunden hat. Das war nämlich die Hauptschwäche während der vergangenen Jahre. Bei diesem Prozeß waren das zuständige Vorstandsmitglied Rudi Judith und der gesamte Vorstand mit Eugen Loderer an der Spitze eher ein hinderlicher Faktor. Wie jedoch die letzten Wochen gezeigt haben, sind auch sie nicht lernunfähig; egal, ob ihr Sinneswandel durch Einsicht in Argumente oder durch den nahen Termin des Gewerkschaftstages, wo bekanntlich personelle Veränderungen anstehen, bewirkt wurde.

Passivität war Nährboden für Rivalität und Konkurrenz

Wie war die Entwicklung innerhalb der IG Metall? Seit Beginn der Stahlkrise vor jetzt acht Jahren erklärte Rudi Judith mit schöner Beständigkeit, daß die IG Metall eine klare Position zur Lösung der Stahlkrise habe. Im Jahre 1977 ergriff er auch eine Initiative, wonach die IG Metall mit den Unternehmen über eine Gesamt-Lösung verhandeln wollte. Thyssen winkte ab.

Tatsächlich hatte die IG Metall auch keine einheitliche Position, sondern bei jedem Konzern machten die Betriebsratsvorsitzenden bzw. die führende Gruppe der Betriebsräte ihre eigene Politik. In dem Maße, wie versucht wurde, seinen Betrieb, seine Belegschaft zu retten, in dem Maße entfaltete sich eine muntere Rivalität innerhalb der IG Metall. Mit Verschärfung der Krise und der Konkurrenz der Kapitale wurden die Betriebsräte immer tiefer in den Sog der jeweiligen Unternehmenspolitik gezogen.

So gesehen war z.B. der Versuch rechter Sozialdemokraten vor einigen Jahren in Bremen, die Belegschaft zu Demonstrationen für höhere Klöckner-Quoten zu mobilisieren, kein abartiger Ausrutscher sondern nur die Spitze des Eisberges.

In Dortmund gingen die Betriebsräte die selben Weg der unternehmenspolitischen Zu-

sammenarbeit mit den Vorständen, den Kapitalvertretern, im Jahre 1980 am weitesten und machten darum als erste bittere Erfahrungen, die zur Triebkraft des Kurswechsels wurden. Unter der Drohung der Deutschen Bank, die Liquidität zu entziehen, gaben die Betriebsräte die Zustimmung zu einem Belegschaftsabbau um mehr als 4000. Dafür sollte andererseits das neue Stahlwerk gebaut werden.

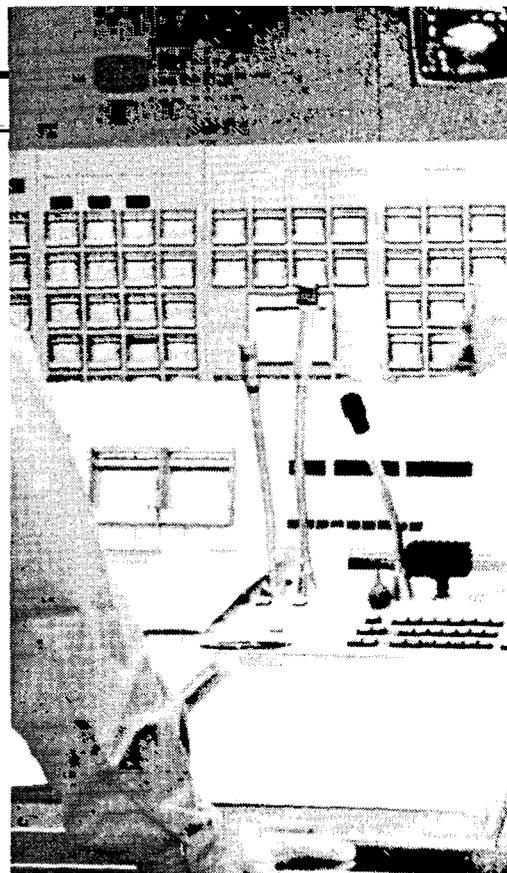
Dann wurde die Belegschaft abgebaut und abgebaut. Und immer wenn es zum Schwur kommen sollte, also zum endgültigen Beschluß, daß jetzt die Durchlaufglühe und das Stahlwerk definitiv gebaut werden, stellte die Kapitaleseite das Fehlen irgendeiner Zusage aus Düsseldorf, Bonn oder Brüssel fest oder war gerade eine neue Fusion im Gespräch. Die Fakten aber sehen so aus, daß die Dortmunder Hüttenbelegschaft im Jahre 1979 bei rund 24000 lag und heute weniger als 16000 auf den Hütten beschäftigt sind.

Sehr ähnliche Erlebnisse machten alle Belegschaften und Betriebsräte der verschiedenen Stahlkonzerne in den vergangenen Jahren. Noch vor einigen Wochen wurde die Zustimmung der Arbeitnehmerseite bei Klöckner zum Moderatorenkonzept mit den gleichen Drohungen der Banken erpreßt. Zustimmung oder Kreditentzug und damit Pleite. Diese Widersprüche innerhalb der IG Metall waren nicht mit schönen Worten und guten Absichten zu überwinden, zwei Stahlkonferenzen und verschiedene Treffen von Betriebsräten hatten das Klima zeitweilig entspannt, aber letztlich die Konkurrenz unter ihnen nicht aufgehoben.

Wesentlich für die Möglichkeit einer einheitlichen Position war daß eine in Westdeutschland historisch entstandene gewerkschaftliche Grundposition verlassen wurde, die für die Stahlindustrie etwa hieß: Es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein, ein Lösungskonzept für die Stahlindustrie vorzulegen, da lassen wir die Unternehmer und Politiker nicht aus der Verantwortung. Unsere Aufgabe ist vielmehr darauf zu achten, daß eine Lösung der Stahlindustrie nicht zu Lasten der Arbeitnehmer geht.

Fünf-Punkte-Programm aus Dortmund

Beim Herannahen des Moderatoren-Konzeptes Ende 1982 spürten zumindest die IGM-Funktionäre in Dortmund, daß sie mit dieser Einstellung chancenlos bleiben würden. Anstatt länger zu versuchen, isoliert den Stahlstandort Dortmund zu retten, warfen sie das Problem auf, wie die Stahlkrise in Westdeutschland insgesamt gelöst



werden kann, ohne die Belegschaft nur als betriebswirtschaftlichen Kostenfaktor zu behandeln. Im Ergebnis kam ein Fünf-Punkte-Programm zustande, das hier erläutert werden soll.

1. Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum.

Das wird einmal damit begründet, daß bisher alle privatwirtschaftlichen Lösungsversuche gescheitert sind, und zweitens damit, daß, wenn schon Steuergelder in Form von Subventionen fließen sollen, die Kapitaleignerländer nicht länger beanspruchen können, allein zu entscheiden. Es wird also nicht ideologisch im Sinne der prinzipiellen Systemüberwindung, sondern aufgrund der gemachten praktischen Erfahrungen argumentiert.

Es ist nicht beabsichtigt, die bisherigen Eigentümer (ob mit oder ohne Entschädigung) zu enteignen, sondern es werden gemischte Eigentumsverhältnisse angestrebt mit den Alteignern, dem Bund und den Ländern.

2. Schaffung einer nationalen, paritätisch mitbestimmten Stahl AG.

Damit ist eine nationale Holding gemeint, in die sämtliche Produktionsanlagen der westdeutschen Stahlkonzerne aus dem Stahl- und Weiterverarbeitungsbereich eingebracht werden sollen. Der Aufsichtsrat dieser Holding soll entsprechend dem Montanmitbestimmungsgesetz besetzt sein. Das hieße, die alten Kapitaleigner wären in der Minderheit und eine gewerkschaftsfreundliche Mehrheit wäre wahrscheinlich.

3. Sicherung der regionalen Standorte.

Alle gegenwärtigen Stahlstandorte sollen grundsätzlich erhalten bleiben. Die vorhandenen Betriebe der alten Konzerne werden



Mühsamer Weg zu einem alternativen Stahlrahmenkonzept

Von Bernd Schliff

Ohne alternative Rahmenkonzeption geht nichts

Nur, wenn man die Sache praktisch sieht, wird keiner der Vorstände ein Gesamt-Konzept für die Stahlindustrie entwickeln, das die Interessen der Arbeiter im Mittelpunkt hat. Wahrscheinlicher ist noch, daß überhaupt kein solches einheitliches Konzept zustande kommt. Denn was die Moderatoren in dieser Hinsicht gemacht haben, ist, die vorhandenen und bekannten Thyssen-Pläne neu aufzulegen.

In Dortmund wird jedenfalls mittlerweile ansatzweise in diese Richtung diskutiert, also eine technische Rahmenkonzeption auszuarbeiten. Was will die IG Metall auch sonst in diesem Stahlausschuß von sich geben? Der Ruf nach der Bundesregierung, die endlich sagen müsse, welche Stahlproduktion sie in Westdeutschland für die nächsten Jahre für notwendig halte und er halten wolle, ist lächerlich. Sie wird sich im besten Falle bei der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl erkundigen, so daß nur ein neuer Thyssen-Aufguß zustande kommen kann.

In diesem Zusammenhang entwickelt sich zumindest in Dortmund eine Diskussion mit zwei interessanten Aspekten.

Einerseits werden kritisch bisherige gewerkschaftliche Grundpositionen hinterfragt. Das setzt historisch auch dort an, daß man noch einmal den Fehler der frühen 50er Jahre reflektiert, wo die Sozialisierung von Bergbau und Stahl gegen die Montanmitbestimmung verkauft wurde. Darin glaubt man jetzt die schlechten Anfänge einer falschen gewerkschaftlichen Ausrichtung auf Tarifverträge und betriebsinterne Probleme zu erkennen, wodurch gesamtgesellschaftliche Fragen an den Rand gewerkschaftlicher Arbeit gedrängt wurden.

Zweitens stößt man im Rahmen der Problematik der Umstrukturierung der Stahlindustrie darauf, daß eine weitergehende Umstrukturierung unserer Wirtschaft notwendig ist. So wird das Beschäftigungsprogramm des DGB eben nicht mehr nur quantitativ nach Arbeitsplätzen erörtert, sondern auch qualitativ nach dem volkswirtschaftlichen Bedarf an gewissen Produkten. Hier spielen dann auch Fragen des wirtschaftlichen Austausches mit anderen Ländern der Dritten Welt eine Rolle.

Ich rechne also damit, daß in den nächsten Wochen der Teil 2 des Dortmunder Modells in Angriff genommen wird. Darauf und auf die angesprochenen kritischen Diskussionen wirkt das Wahlergebnis vom 6. März eher befreiend, da erstmal die führenden Funktionäre nicht das Problem haben, eine schlechte SPD-Regierung verteidigen zu müssen, und auch innerhalb der SPD etwas mehr „Gedanken- und Diskussionsfreiheit“ gewährt werden wird. □

an den Standorten zu selbständigen Betriebsführungsgesellschaften neu geordnet.
4. Sicherung der Stahlstandorte durch eine demokratische Rahmenplanung.

Damit ist gemeint, daß bei der Rahmenplanung der Produktionsmengen und -standorte nicht über die Köpfe der einzelnen Betriebsführungsgesellschaften hinweg entschieden werden darf.

5. Gezielte Investitions-, Sozial- und Innovationspolitik.

Damit soll erreicht werden, daß nicht einzelne Standorte und Regionen auf ihren sozialpolitischen Problemen allein hängenbleiben und andererseits Investitionen in neue Technologien gezielt eine gleichmäßige Entwicklung aller Standorte berücksichtigen.

IG Metall-Vorstands-Konzept zur Stahlindustrie

Diese Konzeption ist mittlerweile von den Funktionärskörpern aller Stahlkonzerne übernommen worden. Unter diesem Druck hat der Vorstand der IG Metall am 8. Februar ein Konzept herausgegeben (Forderungen der IG Metall zur Strukturpolitik in der Stahlindustrie), das der Sache nach dem Dortmunder Modell sehr nahe ist; auch wenn Eugen Loderer vor Beginn der Stahlkonferenz noch wortreich gegen eine Verstaatlichung polemisierte. Die entscheidenden Aussagen stehen in den Punkten 4 a und b

Dort heißt es:

a) Die gesamte Neuordnung der Stahlindustrie ist zwischen der Bundesregierung, den beteiligten Landesregierungen, den Unternehmen und der IG Metall abzustimmen. Als Koordinierungsgremium fordert die IG

Metall die Bildung eines Stahlausschusses.

b) Entscheidungen auf Unternehmensebene setzen Vereinbarungen mit der IG Metall voraus.

Zu diesem Stahlausschuß hat die Bundesregierung mittlerweile Ja gesagt und will dazu einladen. Der Vorschlag eines solchen Stahlausschusses war zunächst nicht unumstritten, weil befürchtet wurde, daß hier eine Schwatzbude eingerichtet wird, während die Unternehmen die Tatsachen schaffen. Diese Gefahr besteht auch. Sie besteht vor allem dann, wenn jetzt nicht der Teil 2 des Dortmunder Modells verfaßt wird: eine produktionstechnische Rahmenplanung, die festlegt, welche Produkte von welchen Betrieben hergestellt werden sollen und wie die technische Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Betrieben aussehen soll. Dazu müßte man sich auf Zielmengen und entsprechende Belegschaftsgrößen festlegen. Wird dieser zweite Teil mit der produktionstechnischen Rahmenplanung nicht seitens der IG Metall erarbeitet, bleibt das Dortmunder Konzept eine leere Hülse und wird von Woche zu Woche wirkungslos.

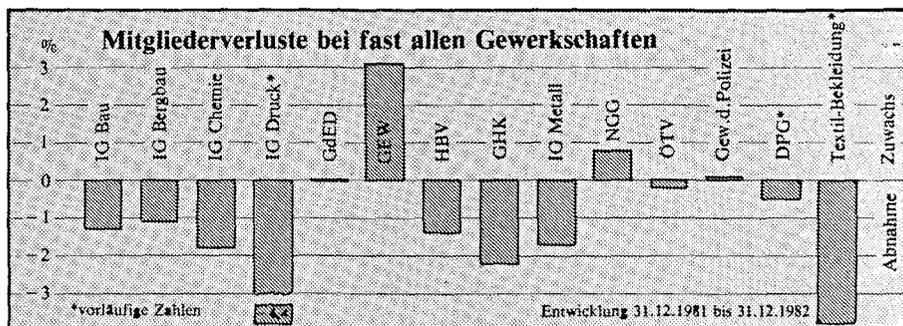
Rudi Judith muß diese Entwicklung vor ausgeht haben, denn auf der Dortmunder Stahlkonferenz am 24. Februar polemisierte er ausdrücklich dagegen: „Es ist weder den Betriebsräten noch dem Vorstand der IG Metall möglich, noch gehört es zu ihren Aufgaben, standortbezogene technische Konzeptionen zur Neuordnung der Stahlindustrie zu entwickeln. Dies ist eindeutig die Aufgabe der Vorstände in den Stahlunternehmen.“ Da ist sie wieder die alte Position: Das gehört nicht zu den gewerkschaftlichen Aufgaben, das ist Aufgabe der Vorstände.

Harter Kurs im öffentlichen Dienst

Der ÖTV weht der Wind ins Gesicht. Sie bekommt nur die Quittung für ihre Burgfriedentaktik während des Bundestagswahlkampfes. Das Wahlergebnis wird Innenminister Zimmermann als 21 Millionen Stimmen gegen höhere Lohnerhöhungen über die 2% der Beamten hinaus reklamieren. Um jetzt den Spieß umzudrehen, hätte man sich schon zu Sockel- und niedrigen Prozentforderungen, besser noch zu Festgeldforderungen, durchringen müssen. Dazu hat es diesmal noch nicht gereicht. Aber auch bei den seit einem Jahr laufenden Verhandlungen über die Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes stellt sich der Bundstür In der Schlichtung der letzten Tarifrunde war vereinbart worden, eine Versorgung anzustreben, die der Gesamtversorgung bei Einführung der Zusatzversorgung entspricht. Damals lag die Gesamtversorgung je nach Vergütungs- und Lohngruppe zwischen 91 und 101% des letzten Nettoentgeltes. Die öffentlichen Arbeitgeber haben in den Verhandlungen eine Senkung der Zusatzversorgung auf im Höchstfall 90% erzwungen. Große Tarifkommission hat deshalb das Verhandlungsergebnis vom 19.2.1983 zurückgewiesen. □

Britische Bergarbeiter gegen Streik

Radikalität allein reicht nicht, dies ist die Lehre, die die britischen Kohlearbeiter ihrem Gewerkschaftsvorstand erteilten. In einer Urabstimmung sollten die Beschäftigten im verstaatlichten Kohlebergbau über einen landesweiten Streik entscheiden, mit dem die Stilllegung einer Zeche in Südwest Wales verhindert werden sollte. Ca. 1/3 folgten der Empfehlung des Vorstandes nicht. Die Kumpels schätzten ein, daß das Coalboard einen Streik länger als sie ausgehalten hätte, denn mehr als eine halbe Jahresförderung liegt auf Halde. Angesichts der vorhandenen Überproduktion hat die Forderung nach Erhaltung aller Arbeitsplätze weniger Unterstützung bekommen und der Gedanke der Regierung beeindruckt, die Förderung auf rentable Zechen zu konzentrieren, könnte damit doch vielleicht der eigene Arbeitsplatz erhalten werden. Seit 1960 hat der englische Kohlebergbau zwar ein Zechensterben in noch größerem Ausmaß als der Ruhrbergbau hinter sich, aber immer noch sind knapp 200 Zechen vorhanden von den ehemals 600. Ebenso ist die Zahl der Bergarbeiter von 600000 auf rund 1/3 reduziert worden. Coalboard will die gesamte Produktion auf wenige besonders produktive Zechen konzentrieren. Zu diesem Zweck haben die Tories einen amerikanischen Fachmann engagiert, der bereits bei British Steel die Stahlgewerkschaften klein kriegte. □



Reallohnverluste in Schweden

Die von der schwedischen Gewerkschaftsorganisation LO eingeleiteten Punktstreiks waren knapp einen Tag alt, als der Kapitalistenverband SAF den Schlichtungsvorschlag akzeptierte, den er noch 12 Stunden vorher kategorisch abgelehnt hatte. Der Abschluß beinhaltete eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne ab 1.1.1983 um ca. 2%, wobei mittels eines umständlichen Berechnungssystems die unteren Lohngruppen stärker angehoben werden als die oberen. Hinzu kommt eine 1984 auszahlende Reallohndriftgarantie von maximal 60 Öre für alle Arbeiter die 1983 keine oder unter durchschnittliche „Reallohndrift“ haben werden. Außerdem wurde für die Zweischicht-Arbeiter eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine halbe Stunde auf 39,5 Stunden vereinbart.

Wenn die LO-eigene *Aftonbladet* den Abschluß mit der Balkenüberschrift kommentiert: „Triumph für LO und Regierung“ so nicht nur um vom erneuten kräftigen Reallohnverlust abzulenken (die Inflation für 1983 wird auf 10% geschätzt), sondern um vor allem die Durchsetzung einer Reallohndriftgarantie zu feiern.

SAFs erklärtes Ziel in dieser Lohnrunde war es, diese tarifliche Anbindung aller Löhne und Gehälter an die Reallohntwicklung zu beseitigen. Diese Anbindung besteht seit Anfang der 60er Jahre als Teil der „solidarischen Lohnpolitik“ und war für die Gewerkschaften ein wichtiges Instrument, die Reallohntwicklung der Arbeiter in schwachen Bereichen und in kleinen Betrieben starker Branchen sowie im öffentlichen Dienst an die Lohnentwicklung in der expansiven Exportindustrie zu koppeln.

Angesichts der heutigen Krise und den Reallohnsenkungen seit 1976 wirkt diese Anbindung für die unteren Lohngruppen als gewisser Schutz davor, auf wirkliches Elendniveau abzusinken.

Hatte der Kapitalistenverband während der großen Streiks vergebens versucht, den Gewerkschaften durch die Aussperrung fast der gesamten Industriearbeiterschaft

einen zentralen Schlag zu versetzen, so wollte er sich diesmal die 24 Branchengewerkschaften einzeln zur Brust nehmen. Nur die Metallgewerkschaft, LOs stärkste Abteilung, ging drauf ein und unterzeichnete den ersten Branchenabschluß seit 1955. Das Abkommen bei Metall ist im Durchschnitt etwas höher als der Abschluß der LO, begünstigt jedoch durch eine reine Festgeldanhebung weniger ausgeprägt die unteren Lohngruppen und enthält als wesentlichen Unterschied zum LO-Abkommen keine Reallohndriftgarantie. Damit hatten die Kapitalisten einen entscheidenden Durchbruch erzielt. In den zentralen Schlichtungsverhandlungen mit dem SAF bestand die LO auf einer Reallohndriftgarantie und bereitete Streikmaßnahmen vor. Doch der Druck durch den schnellen Metallabschluß war groß genug, daß die LO entgegen der ursprünglichen Forderung dem Schlichtungsvorschlag der Begrenzung einer Garantie auf 60 Öre zustimmte. Dies bedeutet, daß Arbeiter ohne weitere Reallohndrift-Vereinbarungen nicht mehr als 60 Öre bekommen können, wie hoch auch die durchschnittliche Reallohndrift in der Industrie 1983 steigen mag.

Die teilweise Beseitigung der Reallohndriftgarantie, die niedrige Lohnerhöhung insgesamt sowie die Erschütterung des Zusammenhalts der LO-Gewerkschaften war Motiv genug für den Kapitalistenverband, möglicherweise langwierigen Streiks aus dem Wege zu gehen und den Schlichtungskompromiß schließlich anzunehmen. Von einem „Triumph“ für die Gewerkschaften kann also wahrlich keine Rede sein, auch wenn Schlimmeres verhindert werden konnte.

Im öffentlichen Dienst gehen die Schlichtungsverhandlungen weiter. Die Gewerkschaften verweigern alle Überstunden, und ab 18.3 sollen Punktstreiks bei Post, Bahn und im Luftverkehr durchgeführt werden, wenn die Forderung nach unbegrenzter Reallohndriftgarantie nicht erfüllt wird. Angesichts der Industrieabschlüsse stehen ihre Chancen schlecht. *kai, Stockholm*



Metalltarifkampf

Drei Prozent – die Frage ist nur, in welcher Verkleidung

Einen Abschluß fast um jeden Preis, das ist die gewerkschaftliche Taktik dominierende Überlegung in dieser Tarifrunde. Einen Streik zu vermeiden, gilt seit jeher im Hochhaus der IG Metall als höchste Tugend der Tarifpolitiker. Unter den gegenwärtigen Bedingungen wäre auch die Mitgliedschaft wohl schwerlich zum Streik bereit. Die geringe Beteiligung an den gewerkschaftlichen Warnstreiks ist ein deutliches Zeichen dafür. Die ursprünglich angedrohten Massenaktionen sind bisher noch nicht zustande gekommen. Sinkende Mitgliederzahlen sind ein weiteres Indiz.

Der Tarifpolitiker Janßen, ohnehin nur auf Abruf auf diesem Posten und ohne Fortune und Gefühl, der imstande ist, einen Tag davon zu reden, daß es in diesem Jahrhundert keine Streiks wie die von 1972 und 1978 mehr geben werde, und am nächsten Tag von „politischen Flächenstreiks“ schwadroniert, hat natürlich wenig dazu beigetragen, dies zu verändern.

Inzwischen ist die Initiative mehr und mehr an die Kapitalisten übergegangen. Die Hoffnung der IG Metall auf einen SPD-Wahlsieg, von dem sie sich Druck auf die Kapitalisten versprochen, ist spätestens am Abend des 6. März zerplatzt.

Auch der ein wenig überraschende VW-Abschluß hatte nur vorübergehend die Initiative an die IG Metall zurückgebracht. Dies sei kein „Modell für Gesamtmetall“. Den Metallkapitalisten paßte dreierlei nicht:

- Erstens waren ihnen die 4%, aber auch die auf zwölf Monate umgerechneten 3,2% zuviel;

- zweitens wirken sie dauerhaft auf das Tarifniveau;

- drittens wirkt die Erhöhung jetzt. Die entlastende Wirkung wird sich erst im nächsten Jahr zeigen.

Außerdem könne VW schon deshalb nicht als Modell gelten, weil hier die IG Metall mit sich selbst kontraktiert habe.

Im gegenseitigen Einvernehmen war Bayern zum Pilotgebiet gemacht worden, einer der drei Bezirke, die auf eine konkrete Forderung verzichtet hatten. In den anderen Bezirken ließen die Kapitalisten provokativ alle Gespräche platzen und vereinbarten keine neuen. Nach dem VW-Abschluß sollte am 9.3. hier der „Durchbruch“ geschafft werden. Der bayrische Bezirksleiter hatte vor der entscheidenden Verhandlung angeboten, den Abschluß bei 4,5% zu suchen. Über die Laufzeit könne man ja verhandeln, auch die 4,5% seien natürlich verhandlungsfähig.

Wer so Stück für Stück auf die Knie geht, lädt zu Nackenschlägen ein. Die kamen auch prompt. Noch vor Beginn der Verhandlung forderten die Kapitalisten ultimativ, die Verhandlungen dürften sich nur unterhalb des VW-Abschlusses bewegen. Wenig später sattelten sie noch drauf und beharrten ebenso ultimativ auf den drei Lohnpausenmonaten. Das war selbst der IG Metall-Delegation unter Janßen zuviel. Dennoch wurde nicht das Scheitern der Verhandlungen festgestellt, sondern weiterhin betont, daß man „verhandlungsbereit“ sei.

Am Ende letzter Woche wurde alles wieder zum Irrtum erklärt. „Unberechenbarkeit im Gesprächsklima“, hieß die gefundene Sprachregelung. Tatsächlich ist auf der Seite der Kapitalisten noch nicht entschieden, welche Taktik sich letztendlich durchsetzt. Während die eine Seite nur die Bundestagswahlen abwarten wollte, um dann der IG Metall mit einer weitgehenden „Null-Runde“ eine lähmende Niederlage zuzufügen, will die andere Seite, die sich vermutlich durchsetzen wird, einen schnellen, wenn auch niedrigen Abschluß. Dabei zeichnet sich folgende Stoßrichtung ab:

- Abschluß um die 3%, auf jeden Fall unter den 3,2% (umgerechnet) des VW-Abschlusses.

Mehrere Kombinationen sind denkbar:

- 4% bei einer Laufzeit von 16 Monaten (3% umgerechnet auf zwölf Monate);

- ab Februar 3% nach neun Monaten nochmal 1% bei einer Laufzeit von 15 Monaten, wenn ein deutlicher Konjunkturaufschwung festgestellt wird;

statt der drei Lohnpausenmonaten eine „strukturelle Lohnpause“. Darunter muß man eine – niedrige Pauschalzahlung für die ersten drei Monate verstehen. Sie würde nicht in den Tarif auf Dauer eingehen und so Lohnkosten sparen.

Erstmals scheint die IG Metall sich auf eine Laufzeitverlängerung einzulassen. In einer Situation mit nachlassender Konjunktur und drohender Schwächung der Organisation scheint das Vorteile zu haben. Aber ob der Augenblick, wo sie Vorteile daraus gezogen hätte, für die IG Metall nicht schon vorbei ist? Mit dem Ja zur Laufzeitverlängerung will die IG Metall sich im nächsten Jahr bei der Auseinandersetzung um die Arbeitszeit Luft für längere Verhandlungszeiten schaffen.

Wird ein Abschluß in einer solchen Höhe ausreichen, um den Reallohn diesmal zu halten? Die Preissteigerungsrate hat sich von 4,6% im Dezember über 3,9% im Januar auf 3,7% im Februar verringert. Die Kapitalisten machen gar die Rechnung auf, daß im letzten halben Jahr die Preise sich nur um 1,3% erhöht hätten. Durch den starken Einfluß der sinkenden Ölpreise stellt sich die Lage jedoch zu günstig dar. Auch ein 3%-Abschluß wird voraussichtlich Reallohnverlust bedeuten.

Politisch müßte sich ein solcher Abschluß nicht lähmend auf die im nächsten Jahr anstehenden Auseinandersetzungen auswirken. Denn es wurde ja gar keine Entscheidung gesucht, und der Kampf für eine Arbeitszeitverkürzung speist sich aus einer Vielzahl von Quellen. gh.

Der saure Regen unterm Schutz des Paragrafenwaldes

Zimmermanns Verordnungswerke haben mehr Ausnahmen als Festlegungen. Dabei ist das Waldsterben erst der Anfang der Umweltkatastrophe

Von Konrad Weber

Seit Monaten vergeht kaum ein Tag, ohne daß neue Hiobsbotschaften über Schadstoffe in der Luft, das Baumsterben und die Versauerung des Erdbodens eintreffen. Meldungen insbesondere aus dem Schwarzwald und den Bayerischen Gebirgszügen weisen auf eine Vervielfachung der Baumerkrankungen in Jahresfrist hin.

Am 4.2. nun hat der Bundesrat dem Zimmermann-Entwurf zur Novellierung der „Technischen Anleitung der Luft“ mehrheitlich zugestimmt. Der weitergehende Entwurf eines „Schwefelabgabegesetzes“ wurde abgelehnt (s.u.). Das wollte die schwarze Bundesratsmehrheit der leidgeprüften und investitionsscheuen Wirtschaft nicht zumuten.

Die Erhaltung des Waldes sei eine ureigene Angelegenheit der Konservativen – wie der Name schon sagt –, so hatte Zimmermann vor Monaten getönt. Tatsächlich bleibt bei der novellierten TA-Luft (wie die Großfeuerungsanlagenverordnung GAV eine Verwaltungsvorschrift zur Umsetzung des Bundesimmissionsschutzgesetzes BImSchG) nicht viel im Netz. Neben einigen verschärften bzw. neuen Schadstoffkonzentrations-Grenzwerten für Schwermetalle und krebserregende Stoffe hält die Novellierung bezüglich des sauren Niederschlags an bisherigen Immissionsgrenzwerten für SO₂ (Langzeit- und Kurzzeitwert) fest. Umweltschutzverbände, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen hatten ihre Halbierung verlangt.

Die eigentliche Auseinandersetzung gibt es aber um die GAV, denn in deren Novellierung werden *erstmalig* Grenzwerte für die *Emission*, also den Schadstoffausstoß in absoluten Mengen, festgelegt werden, während es bisher in TA-Luft und GAV nur Grenzwerte für die Schadstoffkonzentration in der Luft bzw. ihren Niederschlag am Boden gab.

„Saurer Regen“

In der BRD werden jährlich etwa 3,6 Mio. Tonnen Schwefeldioxyd und 3,1 Mio. Tonnen Stickoxyde (NO_x) emittiert. Die „Handelsbilanz“ mit dem Ausland ist ausgeglichen – es wird ungefähr soviel SO₂ exportiert wie unfreiwillig importiert wird. Etwa *dreiviertel* des SO₂ stammt aus Kraftwerken und Industrieferneuerungen, davon wieder der größte Teil aus Steinkohlekraftwerken. SO₂ ist zu ca. 60–70%, NO_x zu ca. 30–40% an der Versauerung der Niederschläge beteiligt, die die Hauptursache für das Waldsterben ausmachen. Beim Baumsterben handelt es sich um eine *komplexe Krankheit*. Schädigende Einwirkung und Folgewirkung liegen nicht unmittelbar sichtbar und auch nicht zeitlich beieinander, sind von vielerlei Gegebenheiten abhängig und nicht im „wissenschaftlichen

Sinn“ beliebig wiederholbar. Was die Forschungen betrifft, gibt es verblüffende Parallelen zum Kampf der Arbeiterbewegung um Gesundheitsschutz in der Produktion, man denke nur an die Diskussion um die MAK Werte, wo den Kapitalisten selbst die Häufung von Krebstoten noch kein ausreichender Nachweis der Wirkung karzinogener Arbeitsstoffe ist.

Unbestreitbar ist, daß insbesondere Stickoxyde und noch stärker Schwefeldioxyd und ihre Umwandlungsprodukte (hier Schwefelsäure) beständig die Luft anreichern, in den Boden eindringen, wo die Versauerung akkumuliert und bei Erreichen eines bestimmten Säuregrades (pH-Wert) chemische Prozesse in Gang setzt (Auswaschen von Metall-Ionen und damit Nährstoffverlust, Freisetzen von Aluminium-Ionen, die die Wurzeln angreifen), die eben deshalb schlagartig zum Baumsterben führen können. Demzufolge ist es auch mit einem Einfrieren der Schadstoffkonzentration in der Luft, die in den letzten Jahren ohnehin durch Energiesparmaßnahmen und Krise etwa konstant geblieben ist, nicht getan, weil die Versauerung weiter akkumuliert.

Die Einwirkung auf die Wälder geschieht nicht nur über den Sauren Regen, der in den Boden eindringt, sondern auch durch die Aufnahme von SO₂ und NO_x in Gasform über Blätter und Nadeln sowie durch feste Partikel, die sich an der Oberfläche ablagern und in Traufwasser gelöst die Bäume schädigen (deshalb: saurer Niederschlag). Dabei ist der Grad der Schädigung abhängig von der Baumart, den geographischen Gegebenheiten, der Bodenbeschaffenheit, dem Feuchtigkeitsgehalt usw. Sekundärschädigungen können durch Trockenheit, Insektenbefall und Schwermetalle eintreten, wenn die Widerstandskraft der Vegetation geschwächt ist. Die

Bodenversauerung scheint – zumindest was Waldgebiete angeht – großflächig irreversibel, weil eine Oberflächenbehandlung keine Abhilfe schaffen kann.

Auf den *Menschen* wirken die sauren Niederschläge hauptsächlich über die Atemwege ein, verursachen oder fördern Bronchitis, Asthma und bei gefährdeten Personen auch Herzversagen.

Struktur und Beschaffenheit der Feuerungsanlagen

Für das Baumsterben verantwortlich sind nach derzeitigem Erkenntnisstand praktisch ausschließlich die Emissionen aus Kraftwerken und Industrie, weil diese, aus hohen Schornsteinen geblasen, über hunderte und tausende Kilometer schweben und auch industrieferne Standorte bedrohen. In den Ballungsgebieten selber spielt dagegen die Emission von Haushalten und Verkehr eine größere Rolle.

Von den westdeutschen Kohle- und Mischfeuerungsanlagen (Kohle, Gas, Öl) zählt der größte Teil zu den sogenannten „Altanlagen“. Zwei Drittel aller Kraftwerks-Kapazität ist älter als 10 Jahre, ein Viertel sogar über 20 Jahre. 70% der in Betrieb befindlichen Anlagen entsprechen nicht einmal den veralteten technischen Anforderungen. Teilweise werden SO₂-Mengen von 4000–8000 mg/m³ ausgestoßen, während heute 100 mg/m³ möglich sind. Ganze 6 Anlagen und damit weniger als 5% der Gesamtkapazität haben eine Entschwefelungsanlage, und auch dort wird das Abgas nur zu einem geringen Teil „ausgewaschen“, sodann mit dem ungereinigten Restabgas gemischt, um so knapp unterhalb der zulässigen Grenzwerte zu bleiben.

Die notwendige Gesamtinvestition zur Entschwefelung des westdeutschen Kraft-

werk-Parks würde sich nach übereinstimmenden Rechnungen verschiedener Untersuchungen auf ca. 5 Mrd. DM belaufen, umgeschlagen z.B. auf den Strompreis würde das die Kilowattstunde durchschnittlich um ca. 1 Pfennig verteuern.

„Technische Anleitung zur Verseuchung der Luft“

Die bisherigen Verwaltungsvorschriften begrenzen nur die Schadstoffkonzentration in der Luft, die bezüglich eines Genehmigungsverfahrens in einem bestimmten Planquadrat um die betreffende Feuerungsanlage herum gemessen wird. Folge dieses Beurteilungsverfahrens ist die sogenannte „Hochschornsteinpolitik“ wodurch die Schadstoffmenge zwar nicht um ein Gramm gemindert, aber ihre Konzentration am Ort in Grenzen gehalten wird. Je höher die Schadstoffmenge, desto höher wurde der Schornstein gebaut.

Ferner gibt es zahlreiche Ausnahmeregelungen bezüglich der Grenzwerte. Das Ruhrgebiet ist in dieser Hinsicht ein Notstandsgebiet. Was „Stand der Technik“ und damit zumutbare Auflage ist, entscheiden praktisch die Kapitalisten über die VDI. Die Sanierung von Altanlagen kommt erst gar nicht in Betracht, da nach §17 BImSchG nachträgliche Anordnungen nur zulässig sind, wenn sie für die Kapitalisten „wirtschaftlich vertretbar“ sind. Eine sofortige Sanierung bzw. Stilllegung der Altanlagen ist aber der Knackpunkt, ohne den eine spürbare Schadstoff-Reduktion nicht zu machen ist.

Zimmermanns Ausnahme-Verordnung

Die kurz vor den Wahlen beschlossene neue GAV ist peinlichst darauf bedacht, den Anlage-Betreibern keinerlei wesentlichen Einschnitt in ihre Kapital-Verwertung zuzumuten. Es wird wohl eines zusätzlichen Apparats bedürfen, um nur das ganze Dickicht von Ausnahmeregelungen zu bearbeiten. Es ist in der Tat zu bezweifeln, ob überhaupt merkliche Emissions-Reduzierungen selbst in dem von Zimmermann erklärt, viel zu geringen Ausmaß eintreten werden.

Im einzelnen: *Altanlagen*, worunter auch die jetzt im Genehmigungsverfahren befindlichen neuen Anlagen zählen, sollen in 10 Jahren umgerüstet oder in 5 Jahren stillgelegt werden. Nimmt man die Ausnahmeregelungen bezüglich Altanlagen zusammen, so könne sie praktisch ohne Auflagen betrieben werden und ihre Umrüstung ist auch nicht gesichert.

Für *Neuanlagen*, die also heute noch gar nicht in Planung sind, soll für eine Größenordnung von über 400 MW thermisch (Brennstoffe Kohle und Öl) der Grenzwert von 400 mg SO₂ pro emittiertem Kubikmeter Abgas gelten, und das auch nur, wenn der „Stand der Technik“ es erlaubt (VDI). – Zur Erinnerung: heute sind 100 mg/m³ möglich.

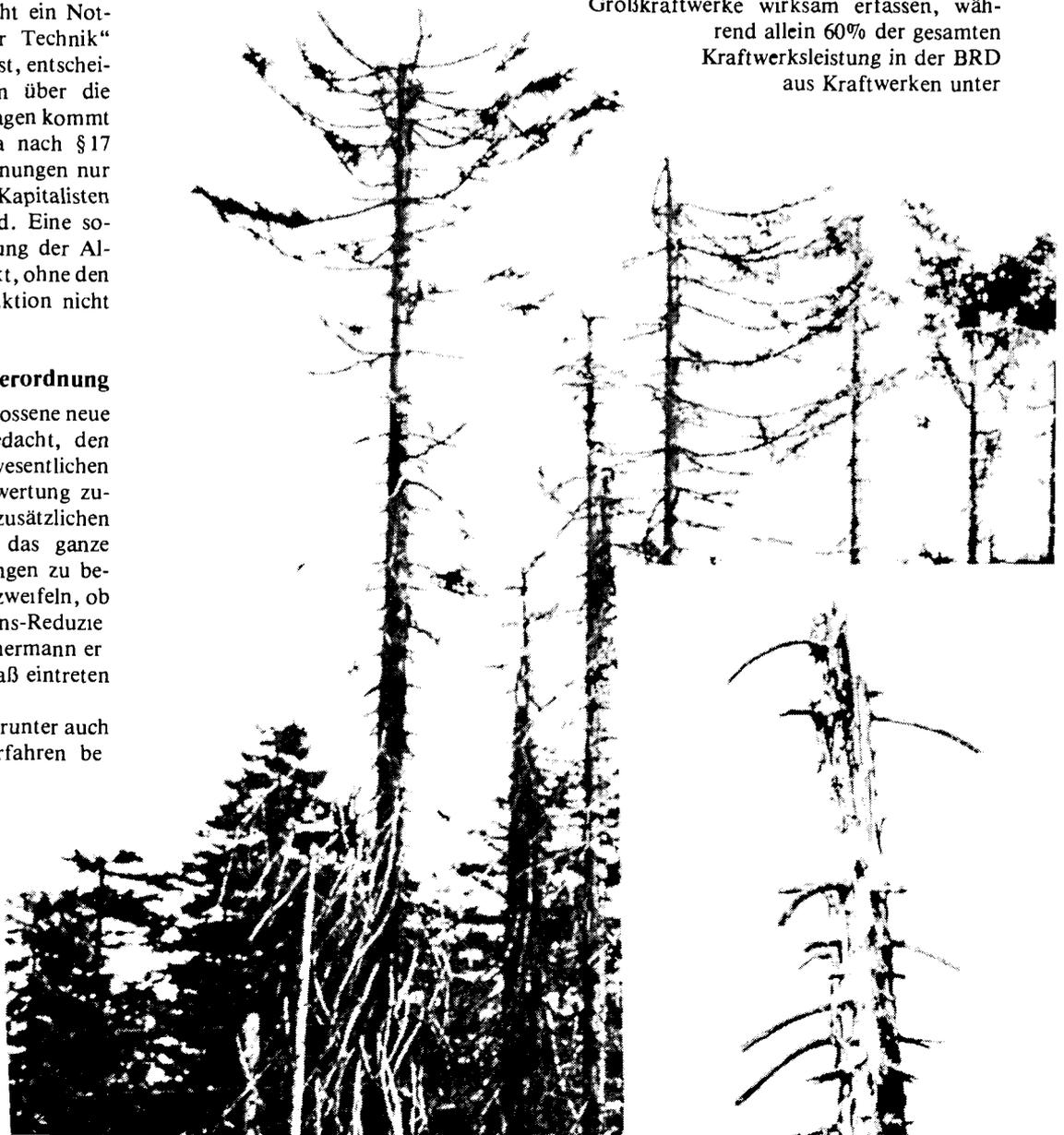
Für die *Größenordnung 50–400 MW* also den *Großteil* des Kraftwerk-Parks, soll der Grenzwert bei 2000 mg/m³ liegen, wobei auch dieser Wert u.U erst 5 Jahre nach Inbetriebnahme eingehalten werden muß. Weitere Ausnahme: wenn schwefelarmer Brennstoff fehlt – und der wird fehlen, wenn keine zentralen Kohle-Entschwefelungsanlagen gebaut werden steigt der Grenzwert auf 2500 bzw 3400 mg/m³

Generell soll es Ausnahmen von diesem Wald unzureichender Vorschriften geben, wenn Anforderungen nur mit unverhältnis-

mäßig hohen Aufwendungen erfüllbar sind, oder wenn die Schornsteinhöhe nach der alten Verordnung auch höhere Emissionen bei einer Altanlage zuläßt. Und wenn schließlich doch noch irgendein Krauter gegen diese Vorschriften aus Dusseligkeit verstoßen sollte, so wird das Delikt nur dann als Ordnungswidrigkeit geahndet, wenn die betreffende Auflage dem Kapitalisten nach §17 BImSchG „wirtschaftlich vertretbar“ erscheint.

Alles in allem ein schlagender Beweis, wie wenig wirksamer Umweltschutz mit dem Kapitalismus in heutiger Lage vereinbar ist. Und im Nachhinein bekommt man einen Eindruck, wie die Kapitalisten schon dem seeligen Baum (FDP) jahrelang auf die Füße gestiegen sind, um dessen Phantasie in Ausnahmeregelungen zu beflügeln.

Die neue Verordnung enthält *viel zu hohe Grenzwerte*, schreibt zu lange Übergangsfristen fest, macht die Ausnahme zur Regel und wird auch in ferner Zukunft nur Großkraftwerke wirksam erfassen, während allein 60% der gesamten Kraftwerksleistung in der BRD aus Kraftwerken unter





In der neuen Großfeuerungsanlagenverordnung gelten fast alle Kraftwerke als Altanlagen, und durch die Einschränkung auf Großkraftwerke bleibt der größte Teil der Schwefelschleudern unbehelligt.

150 MW stammt. Der entscheidende Punkt sind die vielen alten kleinen Dreckschleudern. In Hessen z.B. gibt es momentan ganze zwei Feuerungsanlagen über 400 MW, auf die also in 10 Jahren einmal der Grenzwert von 400 mg/m^3 zutreffen würden. Zudem ist zu beachten, daß für zukünftige Heizkraftwerke, die in der Regel sinnvollerweise in einer Größenordnung von 10 bis 50 MW liegen werden, gar keine Auflagen bezüglich der Emission bestehen.

Der Effekt der langen Fristen ist zudem, daß die alten schwefelspeienden Anlagen, zum großen Teil schon lange abgeschriebeben, noch einmal 5-10 Jahre bis zum Anschlag ausgefahren würden, während die teilweise schon existierenden verbesserten Anlagen wegen der Überkapazität ungenutzt in der Landschaft stünden, geschont für die 90er Jahre.

Schneider-Entwurf

Aufgrund dieser Verhältnisse und geistig angeregt durch das Ergebnis der hessischen Landtagswahl hat der hessische Umweltminister Schneider (SPD) den Entwurf eines „Schwefelabgabengesetzes“ vorgelegt, der wie gesagt am 4.2. im Bundesrat abgelehnt

wurde. Dieser Entwurf sieht vor, daß Kraftwerksbetreiber 2000 DM pro Tonne emittiertem SO_2 oberhalb eines Vorabzugs von 300 mg/m^3 abführen müssen. Dies soll für alle Feuerungsanlagen größer als 50 MW gelten, ebenso für alle Altanlagen. Für neue Anlagen soll der Vorabzug bei 100 mg/m^3 liegen.

Dabei soll das Gesetz die bestehenden Überkapazitäten von ca. 40% nutzen. Die Abgabe (die Grünen wollen sie auf 2500 DM setzen) soll so hoch sein, daß sich der Betrieb der Altanlagen nicht mehr lohnt und somit sofort auf existierende Neuanlagen umgestiegen oder rasch umgerüstet wird.

Ergänzt man den Entwurf, dann scheint er mir griffig und vom Instrumentarium her flexibel genug zu sein, um eine sofortige Wirkung gegen den sauren Niederschlag zu erzielen. Im Gegensatz zu Zimmermanns löchrigem Vorschriften-Dickicht beschränkt er sich auf die Erfassung eines Schadstoffes (SO_2), was bei Großfeuerungsanlagen aber auch zulässig erscheint, weil mit der Reduzierung von SO_2 auch die anderen Schadstoffe im wesentlichen erfaßt werden.

Die wichtigsten notwendigen Änderun-

gen oder Ergänzungen zu dem Schneider Entwurf müßten sein,

- 1 die Abgaberegelung zu einer Übergangsmaßnahme zu machen, die bis zu einem gesetzlichen Verbot höherer Emissionen in 4-5 Jahren gilt;
2. auch die Anlagen von 10 bis 50 MW zu erfassen;
- 3 für Kleinanlagen Vorschriften zu erlassen, daß nur schwefelarme Brennstoffe zu feuern sind, wozu zentral Brennstoff-Entschwefelungsanlagen zu bauen wären.

Die Grünen im Hessischen Landtag haben in einem eigenen Antrag zur Energiepolitik den Schneider-Entwurf aufgegriffen und verschiedene Ergänzungen gemacht, die darauf hinauslaufen, daß

- a) diese Regelung zumindest in Hessen sofort (Schneider 1985) in Kraft tritt;
- b) die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine „Energiewende“ verbessert werden (Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, Streichung § 17 BImSchG);
- c) ein ganzer Maßnahmenkatalog zur Energieeinsparung und Verwendung regenerativer Energien eingeleitet wird.

Diese Forderungen sind zwar im Hessischen Landtag gestellt, aber momentan wie auch schon im Bundestagswahlkampf hängt es etwas daran, daß die Grünen es nicht hinbringen, selber in die Offensive zu kommen und die öffentliche Diskussion über diese Fragen mit ausgereiften Analysen und Forderungen zu forcieren. Eher beklagt man sich, daß die „etablierten“ Parteien nun „grüne Inhalte“ okkupieren. Ferner wird trotz der plakativen Forderung nach „Dezentralisierung“ nicht offensiv der Gedanke der kommunalen Entscheidungsgewalt gegenüber der Abhängigkeit von den monopolistischen Energieversorgungsunternehmen mit dieser konkreten Auseinandersetzung um die Entschwefelung verbunden. Andererseits wäre es auch schon ein erheblicher Fortschritt, wenn von betrieblichen oder eher örtlichen Gewerkschaftsorganen und Kommunen diese Problematik auf breiter Front aufgegriffen würde und in Forderungen münden würde, z.B. in Form eines sogenannten „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ zur Sanierung eines örtlichen Kraftwerks. Das wäre der Sache nach schon kein „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ mehr □

Literatur zum Thema:

Kölner Volksblatt (Hrsg.): Saurer Regen. Ursachen, Folgen, Gegenmaßnahmen, Köln 1982 (Preis 8,80 DM, Lieferung nach Überweisung auf PSchKto 1830 03-502 Köln, Kölner Volksblatt); Rainer Grieshammer: Letzte Chance für den Wald? Die abwendbaren Folgen des Sauren Regens, Freiburg (Dreisam-Verlag) 1983; Spiegel-Report in Nr. 7/1983



Bremen — alles anders?

Einiges schon. Die Wirtschaftskrise entwickelt sich vortrefflich. Arbeitslosigkeit, Stadt- und Landverschuldung sind Spitze. Doch die Sozialdemokratie (48,7%) hält sich noch wacker. Entwickeln tut sich auch die Linke. Zwar nicht einfach vortrefflich, aber immerhin. In Betrieben und Gewerkschaften wird sie über eine Kette von Niederlagen vorwärts getrieben. Unter den Grün/Alternativen entwickeln sich Arbeitszusammenhänge und -ergebnisse. Die Dörflichkeit des Stadtlandes erleichtert zudem den gegenseitigen Einfluß beider aufeinander. Die 9,7% für die Grünen stehen dafür.

Von Peter Dobberkau

die SUAG, seit Jahren sowieso nur noch durch Landessubventionen künstlich am Leben erhalten.

Zweitens wird Bremens Industrie von zu schwachen Kapitalien im Reigen der Konkurrenz bestimmt: Die Stahlindustrie mit der Klöckner Hütte, die Luftfahrtindustrie mit VFW sowie die Unterhaltungselektronik VFW und Nordmende sind bereits als gewogen und für zu leicht befunden untergegangen. Der französische Gigant Thomson-Brandt hat Nordmende seinem Verbund unterworfen. Wo einst rund 6000 beschäftigt waren, arbeiten heute noch 2400. Bei VFW steht der gleiche Schritt durch die MBB-Mutter just bevor 3500 Arbeitsplätze sollen (allerdings in allen norddeutschen Standorten) abgespeckt werden. Und die Klöckner-Hütte besitzt zwar die modernste Warmbreitbandstraße in Europa, aber ob sie deren Auslastung gegenüber den Ruhrbaronen auch langfristig durchsetzen kann? Das Kaltwalzwerk der Hütte wird ohnehin auf der Strecke bleiben. Klappt das Vereinigungskonzept Gruppe Ruhr nicht, hat der Klöckner Vorstand für Bremen bereits 1800 Entlassungen angekündigt.

Als solide Branchen (im Rahmen der kapitalistischen Produktion) kann man dagegen nur die im Ausbau befindliche Daimler-Benz Produktionsstätte (6200) nennen, sowie die verschiedenen Zweige der Rüstungsproduktion (Waffen- und Sensorenelektronik, Fernmeldegeräte, Schnellboote). Andere Industrien wie etwa Chemie, Datenverarbeitung, Werkzeugbau sind in Bremen kaum vertreten.

Der industrielle Niedergang Bremens ist unumkehrbar — jedenfalls im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft. Gegenüber der veränderten internationalen Arbeitsteilung kann es sich die BRD als exportorientiertes Land schwerlich leisten, zu größeren protektionistischen Maßnahmen zu greifen, während der stattfindende Konzentrations- und Zentralisationsprozeß mit dem Untergang schwacher, unproduktiver Kapitale gerade die Basis bildet, um weiterhin die Weltmarktanteile des Made in Germany zu erhalten.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Senats

Anspruch des Senats ist es, mittels gezielter Wirtschaftsförderung „zukunftsorientierte, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende leistungsfähige Arbeitsplätze zu sichern“ Wörtlich genommen ist damit bereits Einiges zum Abschluß freigegeben. Die Maßnahmen erschöpfen sich dann in der Erschließung zweier neuer Gewerbe- und Industriegelände in Bremen und Bremerhaven, Verbesserungen der Infrastruk

Der Niedergang der bremischen Industrie

Verschiedene Faktoren wirken hier zusammen. Bestimmend ist einerseits die Küstenlage: Fischerei, Nahrungs- und Genußmittelindustrie (HB 22,6%, BRD 6,6%)¹ Hafen, Spedition, Verkehr etc. (HB 30,8%, BRD 17,3%) sowie der Schiffbau (HB 15,8%, BRD 0,8%) mit einem auf ihn zugeschnittenen Maschinenbau (HB 11,2%, BRD 16,7%). Gegenwärtig kommen diese typischen Küstenindustrien schwer unter Druck. In der Hauptsache aufgrund einer gestärkten Position der Länder der Dritten Welt (und auch der schwächeren EG-Länder) — betroffen ist hiervon die Hochseefischerei und damit auch die Fischverarbeitung, sodann der Schiffbau und die Schifffahrt. Hafen, Spedition und Verkehr wie derum sind von der relativ schlechten Verkehrslage betroffen. Die Transportachsen der niederländischen Häfen und des Hamburger Hafens sind wesentlich günstiger in Richtung der europäischen Binnenländer. Die Nahrungsmittelindustrie bekommt den

sinkenden Lohnfonds zu spüren insbesondere die Zigarettenindustrie.

Die Hochseeflotte ist bereits erheblich dezimiert. Damit wird aber auch der Fischverarbeitung auf Dauer ihre Grundlage geraubt. Die letzte bedeutende Bremer Reederei, der Norddeutsche Lloyd (Kontore, Büros), ist nach Fusion mit der hamburgischen Hapag in Bremen inzwischen fast vollständig ausradiert, entweder still- oder nach Hamburg verlegt. Die Zigarettenindustrie hat bereits entlassen und spielt mit Standortverlagerung nach Westberlin. Die Fusion der beiden Bremer Großwerften AG Weser und Vulkan steht bevor Betriebswirtschaftlich kann es gar keinen anderen Weg dabei geben als die Umwandlung eines Schiffbauplatzes zur reinen Reparaturwerft (AG Weser), Kapazitätsabbau und Rationalisierung beim anderen (Vulkan). 3000 werden schätzungsweise dabei auf der Strecke bleiben von heute noch 6600 auf beiden Werften. 1975 arbeiteten noch 13900 Leute hier. Von den fünf Bremerhavener Werften werden gewiß ein, zwei auf der Strecke bleiben und werden, wie etwa

tur sowie hohe Zuschüssen für neuansiedelnde bzw produktionsstättenweiternde Betriebe. Am Beispiel des Ausbaus des Daimler Werkes werden offiziell 250 Mio DM für die erste Stufe zugestanden, es werden aber gewiß über 400 Mio. DM sein.

Zugleich werden die Mittel für diese Maßnahmen beständig durch Notmaßnahmen erschöpft. Im Verlauf der letzten Jahre hat der Senat Kapitalbeteiligungen in Millionenhöhe bei VFW, bei der SUAG-Werft sowie dem Bremer Vulkan übernommen. Laufend hat er Bürgschaften übernommen, um Betrieben (wie jüngst dem Vulkan mit 40 Mio. DM) erneut Kredite von den Banken zu verschaffen. Zweifellos ist die sicherste dieser Bürgschaften noch jene eine Million für den SV Werder zwecks Ankauf von Rudi Völler. Von Beschäftigungspolitik kann hier kaum die Rede sein, genaugenommen verschwinden Staatsgelder in einem Faß ohne Boden, und dort, wo Strukturpolitik versucht wird – wie im Falle der Kapitalbeteiligung am Vulkan – sind Gelder mit Entlassungen und einer 20%igen Akkordkürzung verbunden worden. Das Daimler Werk hingegen wurde quer durch einen Stadtteil und ein Naherholungsgebiet erweitert, so daß ein neues Schulzentrum statt von Grün jetzt von Preßwerk und Lackiererei umsäumt ist. – Eine „schöne Zukunftsorientierung“!

Mit rund 9 Mrd. DM sind die Kosten des Strukturprogramms bis 1990 beziffert. Rund die Hälfte soll der Bund zahlen. Das verbleibende würde jahresdurchschnittlich 480 Mio. DM für Bremen bedeuten, gleich 11,4% der Ausgaben des jetzigen Landes- und Gemeinshaushalts. „Angesichts der Sättigung im Infrastrukturbereich, etwa bei Sozial- und Bildungseinrichtungen er scheint diese Konzentration der Investitionen auf wirtschaftlich bedeutsame Projekte realisierbar“ Jährlich werden 2% der Stellen im öffentlichen Dienst eingespart, die Ausgaben für Lehr und Lernmittel und Bibliotheken sind für 1983 mit real 40% weniger gegenüber 1980 angesetzt, Gebühren werden erhöht.

Dennoch, die Einsparmaßnahmen sind äußerst schwierig. Zwei Zahlen mögen dies verdeutlichen, der Vergleich der Ausgaben für Soziales (sowie Bildung, Jugend, Sport, Gesundheit) mit denen für Wirtschaft (sowie Bau, Häfen, Schifffahrt, Verkehr) im Landeshaushalt:

	Soziales	Wirtschaft
1970	29,8%	32,0%
1980	36,3%	19,4%

In diesem Zeitraum (der Reformpolitik) wurden größere Investitionen zur Verbesse-

rung der gesellschaftlichen Reproduktion unternommen, und sie sind, wie haushaltspolitisch von der SPD wohl ersehnt, heute gar nicht auf einen Schlag reduzierbar. Wie sie auch durch eine flotte keynesianistische Kreditaufnahme finanziert wurden, die heute getilgt sein will. Zum anderen steigen die Ausgaben in diesem Bereich im Gefolge der Krise, wie Sozialhilfe, Wohnbeihilfen etc.

Bremen ist also festgeritten. Einerseits die Wirtschaftsstruktur, andererseits ein (vor allem auch bürokratisch) relativ aufgeblähter Sozialbereich mit einem zu tilgenden Schuldenberg und last not least treffen die Haushaltsbeschlüsse des Bundes (Gewerbe- Lohnsummensteuer Sozialhilfe in kommunale Verantwortlichkeit) das Land Bremen als Kommune mit Mindereinnahmen und Mehrausgaben.

So sind dann im Landes- und Gemeindehaushalt für 1983 585 Mio. DM (13,8%) als Zinsdienst eingeplant, bei einer Nettokreditaufnahme von 567 Mio. DM (13,4%). Da es zur staatstragenden Finanzkunst gehört, Einnahmen zu optimistisch und Ausgaben zu gering vorzuschätzen, kommt eine Bremer Arbeitsgruppe² zur Schätzung, daß bereits 1983 die Verschuldung über 700 Mio. DM liegen wird und die Zinszahlungen auf rund 24% der Gesamtausgaben klettern werden. Der Einsatz eines Staatskommissars für Bremen scheint nicht mehr in weiter Ferne.

Was die Aussicht betrifft, neue, expandierende Betriebe in Bremen anzusiedeln, so ist das ganze in Größenordnungen, die sich auf die Zahl der 37000 Arbeitslosen beziehen (über 45000 werden zum Jahresende erwartet), völlig illusorisch. Vollbeschäftigung schafft keine noch so bejubelte Neuansiedlung eines 60 Mann beschäftigenden Möbelfritzen. Zum anderen steht Bremen als Produktionsortanbieter keineswegs konkurrenzlos da, im Vergleich mit anderen Ländern eher schon recht ärmlich. Die SPD ist in Bremen mit ihrer Reform- wie mit ihrer Wirtschaftspolitik gescheitert.

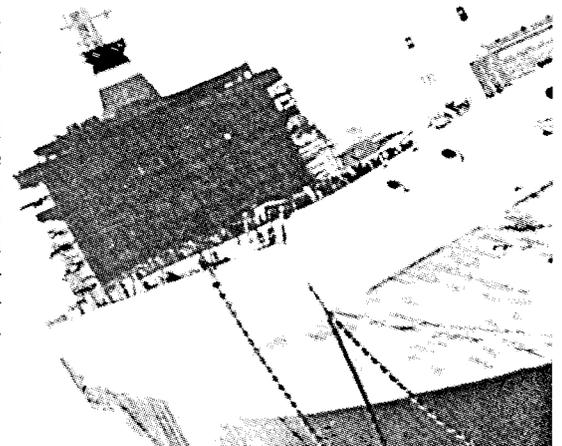
Ein Widerspruch zu den relativ geringen Verlusten der Bremer SPD zur Bundestagswahl von 52,5 auf 48,7% ist das nicht. Die SPD ist rührig, wo Entlassungen drohen, man setzt sich ein, spricht mit Belegschaft und Kapitaleigner und macht auch mal den Beutel auf. Die bremische CDU wie FDP können da nicht das Wasser reichen. Koschnick etwa bleibt immer Realist und argumentativ, verweist auf ökonomische Sachzwänge, die man ja nun bitte schön nicht geschaffen, aber auf deren Basis man nur wirken könne. Undogmatisch, statt in die Mietenlüge auf seiten der SPD einzustimmen, lobt er öffentlich die Wohnungsbaumaßnahmen der Rechtsregierung als den Wohnungs- und Baumarkt belebend.

Ein Flair des Überparteilichen, des Bürgermeisters, ist ihm nicht abzusprechen. Daß eine solche Politik aber nichts bringt, die heutigen gesellschaftlichen Probleme gar nicht bewältigen kann, sondern den Niedergang nur verwaltet, muß erst noch erlebt werden. Interessant in diesem Zusammenhang, daß die Bremer SPD ihre größten Verluste in Arbeiterbezirken rund um den Bremer Vulkan kassierte. Hier betrug ihre Verluste bis zu 7% (gegenüber 3,8% im Durchschnitt), während die CDU überproportional hier bis zu 10% gewinnen konnte (gegenüber durchschnittlich 5,5%).

Die Linke in Bremen

Wenn man sich die Anstrengungen der Belegschaften der beiden Großwerften AG Weser und Vulkan seit 1975 anschaut, dann muß man feststellen, sie waren auf Draht. Frühzeitig haben sie jede einzelne drohende Maßnahme erkannt und Kampfmaßnahmen ergriffen, um sie abzuwenden. Aber ein ums andere Mal sind sie gescheitert und mußten eine neue Kröte schlucken: Stück um Stück Zerschlagung der AG Weser von einem Schiffbauplatz zu einer Reparaturwerft und Abbau der höheren Programmlöhne, erste Entlassungen und Akkordkürzungen auf dem Vulkan, jetzt eine bevorstehende Fusion.

Haben sie im Herbst 1982 noch mit rund 700 Leuten eine Bürgerinitiative gegründet, vorrangig, um die Werftenfusion zu verhindern, so sind sie inzwischen durch die Verhältnisse bereits bezwungen, für die (allerdings noch von Anteilseignern wie Senat geheimgehaltene) Fusion ihre Mitwirkungsbereitschaft zu erklären. „Arbeitsplatzgarantien für die dann noch verbleibenden Kollegen sind nicht drin. Wir können nur noch versuchen zu mildern, was da auf uns zukommt“, so Bettelhäuser Betriebsratsvorsitzender des Vulkan. Resignation schon, aber auch wiederum nicht. Das Gebuhle um den 80 Mio.-Umbau des Passagierdampfers United States haben die Ausrüstungsgewerke des Vulkan abgelehnt. Begründung: Der Kahn besteht aus Asbestverschalungen, deren Umbau ohne Gefährdung der Belegschaft nicht möglich ist.



Punkt. In der Ortspresse wurde daraufhin genüßlich ein Betriebsrat der konkurrierenden Bremerhavener Werft Hapag-Lloyd zitiert: „Nur her mit dem Pott. Asbest? Das haben wir im Griff.“ Während die CDU den Senat aufforderte, alles zu tun, damit der Umbauftrag nach Bremen käme, so „wären Tausende von Arbeitsplätzen auf lange Frist zu erhalten“

Dies nur um den Druck zu zeigen, der auf den Belegschaften lastet.

Diese Kette von Niederlagen läßt sich etwa genauso für die Belegschaft der VFW Betriebe schildern. Im Ergebnis wird aber inzwischen in Arbeitsgruppen auf all diesen Betrieben nach anderen Auswegen gesucht. Die Überlegungen zur alternativen Produktion sind einerseits recht weit gediehen, und zumeist geht es dabei schon um andere Produkte und eine andere Art der Produktion. Die gesellschaftlichen Bedingungen der Durchsetzung einer alternativen Produktion hingegen liegen noch im Dunkeln. Fragen wie: „Wer fragt diese Produktion nach, wer nimmt die Umstrukturierung der Produktion vor und wer finanziert sie“, sind kaum aufgeworfen, geschweige denn durchdacht.

Von der IG Metall selbst wird diese Suche nach anderen Wegen nicht unterstützt. Wahrscheinlich ist die Linie, die die Bezirksleitung Hamburg mit vom Steeg fährt, am besten umrissen mit dem Verlangen nach Subventionierung der Küstenindustrien durch den Bund auf Deubel komm'raus. Der Schritt der beiden Werftbelegschaften (gegen die IGM-Offiziellen), eine Bürgerinitiative zu gründen, hat der im Gang befindlichen Debatte vielleicht etwas von der betrieblichen Enge genommen, in welchem Rahmen die IGM solche Arbeitsgruppen nur zuläßt.

Daß 1983 im Herbst die Bürgerschaft neu gewählt wird, hat ein Übriges bewirkt. Die Grünen, die Alternativen, die organisierten Linken sind in eine Phase der Wahlvorbereitung eingetreten, und was verschiedentlich mit organisatorischen Schritten daherkam (wer mit wem unter welchen Bedingungen ein Bündnis macht), artete schließlich doch in mehr und mehr Arbeit und Arbeitsgruppen aus, wo nach konkreten politischen Alternativen für Bremen gesucht wird. Immerhin, bereits 1979 war der Bremer Grünen Liste der Einzug in die Bürgerschaft gelungen, und im Ergebnis war ihre Tätigkeit wohl auch grün, aber vor allem gesellschaftspolitisch reaktionär was den Wählern wie auch den Bundesgrünen nicht gefiel. Und die 9,7% jetzt bei der Bundestagswahl für die Grünen in Bremen zeigen die Möglichkeiten bei den Wahlen. Jedenfalls, selbst die DKP (obgleich sie ihre Einzelkandidatur schon angezeigt hat) und die Gruppe Arbeiterpolitik wurden in die Wahlbewegung hineingerissen.

Das Ganze begann mit dem Versuch von ISP/AL (vor allem KB), eine Grün-Alternative Liste zu initiieren, auf dem Prinzip: jede Initiative, jede Organisation mit Stimme. Immerhin, zwei Arbeitsgruppen entwickelten sich. Dann traten die Grünen auf den Plan, bekundeten ihre Greuel vor dem allerweltbekanntesten Linkssektierertum, das mit einem solchen Organisationsbündnis angepeilt würde, und beschlossen eine offene grüne Liste zu machen. Eine Arbeitsgruppe Grün '83 wurde eingerichtet, mit einer ganzen Reihe von Arbeitskreisen zu verschiedenen Themen (orientiert am damaligen Grünen Hessen Programm), und der Zulauf dazu war nicht schlecht. Alle AG-Mitarbeiter sollen das volle Stimmrecht zur Entscheidung über Programm und Kandidatenliste haben. Die DKP die sich bis dato allen Gruppen für ein Wahlbündnis „auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner lassen wir das Entzweiende außen vor“ angedient hatte, aber unerhört blieb, konnte nun die

DS wie den Teil der Gruppe Arbeiterpolitik um die Klöckner-Hütte für die Notwendigkeit eines betrieblichen Bündnisses gewinnen. BAB, betrieblich alternatives Bündnis, heißt es. Man warb in Betrieben und Gewerkschaften mit dem Ziel, gegen die SPD-Politik eine Arbeiterpolitik zur Wahl zu entwickeln, und die Unterstützung war da.

Was vorher als Liste mit einem groben Inhalt wie „Verstaatlichung / Arbeitsplatzgarantien / Statt Rotstift Erhalt des Sozialstaates / Runter mit der Rüstung, nieder mit den USA“ gedacht war kommt inzwischen mit Schablonen nicht mehr aus. Zwar sieht die Tätigkeit der BAB-Vorsitzer auf den Plenen von rund 150 Leuten schon noch so aus, daß ein Aufruf zum Ostermarsch (na von wem wohl?) eingebracht, dann erklärt wird, es ginge unmöglich, ihn hier in allen Einzelheiten zu diskutieren, und man solle sich doch nur auf die Benennung offensichtlicher Fehler konzentrieren, womit alle Kritiker „ja Kollege, das ist ein Aspekt, den man mal diskutieren müßte, aber es ist doch nicht falsch, was hier steht“ – abgeschmiert werden und die Abstimmungsmaschine läuft. Bringen erst die Arbeitsgruppen der BAB ihre Ergebnisse schriftlich ein, ist es mit solchen Tricks aus.

Am 19./20.3. nun findet ein kommunalpolitischer Kongreß statt, an dem sich sowohl AL/DS/BAB wie die Grünen und Grün '83 inhaltlich beteiligen mit der Vorstellung und Debatte von bisherigen Arbeitsergebnissen der verschiedenen Gruppen. Daß die Ergebnisse noch oft mager sein werden, läßt sich beim nächsten Mal ändern. Daß der Kongreß mit Intrigen gespickt und eine Schlacht um die reinen Wahlbündnisorganisationsschemata statt finden wird, steht auch außer Frage. Aber auch davon ist man irgendwann geheilt. Und diejenigen, die Fortschritte nicht wollen ja nun, die DKP-Kandidatur ist schon vorbereitet und der Teil der Gruppe Arbeiterpolitik, der am meisten kräht (und sich rühmt, seit X Jahren seine Auffassungen nicht geändert zu haben), den wird man dann auch von der Wahl der SPD als kleinerem Übel nicht abhalten können.

Das günstige der Bremer Situation aber ist, daß sich die Wahlbewegung, die Erarbeitung gesellschaftlicher Alternativen außerhalb der Betriebe betreibt, hier mit den konkreten Problemen, Sorgen und Ängsten und darauf fußenden Arbeitszusammenhängen in den Betrieben verbinden kann. Das läßt hoffen. □

1 Abhängig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen 1980, Statistisches Landesamt
2 aus: Krise ohne Alternativen? Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen 1982
Preis 5 DM, Bezug: W Pohl, Sonnenstr 15, 2800 Bremen 1





Auf eigentümliche Weise hat die Berichterstattung der bundesdeutschen Presse die Bedeutung der 16. Tagung des Palästinensischen Nationalrates gewürdigt: Es scheint so, als ob Großes, zumindest Spektakuläres von ihr erwartet wurde. Erfüllt haben sich derartige Erwartungen bekanntlich nicht. Die PLO hat sich nicht gespalten; eine Sensation, um die etliche der zu Hunderten angereisten Journalisten gebracht worden sind. Was sollen sie sich da den Kopf zerbrechen über die Einheit, die die Delegierten in personellen Abstimmungen und der politischen Erklärung herzustellen bemüht waren und auch erzielt haben. Der Tenor der Kommentare – eher Herrenmenschenmentalität als Sachkenntnis und politisches Verständnis enthüllend – ist von scheinbarer Enttäuschung getragen: „Halbheiten der PLO“ rangiert dabei noch unter den banaleren Ausdrücken journalistisch-politischer Frustration, während für den *Zeit*-Reporter schier eine Welt zusammengebrochen sein muß. „Der PLO-Kongreß“ läßt er wissen, „endete mit einem lähmenden Patt zwischen Arafat und den Radikalen.“

Worin besteht das konstatierte Patt? Die „Gemäßigten“ die „Diplomaten“ haben ihre Mehrheit, die von der Fatah repräsentiert wird, nicht benutzt, um die „Radikalen“ die „Guerilleros“, auf ihren Kurs einzuschwören, haben ihnen keinen Gewaltverzicht abverlangt. Die Einheit des palästinensischen Parlaments steht im Geruch, Ergebnis fauler Kompromisse zu sein, erscheint sogar als etwas Mystisches, das über alle Differenzen innerhalb der PLO hinweg bewahrt werden müsse. Man braucht keineswegs in Apologie der PLO-Politik zu verfallen, um Äußerungen dieser Art zurückzuweisen. Letzten Endes liegt *ihnen* Halbherzigkeit zugrunde: in der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, der Würdigung seines Ziels, die nationale Einheit zu wahren, und der Anerkennung seiner politischen Vertretung, der PLO. Die künstlichen Krokodilstränen, die in Mißachtung elementarer Rechte der Palästinenser vergossen wer-

PLO: Türen wurden nicht dicht- gemacht

Eine Spaltung wurde auf der 16. Tagung des palästinensischen Nationalrates verhindert. Die Ergebnisse bringen für Arafat einen gewissen Handlungsspielraum gegenüber den verschiedenen Nahost Initiativen. Die PLO hat ihr Verhältnis zu den arabischen Staaten präzisiert und verbessert. Der Dialog mit oppositionellen israelischen Kräften soll weitergehen.

Von Jutta Löwe

den, sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bringschuld nicht bei der PLO sondern beispielsweise bei der Bundesregierung und dem Heer der öffentlichen Meinungsmacher liegt.

Andreas Kohlschütter von der *Zeit* ist tief resigniert, daß es zur „vielerorts erhofften Gesundspaltung der PLO“ mal wieder nicht gekommen sei. Zunächst einmal sind es zwei Paar Stiefel, die Spaltung einer nationalen Befreiungsbewegung zu erhoffen oder sie als politische Notwendigkeit in Erwägung zu ziehen, was auch innerhalb der PLO bereits vor der Tagung von Algier geschehen ist, für den Fall, daß die von der Fatah repräsentierte Mehrheit keine Einheit für den Kurs Arafats hätte herstellen können. Arafats Vorsitz im Exekutivkomitee wurde auf sein Verlangen und abweichend vom üblichen Verfahren vom Nationalrat insgesamt gebilligt. Angesichts dieser wie anderer Tatsachen stellt sich die Frage der Spaltung schon anders.

Wenig hilfreich für die Beurteilung der Differenzen innerhalb der PLO ist dabei die grobschlächtige Sortierung in Radikale und Gemäßigte, die im Konkreten jeweils auf das bezogen wird, wozu einer Lust hat. Das Raster Gewalt gegen Gewaltfreiheit entspricht den beiden ausgemachten Sorten jedenfalls sowenig wie das von bürgerlich und marxistisch-leninistisch. So gesehen sind die Würdigungen der Kämpfer und des bewaffneten Kampfes auch nicht einfach Zugeständnisse verbaler Art an die Adresse von Volksfront und Demokratischer Front.

Teilnehmer der Nationalratstagung betonen die Offenheit, die in der Debatte geherrscht habe – daß sie heftig gewesen ist, widerspricht dem überhaupt nicht. Alles in allem überzeugt das Ringen um Einheit, dem auch in der Beibehaltung des Konsensprinzips Rechnung getragen wurde: Der abgesetzte Bürgermeister von Ghaza hatte vorgeschlagen, es durch Mehrheitsentscheid zu ersetzen. Wäre die Spaltung unumgänglich geworden, hätte dieser Abstimmungsmodus eine klärende Funktion erfüllen können.

Arafat hat für seinen Kurs Zustimmung bekommen und Handlungsspielraum erhalten. Seine Initiativen der letzten Monate wurden vor allem als Alleingänge kritisiert, nun hat er eine gewisse Legitimation für die Zukunft erhalten. In bestimmter Weise hat sich der palästinensische Nationalrat den Kurs Arafats zueigen gemacht, was das Fortbestehen unterschiedlicher politischer Auffassungen im Rahmen der einzelnen Organisationen nicht ausschließt.

Auf der Ebene der politischen Beschlussfassung dürfte der Annahme der Beschlüsse von Fes zentrale Bedeutung zukommen, die sowohl das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes als auch sein Recht auf einen eigenen Staat hervorheben und Israel indirekt anerkennen. Obwohl Georges Habasch sein und der Volksfront Mißtrauen gegenüber dem Fes-Plan damit begründete, daß jede derzeitige Regelung angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen Israel und den arabischen Staaten einer versteckten Kapitulation gleichkomme, stimmten Volksfront und Demokratische Front (Hawatmeh) schließlich zu. Habaschs Vorbehalt in Ehren, aber das Votum des palästinensischen Nationalrats zwingt die arabischen Staaten, die Ernsthaftigkeit ihrer Beschlüsse praktisch unter Beweis zu stellen.

Die Annahme des Fes-Plans hat aber noch weitergehende Bedeutung. Die Identität der Palästinenser stellt sich zunächst über ihre Herkunft aus dem Gebiet Palästinas und die Enteignung ihres Bodens her. Die Souveränität, die die Palästinenser verlangen, bezog sich seit der Verabschiedung der National-Charta 1964 insbesondere auf das Gebiet, von dem sie vertrieben worden waren, das israelische Kernland. Die kurz nach der israelischen Staatsgründung erfolgte Besetzung der Westbank durch Jordanien und das Ghaza durch Ägypten wurden, da von arabischen Regierungen vollzogen, nicht als Fremdherrschaft verstanden und bekämpft. Die sogenannte Teilstaatenlösung, auf jedem Teil des befreiten palästinensischen Gebietes die palästinensische Souveränität zu errichten, war auf den Ghaza und die Westbank gemünzt. 1974 formuliert, bedurfte sie u.a. der Voraussetzung der israelischen Okkupation. Die Charta von 64 hielt dagegen noch ausdrücklich fest: „Diese Organisation (d.h. die PLO) übt keinerlei Souveränität über die West Bank im haschemitischen Königreich von Jordanien aus, auch nicht über den Ghaza-Streifen oder das Himmah-Gebiet.“ (Art. 24) Diese schlichte Verzichtserklärung auf Teile Palästinas hat mit dazu beigetragen, daß die PLO heute einen erheblichen Preis dafür zahlen muß, wenn sie

diese Gebiete noch als künftiges Staatsland zurückgewinnen will. Annahme der Beschlüsse von Fes heißt also auch bewußte Aufnahme der Interessen jener Palästinenser die in diesen Gebieten leben und in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt wurden, auch wenn die politischen und militärischen Möglichkeiten im Kampf gegen die zionistische Expansion dadurch nicht in dem Maße wiederhergestellt werden können, wie sie seinerzeit vorhanden waren.

Der Reagan-Plan wurde nicht vollständig, sondern „als solide Grundlage für eine dauerhafte und gerechte Lösung“ abgelehnt. Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sind demnach möglich, ohne jedoch die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes preiszugeben. Der Breschnew-Plan, nunmehr vom Nationalrat unterstützt, wird vor allem als Gegengewicht gegen den Reagan-Plan verstanden. Bauchpinselei mögen die SU und Zunahme sozialistischen Einflusses die Moskauorientierten Kräfte innerhalb der PLO darin sehen.

Die Teilnehmer des Nationalrats haben sich in bezug auf ihr Verhältnis zu den arabischen Staaten offenbar an ihre Erfahrungen seit der israelischen Invasion gehalten: Eine von Abu Iyad an Gaddafi und Assad gerichtete Kritik rief lebhaften Beifall und Schmährufe auf die beiden Politiker hervor. In der politischen Erklärung wird ausdrücklich festgehalten, daß die „Front der Standhaftigkeit und Konfrontation“ zu der Libyen und Syrien gehören, „während der zionistischen Invasion im Libanon nicht auf der Ebene der von ihr betonten Aufgaben gehandelt hat.“ Jedoch wird das Exekutivkomitee zu Gesprächen mit den Ländern dieser Front aufgefordert.

Aus den für sich genommen relativ dünnen Aussagen der politischen Erklärung des Nationalrats lassen sich zwar kaum eindeutige Positionen herauskristalisieren, was man kritisieren mag, deutlich wird aber ein positiv zu wertendes Selbstbewußtsein. Etwa Ägypten gegenüber dessen Separatpolitik im Ergebnis von Camp David zwar immer noch abgelehnt wird, deren Zurückweisung sich aber nicht mehr gegen das ägyptische Volk und seine Regierung wendet. Vielmehr wird der Wunsch geäußert, „die Rückkehr Ägyptens zu seiner kämpferischen Position im Herzen unserer arabischen Nation zu ermöglichen.“ Was auf den ersten Blick als Versöhnungsgeste erscheinen mag, als Beilegung eines alten Zwistes, deutet auf eine tieferliegende Wendung hin: auf eine Korrektur des komplizier-

ten Verhältnisses zwischen palästinensischer und arabischer Nation. Laut Charta ist die palästinensische Revolution nicht nur die Sperrspitze im Kampf um die Einheit der arabischen Revolution, sondern ihre Vorreiterrolle wird als vorrangig vor den anderen arabischen nationalen Interessen dekretiert. Was als Emanzipation von der Abhängigkeit von den arabischen Nationalisten, namentlich Nasser begann und den selbständigen Kampf der Palästinenser einleitete und was in der Parole der jungen Fatah zum Ausdruck kam: „Die Befreiung Palästinas ist der Weg zur arabischen Einheit“ jenes Element der Eigenständigkeit und Initiative berücksichtigte nicht die nationale Souveränität der anderen arabischen Länder.

Was Ägypten angeht, erklärt sich die Feindschaft seit dem Abkommen von Camp David nicht nur aus dem Verrat an der palästinensischen, sondern der arabischen Sache schlechthin. Im Zusammenhang mit der neuerlichen Wiederannäherung Ägyptens an die UdSSR, hoffentlich in Richtung einer blockfreien Äquidistanz zu den beiden Supermächten, könnte sich die Brücke, die der Nationalrat nun geschlagen hat, positiv für die palästinensische Sache erweisen und das bislang ziemlich freie Spiel der amerikanischen Kraft auf vorteilhaftere Bahnen lenken. Stärkung arabischer Solidarität fordert auch die politische Erklärung, fügt jedoch hinzu: „auf Grundlage der Beschlüsse arabischer Gipfelkonferenzen“ Das Verhältnis zwischen PLO und den arabischen Staaten wird mehrfach dahingehend akzentuiert, daß als Aufgabe formuliert wird, die Beziehungen zu den arabischen Völkern und Regierungen zu festigen und zu intensivieren.

Jordanien betreffend, „bekräftigt der Palästinensische Nationalrat die speziellen und besonderen Beziehungen“ der beiden Völker die „im Einklang mit den nationalen Interessen“ der beiden Völker entwickelt werden sollen. Anerkennung nationaler Souveränitätsrechte der arabischen Staaten wurde von der Fatah als Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von jeher vertreten und von der Volksfront Habaschs heftig kritisiert. Diese sah die Interessenidentität von palästinensischem Befreiungskampf und Einheit der arabischen Nation Ende der 60er Jahre durch das haschemitische Regime so wenig realisiert, daß sie den Sturz des Königs auf die Tagesordnung setzte. Das von der Volksfront proklamierte und praktizierte Recht, in Jordanien befreite Gebiete zu schaffen und die Machtfrage aufzuwerfen, hängt nicht

so sehr mit der sozialistischen Orientierung der Front zusammen als vielmehr der Ineinsetzung von palästinensischen und arabischen nationalen Interessen. Die blutigen Auseinandersetzungen, die im Schwarzen September traurige Berühmtheit erlangten, können schwerlich der vielversmähten arabischen Reaktion angelastet werden. Die Verantwortung für diesen folgenreichen Fehler geht in erster Linie auf Kosten der Volksfront. Der Preis war hoch: etwa 20000 Tote, Verlust der jordanischen Basen und Verringerung der Unterstützung durch die arabischen Staaten.

Offen bleibt bezüglich des Verhältnisses zu den arabischen Ländern das vom Nationalrat bekräftigte „Recht der Streitkräfte der palästinensischen Revolution, den militärischen Kampf gegen den zionistischen Feind von allen arabischen Fronten aus zu führen“ Diese Forderung steht nicht nur angesichts der aktuellen Situation auf tönernen Füßen. Libanon wird auf dem Abzug der noch und wieder anwesenden Kämpfer bestehen und bestehen müssen. Bleibt allein Syrien als Stützpunkt der palästinensischen Befreiungsarmee. Die Aussichten, von dort aus operieren zu können, stehen, daran läßt Präsident Assad keinen Zweifel aufkommen, derzeit äußerst schlecht.

Völliger Verzicht auf militärischen Kampf war von der Tagung des Nationalrats weder zu erwarten, noch wäre er wünschenswert gewesen.

Die *Neue Zürcher Zeitung* hat anlässlich der Tagung in Algier einen bemerkenswerten Versuch unternommen, die Geschichte des palästinensischen Befreiungskampfes seit Bestehen der PLO nachzuzeichnen. Die Stärke der PLO beruht für sie auf dem Zusammenwirken von militärischen und politischen Aktionen. Die Tatsache, daß sich dieses Wechselverhältnis nicht aus dem politischen Programm der PLO ergeben hat, sondern aus den praktischen Erfahrungen des Befreiungskampfes, um nicht zu sagen, der Not verschiedener Niederlagen, stellt eine Schwäche dar. In der Auseinandersetzung zwischen „Gemäßigten“ und „Radikalen“ führt sie leicht dazu, die Bedeutung des bewaffneten Kampfes überzubetonen und im Gegenzug den politischen Kampf allzu defensiv – pragmatisch – zu begründen. Trotz dieser Schwäche läßt sich unterschreiben, was die *Neue Zürcher Zeitung* als Schlußfolgerung zieht: „Die Gewehre und Bomben erzeugen einen Druck, auf den die „Diplomaten“ nicht verzichten können, bevor sie ihr Ziel erreicht haben oder seiner Erlangung gewiß sind. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Die Organisa-

tion muß weiter mit dem Maschinengewehr und mit dem Ölzweig operieren.“

Mit „Maschinengewehr und Öl-zweig“ hatte sich Jassir Arafat 1974 vor der UNO-Vollversammlung präsentiert. Die neue Blüte, zu der der Ölzweig gegenüber den jüdischen Israelis in den Händen des Nationalrats gelangt ist, versteckt sich hinter bürokratischen Formeln. Abu Iyad wandte sich in seinem Debattenbeitrag jedenfalls ausdrücklich gegen die Unterscheidung von Anti-Zionisten und Zionisten als Kriterium für den Dialog mit den israelischen Kräften. Er führte Nahum Goldmann, unlängst verstorbener Mitbe-

gründer des Zionistischen Weltkongresses, als Beispiel an, daß Bekenntnis zum Zionismus und Eintreten für die Rechte der Palästinenser sich nicht notwendigerweise ausschließen, was für Avneri und andere Vertreter des israelischen Friedenslagers ebenso zutrifft.

Die Annahme der Beschlüsse von Fes werde nicht zur Anerkennung Israels führen. Eindeutigkeit der Aussage fehlt auch in diesem Punkt. Die Einbeziehung zionistisch-israelischer Kräfte in den Dialog spricht in der Tendenz für die Anerkennung nationaler Koexistenz. Eine Richtung, der im übrigen auch von Georges Habbasch nicht widersprochen wurde. Auch wenn sie der geforderten Anerkennung einer jüdisch-israelischen Existenz nicht voll-

Interview mit Abdalla Frangi

PLO-Vertreter bei der Liga der arabischen Staaten in Bonn und Mitglied des Palästinensischen Nationalrates

Mit der Berichterstattung über die 16. Tagung des Palästinensischen Nationalrats wurde negativ vermerkt, daß sich die PLO nicht gespalten hat. Welche Bedeutung hat die Wahrung der Einheit der PLO Deiner Meinung nach?

Die westdeutsche und die amerikanische Presse haben sich mehr oder weniger darauf konzentriert zu berichten, daß die PLO am Ende sei, die Palästinenser zersplittert sind und die PLO nicht in der Lage ist, gemeinsame Beschlüsse zu fassen. Wir haben auch festgestellt, daß einige arabische Staaten versucht haben, die PLO zu spalten, um dadurch die Kontrolle über die PLO zu übernehmen. Und deswegen haben wir dafür gearbeitet, daß dieser Nationalrat stattfinden kann. Ich möchte sagen, daß die PLO nach diesem Nationalrat durch die Auseinandersetzungen, die dort offen ausgetragen worden sind, eher eine feste Institution geworden ist. Auch die Rolle der Volksfront und der Demokratischen Front ist sehr hoch zu schätzen, weil sie alles getan haben, um jedem Versuch von außen, die PLO zu spalten, zu begegnen.

Demgegenüber könnte man einwenden, daß die Beschlüsse zwar einheitlich gefaßt wurden, damit die Differenzen aber noch lange nicht ausgetragen sind. Worin liegt nun die Bedeutung der Beschlüsse von Algier?

Alle Palästinenser sind sich einig, daß wir ohne die Einheit nicht leben können. Die

eigentlich strittigen Punkte, die wir diskutiert haben, waren die Pläne, die von verschiedenen Gremien zur Lösung der Nahost-Frage vorgeschlagen worden sind. Und alle Palästinenser haben die Beschlüsse von Fes akzeptiert. Aber natürlich versucht jetzt jeder für seine Basis, zu seinen Gunsten diese Beschlüsse zu interpretieren – und das ist auch legitim und normal. Aber die Auseinandersetzungen gehen dahin, daß die Führung von Al Fatah der Meinung ist, wir müssen heute eine Konzeption erarbeiten, um weiter kommen zu können und daß wir dazu fähig sind. Wir dürfen den arabischen Staaten nicht das Schicksal der palästinensischen Revolution überlassen, wie wir es 1948 getan haben. Das zeigt die Tatsache, daß wir die politische Erklärung, die auch mit dem Beschluß von Fes anfängt, als Grundlage für die politische Bewegung nehmen, die wir jetzt betreiben werden. Man sieht bereits in Neu Delhi, daß wir Recht damit hatten, weil die Unterstützung auf internationaler Ebene uns in diesem Rahmen eher möglich ist.

Zum Reagan-Plan: Wir lehnen diesen Plan ab, nicht weil wir den Frieden ablehnen, sondern wir lehnen ihn ab, weil dieser Plan von Reagan das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser negiert, weil er die PLO nicht anerkennt und weil er einen Palästinenserstaat in Westbank und Gaza-Streifen nicht akzeptiert. D.h., wenn die Amerikaner ihre Haltung vollkommen ändern, das bezweifeln wir auch, aber wenn



sie das täten, dann bestünde auch eine Möglichkeit, daß wir mit den Amerikanern einen Dialog führen.

Der Nationalrat hat auch den Breschnew-Plan akzeptiert, der nicht stärker ist als der Fes-Plan, nur der eine kommt von arabischen Staaten und der andere von einem sozialistischen Land und einer Supermacht.

Ihr habt am bewaffneten Kampf festgehalten. Hier kommt Syrien Bedeutung als Hinterland für die palästinensischen Befreiungsstreitkräfte zu. Strebt Ihr eine Art „Kairoer Abkommen“ an, um von Syrien oder möglicherweise anderen arabischen Ländern aus den bewaffneten Kampf zur Unterstützung Eurer Ziele fortführen zu können?

Ohne den bewaffneten Kampf hätten wir niemals erreicht, was wir heute erreicht haben. Wir haben von den arabischen Ländern immer offene Grenzen gegenüber Israel verlangt, aber die Grenzen wurden immer enger und kleiner gegenüber der PLO. Die einzige Möglichkeit war für uns der Libanon. Und wir haben vom Libanon aus operiert und jetzt hast du gesehen, wie die Israelis mit Unterstützung der Amerikaner und mit Duldung gewisser arabischer Staaten die PLO aus Beirut vertrieben haben. Jetzt bleibt Syrien, von wo aus wir eigentlich auch keine militärischen Aktionen starten dürfen. Wir dürfen nicht direkt über die syrischen Grenzen nach Israel gehen und

das ist das eigentliche Problem der Palästinenser. Wir dürfen eigentlich nur dann, wenn die Syrer in eine militärische Konfrontation verwickelt werden oder wenn die Syrer eine militärische Konfrontation mit Israel selber beschließen. Wir können keine politische Lösung erreichen, wenn das Gleichgewicht so bleibt, wie es heute ist, d.h. zugunsten Israels. Wenn Syrien z.B. bessere Bedingungen für die Befreiung der Golan-Höhen erreichen will, um einer politischen Lösung für die Golan-Höhen näher zu kommen, dann müßten sie eigentlich mit den Palästinensern so zusammenarbeiten, wie etwa damals Nordvietnam gegenüber Südvietnam.

Wenn die Syrer aber weiterhin so eine passive Haltung einnehmen und keine Einigung mit den Palästinensern erzielen, dann schwächt das automatisch die syrischen Forderungen, die Palästinenser und die gesamte arabische Region gegenüber Israel. Wenn die Syrer alles für die palästinensische Revolution offen halten, dann besteht eher eine Chance, auf die anderen arabischen Staaten Druck auszuüben, zum Beispiel auf Jordanien, Ägypten usw.

In den Nationalrats-Beschlüssen habt Ihr festgelegt, die Beziehungen zum libanesischen Volk und seiner Regierung auszubauen und zu festigen. Werdet Ihr versuchen, auch im Libanon Kämpfer zu halten oder zunächst die Forderung der libanesischen Regierung nach Abzug der Kämpfer einhalten?

ständig entspricht, können die Vertreter dieser Forderung mit den Ergebnissen der Tagung von Algier arbeiten.

„Lähmendes Patt“ das sollte deutlich geworden sein, kennzeichnet die Situation der PLO nicht. Die mehrfach hier angeführte Charta wurde nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzt. Entgegen den Gepflogenheiten bisheriger Nationalratstagungen läßt die politische Erklärung nicht nur die übliche Referenz vor der Charta vermissen, sondern erwähnt sie überhaupt nicht. Wenn man schon die Ergebnisse von Algier auf eine Formel gebracht haben will, dann die, daß die PLO „Türen offengelassen hat, die sie hätte verschließen können“ Alles und jedes werden diese Türen gleichwohl nicht passieren können. □

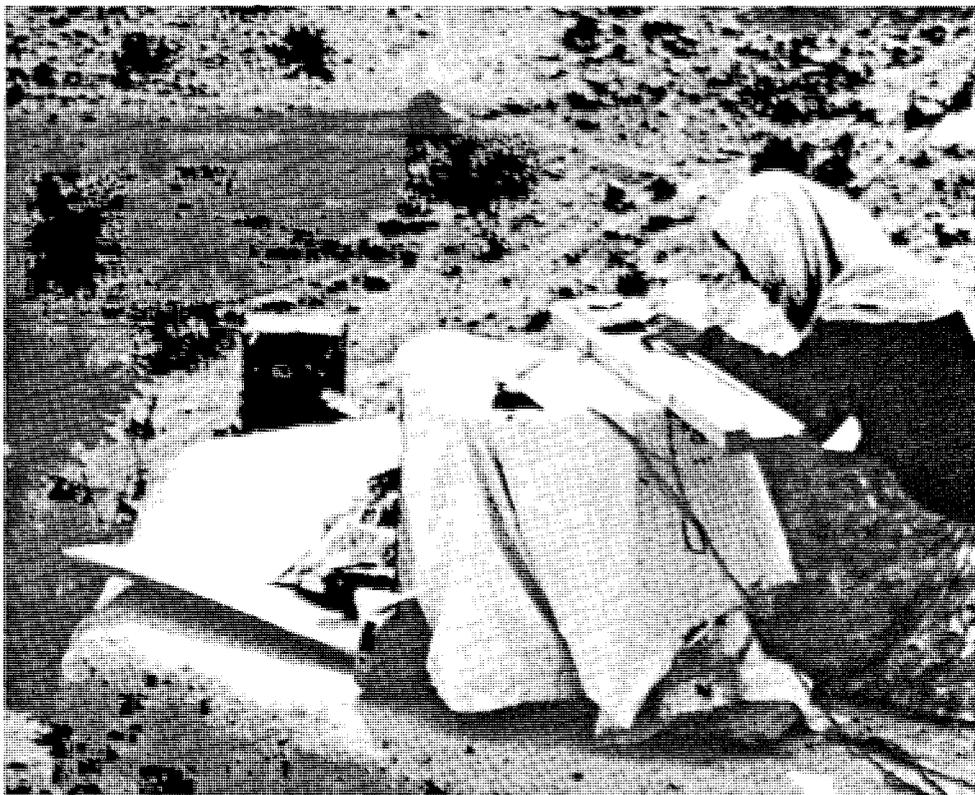


Das ist eine sehr komplizierte Frage. Die palästinensischen Streitkräfte und die der progressiven libanesischen Kräfte befinden sich immer noch unter Führung Jassir Arafats. Die libanesischen Regierung aber die jetzt von Amin Gemayel geführt wird, sowie die libanesischen Armee und die anderen libanesischen Einheiten, die ihnen nahe stehen und mit ihnen zusammenarbeiten, versuchen mit aller Gewalt, die Möglichkeiten der Palästinenser einzuschränken. In diesem Zusammenhang sind sie direkt oder indirekt in Zusammenarbeit mit den israelischen Streitkräften gekommen und sie haben das gemeinsame Ziel, die Palästinenser aus dem Libanon zu vertreiben. Wenn diese Politik fortgesetzt wird von den Libanesen, dann bleibt den Palästinensern keine andere Möglichkeit, als sich zu verteidigen.

Das Gespräch führte Jutta Löwe

Anna Laya vom Comité Afghanie libre (Komitee freies Afghanistan) in der Schweiz und Hossein begleitende Journalistin war kürzlich in Afghanistan und hat dort die Wiederaufbauprojekte der NEFA besucht. Sie berichtet über die Rolle der Frauen im Widerstand gegen die Besatzer und im Wiederaufbau des Landes, daß über 80% der Aktionen der NEFA in Kabul von Frauen organisiert und getragen werden. Der „Mut der Mädchen von Kabul“ sei inzwischen in Afghanistan sprichwörtlich. Eine große Rolle spielt hierbei die Geschichte der 17jährigen Oberschülerin Nahid, die bei einer Demonstration in Kabul erschossen wurde. Das Bild zeigt ein Aufbauprojekt in Hsaradjat. Dort werden u.a. Kleider für den Export hergestellt, so zum Beispiel mit Spiegelchen und Glasperlen besetzte Folklorekleider. Dieses Projekt wird vom Comité Afghanie libre unterstützt.

Bankverbindung des Comité: Société de Banque Suisse (SBS) No. 258 500, Genève, Suisse.



Der afghanische Widerstand bleibt spontan

Daran scheinen bisher alle Versuche zur Zentralisierung des Befreiungskampfes durch eine Reihe von Organisationen noch nichts Grundlegendes geändert zu haben.

Gholam Hossein, Mitglied der Nationalen Einheitsfront Afghanistans (NEFA), berichtet in einem Gespräch über die Tätigkeit seiner Organisation.

Gholam Hossein kam im Dezember 1982 über Pakistan nach Paris, wo er am internationalen Afghanistan-Tribunal teilnahm. Wir sprachen mit ihm in Köln, wo er einen Besuch beim Solidaritätskomitee für das Afghanische Volk machte.

Zur Lage der Widerstandsbewegung gegen die russischen Invasoren und die Regierung Karmal drei Jahre nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen berichtet Hossein: Der Widerstandskrieg, an dem alle Schichten und Klassen der Bevölkerung teilnehmen, erfaßt ganz Afghanistan. Die befreiten Gebiete nehmen der Fläche nach 90%, der Einwohnerzahl nach 80% des Landes ein. Die Herrschaft des Kabuler Regimes beschränkt sich im wesentlichen auf

Kabul selbst. Neben den isolierten Parteien Parcham und Chalq kann es sich lediglich auf einige Stammesfürsten bei den Gdschadi (einem Stamm im Süden Afghanistans) und im Norden stützen.

Zu den befreiten Gebieten gehören Zentralafghanistan (u.a. die Provinz Hsaradjat mit 2,5-3 Mio. Einwohnern) und der Osten (Nuristan). In diesen Gebieten können die Russen nur noch mit der Luftwaffe etwas ausrichten. Ein Teil des Lands ist halbbefreit, so z.B. Schmanali (nördlich von Kabul). Halbbefreit bedeutet, daß die Regierung hier keine Stützpunkte hat, auch keine Verwaltungsbehörden oder sonstige Vertreter weil das jeweilige Gebiet im Operationsraum der Partisanen liegt. Andererseits sind die Widerstandskräfte hier nicht

so stark, daß sie eine Verwaltung aufbauen könnten.

G. Hossein ist Kommandant einer Widerstandsgruppe in Hsara-djat. Um einen Eindruck vom Leben in den befreiten Gebieten zu gewinnen, sprechen wir über Verwaltung und Infrastruktur von Hsara-djat.

Hsara-djat hat eine funktionierende Verwaltung mit 36 Bezirken, 16 davon haben telefonischen Kontakt untereinander eine für Afghanistan durchaus nicht gewöhnliche Tatsache. Die bedeutenden Widerstandsorganisationen in diesem Gebiet sind der Islamische Vereinigungsrat (Shorai Enkelabe islamie), die NEFA und die islamischen Fundamentalisten (*Hossein nennt sie Chomeini-Schiiten*). Während NEFA und Islamischer Vereinigungsrat zusammenarbeiten, werden beide von den Fundamentalisten bekämpft.

Eine Klinik und Schulen sind im Aufbau. (*In Afghanistan kam 1977 ein Arzt auf über 20 000 Einwohner 88% der Bevölkerung waren Analphabeten*). Der wichtigste Erwerbszweig ist die Landwirtschaft. Daneben bauen insbesondere Frauen Handwerksbetriebe und Kleinmanufakturen zur Textilverarbeitung und Teppichknüpfereien auf.

In meinem Unterbezirk (ein Gebiet, in dem 1 000 Familien wohnen) gibt es ca. 300 Bewaffnete. 100 Befreiungskämpfer sind ständig im Einsatz. Für 40 ist das eine dauernde Beschäftigung, während die übrigen je 60 jeweils 15 Tage Militärdienst leisten, um danach wieder abgelöst zu werden. In anderen Bezirken leisten z.B. alle Männer ab dem 22. Lebensjahr ein Jahr Militärdienst. Dabei bleiben sie allerdings in ihrem

Heimatbezirk. Die Ausrüstung besteht zu meist nur aus leichten Waffen, wenige Fronten besitzen Daschkas (ein schweres Maschinengewehr). Die Finanzierung der Verwaltung und der übrigen wird durch freiwillige Abgaben gesichert, wie sie in islamischen Ländern üblich sind.

In den westlichen Ländern wird immer wieder über die verwirrende Vielfalt der Organisationen des afghanischen Widerstands berichtet. Unter anderem wegen der unterschiedlichen politischen Zielsetzungen gebe es kein Vorankommen im Ziel der Befreiung Afghanistans von ausländischer Vorkherrschaft. Gholam Hossein sieht hier in der sowjetischen Besatzungsmacht eine Fortsetzung der britischen Kolonialpolitik, die das Prinzip „Teile und Herrsche“ verfolgte. Zu den islamischen Fundamentalisten führte er z.B. an anderer Stelle aus, sie würden zumeist von schiitischen Pasdaran aus Iran geführt. Auf diesem Wege versuche dann die Sowjetunion, Einfluß auf den Widerstand im besetzten Afghanistan zu erhalten.

Aber genauso wenig, wie die Engländer Afghanistan unterdrücken konnten, wird dies jetzt den Russen gelingen. Das ist unsere Lehre aus der Kolonialzeit. Wie damals die Engländer versucht der ehemalige KGB-Chef Andropow jetzt vermehrt politischen Einfluß in Afghanistan zu gewinnen. Für die Widerstandsbewegung bedeutet das, daß sie neben dem Befreiungskrieg in einer zweiten Dimension tätig werden muß. Der spontane Volkskrieg, der sich aus Widerstandsaktionen gegen die Besatzer und das verhaßte Kabuler Regime entwickelt, muß politisiert werden. Unsere Aufgabe ist die Darstellung der Ziele der Sowjetunion, um so dem Widerstand eine politische Basis zu verschaffen.

Die Nationale Einheitsfront Afghanistans – Djabhae Motahede Milli Afghanistan – ist mit stärkeren Gliederungen in den meisten Provinzen des Landes vertreten. Das politische Programm lautet in wenigen Worten. Kampf für Unabhängigkeit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Landreform in dem Sinne: Das Land dem, der es bearbeitet. NEFA arbeitet dabei mit den Organisationen „Die Stimme“ und „Front der Modshahedin“ zusammen.

Die einzelnen Widerstandsgruppen und Fronten bilden sich meist spontan. Wesentlicher Zweck ist die materielle Versorgung der Bevölkerung. Zu den politischen Organisationen und Parteien gibt es mehr „mechanische Kontakte“

Von den Afghanistangesprächen in Genf und auf anderen Ebenen und einer möglichen politischen Lösung hält Gholam Hossein wenig.

Eine politische Lösung ohne das afghanische Volk kann es nicht geben! Wenn es zu

Weltkrise schnürt Spielraum der Blockfreien ein

Mit sichtlicher Erleichterung wird hierzulande über das siebte Gipfeltreffen der Blockfreien, das in der zweiten Märzwoche in Neu Delhi stattfand, berichtet. Der Grund ist doppelter Natur: Erstens erwartet die hier ganz einige Bourgeoisie mit Recht vom Wechsel des Vorsitzes der Bewegung von Fidel Castro zu Indira Gandhi, daß sich deren Forderungen künftig wieder mehr gegen beide Blöcke richten (daß sich das mit der altväterlichen Aufforderung aus Reagans Grußbotschaft, die nichtpaktgebundenen Länder mögen sich fürderhin von den „ursprünglichen Prinzipien“ der Gründer leiten lassen, zu decken scheint, braucht niemanden davon abzuhalten, etwas Positives darin zu sehen, daß von der SU als „natürlichem Verbündeten“ in Neu Delhi nicht mehr die Rede war).

Zweitens aber – und da liegt Resignation näher denn Genugtuung – begrüßen die Vertreter der kapitalistischen Metropolen den „neuen Pragmatismus“ der blockfreien Länder. Der Wechsel, um den es dabei geht, spiegelt indessen nur die über weite Strecken verzweifelte Lage der Dritten Welt wider die zu ändern erst recht in Zeiten der weltweiten Krise kaum noch Mittel zur Verfügung stehen – jedenfalls solange im Innern der Länder der Dritten Welt die nach der nationalen Befreiung entstandenen sozialen und politischen Gegensätze, Stagnation und Korruption nicht erfolgreich angegriffen werden.

So hat es den Anschein, als lehnten sich die Ansprechpartner in den entwickelten Ländern beruhigt zurück: Die Dritte Welt sieht allmählich ein, daß sie nichts in der Hand hat, um Globalverhandlungen, d.h. vor allem Anerkennung einer stärkeren Repräsentanz der Entwicklungsländer zu erzwingen. Auch von der „Ölwaffe“ geht die alte Bedrohung nicht mehr aus – damit fehlt den Ländern der Dritten Welt zugleich auch ein Mittel der Selbsthilfe: Die erdölexportierenden Länder sahen sich in Neu Delhi offenbar nicht in der Lage, einen substantiellen Beitrag zum Ausbau der Süd-Süd-Kooperation zu leisten; der Plan für eine gemeinsame Entwicklungsbank wurde auf Eis gelegt.

Weil eben so schwer durchsetzbar, wurden Forderungen wie die nach einer globalen Umschuldungskonferenz und nach einer entwicklungsorientierten Weltwährungskonferenz in den Dokumenten des Gipfels nur noch an zweiter Stelle erwähnt. Im Zentrum stehen bekannte Forderungen nach Erhöhung der Entwicklungshilfe oder nach einer Überprüfung der Bedingungen des IWF und der Weltbank – im Echo der Presse alles „Schritte in Richtung erhöhter Glaubwürdigkeit“ In wirtschaftlicher Hinsicht glaubt auch die Sowjetunion sich nicht gefordert; sie preist die antiimperialistische Richtung, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß die Erwartungen an die „entwickelte Welt als Ganzes“ bewußt den Comecon miteinbegreifen.

Geringe Probleme hatte die Konferenz, sich vergleichsweise auf Proklamationen gegen die ressourcenverschlingende Wettrüstung und die Aufforderung an beide Supermächte zu einigen, auf den Bau, die Lagerung und Stationierung weiterer Nuklearwaffen zu verzichten und endlich abzurüsten. Hier liegen am ehesten Anknüpfungspunkte für die sozialen Bewegungen der den Weltmarkt beherrschenden Länder. Doch sollte darüber hinaus nicht vergessen werden, daß auch und gerade die Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet – so zahm sie auch unter dem Druck der Verhältnisse daherkommen – im Vorfeld von Konferenzen wie UNCTAD VI im Mai/Juni in Belgrad und dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg eine gute Gelegenheit für die neue Fraktion im Bundestag bieten, die Regierung mindestens zu öffentlicher Stellungnahme zu zwingen. Solche Impulse können auch der Einheit der Blockfreien nur nützen.

Denn trotz allem Willen, eine tiefere Spaltung zu verhindern – was die Erklärungen zu Afghanistan, zu Palästina und auch die lange Debatte der Außenminister über den Sitz Kampuchreas und die letztendliche Vertagung dieser Frage zeigen – besteht das Hauptproblem der blockfreien Bewegung darin, tatsächlich blockfreie Politik zu betreiben anstatt zwischen den beiden Blöcken mehr oder minder zu lavieren. cf

solch einer Lösung käme, wäre die dann gebildete Regierung lediglich die Marionette mehrerer Mächte, während Karmal eben die Marionette einer einzigen Macht ist. Einen langandauernden Volkskrieg können die Afghanen durchstehen. Das Volk ist bewaffnet. Ich bitte um Unterstützung von al-

len Personen und Kräften, insbesondere den revolutionären und demokratischen Kräften, von allen, die gegen die Herrschaft fremder Mächte eintreten, von allen, die gegen die Hegemonie der beiden Supermächte sind, für die gerechte Sache des afghanischen Volkes. □

PCI-Kongreß für linkes Bündnis – ein langer Weg

Die italienischen Kommunisten haben auf ihrem 16. Parteitag mit großer Mehrheit (bei nur sieben Gegenstimmen) das Schlußdokument angenommen, dessen Kern die „demokratische Alternative“ ist. die nun auch programmatische Absage an den vor vier Jahren vorerst gescheiterten „historischen Kompromiß“ zugunsten einer Aufforderung an alle linken und demokratischen Parteien und Kräfte, sich zu einer – regierungsfähigen – Alternative zum Machtssystem der Christdemokraten zusammenzurufen. Wichtigster Bündnispartner wären hier die Sozialisten, die bei nationalen Wahlen zuletzt rund 10% der Stimmen (gegenüber 30% für die PCI) erhielten; angesprochen sind aber auch die übrigen kleineren laizistischen Parteien, die linkskatholischen Strömungen unter Arbeitern und Jugendlichen und die neuen sozialen Bewegungen. Daß ein solches Bündnis, das allerdings den Austritt der Koalitionspartner der Christdemokraten aus der Regierung Fanfani voraussetze, nach dem Wunsch der Delegierten möglichst rasch zustandekommen sollte, zeigte der Applaus für Pietro Ingrao. Der sprach sich für die Erarbeitung eines gemeinsamen Programms von Kommunisten und Sozialisten nicht morgen oder übermorgen, sonder „heute, sofort“ aus. Diese Hoffnung wurde nicht nur von Berlinguer, sondern, wie nicht anders zu erwarten, von PSI-Chef Craxi gedämpft, der vage auf die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten mit der PCI verwies, um deren Vorschlägen vor allem jeden Führungsanspruch streitig zu machen.

In anderen Fragen, die in den vergange-

nen Monaten unter den Kommunisten teils heftig umstritten waren, siegte der Kompromiß: Abgeschwächt wurde die Absage an den „Impuls des sowjetischen Modells“, der sich erschöpft habe – Cossutta, der „trotz Grenzen und Irrtümern“ der Sowjetunion den „Riß“ zwischen PCI und KPdSU kritisiert, war mit wenigen Anhängern auf dem Parteitag fast völlig isoliert. Nicht durchsetzen konnten sich andererseits die vielen Jugendlichen mit dem Antrag, sich für den Austritt aus der Nato auszusprechen. Hier blieb es bei der Zielsetzung des Abbaus beider Blocksysteme.

Zugeständnisse aber mußte die Parteilührung in der Frage der innerparteilichen Demokratie machen. Die Form der Änderung von Positionen, wie sie sich nach der

Verhängung des Kriegsrechts in Polen im *strappo* (Riß) vollzogen hat, soll es in Zukunft nicht mehr geben. Vielmehr muß das ZK bei einer Änderung der politischen Linie, die der Kongreß festgelegt hat, „die Gesamtheit der Partei konsultieren“ und auch das ZK selber wird gegenüber dem Politbüro gestärkt: Divergenzen und relevante Fragen, die dort auftauchen, sind dem Zentralkomitee zur „Debatte und Entscheidung“ vorzulegen, während bislang Minderheitenpositionen oft nicht mal auf dieser Ebene bekannt geworden sind. Was in einzelnen Sektionen darüberhinaus bereits praktiziert wurde, die geheime Wahl von Delegierten und Funktionären, konnte für die Gesamtpartei jedoch noch nicht festgeschrieben werden. cf

Der permanente Krieg im Innern der Friedenstaube

Weil ihnen die sowjetischen Behörden die Veranstaltung einer Demonstration sowie Eröffnung zweier Ausstellungen zum Thema Abrüstung und Frieden untersagt und ihre Telefonleitung unterbrochen hatten, traten drei Mitglieder der unabhängigen Moskauer Friedensbewegung Ende Februar in einen fünftägigen Hungerstreik. Das sowjetische Regime war auch schon zu Verhaftungen von Mitgliedern der autonomen Friedensbewegung geschritten. Der Historiker Medvedjev ein Erst-Unterzeichner des Aufrufs für europäische nukleare Abrüstung, erhielt zum ersten Mal seit langem wieder eine offizielle Verwarnung unter Verweis auf „antisowjetische Aktivitäten“

Soweit nur zwei Meldungen über die unterdrückerischen Praktiken, die unter Andropow einen neuen Aufschwung genommen haben. Der Astronom Lubarsky der 5 Jahre in Haft verbrachte, schätzt heute die Zahl der politischen Häftlinge mit 8000 – 9000 eher niedriger als zum Beispiel die amerikanische Regierung, immerhin genug für europäische Verhältnisse.

Andropow hat hinreichend Erfahrungen gesammelt. Als fädenziehender Botschafter in Ungarn 1956 und als Chef der Staatssicherheit beim konterrevolutionären Eingreifen in der CSSR bis zum Einmarsch in Afghanistan. Ebenso gut könne man von gebratenem Eis sprechen als von so einem Mann eine liberale Reformierung des Systems zu erwarten, meint Kopelew

Edward P Thompson, Theoretiker der britischen Friedensbewegung und Verfasser der „Exterminismustheorie“ weist in seinem jüngsten Beitrag für den Londoner *Guardian* (siehe FR 23.2. und taz 3.3.1983) auf den Widerspruch zwischen dieser Repression und der sowjetischen Abrüstungs-offerte hin: „Die sowjetische Friedensoffensive ist nur für den Export. Sie geht einher mit einem noch frostigeren Kalten-Kriegs-Klima im Inneren. Seit Monaten sucht diese Feindseligkeit die kleine Gruppe von Akademikern heim, die im vergangenen Juni in Moskau die ‚Gruppe für die Herstellung von Vertrauen‘ gründete.“

Es ist an der Zeit für die Friedensbewegung, sich den Schlaf aus den Augen zu reiben. Wenn wir in politische Beziehungen zu den kommunistischen Staaten treten wollen, dann müssen wir das als Handelnde tun – und nicht als Behandelte

Wir müssen zur selben Zeit, da wir Atomwaffen zurückweisen, auf eine Öffnung der Grenzen und Gefängnisse drängen – das bedeutet nicht eine Verknüpfung von Abrüstung und ‚Menschenrechten‘ nach Art des Kalten Krieges.“

Wenn die Friedensbewegung diesen Zusammenhang hervorhebt, dann läuft sie schon allein deshalb nicht Gefahr, zum Erfüllungsgehilfen einer reaktionären Version von „Osteuropa-Solidarität“ zu werden, weil sie ihre Abrüstungsforderungen ohne Zugeständnisse an bestimmte „Sicherheitsinteressen“ stellt. tm

Anzeige

Die Nationalunion eritreischer Studenten in Deutschland ruft auf:

Unterstützt den Aufbau der Sekundarschule in den befreiten Gebieten Eritreas

In der Sekundarschule sollen Fachkräften Kenntnisse vermittelt werden, die für die Produktivität des Landes unentbehrlich sind. Die Ausbildung läuft über drei Jahre, der Unterricht soll mit praktischen Erfahrungen verbunden werden. Als Fächer sind vorgesehen: Handwerk, Naturwissenschaften, Kultur, Lehrerausbildung für die Elementarschule, Büroarbeit.

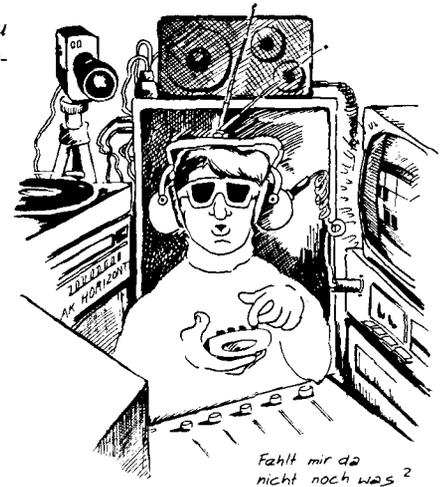
Hilfen in Geldform werden bevorzugt, da Geräte und Ausrüstungen zusammen günstiger einzukaufen sind.

Spenden werden erbeten auf das Konto:
Tesfai Ghebremariam „Schulprojekt Eritrea“
Bank für Gemeinwirtschaft, Köln
BLZ 370 101 11, Kto. 2154 2208 00

Vom Umgang mit den Neuen Medien: Kommunikation statt Distribution

Von Gerd Heinemann

Neue Medien sind so neu nicht. Es sind Erweiterungen und Ergänzungen alter Medien, die durch Kombination mit der Mikroelektronik ihre Möglichkeiten potenziert haben. Sie sind zugleich Dienstleistungen im Bereich der Geschäftskommunikation sowie der Individual- und Massenkommunikation. Wie mit ihnen umgehen?



Nach der Umbildung der Bundesregierung im Spätsommer sollte nun hier auch die „Wende“ erfolgen und die „mediopolitische Blockade der SPD“ durchbrochen werden. H. Kohl in seiner Regierungserklärung: „Wir wollen den Weg freigeben für die Anwendung moderner Techniken und die Entwicklung neuer Technologien vor allem im Kommunikationswesen. Die besondere Verantwortung liegt bei der Deutschen Bundespost, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und zur Überwindung der gegenwärtigen Wachstumsschwäche beitragen muß. Von dem geplanten Ausbau der Kabelnetze, der Einführung neuer Dienste sowie der Einbeziehung der Satellitentechnik in ein modernes Kommunikationsnetz werden wirkungsvolle Anstöße für Investitionen und neue Technologien ausgehen“¹

Dieser Teil hätte auch von einem SPD-Bundeskanzler kommen können. Im „Aktionsprogramm der SPD zu den Neuen Techniken um den Medienbereich“ heißt es: „Wir sind für kommunikationstechnische Investitionen dort, wo sie Arbeitsplätze langfristig sichern, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessern und das Leben am Arbeitsplatz erleichtern.“ Und so hat die SPD in den letzten 15 Jahren in der Regierung auch gehandelt. US-amerikanische Konkurrenten sprachen vom „abenteuerlichen Tempo“ das die Bundespost beim Ausbau des Kommunikationswesens vorlegte. Ja, der vom neuen Postminister Schwarz-Schilling sofort verkündete breitflächige Ausbau von Kabelfernschanlagen wurde vom SEL-Konzernchef als Rückfall in eine zuwenig zukunftsorientierte Politik kritisiert.

Neue Medien: Spekulation auf Profit

Ein Haupteinwand gegen die Neuen Medien geht dahin, daß sie nur etabliert werden, um mit ihrem kommerziellen Betrieb eine neue Quelle für „Profitgeschäfte“ aufzutun für Kapitalisten, die ihr überschüssiges Kapital anderswo nicht plazieren können. Da ist einmal die Installation der Neuen Medien, z.B. das Kabelfernsehen. Die Bundespost hat ihren Haushaltsansatz schon von 410 Millionen auf 1 Mrd. DM heraufgesetzt. Das ist aber nur ein winziger Teil der für den Ausbau eines flächendeckenden breitbandigen Kommunikationssystems für die BRD erforderlichen Mittel. Die Vollverkabelung mit einem Breitbandverteiler-Netz sollte 1975 20 bis 30 Mrd. DM kosten, heute rechnet man mit dem Doppelten.

Der Löwenanteil mit rund der Hälfte entfällt auf den Tiefbau, für die technischen Einrichtungen wie Studios, Empfangs- und Sendeeinrichtungen werden etwa 30% veranschlagt, während auf die eigentlichen Kabelverbindungen nur knapp 20% entfallen.²

Sollte, was geplant ist, ein Vermittlungs-Netz nach Art des im Versuch befindlichen BIGFON-Projektes (s. Kasten) installiert werden, ist mit Kosten von rund 100 Mrd. DM zu rechnen. Die Mehrkosten entfallen dabei hauptsächlich auf die technischen Einrichtungen. Die Netze sollen in den nächsten 30 Jahren aufgebaut sein.

Dies wären jedoch nur die „harten Kosten“ Die Installation der Neuen Medien wird darüberhinaus auch neue Geräte im Haushalt erfordern, z.B. Fernsehgeräte. Beispielsweise sind gegenwärtig Fernsehgeräte technisch noch nicht auf Kabelfernsehen eingerichtet. Oder für den Anschluß an das Bildschirmtext-System ist neben einem Btx-Decoder auch ein Modem (Modulator/Demodulator) erforderlich, um mit Digital-Signalen über das bisher analoge Postnetz mit den Bildschirmtextzentralen zu kommunizieren. Modems kosten gegenwärtig zwischen 1000 und 1500 DM. Wenn, wie die Post hofft, bis 1986 die Btx-Teilnehmerzahl auf eine Million anwächst, wäre dies ein 30 Mrd. DM-Geschäft.

Sind die Neuen Medien installiert, kostet der Betrieb Geld mit den Programmen und Dienstleistungen soll aber vor allem Profit gemacht werden.

Als Hinweis einige Zahlen: Ein neues Programm nach Umfang und Art der ARD- und ZDF-Programme kostet ca. 1 Mrd. DM im Jahr Der Netto-Umsatz der Werbung in einem Programm (ARD) betrug ohne Produktivkosten 1980 0,66 Mrd. DM. Gewinne vor Steuern kann man mit 100 Millionen annehmen. Selbst wenn man annimmt, daß Privatkapitalisten billiger produzieren, läßt sich kaum absehen, wie diese Finanzierungslücke einfach gedeckt werden kann, denn eine Verzehnfachung der Werbezeit ist kaum möglich. Aus Amerika, von den Befürwortern des privaten Kabelfernsehens als gelobtes Kabelland gepriesen, häufen sich jedenfalls die Meldungen über Pleiten.

Hier ist die Hoffnung noch ungebrochen. Für das Pilotprojekt Ludwigshafen haben sich beworben:

– Erste private Fernsehgesellschaft mbH, eine Beteiligung der Zeitungsverleger 74% hält die örtliche „Rheinpfalz“, den Rest die Neue Medien GmbH, an der alle deutschen Zeitungsverleger beteiligt sind.

- Pilot Medien GmbH, hinter der sich alle örtlichen, regionalen und bundesweiten Kapitalistenverbände verbergen.
- Programmgesellschaft Kabel- und Satellitenfunk (PKS) ist eine Gründung des Raiffeisen-Verbandes und soll die Interessen der mittelständischen Handelsketten wie EDEKA etc. vertreten.
- Evangeliums-Rundfunk Wetzlar will die frohe Botschaft erst per Hörfunk, dann auch per Fernsehen verkündigen.
- Warner Bros., der drittgrößte Kabelbetreiber der USA, will ebenfalls einsteigen.

Das Geschäft mit dem Verkauf von Informationen läßt sich noch nicht absehen. Zum Vergleich: Die Chase Manhattan Bank hat aus dem Verkauf von Informationen höhere Einnahmen erzielt als die 4 größten Nachrichtenagenturen zusammen.

Das Geschäft mit den Neuen Medien ist mehr noch als das mit den Neuen Technologien ein sehr spekulatives. Bislang hat sich mit den Neuen Medien noch niemand gesundgestoßen. Im Gegenteil, 1976/77, nach der ersten Kabel-Euphorie, sind eine Reihe von Betrieben in diesem Bereich Pleite gegangen. Im wesentlichen sind heute nur noch Siemens, AEG-Telefunken, ITT über SEL und Philipps über TEKADE im Geschäft.

Die beiden Feldversuche mit dem Bildschirmtext haben nur gezeigt, daß keine nennenswerte private „Nutzer“-Nachfrage besteht. Auch die Nutzung durch die Btx Teilnehmer ließ zu wünschen übrig. (s. Kasten)

Das Kabel-Pilotprojekt Ludwigshafen mußte erweitert werden, weil im ursprünglichen Gebiet nicht genügend Nachfrage bestand. Schon die vermutlich bezuschußten Gebühren von 5 DM für den Kabel-Anschluß und 8 DM für das Lokalprogramm sind in der gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Lage für größere Nachfragen zu hoch. Der Telebriefdienst mußte bereits Preissenkungen vornehmen, ohne daß abzusehen ist, ob er damit aus seinem Mauerblümchendasein herauskommen kann und zur normalen „elektronischen Post“ wird. Der Fernkopierer (Telefax) hatte einen zögernden Start. Die Bildplatte hat sich bisher als Flop erwiesen. Aus anderen Ländern ist bekannt, daß Videotelefon und -konferenzen auch nicht „angenommen“ werden.

Neue Medien potenzieren die Wirkung der Büro-rationalisierung

Trotz aller hoffnungsvoller Märkte bei Werbung und Technik liegt wohl das Hauptinteresse aller Kapitalisten beim Einsatz der Neuen Medien im Bereich der geschäftlichen Kommunikation. Bislang war trotz aller Rationalisierungen der Zuwachs der Produktivität in den Büros und Verwaltungen unterdurchschnittlich. Im Zeitraum von 1969-79 soll nach einer Schweizer Studie die Produktivität eines Industriearbeiters um 80% gestiegen sein, die eines Büroangestellten dagegen nur um 40%³

Mit der Einführung der Textverarbeitung ist dieser Rückstand bereits angegriffen. Jedoch geht nicht nur von der Verbesserung der Maschinerie eine Produktivitätssteigerung aus, sondern auch von der Kooperation und der sinnvollen Verknüpfung der einzelnen Arbeitsgänge. Die Neuen Medien werden die Wirkung der Büro-rationalisierung potenzieren.

Ein Großteil der Arbeit in Büro und Verwaltung wird auf Nachrichtenübertragung und Kommunikation verwandt: Telefonieren, Fernschreiben, Texte aufnehmen, Schreiben, Korrigieren, Kuvrieren, Transportieren, Bearbeiten, Kopieren und Ablegen. Neben Arbeit, die für den eigentlichen Nachrichtentransport notwendig ist, fällt auch Arbeit beim Übergang von einem Medium zum ande-

ren an. Beide Sorten Arbeit lassen sich durch die Neuen Medien bis auf einen geringen Rest einsparen. Vergleichsweise soll ein Brief per Teletex rund 0,80 DM kosten gegenüber 2,20 DM im herkömmlichen Verfahren. Bei noch weiter automatisierbaren Vorgängen wie Mahnungen und Rechnungen sollen die Kosten eines Teletex-„Briefes“ auf 0,11 DM fallen.⁴

Die Umstellung des Bankverkehrs auf Buchungen und Kontostandsinformation per Bildschirmtext würde die Kosten hierfür bei vollständiger Umstellung auf ein Siebentel senken, die Zahl der Beschäftigten auch.

Bis vor 10 Jahren wuchs die Leistungsfähigkeit der Computer überproportional mit der Größe. Ein- und Ausgabegeräte waren kompliziert und groß. Dies hatte neben anderen Gründen eine starke Zentralisierung der Datenverarbeitung zur Folge. Jetzt hat sich diese Tendenz umgekehrt, die Leistungsfähigkeit zur Größe wächst eher unterproportional. Dezentrale Datenverarbeitung und -speicherung ist schneller und effektiver. Die sich daraus bildenden Strukturen bei der Datenverarbeitung erfordern aus technischen Gründen Verbindungen untereinander mit denen sie Daten gegeneinander austauschen können. Aber auch aus Gründen der kapitalistischen hierarchischen Organisation der Produktion mit nach wie vor zentralisierter Entscheidungsfindung ist ein ausgedehntes Datennetz mit großer Kapazität und Übertragungsgeschwindigkeit notwendig.

Dabei ist diese Übertragungskapazität nicht nur auf die innere Verbindung beschränkt, sondern zunehmend werden auch Daten von außerhalb aus Datenbanken zur Optimierung herangezogen oder Daten zur Verarbeitung nach außerhalb gegeben.

Flaschenhals Datenkommunikation

Damit hatte sich das posteigene, auf dem Fernsprechnetz basierende Datennetz zunehmend als ein Flaschenhals bei der Datenkommunikation erwiesen.

Zwar konnte die Übertragungskapazität von 50 bit/s bei den Fernschreibverbindungen über einfache Datenleitungen, die bis zu 2000 bit/s übertragen konnten, auf jetzt 4800 bit/s gesteigert werden. Erst mit dem für 1985 geplanten Ausbau des Fernnetzes in Glasfasertechnik mit einer Übertragungskapazität bis zu 64 Millionen bit/s kann dieser Engpaß überwunden werden. Mit dieser Übertragungskapazität näher an den Einzelnutzer heranzukommen, ist wahrscheinlich der eigentliche Grund für



Neue Informations- und Kommunikationsmedien

Telexdienst

Fernschreiben über das Fernschreibwählnetz. Übertragen werden kann nur ein begrenzter Zeichenvorrat, keine Groß- und Kleinschreibung. Übermittelte Nachrichten können nicht normal weiterverarbeitet werden. 150000 Anschlüsse in der BRD.

Teletexdienst

Bürofernschreiben in Direktwahl über das Datennetz mit Leitungsvermittlung. Größerer Zeichenvorrat und höhere Übertragungsgeschwindigkeit als Telex, mit Telex jedoch kompatibel. Übertragene Nachrichten können normal weiter textverarbeitet werden.

Telefaxdienst

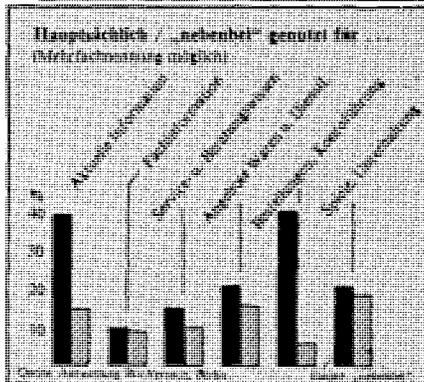
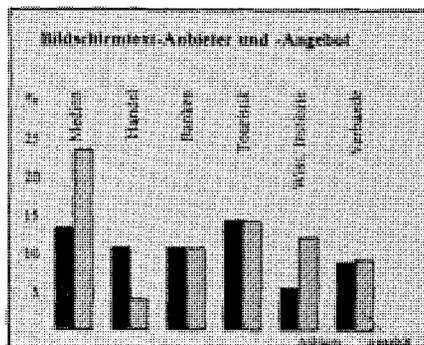
Faksimileübertragung von Texten und Grafiken mit Fernkopierern übers Fernsprechnetz. Eine Seite DIN A 4 dauert drei Minuten, wenige Geräte auch für Übertragungen binnen einer Minute fähig. 10000 Teilnehmer

Telebrief

Basierend auf dem gleichen Verfahren werden hier Briefe von Postamt zu Postamt übermittelt und dann wie normale Briefe ausgeliefert, oder, wenn der Empfänger an Telefaxdienst angeschlossen ist, ihm so zugesandt.

Bildschirmtext

Per Decoder und Modem können über das normale Fernsprechnetz Informationen gesucht und abgerufen und auf dem Bildschirm eines Farbfernsehgerätes dargestellt werden. 150000 Seiten stehen in der Btx-Zentrale zur Verfügung. Es gibt einen Rückkanal, es ist Dialogverkehr möglich. Mitteilungen und Bestellungen können vom Btx-Teilnehmer an Diensteanbieter oder andere Teilnehmer übermittelt werden. Bis jetzt zwei Feldversuche mit einigen tausend Teilnehmern. Innerhalb von zwei Jahren sollen im ganzen Bundesgebiet



Teilnahmemöglichkeiten bestehen. Die beiden Schaubilder zeigen die Anbieter und die Nutzungsstruktur beim Berliner Versuch.

Videotext

Im Gegensatz zum Bildschirmtext wird das Signal über das Fernseh-Sendesignal drahtlos übermittelt. Der Teilnehmer braucht nur einen Decoder. Dialogverkehr ist nicht möglich. Beschränktes Informationsangebot (100 Seiten).

Satellitenfernsehen

Von einem geostationär (scheinbar festste

hend) positionierten Satelliten in 36000 km Höhe können mehrere Fernseh- und Rundfunkprogramme im 12 GHz-Bereich ausgestrahlt werden, die auf der Erde mit besonders geeigneten Empfängern empfangen und über normale Kabelanlagen dem Hörfunk und Fernsehempfänger zugeleitet werden. Ab 1985 soll das erste Versuchsprogramm ausgestrahlt werden. Radio Luxemburg plant ebenfalls, sein Programm auszustrahlen, das dann in ganz Westdeutschland empfangen werden könnte.

Breitbandkommunikation

Im Gegensatz zum schmalbandigen Telefonverkehr, bei dem nur 3000 Hz übertragen werden müssen, wird bei Breitbandverkehr fast das ganze technisch genutzte Frequenzband übertragen, vom Fernsprechen bis zum Fernsehen, bis zu 1000 Hz.

BIGFON

Breitbandiges integriertes glasfaserorientiertes Fernmelde-Ortsnetz. Über ein Glasfaserkabel werden alle Dienste der Post übertragen. Fernsprechen, Datenverkehr, Fernwirken und Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen).

Kabelfernsehen

Kabelanlagen in Koaxial- oder Glasfasertechnik, die in der Lage sind, gleichzeitig mehrere Hörfunk und Fernsehprogramme zu übertragen, zusätzliche, selbstproduzierte Fernsehprogramme ebenso. Rundfunkrechtlich bisher in der BRD untersagt. *Verteilnetze* haben einen baumartigen Aufbau und müssen allen Teilnehmern das ganze Programmangebot übermitteln; sie haben keinen Rückkanal. *Vermittlungsnetze* sind sternförmig aufgebaut. Von einer Zentrale werden die gewünschten Programme vermittelt. Rückkanal ist möglich, es lassen sich auch Verbindungen zu anderen Teilnehmern herstellen.

den Ausbau eines breitbandigen Vermittlungsnetzes auch auf Ortsebene (BIGFON). Die Übertragung von Sprache und Fernsehprogrammen für den Privathaushalt ist eher Abfallprodukt, was es leichter macht, die Kosten für die Installation auf alle überzuwälzen.

Angesichts der „Einsparungsmöglichkeiten“ was fast vollständig Einsparung von lebendiger Arbeit sein wird, ist das Arbeitsplatzargument der Bundesregierung und die Behauptung Schwarzsillings von den 20000 bis 25000 Arbeitsplätzen, die pro einer Milliarde DM Kabelfernsehinvestitionen geschaffen werden, nicht mal die halbe Wahrheit. Das DIW hält sowieso auch diese Zahl für übertrieben und will sie auf 13000 reduziert wissen.

Diese Differenz verblaßt aber gegenüber anderen Zahlen, die die Auswirkungen des Einsatzes Neuer Medien auf die Arbeitskräfte menge schätzen. Die schon erwähnte Siemens-Studie kommt zu knapp einer Million überflüssiger Arbeitskräfte durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationsmitteln. D Hensche von der IG Druck rechnet mit 1 – 1,5 Mio. In einem bisher unveröffentlichten Bericht der Enquete-Kommission „Neue Medien“ ist gar von 2,5 Millionen die Rede.⁵

So gesehen ist die „trade-unionistische“ Ablehnung der Neuen Medien verständlich, die Frage ist jedoch, ob die Ablehnung auch durchgesetzt werden kann und nicht wie z.B. beim Fotosatz unterlaufen wird.

Beschränkt man sich nicht auf die Verteidigung der bestehenden Arbeit an den heutigen Arbeitsplätzen, so bieten die Neuen Medien auch Positives.

Sollen verschiedene, heute noch völlig getrennt ablaufende Produktionsprozesse auf der Ebene des Orts sinnvoll miteinander verkoppelt werden, um etwa Rohstoffe, Abfallstoffe, Abwärme und andere Energien miteinander zu nutzen, müssen diese Produktionen über komplexe Steuer- und Regelkreise miteinander verbunden werden. Dies wird einen erhöhten Bedarf an dezentral arbeitenden Rechnern und auch Datenleitungen, sprich Neuen Medien, gerade auf der unteren Ebene mit sich bringen.

Auch vom Umgang mit den zur Verfügung stehenden knappen Ressourcen her gesehen ist der Gebrauch der Neuen Medien oft sinnvoller als Wälder zum Zweck der internen Kommunikation abzuholzen oder Transportleistungen für Fahrten oder Lieferungen mit Bahn und Auto zu verbrauchen.

Um bedürfnisgerecht zu produzieren, ist der Zugriff auf zentrale Datenbanken unerlässlich; ebenso um Doppelarbeit zu vermeiden.

Wenn die Produktion das Ziel hat, freie Zeit zu produzieren, ist generell die Verwendung weniger gesellschaftlicher Arbeitszeit auf Transport- und Kommunikationsarbeit zu begrüßen, um mehr Zeit für die personale Kommunikation zu finden.



„Big Brother“ noch vor 1984 Wirklichkeit?

Ein weitverzweigtes Netz zur Videoübertragung, ein Datennetz, da ist es klar daß staatliche Einrichtungen sich dieser Netze bei der Überwachung und Herrschaft bedienen oder sich heimlich Zugang verschaffen, um sich so über die Benutzer und ihre Gewohnheiten Kenntnisse zu verschaffen. „Big Brother“ scheint noch vor 1984 Wirklichkeit zu werden. Oder aus der „informierten Gesellschaft“ wird auch gleich die „total überwachte Gesellschaft“!

Aber nicht der Zugang der staatlichen Überwachungsapparate zu den Kommunikationsmitteln ist das Neue, nicht der Zugriff auf polizeiliche Datenbanken, ja nicht einmal der – unbefugte – Zugriff auf nichtstaatliche Datensammlungen ist durch die Neuen Medien neu möglich, sondern mit den Neuen Medien (in Verbindung mit den Neuen Technologien) ist der Automatismus der Kontrolle⁶ möglich geworden. Daß immer mehr Bereiche der Kommunikation mittels technischer Medien abgewickelt werden und damit dem Zugriff dieser automatischen Überwachung unterliegen, ist die Gefahr die in den Neuen Medien liegt.

Wie dieser Gefahr begegnen? Einmal steht einer totalen Überwachung ein von ihr selbst geschaffenes Hindernis entgegen: Mit zunehmender Zahl der Überwachten wächst der Überwachungsaufwand überproportional. Das kann nicht beruhigend wirken, weil die technische Entwicklung den überproportional wachsenden Aufwand zumindest relativ verringert. Im Einzelfall kann dies ebenfalls auch nicht beruhigen aber selbst ohne Neue Medien kann überwacht werden und wird überwacht: Datenträgerabgleich erfolgt zwischen verschiedenen Dateien, z.B. Meldeämtern, Universitäten, Elektrizitätsgesellschaften, Geldinstituten etc. oder direkte Bespitzelung per Lauschangriff oder Telefonüberwachung oder Bewachung.

Der Hebel, sich dieser Überwachung zu erwehren, liegt nicht in der Abschaffung oder der Blockade der Neuen Medien. Was die in diesem Zusammenhang betrifft, ist eine Kontrolle des Datenschutzes um so eher möglich, auf je niedrigerer Ebene dieser angesiedelt ist.

Darüberhinaus wird eingewandt, daß mit Hilfe der Datenbanken und der automatischen Überwachung leicht ein Persönlichkeits- und ein „Bedürfnisprofil“ einer bestimmten Bevölkerungsgruppe gebildet werden kann, auf deren Grundlage Manipulationen Tor und Tür geöffnet werde. Das stimmt, doch könnte durch technische Schaltungen verhindert werden, eine Persönlichkeitsstruktur eines einzelnen herauszufiltern. Andererseits sind solche „Bedürfnis-

strukturen“ für eine Gesellschaft, die sich Gedanken darüber macht, wie ihre Ressourcen zweckmäßig zu verteilen wären, wie derum notwendig.

Auch hier verhindert eine Blockade der Neuen Medien nicht mögliche Manipulationen. Für die Persönlichkeitsstruktur eines einzelnen braucht man nur Bleistift und Papier und für die einer Bevölkerungsgruppe genügen Interview mit knapp 1000 Menschen, um sich ein hinreichend genaues Bild zu verschaffen. Alles ohne Neue Medien – mit etwas Mühsal auch ohne Neue Techniken wie der Mikroelektronik.

Die gesellschaftlichen Probleme, die durch die Neuen Technologien und Neue Medien entstanden sind, können nicht (mehr) durch schlichten Verzicht oder Blockade rückgängig gemacht und gelöst werden. Dazu bedarf es gesellschaftlicher und politischer Maßnahmen, die über den engen Umkreis der neuen Medien und Informations- und Kommunikationsmittel hinausgehen.

Da ist die CDU mit ihrer technokratischen Position, für die schon das reine Vorhandensein den Einsatz geradezu verpflichtend nach sich zieht:

Mehr oder weniger Fernsehen?

Neben der Kritik an der Ausrichtung der Neuen Medien am Profit und an den sozialen Auswirkungen prägen medientheoretische Debatten die Auseinandersetzung um die Neuen Medien in Deutschland. Da ist die CDU mit ihrer technokratischen Position, für die schon das reine Vorhandensein den Einsatz geradezu verpflichtend nach sich zieht: „Sobald die neuen Technologien eine unbeschränkte Zahl von Programmangeboten zulassen, gibt es für den Gesetzgeber keine Möglichkeiten (Art. 5 GG), weitere Programme zu verhindern.“⁷ Die rheinlandpfälzische Staatskanzlei bringt die Medientheorie der CDU auf das Credo. „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen!“

Und hier gibt es Unterschiede zur SPD, die eher eine restriktive, fernsehskeptische Position vertritt. Ähnlich ist auch die Stellung der Gewerkschaften und der evangelischen Kirche, die in der medienpolitischen Debatte eine wichtige Rolle spielt.

Stellvertretend sei hier D Hensche zitiert, der mit einem „trade unionistischen“ Überzug auch für die SPD sprechen könnte: „Diese zusätzlichen Nutzungsarten, nämlich kommerzieller Hörfunk und kommerzielles Fernsehen, sind zu verhindern. Zum einen besteht kein Bedürfnis nach Programmausweitung. Zum anderen hätten kommerzielle Programme unabsehbare negative Folgen:

- für die Presse, und zwar durch Anzeigenentzug; seit Jahren verteilt sich das relevante Werbeaufkommen zu 75% auf die Presse und zu 25% auf Hörfunk und Fernsehen. Diese Quoten werden sich bei Einführung eines kommerziellen Rundfunks deutlich zu Lasten der Presse ändern;

- für die inhaltliche Vielfalt, die Informationsbreite und das Niveau des angebotenen Programms; Hörfunk und Fernsehprogramme, die sich aus Werbung finanzieren, müssen zwangsläufig solche Inhalte bieten, die zur wichtigsten Sendezeit eine Höchstzahl an kaufkräftigen Konsumenten vors Fernsehgerät ziehen;

- für die Inhalte und Vielfalt der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten; dem Wettlauf um die Einschaltquoten können sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht entziehen;

- für die Erziehung, Sprachvermögen und Bildungsfähigkeit der Kinder und

- für die menschliche Kommunikation und die Fähigkeit zu sozialen Kontakten.“⁸

Interessanterweise argumentiert die RFFU die Gewerkschaftsorganisation der in diesem Bereich Beschäftigten, nicht ihrerseits mit dem Arbeitsplatzargument.⁹

Bei den Grünen kommt noch hinzu, daß sie sowieso gegen mehr Konsum gleich welcher Art sind.¹⁰

Fernsehnutzung stagniert

Einige der Hauptargumente finden in der Wirklichkeit keine Bestätigung, sondern scheinen durch häufige Wiederholung und wechselseitiges Zitieren zu „Wahrheiten“ geworden zu sein. Da ist einmal das Argument „Angebot schafft Konsum“ Die Zahlen über die durchschnittliche Sehdauer widersprechen dieser Aussage kraß. 1975 lag die durchschnittliche Nutzungsdauer bei 127 Minuten pro Tag im Wochendurchschnitt bei Erwachsenen über 14 Jahren. In den letzten drei Jahren, über die Zahlen vorliegen, hat sich dies wie folgt verändert: 122 Minuten 1979 118 Minuten 1980 und 115 im Jahre 1981. Wobei über den ganzen Tag gesehen hier noch bei 77 Minuten bei 8- bis 13jährigen und 43 Minuten bei 3 bis 7 Jahre alten Kindern.¹¹

Daß mehr Programme nicht mehr Fernsehkonsum bedeuten, zeigt eine Untersuchung im süddeutschen Raum, wo stellenweise bis zu sechs deutschsprachige Programme empfangen werden können. Auch hier liegt die Fernsehnutzung nicht signifikant höher gegenüber Vergleichsgruppen, die nur drei Programme empfangen können. Dafür daß die Situation hier nicht einfach mit der in den USA gleichgesetzt werden kann, gibt es einmal objektive Gründe, die in der Art der Programme und ihrer zeitlichen Verteilung über den Tag liegen. Außerdem gibt es auch kulturelle Gewohnheiten, die für eine Ausdehnung des Programms hier Schranken bilden.

Die „zunehmende Abhängigkeit vom Fernsehen“ kann auch nicht uneingeschränkt gelten, wenn überhaupt so allgemein. Gerade die 14- bis 29jährigen, die mit dem Fernsehen aufgewachsen sind, die sogenannte „Fernsehgeneration“ haben einen besonders starken Rückgang beim Fernsehkonsum. Er beträgt 62 Minuten und liegt damit bei etwa der Hälfte der durchschnittlichen Sehdauer

Kein dringender Bedarf?

Ein anderes Schlüsselargument ist die Frage des Bedarfs. Kategorisch wird festgestellt, es bestehe kein Bedarf. Da kommt dann schnell die Kategorie „falsche Bedürfnisse“ in die Debatte. In erster Instanz muß man wohl von den Wünschen ausgehen, wenn die Bedarfsfrage geklärt werden soll. Da gibt es eine Reihe von unterschiedlichsten Umfrageergebnissen, die nach Art und Bedingungen der Befragung differieren. Die Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK) stellte 1976 „ein Fehlen eines ausgeprägten und drängenden Bedarfs“ fest. Ihre Untersuchungen hatten ergeben, daß zu diesem Zeitpunkt 30% mehr Programme wünschten und 21% positiv zu einem Programmangebot von mehr als 10 Programmen standen. Infratest erkannte bei 32% der Bevölkerung ein starkes bis mittleres Interesse für mehr Programme. Den „harten Kern“ die bereit waren, auch mehr Geld dafür locker zu machen, schätzten die

Was brauch ich nen Fernseher wenn ich gesund bin lieber mal ins Theater oder ein gutes Buch



Befragter auf 14% 1980 wurden in einer weiteren Befragung 46% positive Stellungnahmen für eine Programmweiterung abgegeben. Die Kritiker stützen sich auf eine Sinus-Studie des Bundeskanzleramtes, die feststellte, daß nur 27% eindeutig für mehr Programme waren und 18% mit erheblichen Vorbehalten, daß beide Zahlen sich nach der Erläuterung von Vor- und Nachteilen durch die Befragter auf 28 bzw 12% veränderten. Die Zahl der Befürworter reduziert sich auf knapp mehr als 10%, wenn für mehr Programme mehr als 5 DM gezahlt werden sollten.

Die Befürworter des Fernsehausbau führen gegen das Argument der mangelnden Nachfrage ein klassisches Argument ins Feld: „Sobald dieses neue Medium erst einmal auf dem Markt ist, kann man – attraktives Programm und einen entsprechenden Werbeaufwand unterstellt – davon ausgehen, daß einerseits der Wissensstand und andererseits das Interesse stark zunimmt!“¹²

Wo fängt gesellschaftlich relevanter Bedarf an? Sind es 10%, 20% oder 30%? Genauso kompliziert scheinen die Bedürfnisse zu sein, die diesen Wünschen zugrunde liegen. Können sie durch eine Vermehrung der Zahl der Programme befriedigt werden?

Öffentlich-rechtliche politische Information

Gibt es wirklich ein Ausweichen von Informations- und politischen Sendungen auf Unterhaltungssendungen? Zumindest auf den ersten Blick gibt es Anhaltspunkte dafür Die Einschaltquoten bei den Hauptnachrichtensendungen

Tagesschau und Heute nehmen ab.

Sendung / Jahr	1979	1980	1981
Tagesschau	29	28	26
Heute	24	24	23
Tagesthemen	11	12	13
Heute Journal	20	21	20
ARD-Magazin (Di.)	21	22	23
ARD-Unterhaltungsshow (Sa.)	33	29	28
ZDF-Film (Sa.)	27	31	27
ARD-Serien (Di.)	28	27	33
ZDF-Serien (Mi.)	25	24	25

Es läßt sich nicht nur bei Nachrichtensendungen ein Rückgang feststellen, sondern auch bei der seichten Unterhaltung. Ausnahmen bildet hier z.B. Dallas.

Gründe des Rückgangs und der Stagnation liegen, sieht man die Nachrichtensendungen, an diesen selbst. Denn noch immer wird die Forderung nach politischer Information als Forderung Nummer eins an das Fernsehen gestellt, während interessanterweise drei von vier Zuschauern auf die Unterhaltungssendungen glauben verzichten zu können.

Unter diesen Verhältnissen sind die Magazine noch Lichtblicke. Dort werden Sachen etwas breiter dargestellt, man ahnt Hintergründe, und manchmal schleicht sich sogar ein kritischer Zungenschlag oder eine hochgezogene Augenbraue rein. Dies, und nicht „veränderte Sehgewohnheiten“, sind die eigentlichen Gründe für die wachsende Beliebtheit der „Tagesthemen“ oder auch solcher Regionalmagazine wie die „Aktuelle Stunde“ im Westdeutschen Fernsehen, die bereits im ersten Monat eine Einschaltquote von 5,5% hatte und im zweiten Monat schon zwischen 7 und 8% liegt, für ein 3. Programm und ein Regionalmagazin erstaunlich hoch, vom ZDF sogar als Konkurrenz zu Heute und der anschließenden Werbung gefürchtet.

Geradezu wie ein Fetisch wird die „öffentlich-rechtliche“ Verfassung der Rundfunkanstalten hervorgehoben. Nur damit könne der Rundfunk seine „integrative Aufgabe“ wahrnehmen. Damit werde die Unabhängigkeit gesichert und die redaktionelle Freiheit geschützt. Mal abgesehen davon, was der Unterschied zwischen der Strafversetzung eines Landfunkredakteurs von Mainz nach Bonn und der eines Lokalredakteurs zu einer anderen Redaktion ist – „unabhängig“ wovon? Die Lehre aus dem Zugriff der Faschisten auf den damaligen Staatsrundfunk war die „öffentlich-rechtliche“ Konstruktion. Das Ergebnis dieser Form ist nun, daß die Politiker nicht über den Staat den Rundfunk beherrschen, sondern direkt.

Die Möglichkeiten der Einflußnahme auf den Rundfunk, auf Hörfunk wie Fernsehen, sind gleich Null – jedenfalls für den normalen Bürger. Versuche, dennoch Druck auszuüben, beispielsweise durch Demonstrationen, werden beinahe als „Staatsnötigung“ angesehen. Man kann Einfluß nehmen: Beim Hörfunk besteht die Möglichkeit, Briefe oder Karten zu schreiben und so mitzubestimmen, welcher Titel bei der nächsten Sendung als letzter gespielt wird. Beim Fernsehen ist's ähnlich. Zweimal dürfen vorher ausgesuchte Zuschauer auf den Knopf drücken bei Pro und Contra, Werner Höfer liest sechs Journalisten aus fünf Ländern die Frage des Hörers Schmitz aus Immekeppel vor, welche Bedeutung heute die heiligen Kühe für Indien haben, und bei Dieter Thomas Heck dürfen die Zuschauer aufs Kommando in rhythmisches Klatschen verfallen – damit hat sich's.

Solange die Fernsehzuschauer keinerlei Einfluß auf die Inhalte und Formen der Sendung haben, wird sich Kritik neben dem Versuch, auf weniger schreckliche Programme auszuweichen oder auszuschalten, auch im spontanen Wunsch nach mehr Programmen äußern.

Die Linke und die Medien

Es scheint, als gäbe es in der Linken eine Tradition, anstatt sich mit den jeweils aktuellen Medien auseinanderzusetzen und deren fortschrittliche Elemente zu nutzen und anzueignen, in der schlichten Ablehnung zu verharren, eigene Medien aufzubauen und dabei auf traditionelle zurückzugreifen. Die demokratische Bewegung Ende der 60er Jahre hatte das Buch und strenge Textzeitungen, die Bewegung heute hat ihre illustrierten Magazine.

Die Auseinandersetzung war die Ausnahme und blieb weitgehend folgenlos. Da ist es dann überraschend, wenn der CDU-Ministerpräsident Späth und die Zürcher Lokalsender sich auf den gleichen B. Brecht berufen. Aber ist er deshalb schon erledigt?

„Was nun den Lebenszweck des Rundfunks betrifft, so kann er

meiner Meinung nach nicht darin bestehen, das öffentliche Leben lediglich zu verschönern. Er hat dazu nicht nur wenig Eignung bewiesen, unser öffentliches Leben zeigt ja leider wenig Eignung, verschönt zu werden.“

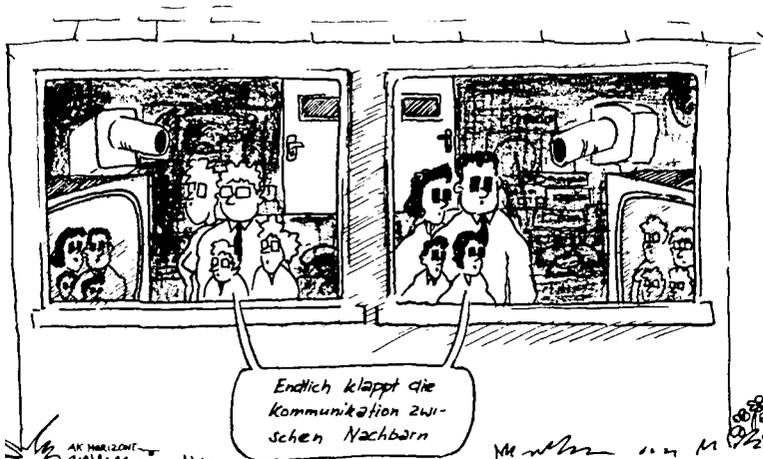
„Auch als Methode, das Heim wieder traut zu machen und das Familienleben wieder möglich, genügt meines Erachtens der Rundfunk nicht, wobei es ruhig fraglich bleiben kann, ob das, was er nicht erreichen kann, überhaupt wünschenswert ist. Aber abgesehen von seiner zweifelhaften Funktion (wer vieles bringt, wird keinem etwas bringen) hat der Rundfunk eine Seite, wo er zwei haben müßte. Er ist ein reiner Distributionsapparat, er teilt lediglich zu.

Um nun positiv zu werden, das heißt, um das Positive am Rundfunk aufzustöbern, ein Vorschlag zur Umfunktionierung des Rundfunks: Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein ungeheures Kanalsystem, das heißt, er wäre es, wenn er nicht nur verstünde auszusenden, sondern auch zu empfangen. Also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen. Der Rundfunk müßte demnach aus seinem Lieferantentum herausgehen und den Hörer als Lieferanten organisieren. Deshalb sind alle Anstrengungen des Rundfunks, öffentlichen Angelegenheiten auch wirklich den Charakter der Öffentlichkeit zu geben, absolut positiv“¹³

Den Gedanken Brechts greift H.M. Enzensberger 1970 im Kursbuch 20 wieder auf: „Zum ersten Mal in der Geschichte machen die Medien die massenhafte Teilnahme an einem gesellschaftlichen oder vergesellschaftlichten produktiven Prozeß möglich, dessen praktische Mittel sich in der Hand der Massen selbst befinden. Ein solcher Gebrauch brächte die Kommunikationsmedien, die diesen Namen bisher zu Unrecht tragen, zu sich selbst. In ihrer heutigen Gestalt dienen Apparate wie das Fernsehen oder der Film nämlich nicht der Kommunikation sondern ihrer Verhinderung. Sie lassen keine Wechselwirkung zwischen Sender und Empfänger zu: Technisch gesprochen reduzieren sie den *feedback* auf das systemtheoretische Minimum.“

Der Sachverhalt läßt sich aber nicht technisch begründen. Im Gegenteil: Die elektronische Technik kennt keinen prinzipiellen Gegensatz von Sender und Empfänger. Jedes Transistorradio ist von seinem Bauprinzip zugleich auch ein potentieller Sender, es kann durch Rückkoppelung auf andere Empfänger einwirken. Die Entwicklung vom bloßen Distributions- zum Kommunikationsmedium ist kein technisches Problem, sie wird bewußt verhindert aus guten, schlechten politischen Gründen.“¹⁴

Soweit Enzensberger wie man sieht ganz eng in der Tradition Brechts. Sicherlich kann man über „Rückkoppelung“ auf andere Empfänger einwirken: störend nämlich! Es ist zwar so, daß jedes normale Radio auch einen Sender in sich birgt, nur ist dieser Sender nicht zur Kommunikation geeignet, sondern er dient nur zur Erhöhung der Trennschärfe beim Empfang. Er ist auch keineswegs ein „verkümmertes Sender“ weder aus politischen noch sonstigen Gründen. Und die elektronische Technik kennt sehr wohl den prinzipiellen Gegensatz zwischen Sender und Empfänger. Selbst wenn Sender und Empfänger in einem Gehäuse sind, so sind es immer noch zwei prinzipiell verschiedene Dinge. Die Aufhebung der Trennung zwischen Sender und Empfänger kann sinnvoll erst in der Person liegen, die einmal als Sender und auch wieder als Empfänger fungiert, als allseitig kommunizierender Mensch. Und darauf kam's Brecht wie Enzensberger an.





Möglichkeit, das 3. Programm der ARD zu empfangen. Das Sendernetz des ARD 1. Programms ist in der Hand der Rundfunkanstalten, das des ZDF und der 3. Programme wird von der DBP betrieben.

Technisch bestehen die Netze aus 251 Grundsendern, die über Postleitungen und Richtfunkstrecken ihre Programme erhalten und sie auf jeweils unterschiedlicher Frequenz ausstrahlen. Ihnen sind sogenannte Füllsender und Umsetzer nachgeschaltet, 5024 an der Zahl. D.h. ein Grundsender und die ihm nachgeschalteten Füllsender und Umsetzer versorgen eine große Fläche. NRW wird von 13 ZDF-Sendern versorgt, also im Durchschnitt ein Sender auf 2620 km², oder anders betrachtet, 13 Sender auf 17 Mio. Menschen, im Durchschnitt also 1,3 Mio. auf einen Sender. Oft hat ein Sender bis zu 100 km Einzugsbereich. Aus praktischen Gründen wird in dieser Struktur nicht die Organisation der Rundfunk-Produzenten erfolgen können. Die bisherige Struktur der Füllsender ist dazu auch nicht geeignet, weil sie nach topographischen Gesichtspunkten ausgerichtet ist, um schlechtversorgte abgeschattete Gebiete zu versorgen. Füllsender versorgen dann auch mehrere (kleinere) Ortschaften oder Teile von ihnen. In Einzelfällen ist ein solches Einzugsgebiet als Gebiet, in dem eine Selbstorganisation möglich sein könnte, geeignet. Umsetzer sind im allgemeinen nicht dazu geeignet, weil ein zu kleiner Bereich abgedeckt wird und eine zu geringe Sendeleistung vorhanden ist.

Kommunikation statt Distribution

Aber wie kann die Lösung des Problems darin liegen, daß nun jeder individuell zum Sender, Lieferanten wird? Da gibt es abschreckende Beispiele. Vor Jahren hat die Post den 27 MHz-Bereich, den sogenannten CB-Funk, zur Benutzung durch jedermann freigegeben. Mit nur wenigen Mark war jeder dabei. Das Resultat ist, trotz Erweiterung auf zwölf Kanäle, ein Frequenzsalat. Das Durcheinander von einer Million individuellen Funkern führte dazu, daß niemand mehr mit niemandem kommunizieren konnte.

Die Lösung liegt in der organisierten Teilnahme an Produktion und Ausstrahlung von Sendungen. Hier ist auch der Rückfluß wieder zu organisieren.

Welche Organisationsform ist für die Teilnahme an solchen Sendungen die zweckmäßigste?

Da ist einmal die technische Grundlage: die Verfügbarkeit von freien Frequenzen für diese Sendungen. Das ist die Kurzwelle. Zwar wären hier eine Menge von Sendern unterzubringen, jedoch ist die Reichweite schlecht regelbar. Andererseits ist die Qualität der Hörfunkübertragung beschränkt. Inzwischen sind auch eine Reihe von industriellen und natürlichen Störquellen in diesen Frequenzbändern tätig, außerdem die vor allem europäischen und überseeischen starken KW-Sender. Heute ist ein solches KW-Lokalrundfunknetz nicht aufzubauen. Ebenso ist das Mittelwellen- und auch das Langwellenband ausgenutzt, von zu geringer Kapazität und in der Reichweite nicht genau zu begrenzen. Es bleibt also nur das UKW-Band. Hier ist der untere Frequenzbereich zwischen 87 und 100 MHz durch das schon bestehende Sendernetz mit den 1., 2. und 3. (4.) Programmen belegt. Unter der Voraussetzung, daß diese Programme nicht reduziert werden sollen, ist nur noch der Bereich oberhalb des bisherigen von 100 bis 104 und später bis 108 MHz zu benutzen. Nach Lage der Dinge ist es in diesem Bereich möglich, ein Hörfunk-Netz aufzubauen.

Beim Fernsehen stellt sich das schon etwas anders dar. 98,6% aller Haushalte in der BRD können heute das 1. Programm der ARD empfangen. 98,2% das 2. ZDF-Programm und 96,8% haben die



Ein Neuaufbau eines lokalen Fernseh-Sendernetzes wäre notwendig. Dies wäre mit technischen Schwierigkeiten verbunden, weil in einem sehr dicht besiedelten Land wie der BRD durch vagebundierende Überreichweiten Störungen auftreten müßten. Die notwendig immer am unteren Rand der möglichen Sendestärke operierenden Sender hätten gleichzeitig in dem Sendegebiet sehr viele Abschattungen durch Bauhindernisse und Oberflächenstrukturen – der Bedarf an Füllsendern und Umsetzern würde sich vervielfachen. Die Kosten für ein solches zusätzliches Sendernetz wären um ein Mehrfaches höher als die für die bisher bestehenden Netze. (Allerdings billiger als die Vollverkabelung!) Diese Hindernisse gelten im gleichen Maß für ein Hörfunk-Sendernetz.

Nun gibt es aber heute schon Strukturen, die in ihrem Aufbau eher den Strukturen einer Selbstorganisation möglicher Rundfunkproduzenten entsprechen: die Kabelnetze. In großen Neubau-Vierteln existieren Kabelantennenanlagen, ebenso in Gebieten mit schlechtem Fernsehempfang und in Wohnhäusern mit vielen Wohneinheiten. Solche Anlagen lassen sich mit wenig Aufwand zusammenkoppeln und für die Verteilung solcher lokaler Hörfunk- und Fernsehsendungen nutzen.

Schlechte Empfangsmöglichkeiten und Kostengründe, weil eine Gemeinschaftsantennenanlage pro Wohneinheit billiger ist als Einzelantennen, haben dafür gesorgt, daß bereits Elemente von Kabelnetzen, die mehr als 40% aller Haushalte mit Fernsehgeräten umfassen, vorhanden sind.

Wenn die entscheidende Ebene der politischen Organisation die Gemeinde, die Kommune ist, so sind lokale Rundfunknetze (Hörfunk und Fernsehen) die entsprechende Form der Organisation der

In der Bundesrepublik Deutschland werden versorgt:

etwa 21,000 Mio. WE* =	100 %	Fernsehteilnehmer, davon
10,227 Mio. WE bzw	48,7%	über private Einzel-Empfangsantennen
6,3 Mio. WE bzw	30,0%	über private Anlagen mit weniger als 100 WE
4,2 Mio. WE bzw	20,0%	über private Anlagen mit mehr als 100 WE
0,273 Mio. WE bzw	1,3%	über Inselnetze der DBP (Breitbandkommunikationsnetze)

* WE = Wohneinheiten

Massenkommunikationsmedien. Hier stimmen dann die Ebenen der Produktion und Konsumtion wie aber auch die der gesellschaftlichen Formen der Kontrolle über diese Instrumente überein.

Forderungen nach lokalen Hörfunk-Netzen haben Grüne im „Medienpolitischen Appell“ aufgestellt. Freie Radios und ihre Freundeskreise sind spontane Ansätze in diese Richtung. Ob sich aus ihnen heraus Lokalrundfunk entwickelt, ist nicht sicher

Gegen Lokal-Fernsehen gibt es Einwände, die sich teilweise auf Erfahrungen in anderen Ländern berufen. „Diese Sendungen haben eine Sehbeteiligung von 100% – nämlich alle, die sie gemacht haben!“ „Am Anfang interessant, aufgrund ihrer schlechten Qualität schaut sie später niemand mehr an!“ Möglich, aber nicht zwangsläufig. Beide Kritiken treffen auch auf viele „normale“ Fernsehprogramme zu. „Beim Fernsehen gehen die Bilder am Gehirn vorbei gleich in die Seele“ formuliert H. Schmidt die klassische Gleichung: mehr Fernsehen = mehr Manipulation, volkstümlich. U Lang formuliert den Manipulationsverdacht gegen das Fernsehen so: „Beim Fernsehen zwingt im Unterschied zu den Büchern nicht körperliche Arbeit (Lesearbeit) zur kritischen Verarbeitung.“ Ist die Beweisführung auch fraglich angesichts der nicht gerade geringen Manipulationen per Sprache und Schrift, so spricht hier für das Lokalfernsehen, daß wenn aus eigenem Umgang mit den Medien die spezifischen Manipulationsmechanismen bekannt sind, diese kritischer rezipiert werden.

Lokalkabelfernsehen, damit wird ein in sich geschlossenes Informations- und Kommunikationsnetz geschaffen. Nur wer angeschlossen ist, kann Informationen empfangen, und wer angeschlossen ist, kann die eingespeisten Informationen bzw Programme empfangen. Die Folge dieser Exklusivität kann einmal eine Beschneidung der Informationsfreiheit sein. Darüberhinaus wird, weil in den weniger dicht besiedelten Gebieten solche Kabelanlagen nicht oder erst spät installiert werden, eine Verschärfung des Stadt-Land-Widerspruchs eintreten. Notwendig wären zuerst ein Aufbau von Lokal-Rundfunksendern und ergänzend der weitere Ausbau von Kabelnetzen.

Vorstellungen über einen Lokalrundfunk*

1. Gerade der Charakter des Rundfunks als Einbahnstraßendistributionsinstrument und der institutionell ausgeschlossene Massenzugriff ist einer der wesentlichen Gründe für die negativen Auswirkungen des Mediums Rundfunks.

2. Soll der Rundfunk zu einem wirklichen Massenkommunikationsmedium werden, mit dem die Massen auch Einfluß ausüben

* Unter Rundfunk wird wie im ganzen Aufsatz Hörfunk und Fernsehen verstanden.

können, müssen sie das Instrument Rundfunk formell wie reell in die Hand bekommen.

3. Dies kann nicht anarchisch geschehen, so daß jeder als Einzelnener zum individuellen Produzenten wird, sondern nur gesellschaftlich organisiert. Die Ebene, auf der dies geschehen kann, soll aus politischen Gründen und aus Gründen der Praktikabilität die Gemeinde sein. Hier sind einigermaßen Kontroll- und Einwirkungsmöglichkeiten gegeben.

4. Zur Demokratie gehört Enthüllung, Bericht, Debatte und Beratung der Massen. Dies kann der Lokalrundfunk unterstützen.

5. Lokalrundfunk sollte basieren auf lokalen Sendern. Kabelanlagen sollten weitergebaut werden, isolierte Kabelnetze lokal vernetzt werden. Die verschiedenen lokalen Netze sollten überörtlich zusammen kommunizieren können.

6. Eigentümerin der Produktions- Sende Empfangs- und Übertragungsanlagen sollte die Gemeinde sein. Oder weil aus finanziellen Gründen Ungleichheiten zwischen verschiedenen Gemeinden entstehen können, die Bundespost.

7 Laufende Kosten trägt die Gemeinde.

8. Die Gemeinde verteilt die Sendezeiten und Sendefrequenzen.

9 Damit Austausch von Programmen und Verknüpfungen lokaler Netze möglich sind, legt die Post die technischen Normen fest und sorgt auch für die Einhaltung.

10. Aus diesen Gründen sollen Versuchsprojekte, wie sie teilweise in den Pilotprojekten unter Bezeichnung wie „Bürgerkanal“ oder „Offener Kanal“ angeboten werden, genutzt werden.

Nachbemerkung

Neben allen auf der Hand liegenden Vor und Nachteilen der Neuen Medien ist an ihnen interessant, daß sie zu der kapitalistischen Gesellschaft, die sie her

vorgebracht hat, in Widerspruch geraten. Die ihnen auch innewohnende Tendenz zur dezentralen und horizontalen Entwicklung, z.B. die gleichberechtigte Verkopplung von immer mehr Rechnern, Datenbanken und Produktionssystemen, stößt tendenziell an die engen Grenzen und Strukturen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Einsatz von Neuen Medien bedeutet eine weitere Steigerung der Vergesellschaftung. Die Probleme, die dies hervorruft, können nur durch eine neue Gesellschaft gelöst werden.

1 zit.n. FAZ v 14.10.1982

2 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen (Hrsg.): Post von der Post, 1/83

3 J. Rada: The impatal micro-electronics, Genf 1980

4 Bremer Arbeitskreis Neue Medien (Hrsg.): 1984 hat längst begonnen, Bremen 1983, S. 35

5 ebenda, S. 26

6 Klaus Lenk: Informationstechnik und Gesellschaft, in: G. Friederichs, A. Schaff (Hrsg.): Auf Gedeih und Verderb, Wien 1982, S. 291 f.

7 Medienpolitische Leitsätze der CDU Baden-Württemberg, in: Media Perspektiven, 4/81, S. 338 f.

8 D. Hensche: Kommunikationstechnik und Arbeitswelt, in: U. Lang: Der verkabelte Bürger, Freiburg 1981, S. 78 f., und für die SPD in deren „Aktionsprogramm der SPD zu den neuen Techniken im Medienbereich“ (Kurzfassung), in: Media Perspektiven, 4/81, S. 343 f.

9 Konzept Neue Medien in Hörfunk, Fernsehen, Film (HFF), 3/82, S. 25

10 Landesdelegiertenversammlung der Grünen Baden-Württemberg

11 W Darschin, B. Frank: Tendenzen im Zuschauerverhalten, in: Media Perspektiven, 4/82, S. 276 ff.

12 so ein Abteilungsleiter der Prognos AG, zit. n. feder 8/82, S. 28

13 Bert Brecht: Werke Bd. XVIII, Frankfurt, S. 128 f.

14 H.M. Enzensberger: Baukasten zu einer Theorie der Medien, in: Kursbuch 20, S. 160 ff.

Statistik ja, aber kein Zugriff der Exekutive auf Individualdaten

Alle, die in ihrer Arbeit auf ordentliche und aussagekräftige Statistiken angewiesen sind, und das sind nicht zuletzt die Gewerkschafter/innen oder Revolutionär/innen man lese mal bei Lenin nach, wie er sich über die zaristische Statistik und ihre Zurückgebliebenheit beklagt wird dem Volkszählungsboykott mit gespaltenen Gefühlen gegenüberstehen. Um eine Äußerung haben wir zwei Mitglieder der Gruppe Alternativer Sozialismus (ALSO) gebeten, die fachlich und aufgrund ihres Berufes auch von Amts wegen

mit statistischen Erhebungen, ihrer Zusammenstellung und Auswertung vertraut sind und im folgenden Artikel die Problematik von Volkszählung, Zugriff der Verwaltung auf die Individualdaten und Datenschutz behandeln.

In einem Kommentar unterstützen wir den Boykott der Volkszählung, weil nur so erreicht werden kann, daß hinreichende Garantien gegen den Mißbrauch statistischer Erhebungen, die wir für notwendig halten, gesetzlich verankert werden.

Auf Empfehlung der Vereinten Nationen finden im Rhythmus von etwa zehn Jahren in fast allen Ländern der Welt Volkszählungen statt. Die meisten Länder haben auch beim derzeitigen Weltzensus bereits wieder gezählt. In einigen Ländern sind Volkszählungen sogar in der Verfassung verankert. In der Bundesrepublik bedarf es dazu der Anordnung durch ein Gesetz, das wegen der lange Zeit strittigen Verteilung der Kosten auf Bund, Länder und Gemeinden erst im letzten Jahr verabschiedet werden konnte.

Die jetzt für den 27. April dieses Jahres geplante Volkszählung stößt in der Öffentlichkeit bereits im Vorfeld auf massive Kritik. In einer für Datenschutzfragen sensibel gewordenen Gesellschaft lösen derartige Großzählungsvorhaben Unbehagen hinsichtlich der Möglichkeiten des Mißbrauchs personenbezogener Daten aus. Es werden aber ebenso grundlegende Zweifel an der Notwendigkeit oder auch dem Sinn einer solchen Totalerhebung erhoben.

Wofür werden überhaupt solche Daten gebraucht?

Staatliches Handeln ist, wenn überhaupt, in der Regel schlecht geplant, abgehoben, zumeist Ergebnis des Aushandelns von Interessen. Statistische Ergebnisse dienen zumeist nur der Legitimierung von Entscheidungen, die nicht aufgrund einer Analyse, sondern entsprechend der herrschenden Interessen zustande gekommen sind. Der Staat ist nicht selbst mächtig und total, so tritt er allenfalls Einzelnen gegenüber; in allen einigermaßen wichtigen Entscheidungen ist er Spielball der mächtigen privaten Interessen.

Die gesellschaftliche und politische Opposition braucht viel mehr und viel dringender differenzierte statistische Ergebnisse, um die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Realitäten erfassen und kritisch durchleuchten zu können. Die politische Praxis zum Beispiel im Bereich der Wohnungspolitik zeigt eindringlich, wie notwendig einigermaßen abgesicherte Erkenntnisse über die tatsächliche Versorgungslage etc. sind, um den dreisten Behauptungen und interessierten Verdrehungen von Staat und Interessentengruppen entgegenzutreten und konkrete politische Alternativen entwickeln zu können.

Die im Rahmen der Volkszählung auf Ebene der Haushalte anfallenden Daten liefern aktuelle umfassende Erkenntnisse über den

Lebenszusammenhang der Menschen. Versorgung mit Wohnraum, sozialer Status, Ausbildung etc. sind keine privat zu verantwortenden Größen, sondern Fragen von allgemeinem Interesse; wobei der Rückschluß auf Einzelne natürlich ausgeschlossen sein muß. Für eine Politik, die auf gesellschaftliche Veränderungen hinzielt, sind differenzierte Kenntnisse der sozialen Realität unabdingbar.

Geht das nicht ohne Zählung?

Die Statistik, die seit jeher auf Einzelangaben aus der Bevölkerung angewiesen ist, kann sich dabei tatsächlich weitgehend auf Untersuchungen auf *Stichprobenbasis* beschränken oder auch die erforderlichen Auswertungen aus automatisierten Registern vornehmen.

Viele Erkenntnisse über wirtschaftliche und soziale Tatbestände und Entwicklungen sind aber nur auf Basis von regional und/oder sachlich tiefgegliedertem Datenmaterial zu gewinnen. Dieses muß auf einer einheitlichen Grundlage erhoben sein, da sonst die Vergleichbarkeit nicht gewährleistet ist. Solche Informationen können nur im Rahmen von Totalerhebungen gewonnen werden, *Stichprobenverfahren* weisen dafür zu hohe Fehlerquoten auf. Sicherlich könnte der Fragenkatalog der Volkszählung beispielsweise ein Stück weit verkürzt werden und würde dann immer noch eine brauchbare Grundlage für Hochrechnungen abgeben. Es bleibt aber dabei, daß solche Zählungen nicht vollständig durch Stichproben zu ersetzen sind, da die Hochrechnungen sich ja auf eine bekannte Grundgesamtheit beziehen müssen. Und das Einwohnerregister ist dafür noch unbrauchbar.

Auswertungen aus *Verwaltungsregistern* lassen nur die Kombination einiger spezieller Tatbestände zu. So können z.B. aus der Gebäudedatei Angaben über Größe und Ausstattungen der Wohnungen entnommen werden; wie sich allerdings die Bevölkerung auf die Wohnungen verteilt, darüber ist keine Aussage möglich. Die Bevölkerungszahl ist nämlich im Einwohnerregister nach anderen Merkmalen wie Name, Anschrift, Staatsangehörigkeit etc. erfaßt und läßt keinen Bezug auf die Wohnungen zu. Der Informationsanfall aus Registern ist jeweils an den speziellen Aufgabenstellungen der Verwaltung ausgerichtet. Eine Vielzahl gesellschaftlich relevanter Zusammenhänge gehen auf Basis dieser Daten allein verloren.

Ein weiteres Problem der Qualität statistischer Aussagen liegt in den meisten Verwaltungsverfahren selbst. So führen z.B. die be

kannten Mängel des Meldewesens dazu, daß heute davon ausgegangen werden muß, daß die Bevölkerungszahl um ca. 1 Mio. zu hoch angenommen wird. Alle bevölkerungsbezogenen Analysen machen unter solchen Bedingungen allerdings wenig Sinn. Selbst noch im Jahr vor Orwells „1984“ werden statistische Aussagen ohne die im Rahmen von Totalerhebungen anfallenden Korrekturen gesellschaftlicher Eckdaten von Jahr zu Jahr immer offensichtlich ad absurdum geführt.

Wenn aber Totalerhebungen heute noch unerlässlich sind und die Gesellschaft auf den Auskunftswillen jedes Einzelnen dabei angewiesen ist, müssen auf der anderen Seite eindeutige Maßnahmen zur Sicherung vor dem Mißbrauch persönlicher Daten getroffen werden.

**Mißbrauch
der Statistik
für den
Verwaltungsvollzug**

Der im Gesetz vorgesehene Abgleich bestimmter persönlicher Angaben mit dem Einwohnerregister durchbricht die in der Regel gewährte strikte Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug. So können beispielsweise Angaben der Unternehmen nicht an das Finanzamt weitergegeben werden. Es ist zwar umgekehrt üblich, daß die Statistischen Ämter Auszüge aus verschiedenen Verwaltungsregistern (Datensammlungen wie zum Beispiel dem Einwohnerregister oder den Unterlagen der Finanzämter) bekommen, um daraus Auswertungen und statistische Veröffentlichungen in zusammengefaßter Form machen zu können; aber der bei der Volkszählung eingeschlagene Weg ist neu und stellt eine erhebliche Belastung für die Statistik dar, in der eh immer mit geringer Auskunftsbereitschaft und Widerstand der Befragten zu rechnen ist.

Nun sind hier auch zwei Sachen zusammengebracht worden, die direkt miteinander wenig zu tun haben. Die Volkszählung ist rein eine Befragung zu statistischen Zwecken (zu Mißbrauchsmöglichkeiten s.u.). Der direkte Abgleich ihrer Ergebnisse mit dem Einwohnerregister (konkret werden die Fragen 1 bis 6 kopiert und übergeben) verfolgt den Zweck, die tatsächlich anwesende Bevölkerung und ihren Hauptwohnsitz festzustellen. Denn entgegen der weit verbreiteten Vorstellung, der Staat sei allmächtig und könne insbesondere mit der EDV heute alle und jede Information ermitteln und miteinander kombinieren, wird dieser Abgleich hauptsächlich deshalb gemacht, weil in den Einwohnerregistern sich gerade Unmengen von Fehlern etc. angesammelt haben. Es wird geschätzt, daß sie etwa eine Million Karteileichen enthalten, also Personen, die nur auf dem Papier resp. in den Datenbanken existieren bzw. doppelt existieren, da Umzüge u.ä. nicht richtig berücksichtigt wurden.

Aufgrund des vom Bundestag geänderten *Meldegengesetzes* gibt es seit einiger Zeit eine verbindliche Definition des Hauptwohnsitzes (der Ort, an dem der Tätigkeitsschwerpunkt liegt, von dem also zum Beispiel zur Erwerbsarbeit gegangen wird); bislang konnten ja Personen mit mehreren Wohnungen sich frei entscheiden. Die Einwohnerämter sind dazu verpflichtet, für alle den Hauptwohnsitz festzustellen; wäre dies nicht angehängt an die Volkszählung gemacht worden, so hätten diese Ämter eine eigene Aktion unternehmen müssen. Also Briefe schreiben und im Zweifelsfall nachhaken. Der Ärger über diese neue staatliche Regelung, durch die die Freiheit von Personen mit mehreren Wohnsitzen eingeschränkt wird (die bekanntlich überwiegend den oberen Gesellschaftsschichten angehören), bündelt sich so mit den Kritiken an der Volkszählung.

Eine klare Trennung von diesem Vorgang wäre hier für die Statistik erheblich besser gewesen.

**Datenschutz
in der
amtlichen
Statistik?**

Die meisten statistischen Ergebnisse stammen aus „Individualdaten“, die mittels Fragebögen oder sonstigen Formularen erfaßt werden. Diese zum Teil sehr persönlichen Angaben sind besonders zu schützen. Die Geheimhaltungsvorschriften des Bundesstatistikgesetzes

sind tatsächlich weitgehender als z.B. die Bestimmungen im Datenschutzgesetz. Grundsätzlich sind alle aus statistischen Zwecken gemachten persönlichen Angaben geheimzuhalten. Das Gesetz läßt allerdings unter bestimmten Bedingungen Ausnahmen zu. Die Weitergabe von Einzeldaten ohne Namen an Dritte ist zulässig, wenn dies in der die Statistik anordnenden Rechtsvorschrift ausdrücklich zugelassen ist. Dabei müssen die übermittelten Angaben, der Empfängerkreis und der Verwendungszweck im Gesetz festgelegt und auf den Erhebungsunterlagen angegeben sein. Ansonsten sind keinesfalls Einzelangaben, sondern nur soweit zusammengefaßte Ergebnisse weiterzugeben, daß ein Rückschluß auf Einzelfälle ausgeschlossen ist.

Selbstverständlich kann hier wie auch woanders ein Mißbrauch von Daten und sonstiger Gesetzesbruch nicht ausgeschlossen werden; die Regel ist jedenfalls anders. Gegen Mißbrauch helfen aber auch nicht so sehr weitere Sicherungen zum Schutz der Daten, sondern eine direkte Kontrolle der infragekommenden Stellen (Verfassungsschutz etc.).

Der beste Schutz für die Daten war bisher dadurch gegeben, daß sie in zahllosen „Handkarteien“ verstreut waren, nach ganz unterschiedlichen Systemen verschlüsselt und aufbewahrt. Es war so zwar in der Regel möglich, an einzelne Angaben heranzukommen; aber dafür gibt es für die Interessenten auch andere Möglichkeiten als in staubigen Akten und Karteikästen zu stöbern. Die „Dienste“ haben andere Wege, wenn sie etwas über namentlich bekannte Personen wissen wollen. Mit dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) wird dies schrittweise anders. Maschinell erfaßte Karteien können im Prinzip nach einheitlichen Kriterien aufgebaut werden, so daß große Datenmengen miteinander verglichen und kombiniert werden können. Sowas wie „Rasterfahndung“ ist tatsächlich eine Möglichkeit.

Für alle, die die Wirklichkeit der EDV kennen, ist jedoch klar daß prinzipielle technische Machbarkeit noch lange nicht bedeutet, daß es in der Praxis dann auch klappt. Die technischen, organisatorischen etc. Probleme sind in der Regel enorm und in den meisten Bereichen bislang noch ein recht sicherer Schutz auch für die Individualdaten. Aber die Entwicklung geht hier rasch voran und das kann in einigen Jahren oder zumindest bei einigen Stellen unter hohem Mitteleinsatz anders sein, so daß die politische Auseinandersetzung mit diesen Fragen zweifelsohne jetzt zu führen ist.

**Wo sind sonst
noch
Individualdaten?**

In EDV-Anlagen gespeicherte Karteien, Register etc. mit Individualdaten gibt es nicht nur im Bereich der *amtlichen Statistik*, sondern weit darüber hinaus. Die ganze Problematik ist also nicht nur auf die Volkszählung zu beziehen (die

dort erfragten Daten sind vielmehr relativ harmlos), das würde ein ganz schiefes Bild ergeben.

Kommissar Volkszähler ermittelt

Einige werden die hier abgedruckte „Karikatur“ schon in der Presse entdeckt haben, sie gehört zu den Kulturschocks, die das Statistische Bundesamt in Vorbereitung der Volkszählung streut. Jede(r) sehe sich die Haltung der handelnden Personen genau an. Vorstellung und Absichten der Befragter sind wirklich gut getroffen.

Einer unserer Leser der zur Zeit in einer Justizvollzugsanstalt inhaftiert ist, schreibt uns, bei ihnen habe die Gefängnisverwaltung per Aushang verkündet, auch Inhaftierte müßten durch „extra bestellte und extra eingesetzte Vollzugsbeamte“ befragt werden. Jede(r) Inhaftierte sei verpflichtet, die von „Helfern“ gestellten Fragen zu beantworten. Hausstrafen werden angedroht.

Das widerspricht zwar dem Gesetz, weil umgekehrt der Zähler nur mit ausdrücklichem Einverständnis des Befragten den Erhebungsbogen selbst ausfüllen darf (§ 6 (3)), schwerer aber noch wiegt der Umstand, daß die Zähler als Justizbeamte zugleich verpflichtet sind, ihre Kenntnisse an die zuständigen Gerichte, Staatsanwaltschaften und anderen Behörden weiterzuleiten.

Dieser besondere Fall gibt zwar nur einen kleinen Ausschnitt der Ausformungsmöglichkeiten wieder, er zeigt aber schon, daß die Behauptung, Datenschutz und Anonymität seien gewahrt, höchstens eine Schutzbehauptung, wahr scheinlich aber bewußte Irreführung ist.

Nach § 9 des Volkszählungsgesetzes dürfen die Angaben mit dem Melderegister verglichen und im übrigen ohne Namen an andere Behörden im Wege der Amtshilfe weitergegeben werden. Bei Weitergabe zu wissenschaftlichen Zwecken muß dann außer auf den Namen auch auf die Anschrift verzichtet werden. Mithin kann die Weitergabe der Daten an Behörden mit Anschrift geschehen. Daß eine Identifizierung der Befragten auch ohne Name möglich ist, liegt auf der Hand. Und schließlich ist jeder Fragebogen mit einer achtstelligen Kennziffer versehen, die die Durchnumerierung sämtlicher Haushalte erlaubt.

Angeblich dürfen die durch die Befragung gewonnenen Erkenntnisse „nicht zu Maßnahmen gegen den einzelnen Auskunftspflichtigen verwendet werden“ Das aber schließt nicht aus, daß die so gewonnenen Erkenntnisse Anlaß zu weiteren Ermittlungen werden, und dann zwar nicht die Erkenntnisse aus der Befragung, wohl aber die Erkenntnisse aus den weiteren Ermittlungen zu Maßnahmen führen. Betroffene werden den Zusammenhang schwerlich beweisen können.

Des weiteren ist die verwaltungsmäßige Durchführung der Volksbefragung im Gesetz so vage geregelt, daß der Behördenwillkür Tor und Tür geöffnet bleibt. So konnte die Stadt München die bekannten Kopfprämien für das Aufspüren polizeilich nicht gemeldeter „deutscher Personen“ (2,50 DM) und „nicht deutschen Personen“ (5,00 DM) aussetzen. Ohnehin gilt die Geheimhaltungspflicht nur für „Einzelangaben, die für eine Bundesstatistik gemacht werden“, nicht jedoch für



Erkenntnisse und Beobachtungen, die etwa der Zähler in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit machen.

Für wenig überzeugend halte ich die Argumente, die ihre Kritik auf den Inhalt der Fragen beziehen. Wer hat z.B. ein Interesse an der Feststellung von Wohnverhältnissen und Miethöhe? Der vereinigte Grundbesitz bestimmt nicht. Viel weniger als die herrschende Politik, die vor allem das Bestehende verklären und zementie

„Malfunction“

volkszählung was könnte das wohl sein?

„man muß einen lebenswerten
staat schaffen ein staat der
bürger ein transparenter staat
und den können sie nur technisch
transparent machen“

horst herold

die volkszählung schafft die möglichkeit, eine unzahl von daten zentral zusammenzufassen und zu verarbeiten.

der film will über die volkszählung hinaus aufzeigen, daß schon lange kontroll- und überwachungstechnologien angewandt werden: personalinformationssysteme in den betriebe, neue, fälschungssichere personalausweise, fahndungsmethoden des bka, elektronische abhöranlagen für amateure und profis, videoüberwachung
produktion: medienwerkstatt freiburg, konradstraße 20, 7800 freiburg, tel.. 0761/709757

„Mein Name ist Hase“

länge: 35 min, video s/w, märz 83
produktion: video stuttgart, alexanderstraße 104, 7000 stuttgart, tel.. 0711/244103

es empfiehlt sich, die beiden videos als „paket“ bei einer der beiden oben aufgeführten adressen auszuleihen, da sie sich durch die unterschiedlichen themenschwerpunkte ergänzen.

ren will, können wir auf eine Überprüfung von Erfahrungen und Eindrücken aufgrund objektiver Daten verzichten.

Wahr ist, daß die Statistik ihre Fragen und die Verknüpfung der Daten nach staatlichen und kapitalistischen Interessen ausrichtet. Mehr oder weniger unfreiwillig vermittelt sie dabei aber auch Grundkenntnisse über soziale Verhältnisse und Triebkräfte. So ist z.B. die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe bis hinein in die Prioritäten bei der Auswertung von den Anforderungen der Marktforschung diktiert, vermittelt aber auch Kenntnisse über soziale Verhältnisse. Das Problem ist eher, daß zwar z.B. die zugelassenen PKWs nach ihrer Farbe gegliedert werden, die Kapitalisten eine Erhebung zur Schichtarbeit aber erfolgreich verhindern.

Die Gründe für einen Boykott der Volkszählung liegen also weniger in den Fragen, hier wäre spezifizierte Kritik notwendig. Vielmehr begründet er sich aus der Vielzahl der Daten, die sich personenbezogen verknüpfen lassen.

Die Volkszählung ist eine Totalerhebung, von ihr werden alle erfaßt. Ein Boykott wird daher zum Massenprotest, der dann Wirkung hat, wenn er über die Verhinderung der Zählung hinausreicht. Einerseits unterstellen die Behörden zahlreiche Daten von öffentlichem Interesse der Geheimhaltung, andererseits hat Zimmermann und sein Ministerium die Prioritäten klar gesetzt: Sicherheit geht vor Datenschutz.

Rasterfahndung, Videoüberwachung, Umfeldermittlungen und polizeiliche Zentralcomputer mit Terminal in jedem Streifenwagen sind keine Zukunftsvisionen. Zwar gibt es die bundesweite Personenkennziffer nicht, länderweise aber wird sie unter dem Namen „Ordnungsmerkmal“ vergeben. Und schließlich wird die BRD als erstes Land 1984 jeden Bürger mit einer maschinell lesbaren Personenkennkarte versehen.

Ganz zu recht weisen die Genossen von der Gruppe ALSO in ihrem Artikel darauf hin, daß sich diese computerisierte Überwachung nicht auf staatliche Behörden beschränkt. Sozialversicherungen haben jeden Versicherten mit Lebenslauf erfaßt und Firmen speichern Dossiers über ihr Personal.

Der Boykott der Volkszählung richtet sich also nicht nur gegen den Überwachungsstaat, sondern auch gegen die Spitzelmaschinerie der Privatunternehmen. Bezüglich der Volkszählung zeichnen sich Forderungen ab, die auf Verschiebung und Sicherstellung der Anonymität hinauslaufen. fb, Kenn Nr 48.047.115

In den meisten anderen *öffentlichen Verwaltungen*, vom Sozialamt bis zum Verfassungsschutz, werden im Rahmen der Tätigkeit dieser Organe Karteien angelegt, die zunehmend auch EDV Anlagen unterhalten und damit allgemeinerer Verwendung praktisch zugänglich werden. Darüberhinaus gibt es solche Unterlagen bei den *Sozialversicherungen*, was besonders brisant ist, da dort im Prinzip beruflicher Werdegang und individuelle Krankengeschichte erfaßt bzw. aus vorhandenen Unterlagen erfaßt werden können. Auch und gerade die *Unternehmen*, vom Arzt bis zu den Banken und Versicherungen, sammeln Angaben über ihre Beschäftigten und Kunden, die auch zunehmend auswertbar werden.

Den meisten ist diese Problematik wohl gar nicht so bewußt, da ja meist gar keine speziellen Fragebögen etc. auszufüllen sind. Aber jeder Arbeitsvertrag, Krankenschein, geschäftlicher Vertrag etc. ist eine Unterlage, die irgendwo registriert und statistisch und anders ausgewertet wird. Das war bislang nur in sehr engen Grenzen möglich, durch die EDV ergeben sich hier ganz andere Perspektiven.

Datenschutz in den siebziger Jahren

Das Problem ist nun nicht ganz neu, seit der Mitte der siebziger Jahre wurde es in einer kleinen interessierten Öffentlichkeit diskutiert. Die Gefahren sind zweifellos enorm, aber der Kampf gegen den

Aufbau *integrierter Informationssysteme auf Individualdatenbasis* ist sehr schwer zu führen, da eine direkte individuelle Betroffenheit großer Menschenmassen, sozusagen sinnlich, meist nicht vorliegt.

Auf Initiative der FDP der ja schon immer das freie Individuum am Herzen lag, insbesondere wenn es auch frei von Lohnarbeit ist, kam es in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu *Datenschutzgesetzen*, einschließlich der Datenschutzbeauftragten, die im Kern rein eine Frontstellung gegen den Staat zum Schutz des Individuum aufweisen. „*Der Bürger*“ soll gegen die Übergriffe „*des Staates*“ geschützt werden.

Bei diesem Vorgehen ist dann weitgehend herausgefallen, was *innerhalb des Staates*, zwischen den verschiedenen Verwaltungen passiert (sowohl mit den Staatsbeschäftigten als auch beim Informationsaustausch zwischen verschiedenen Dienststellen), als auch und besonders, daß es in unserer Gesellschaft ganz *unterschiedliche „Individuen“* gibt. Als Personen gelten juristisch nicht nur tatsächliche Personen, wo es bereits einfach freie (Selbständige und Vermögensbesitzer) und doppelt freie (Lohnabhängige) gibt, sondern auch rein juristische Personen (Unternehmen).

Werden diese alle bloß gegenüber dem Staat geschützt, so fallen alle Beziehungen zwischen den „Privaten“ aus diesem Schutz heraus, und damit alle Beziehungen zwischen Unternehmen und ihren Lohnabhängigen und Kunden etc.

Die individuellen Daten der Lohnabhängigen gegenüber ihren „Arbeitgebern“ unterliegen bei uns in der Tat keinem gesetzlichen Schutz, es sind damit die relevantesten persönlichen Angaben der breiten Masse der Bevölkerung gerade denen bekannt und auswertbar die auch ein Interesse daran haben, diese Informationen gegen die Betroffenen einzusetzen.

Ein Datenschutz, wie wir ihn jetzt haben, der rein „den Bürger“ gegen „den Staat“ abzusichern versucht, läuft faktisch auf zweierlei hinaus:

1. Einigermäßen abgesichert werden die *Selbständigen und Vermögensbesitzer* da sie tatsächlich in allen Beziehungen persönlich frei

sind und im wesentlichen nur durch den Staat bedroht. Insbesondere ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse etc. können so weiter zu ihrem persönlichen Vorteil verschleiert werden. Es ist bekannt, daß in der Konsequenz dieser Personenkreis unter dem Einsatz aller legalen und illegalen Mittel lächerlich geringe Steuern zahlt, obwohl die meisten höheren Einkommensbezieher dazu gehören.

Weil es diesen Personenkreis gibt, ist es übrigens auch nicht richtig, daß der Staat anstrebte, seine Bürger vollständig zu durchleuchten etc., die Oberen haben viel zu viel zu verbergen, als daß sie sich nicht dagegen zur Wehr setzen würden.

2. Ebenfalls gut abgesichert werden die *Unternehmen* in ihren Beziehungen zum Staat. Da aber die *Lohnabhängigen* gegenüber ihren Unternehmen bereits längst „gläsern“ sind, nutzt ihnen ein solcher Datenschutz nicht viel.

Das schlichte Ergebnis einer solchen bloßen Frontstellung Bürger gegen Staat ist also zwar der Schutz der Selbständigen etc., ansonsten aber gerade das Gegenteil des Intendierten; nicht die *tatsächlichen Individuen* werden dem öffentlichen Zugriff entzogen, sondern die Unternehmen. Die *gesellschaftliche Produktion* wird als eine Privatangelegenheit behandelt, wohingegen das Leben der meisten Menschen durchaus anderen offen zutage liegt. Etwas scheinbar Einfaches und Vernünftiges wird so im Zusammenhang unserer „verkehrten Welt“ ins gerade Gegenteil gewendet. Datenschutz kann daher niemals nur gegen den Staat betrieben werden, in einer solchen Frontstellung wird sowohl der Staat als auch die reale Struktur des privaten Lebens verkannt.

Wir brauchen einen anderen Datenschutz

Es ist kein Zufall, daß sich der Protest gegen den Mißbrauch von Individualdaten an der *Volkszählung* entzündet hat. Alle Bürger werden gleichzeitig befragt, ein großer Apparat wird inganggesetzt,

die Befragung hat nichts mit dem Alltagsleben zu tun und scheint so ganz überflüssig zu sein. Wie immer gibt es ja auch jetzt Differenzen über die sinnvollen Protest- und Widerstandsformen. Aber davon abgesehen war es sehr wichtig und sinnvoll, an diesem Punkt politisch aktiv zu werden.

Wie bei den meisten anderen Bewegungen sollte aber nicht beim ersten Anlaß stehengeblieben werden. Wie dargestellt, sind die Probleme viel weitergehender und selbst eine Verhinderung der Volkszählung, für wie sinnvoll auch immer das gehalten wird, wäre nur ein vergleichsweise geringer Erfolg. Viel brisantere Daten gibt es ganz woanders.

Neben den Volkszählungsinitiativen gibt es einen zweiten politischen Anknüpfungspunkt, den betrieblichen und zum Teil gewerkschaftlichen Kampf gegen die *Personalinformationssysteme*. Die großen Gefahren sind hier sehr klar erkannt. Soll der jetzt vorhandene Anstoß nicht versanden oder bloß einen noch besseren Schutz für die Selbständigen bringen, so ist eine *politische Initiative* sinnvoll nur im Rahmen der Grün/Alternativen zu entwickeln in Richtung auf ein anderes, erheblich *erweitertes Datenschutzgesetz*, durch das die Personen als solche und insbesondere als Lohnabhängige ein Stück besser als jetzt geschützt werden. Das kann sicher nicht viel sein im Rahmen der jetzigen Machtverhältnisse; aber zumindest sollten die Probleme vollständig gestellt werden, weil auch nur so verhindert werden kann, daß wir uns plötzlich mit unangenehmen Verbündeten in einer Front wiederfinden. □

Pierre Kende

Die Normalisierung Ungarns nach 1956

Der hier gekürzt abgedruckte Aufsatz über Ungarn wurde zusammen mit Arbeiten von W. Brus und Z. Mlynar unter dem Titel „Normalisierungsprozesse“ im sowjetischen Mitteleuropa“ veröffentlicht. Es handelt sich um die Studie Nr. 1 eines Forschungsprojektes „Die Krise in den Systemen sowjetischen Typs“ Mitglieder des Beirates dieses Forschungsprojektes sind Wlodzimierz Brus, Ferenc Fehér, Agnes Heller, Pierre Kende, Jiri Kosta, Jiri Pelikan, Aleksander Smolar, Lubomir Sochor und Zdenek Strmiska. Es wird geleitet von Zdenek Mlynar

I.

Die „Normalisierung“ Ungarns (ich gebrauche diesen Ausdruck in seiner üblichen Bedeutung) begann mit der totalen Niederlage der Nation, mit der totalen Vernichtung der ungarischen Gesellschaft. Darin beruht der beträchtliche Unterschied im Vergleich mit der tschechoslowakischen Situation der Jahre 1968/69. In seinen Auswirkungen auf das historische Bewußtsein der Tschechen war vielleicht das Scheitern des Prager Frühlings nicht weniger schockierend als der ungarische Präzedenzfall, aber in Ungarn trat das Bewußtsein der Niederlage sofort und in einem totalen Ausmaß ein, während es in der Tschechoslowakei durch Hoffnungen gemildert wurde, die eine Zeitlang durch die abtretende Führungsgruppe aufrechterhalten wurden. Polen hat niemals – nicht einmal nach dem 13. Dezember 1981 – dieses Gefühl der totalen und nicht wiedergutzumachenden Niederlage, welches sich der Ungarn am Ende des Herbstes 1956 bemächtigte, kennengelernt. Außer einer kommunistischen Minderheit (über die noch später gesprochen wird) war die ungarische öffentliche Meinung der Ansicht, daß das Ende der Nation eintrat.

Paradoxerweise gestaltete sich diese Verzweigung zu einem der Trümpfe in den Händen der Normalisatoren. Nachdem Ungarn bis auf den Boden der Verzweigung herabgesunken war besaß alles, was ihm als weniger furchtbar als das Schlimmste („second worst“) angeboten werden konnte, die Chance, als ein unverhofftes Geschenk betrachtet zu werden. Zuerst war es wohlverstanden notwendig, das Bewußtsein zu festigen, daß die entstandene Lage nicht rückgängig zu machen ist, denn das ist die Grundlage jeder Normalisierung sowjetischer Art. Das schaffte man im großen und ganzen innerhalb von vier Jahren (1957 – 1961). Wie es Ferenc Fehér verzeichnete, das Regime begriff instinktiv

eine der Wahrheiten von Machiavelli, daß man schnell und wirksam züchtigen muß. Eine massive Repression, durchgeführt in einem kurzen Zeitraum, wird immer besser ertragen als eine, wenn auch leichtere, Repression, die sich jedoch unendlich hinzieht. Es ist nicht notwendig, hier die Ausmaße der Repression der Jahre 1957 – 1959 wieder anzuführen: sie sind mehr oder weniger bekannt. Ich würde nur hinzufügen, daß meiner Meinung nach die Kollektivierung der Jahre 1959 – 1961 eine logische Folge der strafrechtlichen und gerichtlichen Maßnahmen war. Sie hat mit Sicherheit das feierliche Versprechen des Regimes verletzt (nämlich daß man künftighin das Privateigentum und die traditionelle Lebensweise der Bauern respektieren wird). Ohne Kollektivierung des Landes wäre jedoch die Wiedergreifung der ungarischen Gesellschaft unvollständig geblieben, und das Gefühl der Unwiderrücklichkeit wäre in Frage gestellt.

II.

Sehen wir uns nun an, welche Faktoren es waren, die nach der anfänglichen Niederwerfung der Gesellschaft die Konsolidierung des kommunistischen Regimes in Ungarn begünstigten. Ich sehe fünf oder sechs davon, nämlich:

1. Chruschtschow: das heißt die Tatsache, daß Moskau eine reine und einfache Wiederherstellung der Praktiken der früheren Periode nicht fordert, sondern daß es im Gegenteil versucht, aus Ungarn ein Laboratorium einer reformierten Praxis zu machen, um, ohne den Kommunismus verschleudern zu wollen, zu versuchen, ihn lenksamer, anpassungsfähiger gegenüber den Realitäten der Umgebung zu machen. Kadar profitierte zweifelsohne viel von diesem Impuls, und in diesem Sinne hat Fehér recht, wenn er das in Ungarn gebildete Regime einen „Chruschtschowschen Modellstaat“ nennt.

2. Die relative Jugend des kommunistischen Regimes in Ungarn. Vergessen wir nicht, daß 1956 der Kommunismus in Ungarn nur 12 Jahre alt war (vielleicht noch weniger, wenn wir die Periode 1945 – 1948 abrechnen) und daß der Stalinismus im engeren Sinne dort nur vier oder fünf Jahre dauerte (1949 – 1953). Die Idee des Wiederbeginnes verkündet mit diesem Wort sogar durch das Regime von Kadar – ist also *a priori* keineswegs absurd. Man kann es jedenfalls nicht mit den offiziellen polnischen Reden über die „Erneuerung“ vergleichen, an die nicht einmal ihre Anhänger glauben. Was das tschechoslowakische Regime anbelangt, dieses hatte am An-

fang der Normalisierung bereits mehr als zwanzig Jahre hinter sich. Zwanzig Jahre, das ist mehr als die Hälfte des Lebens eines aktiven Politikers, das schafft so tief eingebettete Gewohnheiten, daß es naiv wäre, zu erwarten, daß man sich ihrer entledigen könnte (auch wenn der Wille dazu vorhanden war!).

3. Die Fähigkeit der UdSSR zu Hilfeleistungen angesichts der (beschränkten) Ausmaße Ungarns und angesichts der (eher günstigen) damaligen Wirtschaftskonjunktur. Das ist ein derart klarer Unterschied gegenüber Polen im Jahre 1982, daß ich mich mit Recht nur auf diesen Hinweis beschränke. 1957 und noch einige weitere Jahre „investierte“ die UdSSR in Ungarn ohne Aussicht auf Rückerstattung; was ich in diesem Zusammenhang hervorheben möchte, ist, daß sie *dazu die Mittel* besaß. Sie besaß sie auch, zwölf Jahre später für die Tschechoslowakei, was vielleicht erklärt, daß unter diesem Gesichtspunkt die Normalisierung in Prag unter günstigen Aussichten beginnen konnte. Erst nachher haben sich die Reserven des Systems (in jedem Sinne des Wortes) erschöpft.

4. Zusätzlich zu dem Faktor der massiven Sowjethilfe und zu der günstigen Beziehung zwischen den Erwartungen und den Möglichkeiten zog die Normalisierung, immer noch im Bereich der Wirtschaft, einen ansehnlichen Vorteil aus den reformistischen Vorschlägen, die sich in Ungarn zwischen 1953 und 1956 angehäuft haben. Ihre Realisierung war ab dem Jahre 1957 beabsichtigt (siehe weiter unter III). Das Programm der radikalen Reorganisation der Ökonomie war zum Glück mit dem „Nagyismus“ nicht verbunden – in einem gewissen Sinne ging dieses Programm viel weiter als dasjenige von Imre Nagy und vor allem es war noch nicht angewandt worden. Das heißt, sogar in dem professionellen Kreis der Volkswirtschaftler hatte es vor 1956 kaum Zeit, um zum Vorschein zu kommen und sich zu formulieren. Das Regime konnte also aus einer gewissen Unbeflecktheit dieser Vorschläge Vorteile ziehen

5. Der letzte Punkt, der verdient, betont zu werden, bezieht sich auf die Vielseitigkeit der Persönlichkeit Janos Kadar. Im Rahmen der Partei beruhte sein großer Erfolg darin, daß er imstande war trotz des starken Zögerns des Apparates, den „zentralistischen“ Kurs aufrechtzuerhalten, oder genauer gesagt, diesen Kurs in einer Weise zu definieren, daß alle bewußten und unbewußten Reformisten von ihm angezogen wurden. Infolge dieser Tatsache ist die Partei von Kadar die einzige osteuropäische kommuni-

Die Studie kann unentgeltlich über folgende Adresse bezogen werden: Zdenek Mlynar Porschestraße 21–23/25, A-1232 Wien.

Finanzielle Unterstützung des Projektes kann über folgendes Konto geleistet werden: „Projekt“ Konto Nr 1740148121 Hypobank, Tegernseer Landstraße 125, D-8000 München 90.

stische Partei geworden, die nach 1956 und 1968 den reformistischen Flügel nicht nur nicht liquidierte, sondern ihn integrierte. Daher das in der ungarischen öffentlichen Meinung stark verbreitete Bild eines wenn nicht reformistischen, dann wenigstens einsichtigen und ausgeglichenen Kádars, eines Kádars, der trotz seiner sowjet-kommunistischen Huldigungen auch ein *Helfershelder* der Nation ist. In einem Sinne hat sich das Bild von Kádár seit 1957 nicht geändert: er repräsentiert das „geringere Übel“. Oder, wie ich versuchte, oben zu erläutern, der Schock von 1956 hat die Ungarn psychologisch vorbereitet, sich der Herrschaft des geringeren Übels zu fügen.

III.

Es wäre jedoch übertrieben, die ungarische Normalisierung als ein im voraus gewonnenes Spiel oder als ein lineares Vorgehen zu präsentieren. ()

Schließlich und vor allem, der „Zentrismus“ von Kádár, und wahrscheinlich der Mensch Kádár selbst, befanden sich Anfang 1957 auf dem besten Wege, durch den orthodoxesten Flügel der überlebenden Stalinisten (Revai u.a.) gestürzt zu werden, durch die Kádár der Doppelsinnigkeit und der Folgewidrigkeit bezichtigt wurde. Bei der damaligen Konstellation in Moskau besaß dieser Gegenangriff vielleicht keine ernsthafte Chance, um den Stalinismus zu restaurieren. Er war stark genug, um das erste Projekt der Wirtschaftsreform zu begraben dasjenige, welches im Winter 1956/57 unter der Leitung des ruhmreichen nichtmarxistischen Volkswirtschaftlers Prof. Istvan Varga ausgearbeitet wurde und dessen Empfehlungen zu folgen die Regierung voll bereit war. Ebenso genügte er, um die Haltung von Kádár bezüglich der Nagyisten zu verändern, und im allgemeinen Maße, um die Schärfe der gegen die Teilnehmer des Aufstandes gefällten Strafen hervorzuheben. Es ist wahrscheinlich, daß der Umschwung der Landwirtschaftspolitik (Rückkehr zur Kollektivierung usw.) ebenfalls die Folge des stalinistischen Gegenangriffs war, mindestens teilweise (in dieser Beziehung wird oft auf den chinesischen Einfluß hingewiesen). In den Jahren zwischen 1958 und 1961 wird Ungarn völlig zur Schweigsamkeit und zum Gehorsam zurückgeführt, aber nichts verkündet den „Kompromiß“ der einige Jahre später daraus zum Vorschein kommen wird.

IV.

Es ist schwierig, den Anfang dieses Kompromisses zeitlich genau zu bestimmen. Es war am Anfang der sechziger Jahre, als die ersten Schritte in dieser Richtung angedeutet wurden (die teilweise Amnestie, dann die Generalamnestie, Liberalisierung der Reisen ins Ausland, Wiederaufnahme der Diskussionen über die Ökonomie usw.).

Kádár hat niemals die politischen Grundlagen des Regimes angetastet. Bezüglich seiner politischen Institutionen unterscheidet Ungarn sich nicht von den übrigen Ländern des kommunistischen Europas: Das Monopol der kommunistischen Partei wurde voll aufrechterhalten, die sogenannten repräsentativen Organe (das Parlament usw.) bilden nichts anderes als eine reine Fassade, die gedruckten und gesprochenen Massenmedien sowie die Ausgaben der Bücher der

Schallplatten werden streng kontrolliert, die Justiz ist den Direktiven der Partei untergeordnet, außerhalb der offiziellen Rahmen wird keine politische, gewerkschaftliche, kulturelle oder soziale Aktivität geduldet, daß heißt nur im Rahmen der durch den Apparat zugelassenen und kontrollierten Verbände, und so weiter. Zum Unterschied von Polen durften nicht einmal die Kirchen (die protestantischen und die katholische) ihre Unabhängigkeit nach dem Jahre 1956 wie dererlangen. Im Ungarn von Kádár werden sie vielleicht noch wirksamer überwacht, unterwandert und am Gängelband durch den kommunistischen Staat geführt als in den Nachbarstaaten, die sonst weniger „freiheitlich“ sind.

V.

Die Ökonomie ist praktisch der einzige Bereich, in dem sich der Kádárismus eine gewisse institutionelle Innovation genehmigte. Man sieht jedoch auf den ersten Blick, daß nicht einmal in

**„Die Partei von Kádár
ist die einzige
osteuropäische
Kommunistische Partei
geworden, die nach 1956
und 1968 den
reformistischen Flügel
nicht nur nicht liquidierte,
sondern ihn integrierte.“**

dem Grundriß der Organisation der Wirtschaft Ungarn sich von dem sowjetischen Modell unterscheidet: Die Landwirtschaft ist in einem Ausmaß von 95% kollektiviert, die Industrieproduktion und der Handel sind verstaatlicht (bis auf unbedeutende Randgebiete), was zur Folge hat, daß ihre Einheiten grundsätzlich durch ministerielle Hauptabteilungen geleitet werden, die Arbeitskraft hat keine vollständige Bewegungsfreiheit usw. Falls seit 1968 die Wirtschaft unterschiedlich funktioniert, dann ist es dank einer neuen Interpretierung der Spielregeln der sozialistischen Planung. Die Reform bildete Lücken, und die Interessierten beeilten sich, in sie einzudringen, um sie zu erweitern. Aber die Reformer gaben natürlich genau acht, damit sie die großen Einrichtungen nicht antasteten, die durch die Sowjets als grundlegend betrachtet werden.

Die Analyse der Wirtschaftsreform würde den Rahmen dieser Abhandlung sprengen. Drei Punkte verdienen jedoch, diesbezüglich unterstrichen zu werden. Erstens, daß die Reform aus einem breiten Konsens hervorging, der sowohl die Fachleute als auch die öffentliche Meinung umfaßte. Im Gegensatz zu gewissen Behauptungen gab es unter dem Volke niemals einen Widerstand gegen die Reform, hauptsächlich nicht in dem Arbeitermilieu, weil doch alle sozialen Kategorien auf diese oder jene Weise einen Nutzen aus den Lockerungen zogen, die durch sie erzielt wurden. Zweitens, es war die Reform, die es dem Regime ermöglichte, der Bevölkerung anstelle der zerschmetterten Hoffnungen etwas Greifbares und Nennenswertes anzubieten. Dieser Tauschhandel ist gut bekannt, es ist nicht notwendig, ihn zu erläutern. Fest steht, daß wenn es dem kommunistischen Regime gelang, die Ungarn nach den Wirren der Jahre 1956–1958 wieder zu zähmen, dann geschah es auch dank dem Kontrakt über das Wohlergehen, welchen es ihnen anbot und dessen Bedingungen es bis zu dem heutigen Tagen respektierte. Ohne die Reform hätte dieser Kontrakt nichts Dauerhaftes geboten. Der dritte Punkt: allein durch ihre Prinzipien veränderte die Reform beträchtlich die Wirtschaftspolitik, indem sie ihr ein permanentes Bedachtsein auf die innere Nachfrage einflößte (siehe weiter unter VII-4), so daß Ungarn, wenn auch mit einer nur halbwegs angewandten Reform, zum ersten Versuchsfeld des sozialistischen Konsumismus geworden ist. Die gesamte Gesellschaft wurde aufgefordert, sich die Mittel für ein anständiges (wenn nicht üppiges) Leben zu besorgen. Seit dieser Zeit verloren die ideologischen und politischen Spannungen vieles von ihrer Intensität.

Die ungarische Reform wurde jedoch niemals den Dogmen des sowjetischen Organisationsmodells untreu, solchen wie es die Kollektivierung der Produktionsmittel, die Überordnung des Planes usw. sind. Sie hat nichts anderes getan, als daß sie die Praxis dieses Modells modifizierte. In diesem Sinne erläutert sie ihrerseits, daß das Geheimnis der Kádárisierung anderswo als im Bereich der Institutionen gesucht werden muß.

VI.

()

VII.

Sehen wir uns an, um was für Zugeständnisse es sich handelte und wie sie das Lebenslos der ungarischen Bevölkerung beeinflußt haben.

1. Der Bereich des privaten Lebens einschließlich der Freizeit wurde an die privaten Leute zurückerstattet, das heißt, er wurde von jeder offiziellen Kontrolle befreit. Die Erfassung der Bevölkerung durch die „Massenorganisationen“ verschwand praktisch, und die Zwangsarbeit (beispielsweise die „kommunistischen Samstage“ die Arbeitslager der Studenten) wurde auf ein Minimum reduziert. So daß das private Leben das „private Glück“ der individuelle und familiäre Wohlstand die eigenen Rechte wiedererlangte und sich die sozialen Mikro-Solidaritäten wieder gebildet haben.

2. Die polizeiliche Willkür oder diejenige, die normalerweise durch die örtlichen Organe der Partei ausgeübt wird, wurde beträchtlich schwäch-

cher Die Bevölkerung fühlt sich vor Gesetze hingestellt, die auf einmal erträglich und beständig sind (im Vergleich mit der sowjetischen Normalität). Auch wenn das Recht dürftig bleibt, gewähren diese Gesetze eine gewisse bürgerliche Sicherheit, die nur durch die politischen Oppositionellen abgelehnt wird. Die Gesetze haben natürlich einen aufgezwungenen Charakter, und sie können im Prinzip widerrufen werden (die Regelung über die Reisepässe illustriert vortrefflich die Nichtexistenz eines kodifizierten und unantastbaren Rechtes). Soviel ist sicher, daß die Gesetze, die das alltägliche Leben betreffen, das Zivilrecht oder gewisse soziale Rechte, öffentlich diskutiert werden dürfen (sogar in den Zeitungen). Das Regime bemüht sich mit aller Deutlichkeit, diese Gesetze den Wünschen der öffentlichen Meinung näherzubringen, ja sogar sie an die Praxis, die in den Rechtsstaaten gewahrt wird, anzupassen.

3. Das Recht auf den Kleinbesitz, nachdem es bei der Zwangskollektivierung der Jahre 1959 bis 1961 verletzt wurde, wurde nachher prinzipiell anerkannt und in seiner Anwendung immer mehr erweitert. Zuerst in der Landwirtschaft, wo man die Produktion auf dem kleinen Hofland der Familien nicht nur duldet, sondern sie positiv anspornt und sie gleichsam an die Aktivitäten der Produktionsgenossenschaften anschloß. Die Symbiose zwischen dem Kollektiv und der Privatwirtschaft ist wahrscheinlich eine der Erklärungen dafür, was man als das Wunder der ungarischen Landwirtschaft bezeichnet und dessen Geheimnis sehr einfach ist: der kommunistische Staat hat aufgehört, die Prosperität, den wirtschaftlichen Aufschwung der Landwirte zu behindern. Diesen Umschwung kann man auch in der landwirtschaftlichen Preispolitik beobachten (die Schwankungen, zu denen es bei ihr seit 1957 kam, sind sehr repräsentativ für die Änderungen des politischen Gleichgewichtes auf dem Niveau der höchsten Führung). Seit ungefähr zwanzig Jahren erweitert sich der Landkleinbesitz übrigens immer mehr unter der Form der kleinen Hofländer Gärten, Obstgärten usw., die durch städtische Familien und nichtlandwirtschaftliche Familien vom Lande angekauft werden, entweder um sie zu bebauen, oder um daraus eine Zweitwohnung zu machen, verbunden mit Nebeneinnahmen für landwirtschaftliche Tätigkeit. Es wird geschätzt, daß mehr als die Hälfte der ungarischen Haushalte gegenwärtig auf diese oder jene Weise mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden ist. Der andere große Bereich des Privateigentums sind die Wohnungen. Nachdem der Staat endlich begriff, was für einen Gewinn er in diesem Bereich der privaten Akkumulation ziehen kann, beschloß er mit allen Mitteln (vorteilhafte Kredite, usw.) den Zugang zum privaten oder genossenschaftlichen Wohnungseigentum zu fördern (wobei die letztere Bezeichnung eine Art der Mitinhaberschaft bedeutet). Schließlich, seit dem Ende der siebziger Jahre, kommt die Reprivatisierung gewisser industrieller geschäftlicher und Dienstleistungsaktivitäten auf die Tagesordnung. Rechtlich ausgedrückt handelt es sich bestimmt nicht um die Frage der Aufhebung der Nationalisierung. Die Dekollektivierung nimmt die Form der Verpachtung, der Übergabe in Bewirtschaftung, der selbstverwalteten Gruppen (deren Mitglieder Vertragspartner in ihrem ehemaligen Betrieb werden, statt dort als Arbeitneh-

mer zu bleiben), der Zulieferer Das, was sich am Horizont abzeichnet, ist nichtsdestoweniger eine Art des Volkskapitalismus, der die systematische Stärkung dessen zum Grundprinzip hat, was von der Chicago-Schule als „Recht auf Eigentum“ bezeichnet wird. Hybrid und noch sehr unsicher in der Anwendung, gibt das System gleichzeitig eine Antwort auf die Bedürfnisse der Wirtschaft (die Produktivität zu erhöhen, die Verantwortung besser zu verteilen) und auf die grundlegenden bourgeoisen Sehnsüchte der Bevölkerung.

4. Auf der Ebene der Planung begriff das Regime sehr bald, daß es ein größeres Zugeständnis wird machen müssen, um einer voluntaristischen Entwicklung zu entsagen und die Produktion an der Nachfrage zu orientieren, wie sich diese offenbaren wird. Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit kam zum Vorschein bereits vor der Reform von 1968, aber erst diese hat es den Behör-

„Ungarn ist, wenn auch mit einer nur halbwegs angewandten Reform, zum ersten Versuchsfeld des sozialistischen Konsumismus geworden.“

den ermöglicht, die Umstellung in die Tat umzusetzen. Das heißt, wenn man unter der Reform die Unterordnung des Produktionsapparates nur unter die Impulse des Marktes versteht, dann wurde die Reform niemals voll durchgeführt. Die Verhinderung kam weniger von den Sowjets als vielmehr von den Geschäftsführern in Ungarn, vor allem von der ministeriellen Bürokratie, die es nicht schaffte, sich auf Spielregeln umzustellen, die ihren Gewohnheiten völlig widersprachen. Es ist normal, daß das Regime diesen Widerstand zur Kenntnis nahm und daß es ihm nachgab: es bestand niemals die Frage, das System umzustürzen, noch ihm seine besten politischen Kader zu entfremden. Kadar machte niemals etwas anderes, als den mittleren Weg zwischen verschiedenen Druckausübungen zu wählen.

5. Eine der Innovationen des Kadarismus bezog sich dennoch auf die Kaderpolitik. Seit der Mitte der sechziger Jahre werden Experten sogar die apolitischen sichtbar den Kadern bevorzugt, die keine andere Qualifikation als die Treue gegenüber der Partei besitzen. Um die Mehrzahl der „technischen“ Funktionen (nicht alle von ihnen) übernehmen zu können, genügt es, daß der Kandidat mit der groben Linie, die diese Funktion bestimmt, einverstanden ist; man fordert von ihm nicht mehr den Eid der Treue, noch den verbalen Enthusiasmus. Die Experten stellen auch gegenwärtig die Mehrheit unter den Geschäftsführern (sogar auf der höheren Ebene, mit Ausnahme von Posten, die im voraus bestimmt sind). Es stimmt, daß auf allen Ebenen das leitende Personal genau durch die Netze der Partei und der Polizei kontrolliert wird. Das Abwechslertum oder oppositionelle Taten werden auf abgestufte Weise bestraft (Tadel, keine Beförderung, Verweigerung des Reisepasses, usw.) und noch stärker durch die Druckausübung des Kollektivs unterbunden, denn der Konformismus der Gemeinschaft nimmt den Mut zu schwachen Versuchen, aufzubegehren, und erspart den zuständigen Stellen die Notwendigkeit, zu härteren Mitteln zu greifen. In diesem Sinne ist die Macht allgegenwärtig, auch ohne die physische Anwesenheit.

6. Ein weiteres Zugeständnis des Regimes ist die Öffnung nach dem Westen. Für den normalen Bürger offenbart sie sich auf dreierlei Weise:

a) Die Verlage, die Kinos und das Fernsehen öffneten ihre Tore breit den westlichen Werken (einschließlich den Serienprodukten, die die Jugend interessant findet).

b) Der staatliche Handel, um das Angebot zu variieren und um die Nachfrage mengenmäßig abzudecken, greift massiv zu Importen von geläufigen und luxuriösen Konsumwaren.

c) Die Ausreisevisa nach dem Westen bleiben zwar rationiert und zwar unter dem Vorwand, daß die Devisen selten und teuer sind, sie werden jedoch seit gut zehn Jahren bereits an alle Bürger erteilt, mit Ausnahme derer die durch die Macht als politisch verdächtig erachtet werden. Die Möglichkeit, als Tourist in westliche Länder zu fahren, individuell oder mit der Familie, ist in den Augen der Ungarn eine der schönsten Errungenschaften, die nach 1956 folgten. Gewisse unter ihnen nützen es sicherlich aus, um das Land definitiv zu verlassen. Es scheint jedoch nicht, daß sich die Regierung darüber besonders erregt (obwohl es sich oft um junge Leute handelt): vielleicht ist sie, ebenso wie Castro, der Ansicht, daß die freiwillige Ausreise ein gutes Sicherheitsventil ist.

7 Für intellektuelle Schöpfer brachte schließlich der Kadarismus Freiheiten, sicherlich beschränkte, nichtsdestoweniger wertvolle, die viel größer sind, als sie die kommunistischen Regimes bis jetzt zu bieten pflegten. (Das Regime von Gomulka und von Gierek stellen das einzige Beispiel einer noch größeren Toleranz dar.) Die Literatur und die Kunst entledigten sich des Zwanges des sozialistischen Realismus und der pflichtmäßigen Propaganda. Am deutlichsten sind jedoch die Freiheiten im Bereich der Forschung: in der Geschichte und der Soziologie erlauben sie die Behandlung schwieriger Probleme und subversive Verwicklungen unter der Bedingung, daß sie taktvoll, diskret und gemäßigt formuliert werden, das heißt, ohne die Sowjets hineinzuzie-

hen und ohne die Grundsätze des Marxismus-Leninismus und des Sozialismus als des höchsten Ideals anzutasten. Rückblickend darf man sogar gewisse Entscheidungen des kommunistischen Regimes kritisieren und über das Schicksal von Persönlichkeiten und Gruppen nachforschen, die in den Wirren bei der Machtübernahme verschwanden. Es ist natürlich richtig anzumerken, daß es nicht gut ist, die volle Wahrheit zu sagen, alle bewilligten Forschungen sind nicht für die Veröffentlichung bestimmt. Die Begrenzungen, die der schriftlichen und gesprochenen Veröffentlichung gesetzt sind, sind eindeutig stärker beschränkend als diejenigen bei der Forschung. Hier wacht die Zensur eifersüchtig, daß die „Tabus“ nicht angetastet werden, und vereitelt jeden, auch indirekten Eingriff in die Legitimität des Regimes

VIII.

()

IX.

Gleichgültig welche ihre tiefen Motivationen waren, die durchgeführte Politik war verlockend genug, um dem Regime zu ermöglichen, die Mehrheit seiner Oppositionellen zu neutralisieren, ja sogar eine gewisse Zahl der Widersacher in die Macht zu integrieren. Das war der Fall der Reformisten, wie bereits vermerkt wurde. Aber die „Arbeiteropposition“ (in Wirklichkeit anti-reformistisch) der Jahre 1972 – 1975 erlebte dasselbe Schicksal. Kurz nach der Entlassung aus dem Gefängnis wurden einige der bekanntesten „Sechsfünfziger“ angemessen in das Leben integriert, manche von ihnen (Tibor Dery!) wurden mit Ruhm bedeckt, was sie davon abbrachte, eine oppositionelle Gruppe zu konstituieren. Die große völkische Strömung, so repräsentativ für die Mittelklasse mit landwirtschaftlichen Verwandtschaften, schloß mit Kadar nicht nur den Frieden, sondern entdeckte in seinem Kommunismus die Verwirklichung ihrer alltäglichen Ideale. Außer den jungen stürmischen Katholiken der „Grundgemeinschaften“ und den jungen Radikalen rund um die „Samizdat“ gibt es praktisch keinen sozialen Kreis im Zustand des offenen Ungehorsams oder einer verdeckten Revolte.

Anders gesagt, das kommunistische Regime erreichte es in Ungarn besser als anderswo, die Gesellschaft zu infiltrieren und sie von innen aus zu bearbeiten. Und zwar trotz seines anfänglichen Handikaps. Es stimmt, daß die Integrierung der Gesellschaft von einer modifizierten Position aus durchgeführt wurde, das heißt auf der Basis einer gewissen Zahl von Zugeständnissen (wie oben dargelegt). Es steht jedoch fest, daß das Regime von Kadar zum Unterschied von den benachbarten Regimen, es nicht nur erreichte, die sozialen Kräfte seines Landes zu neutralisieren, sondern auch einen *modus vivendi* auf der Basis eines Konsensus, der reichlich solide erscheint, auszuarbeiten. Dieser Konsens geht zurück bis auf das Jahr 1956. Der tragische Ausgang der Ereignisse belehrte das Volk über den Standort der Schranken, über die nicht zu weit gegangen werden darf, während die Macht eine Lektion zur Mäßigung erhielt. Die Ungarn haben begriffen, daß sie die gegebenen Tatsachen ihrer Lage nicht ändern können und beugten sich den Spielregeln, die ihnen das Regime von Kadar vorschlug, ein Regime, welches sie nicht nur als

das mindere Übel akzeptierten, sondern als einen Fürsprecher gegenüber den Sowjets, ja sogar als eine Art Helfershelfer

Davon kommt ein gewisser Konformismus der ungarischen Gesellschaft und die Isolierung aller Versuche der Opposition. Die Partei und ihre Satellitenorganisationen halten die Zügel der Gesellschaft perfekt in den Händen und können sich die Zusammenarbeit von Tausenden und der verschiedensten Instanzen (Schriftsteller Wissenschaftler Episkopat, usw.) zunutze machen. Man muß die Gewandtheit verzeichnen, mit der das Regime die sozialen Konflikte löste, indem es sie generell bei ihrer Entstehung regelte: das bedeutet, daß es gut informiert ist und nicht zögert, sofort Zugeständnisse manchmal minimale zu bewilligen, die unbedingt nötig sind. In Ungarn dauern die Streiks nur einige Stunden und werden in der Mehrheit der Fälle in aller Güte geregelt. Das Regime läßt die Unabhängigkeit der Gewerkschaften nicht zu,

„Davon kommt ein gewisser Konformismus der ungarischen Gesellschaft und die Isolierung aller Versuche der Opposition. Die Partei und ihre Satellitenorganisationen halten die Zügel der Gesellschaft perfekt in den Händen.“

aber akzeptiert, ja wünscht sich sogar daß ihm die offiziellen Gewerkschaften die Beschwerden aus dem Arbeitermilieu übermitteln. Ebenso hört es auf die Warnungen der Experten.

X.

Das einzige Problem, welches der Kadarismus nicht in stande war anständig zu behandeln, bezieht sich auf die Lage der ungarischen Nation als solcher und im besondern auf das Schicksal der ungarischen Minderheiten, die in den Nachbarländern verstreut sind. Kadar, der vielleicht am wenigsten nationalistisch von allen osteuropäischen Führern ist, brauchte Zeit, um zu begreifen, daß seine Landsleute ernsthaft um dieses Problem besorgt sind, welches nach seiner Ansicht ignoriert werden muß, denn es wurde

denjenigen anvertraut, von denen die Außenpolitik abhängt, das heißt den Sowjets. Es konnte auch in dieser Frage kein wirkliches Einverständnis zwischen dem Regime und der Bevölkerung geben, ebenso wie dieses in anderen Fragen, die den auswärtigen Bereich betreffen, nicht vorhanden sein kann. Das heißt nicht, daß es seitens des Regimes nicht Versuche um „Wiedererlangung“ des guten Einverständnisses gibt (es werden kurze Sätze vorgetragen, brunnenvergiftende Kampagnen, usw.). Aber eine verdeckte Spannung bleibt, sie ist unausweichlich.

XI.

Hat der Kadarismus eine Zukunft? Wie alle konsolidierten Regime erweckt er Hoffnungen auf eine Zukunft relativ ohne Überraschungen, mindestens mittelfristig. Auf lange Sicht hängen die Drehbücher von Faktoren außerhalb Ungarns ab, beginnend mit der Geistesverfassung der künftigen Führer der UdSSR. Werden sie den Spielraum ihrer Satelliten beschränken wollen, oder werden sie eher die Tendenz verfolgen, die Erfahrungen des ungarischen Typs zu fördern?

Sollte sich von dieser Seite nichts ändern (was eher überraschend wäre), dann hängt die Zukunft des Kadarismus von seiner Wirtschafts Bilanz angesichts der aktuellen Krise ab und von seiner Fähigkeit, die Schlichtungspraxis, zu der er durch reinen pragmatischen Instinkt gelangte, zu institutionalisieren. Es gibt tatsächlich ein authentisch neues Element im Kadarismus im Vergleich mit dem Leninismus, und das ist die Rolle, die er dem Staate beimißt. Der Kadarismus verwarf in der Praxis die leninistisch-stalinistische Doktrin, die forderte, daß der Staat der totale Führer und der Autor der neuen Ideen sein soll, und er bekannte sich zu der Idee, daß sich die Bedürfnisse der Gesellschaft in einer gewissen Autonomie entwickeln, daß sie (ebenso wie die Gesellschaft) konfliktgeladen sind und daß der Staat ihnen gegenüber eher schlichten als dekretieren muß. Von hier kommt die Akzeptierung des Marktes, dessen wichtige Tugend nach Ansicht der Kadaristen darin beruht, daß er es dem sozialistischen Staat erleichtert, in Kenntnis der Lage zu handeln, da er es den Bedürfnissen ermöglicht, sich zu manifestieren, und die einen mit den anderen in Wettbewerb geraten. Ohne liberal zu sein (sie ist eher technokratisch), diese Vision des Marktes entfernt sich beträchtlich von dem leninistischen Begriff der führenden Rolle der Partei. Die Zukunft des Kadarismus hängt im großen Maße von seiner Fähigkeit ab, über sein rein technokratisches Herangehen weiterzugehen, um zuzugeben, daß es außerhalb des Rahmens des Marktes auch institutionalisierte Ausdrücke (gewerkschaftliche, politische, demokratische) der Sonderinteressen gibt.

Bereits in seiner aktuellen Version die in mancher Beziehung zusammenhanglos und unvollkommen ist – könnte der Kadarismus anderen sowjetischen Regimen als Modell dienen, soweit sie ebenso besorgt wie er sind und dennoch unfähig, zu einer guten Integrierung ihrer Gesellschaft zu gelangen. Der ungarische „Ökonomismus“ hat schon einige Anhänger gewonnen, zumindest auf der Ebene der Absichten (Bulgarien, Polen); die ganze Frage ist, zu wissen, ob der wirtschaftliche Reformismus einen Sinn und eine Chance hat, wenn er von seinem Zusammenhang mit dem sozialen Kompromiß isoliert bleibt.

Solidarność Heute

Programm der Provisorischen
Koordinierungskommission von Solidarność vom
22. Januar 1983

Im Januarheft der Kommune
veröffentlichten wir ein Interview mit
Zbigniew Bujak, „Bilanz eines Jahres“ Das
Mitglied der Provisorischen
Koordinierungskommission der Solidarność
berichtete dort über die Arbeit an einem
Aktionsprogramm gegen die Militärdiktatur.
Hier veröffentlichen wir nun dieses
Programm. Wir haben es aus der „Voice of
Solidarność“ vom 18. Februar übersetzt.

Nach einem Jahr Kriegsrecht und seiner formalen Aussetzung gibt es absolut keinen Zweifel darüber daß der Staatsstreich vom Dezember gegen Bürger und Arbeiterrechte der Beginn einer neuen Etappe in den Methoden zur Befriedung der Nation darstellt. Die Ziele der Herrschenden sind, demokratische Bestrebungen niederzuschlagen, die soziale Interessengemeinschaft aufzulösen und ein Regime einzuführen, das derart auf Zwang und einem allgemeinen Gefühl der Bedrohung gründet, wie es Polen seit der stalinistischen Ära nicht gekannt hat. Es wird eine totalitäre Diktatur aufgebaut. Die Basis ihrer Herrschaft ist das Niederschießen von unbewaffneten Arbeitern geworden, die Inhaftierung von Tausenden, weil sie soziale Aktivisten sind, und das Aufspüren von aktiven Solidarność-Mitgliedern, als wären sie Kriminelle. Diese Diktatur hat durch die Einführung einer Gesetzgebung, die im Widerspruch zu internationalen Abkommen und Verpflichtungen steht, die durch die Volksrepublik Polen akzeptiert worden waren, ein Terrorregime sanktioniert. Gesetzlosigkeit ist zum Gesetz geworden.

Für das jetzige Regime sind demokratische Reformen, die auf eine Verbesserung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse zielen, eine moralische Gefahr. Seit die Herrschenden zur Ausübung ihrer Regierung die Angst benutzen, sind sie selber zur Furcht vor einem Ausbruch des gesellschaftlichen Hasses verdammt. Heute wird unsere Bereitschaft zu Konzessionen nur als Zeichen der Schwäche gesehen, und sie führt allenfalls dazu, die Festigung eines repressiven Regimes zu unterstützen. Die Gesellschaft hat keine Wahl die einzige Handlungsweise ist Widerstand, ein Kampf gegen die Diktatur

Das Ziel unseres Kampfes bleibt die Realisierung des Programms des ersten Nationalen Delegiertenkongresses von Solidarność, ein Programm der für die nationale Rettung unbedingt notwendigen demokratischen Reformen. Es zeigt den Weg zum Aufbau einer selbstverwalteten Republik:

in der die Gewalten der sozialen Kontrolle unterworfen wären: am Arbeitsplatz durch die Arbeiter Selbstverwaltung; im lokalen und regionalen Regierungsbereich durch einen autonomen Gebietsrat; auf nationaler Ebene durch einen demokratisch gewählten Sejm;

in der die Produktionsmittel in wirkliches soziales Eigentum übergangen, was den Beschäftigten jedes Unternehmens echte Teilhabe an der

Aufteilung der Gewinne, die sie erwirtschaftet haben, sichert.

in der Kunst, Erziehung und die Massenmedien der Gemeinschaft dienen würden.

Dieses Programm geht von der Voraussetzung aus, daß einerseits die Rettung Polens weiterreichende soziale Reformen erfordert, andererseits Polens geo-politische Situation verlangt, daß die Reformen schrittweise umgesetzt werden müssen, ohne das fundamentale Gleichgewicht der Kräfte in Europa durcheinanderzubringen.

Die Vision einer selbstverwalteten Republik steht nicht im Widerspruch zu den Idealen des Sozialismus und ihre Verwirklichung bedarf nicht des Umsturzes der bestehenden internationalen Ordnung. Die von Polen eingegangenen Bündnisse können nicht über die Existenz eines weltweit verachteten diktatorischen Regimes, das der Nation absolut keine Hoffnung für die zukünftige Entwicklung gibt, bestimmen, weil dies eine permanente Bedrohung für den Frieden in Europa darstellt.

Um das Programm umzusetzen, muß eine Situation geschaffen werden, in der die Herrschenden gezwungen sind, einen Ausgleich mit der Gesellschaft zu suchen. Nur dann wird es möglich sein, den Reformprozeß zu beginnen und Bedin-

gungen sicherzustellen, unter denen unabhängige Gewerkschaften, Organisationen und Vereinigungen, die soziale Interessen vertreten, offen arbeiten können. Um die polnischen Behörden zu Konzessionen zu bewegen, so daß die Aussicht auf tatsächliche Reformen zu einer realen Perspektive wird, ist es unbedingt notwendig, die jetzige Diktatur zu schwächen.

Heute vollziehen sich Widerstand und Kampf gegen die Diktatur auf folgenden Aktionsebenen:

- der Verweigerungsfront;
- im ökonomischen Kampf;
- im Ringen um ein unabhängiges soziales Bewußtsein;
- in den Vorbereitungen für einen Generalstreik.

Dies sind die Maßnahmen, die unsere Gesellschaft bei ihrer Selbstorganisation treffen sollte.

Soziale Solidarität ist in diesem Kampf unsere Hauptwaffe. Sie brachte unseren Sieg im August 1980 zustande und half uns, die Repressionen des Kriegsrechts auszuhalten. Sie wurde in Gefängnissen und Internierungslagern, an Arbeitsplätzen und in Kirchen, in der täglichen Arbeit der Basiseinheiten von Solidarność und während der Massendemonstrationen beständig wiedergeboren. Unsere Stärke war und ist, daß wir zusammenstehen, daß jeder von uns sowohl Beschützer ist, als auch jemand, der Schutz braucht. Aus diesem Grund darf kein Opfer der Unterdrückung keiner der verhaftet, geschlagen oder entlassen wurde ohne Schutz und Hilfe gelassen werden. Dies ist die moralische Pflicht eines jeden. Alle Gesellschaftsgruppen müssen die Freilassung dieser wegen gesellschaftlicher Aktionen und wegen ihrer politischen Ansichten Inhaftierten fordern. Wir werden jeden verurteilen, der an der Unterdrückung eines anderen Menschen mitwirkt.

SZYMON KOBYLINSKI

Wenn das Staatsmonopol Sozialismus bedeuten würde, wären Napoleon und Metternich die ersten Sozialisten
F Engels

Die reine Arbeiterselbstverwaltung würde die Staatsinitiative hemmen
L. Trotzki



- Bitte das nicht lesen!!!

Die Verweigerungsfront

Wir alle können tagtäglich die Diktatur bekämpfen, indem wir die Teilnahme an Lügen, Gesetzlosigkeit und Gewalt verweigern. Durch die Beteiligung eines umfassenden Boykotts der von der Regierung geschaffenen vorgetäuschten Gewerkschaften haben wir einen vereinten politischen Sieg errungen. Dieser Boykott ist zu einem Referendum geworden, das jeden Tag zeigt,

daß die Gesellschaft das existierende Gewalt- und Terrorregime ablehnt. Es beweist ebenso, daß der Platz der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung vakant bleibt, bis sie wieder legalisiert wird, und daß Solidarność lebt und ihre Rechte wiedergewinnen wird.

Wir sollten den unter dem Kriegsrecht begonnenen Boykott aller Organisationen, Intititionen und Vereinigungen aufrechterhalten, die – ihre Unterstützung für das gegenwärtige diktatorische Regime zeigen;

an Unterdrückung teilnehmen;
– Marionettenvertretungen für verbotene soziale Organisationen sind (Gruppierungen wie PRON, OKON, FJN usw.).

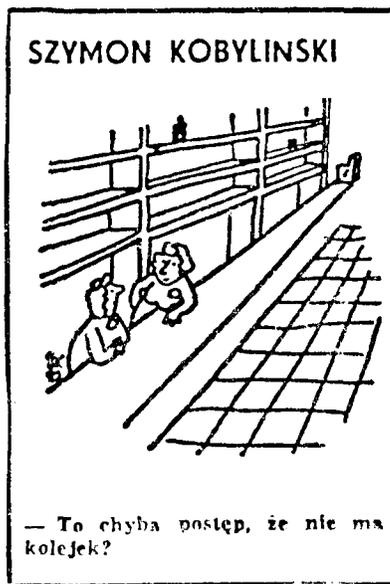
So können wir unser Festhalten an den Zielen vom August 1980 demonstrieren, unser Streben nach Wahrheit und Würde, unsere Verweigerung gegenüber Lügen und Gesetzlosigkeit im sozialen und politischen Leben. Wir werden an der Wahlfarce für den Sejm oder nationale Ratsversammlungen nicht teilnehmen. Wir werden uns nicht an von Regierungsseite organisierten Massenversammlungen oder offiziellen Paraden und Feiern beteiligen. Wir werden uns in die Konstruktion eines erdichteten sozialen Mandates für das gegenwärtige diktatorische Regime nicht einspannen lassen. Laßt diese Regierung in einem politischen Vakuum.

Wir sollten den Grundsatz des Boykotts selektiv benutzen. Wir können und sollten die Möglichkeit nutzen, uns innerhalb solcher offiziellen Institutionen, deren Zweck die Befriedigung wirklicher sozialer Bedürfnisse ist, unabhängig betätigen. Wir sollten aber versuchen sicherzustellen, daß diese Aktivität nicht zur Rechtfertigung von Lügen und Unterstützung der Diktatur benutzt werden kann. Wir sollten für jede Art von Institution Handlungsregeln entwerfen, in denen der selektive Boykott mit einem Hinweis auf die Bereiche verdienstvoller und rechtschaffender sozialer und beruflicher Tätigkeit verbunden wird.

Die Verweigerungsfront ist auch eine Front des aktiven Gefechts. Es ist wahrscheinlich, daß die Herrschenden versuchen werden, sie durch Erpressung und Bestechung zu brechen. Wir müssen eine gemeinsame Anstrengung machen, um dies zu durchkreuzen. Jedes Beispiel von Erpressung muß zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht werden. Dies wird ihre Wirkung schwächen und die Wahrscheinlichkeit ihrer weiteren Anwendung verhindern. Formen der Abwehr von Bestechung beinhalten ebenfalls regelmäßige Sammlungen, Aufbau von Komitees für soziale Hilfe, die Aufstellung von Forderungen dahingehend, daß die Geldmittel für Wohlfahrt, Darlehen und Urlaub für die Beschäftigten unabhängig von den Marionetten-Gewerkschaften erhöht werden. Wir dürfen auf keinen Fall die Schande zulassen, daß diejenigen, die wirklich in Not sind, den regierungsfreundlichen Gewerkschaften beitreten, weil sie darin den einzigen Ausweg aus einer schwierigen finanziellen Situation sehen.

Der ökonomische Kampf

Nach 38 Jahren Volksrepublik Polen steht die polnische Gesellschaft am Rand des Elends. Mit rationierten Nahrungsmitteln und vorenthal-

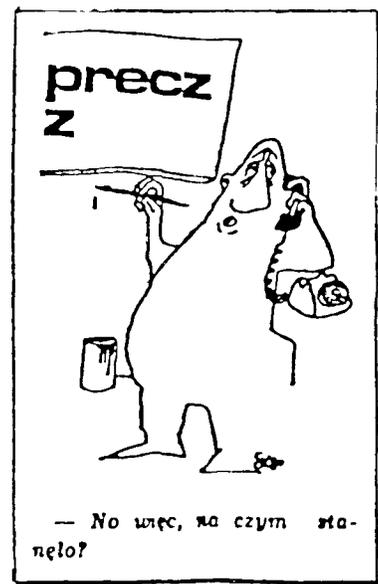


– Das ist wohl der Fortschritt, daß es keine Schlangen mehr gibt?

ner Arznei und Kleidung ist unser Status auf den einer bankrotten Nation reduziert, und die 30 Milliarden Dollar Schulden werden für viele Jahre schwer auf uns lasten. Enormes Volksvermögen wird in Form von nicht ausgelasteten Fabriken und unterbrochenen Investitionen zerstört. Unsere technologische Rückständigkeit wächst. Die Methoden zur maximalen Auspressung des polnischen ökonomischen Potentials nehmen die Erscheinungsformen von kolonialer Ausbeutung an. Die Politik, die eine gewaltige Überausbeutung der polnischen Kohle nach sich zog, hat Dutzende von Toten auf dem Gewissen, hat zu verwüsteten Minen geführt und Polens Versorgung mit Rohmaterialien dezimiert. Natürlicher Reichtümer beraubt, ist die polnische Landwirtschaft unfähig, die Nation zu ernähren. Die Zerstörung der natürlichen Umwelt hat ihre biologischen Grundlagen beeinträchtigt.

Alles was die Diktatur unter dem Kriegsrecht zustande gebracht hat, ist ein Programm starker Preiserhöhungen, ohne allerdings dafür im Austausch irgendeine Hoffnung auf eine Verbesserung der nationalen Wirtschaft anzubieten. Dieses vom verbleibenden Markt und organisatorischen Strukturen losgelöste Programm hat in den letzten sechs Monaten zu einem drastischen Sinken (über 36%) des Lebensstandards geführt. Ein Drittel der Arbeiterfamilien lebt heute am Rand der Armut. Zur selben Zeit muß die Gesellschaft nun damit rechnen, die Last eines gewaltigen Unterdrückungsapparats aufgebürdet zu bekommen: Einige hunderttausend Funktionäre des SB (Sicherheitsdienst), MO (Bürgerwehr), ZOMO (Einsatzpolizei), der Armee und der Kommunistischen Partei, die den Terror benutzen, um das Volk niederzuhalten. Die nächste Runde der Preiserhöhungen ist schon angekündigt worden. Sie wird das polnische Volk noch ärmer machen, noch mehr Gruppen der Gesellschaft in wirtschaftliche Not bringen und den Fall unter das physische Existenzminimum heraufbeschwören.

Der Kriegszustand und seine Gesetzgebung haben jede Chance auf ökonomische Gesundung beseitigt. Die Reformen, die auf den Prinzipien der Selbständigkeit, Selbstverwaltung und Selbst-Finanzierung beruhen, sind rein auf den Wechsel der Fassade des existierenden, schon kompromittierten Systems der zwangsweisen Verteilung von Ressourcen und die Militarisie-



Nieder mit

– Also, wo sind wir stehengeblieben?

rung der wichtigsten Industriezweige heruntergebracht worden. Beschäftigungsgesetze sind drastisch zurechtgestutzt worden und schaffen Zustände, die an Sklavenarbeit erinnern. Sie enthalten einen juristischen Zwang zur Arbeit, eine administrative Bindung an den Arbeitsplatz und die Androhung von Entlassung aus politischen Gründen. Unter diesen Bedingungen sind wirtschaftliche Reformen, die Elemente von Selbstverwaltung enthalten, unmöglich. Die Selbstverwaltung der Arbeiter kann so einfach nicht ihre Verpflichtungen erfüllen. Wir sind nicht in der Lage, Verantwortung für den Zustand der Wirtschaft zu übernehmen. Aber wir sind verpflichtet, sie auf einem Niveau zu erhalten, das uns möglichst befähigt, sie in der Zukunft wieder aufzubauen. Der wichtigste Grundsatz im Programm zur Verteidigung der grundlegenden Interessen der Gesellschaft ist jetzt der Kampf ums Überleben. Dieser Kampf wird in jeder Fabrik, jedem Büro und Bauernhof stattfinden. Wir werden jede Initiative unterstützen, die die Landarbeiter im Kampf für ihre Rechte organisiert.

Am Arbeitsplatz werden wir den Kampf fortsetzen, indem wir alle möglichen Formen von Druck entfalten, so zum Beispiel:

– volle Ausschöpfung der relevanten Gesetzgebung, um die strikte Einhaltung von Beschäftigungsbestimmungen, Anwerbungs- und Bezahlungsleitlinien, Sicherheitsbestimmungen, technologischen Normen, das Fortbestehen von sozialen Einrichtungen usw sicherzustellen;

Forderungen nach detaillierten Informationen über Produktionsentscheidungen und Resultate, wie die Lohn- und Zulagenfonds verteilt werden, was die betrieblichen Sozialdienste tun usw., Veröffentlichung jeglicher falscher Entscheidungen des Managements, die vertuscht wurden, aller unpopulären Direktiven, Beispiele von Inkompetenz und Unterdrückung;

Organisierung von Massenprotesten, Petitionen und Verweigerung von Überstundenarbeit, Boykott aller Direktiven, die die Arbeiterrechte beschränken oder die eine spalterische Wirkung haben. Die machtvollste und wirkungsvollste Form von Massenprotest ist ein kollektives Fernbleiben von der Arbeit (ökonomischer Streik);

– Volle Nutzung der Arbeiterselbstverwaltung, wo immer sie etabliert werden kann, so daß sie helfen kann, die Lebensbedingungen der Belegschaft zu verteidigen und Unterdrückung zu ver-



— Wyście też mówiali dogmat o nieomyślności

— Sie haben auch das Dogma über die Unfehlbarkeit beibehalten

hindern. Falls es einer Gruppe verboten ist, in diesem Bereich zu arbeiten, dann ist das für die Mitglieder des Arbeiterrates ein Zeichen zurückzutreten und die Beschäftigten anzuweisen, die Gruppe zu boykottieren.

Der Kampf für ein unabhängiges soziales Bewußtsein

Solidarność erwuchs aus einem allgemeinen Protest, aus der kollektiven Arbeit und dem kollektiven Kampf vielfältiger Gruppen der Gesellschaft. Im Aufbau von Solidarność siegten wir über Spaltungen, die die Herrschenden bewußt und vorsätzlich gefördert hatten. Die andauernde Zusammenarbeit von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen garantiert unseren Sieg. Wir stärkten diese Zusammenarbeit nach dem August 1980; ab Dezember 1981 hat sie die Basis unseres Widerstandes gebildet.

Das sozialpolitische Bewußtsein, Erziehung und national Kultur eines Volkes, seine soziale Moral und staatsbürgerliche Einstellung werden durch ein totalitäres Regime bedroht. Diese Bedrohung kann durch eine Gesellschaft ausgeschaltet werden, die politisch denkt, ihre eigene Geschichte kennt, ihre eigene Kultur achtet und somit einer ideologischen Manipulation nicht unterworfen werden kann. Deshalb ist es unsere gegenwärtige Aufgabe, die Verbreitung von unabhängigem Denken zu ermutigen, das Staatsmonopol über das geschriebene und gesprochene Wort, über Information und Erziehung, Kultur und wissenschaftliche Forschung, über politische und soziale Überlegungen zu brechen. Eine besondere Rolle fällt hierbei den intellektuellen und schöpferischen Teilen der Gesellschaft zu, von denen die Öffentlichkeit Arbeit für das Wohl der gesamten Gesellschaft erwartet. Wir werden jede unabhängige Initiative unterstützen; wir werden verfügbare Fonds und Stipendien einrichten, so daß Künstler von der Diktatur unabhängig sein können.

Die kooperative Front für intellektuelle Unabhängigkeit und die unverfälschte Entwicklung vielfältiger sozialer Gruppen sollte alle Teile der Gesellschaft verbinden.

Durch Initiativen zur Selbsterziehung, Entwicklung des Netzwerks von Nachrichtenblättern, Klub-Büchereien und unabhängigen Publi-



— Chciałem się udać o wizę, ale nie dostałem. Władze nie chcą.

— Ich wollte mich in die innere Emigration begeben, aber sie haben mir kein Einreisevisum bewilligt

kationen sollten wir anstreben, die soziale Reflexion in der Arbeiterklasse anzuregen und ihre Urteile, Meinungen und Interpretationen auf eine breitere Grundlage zu stellen. Ein uns alle betreffendes Gebot der sozialen Solidarität ist es, den Ausschluß aller sozialen Gruppen oder Individuen, die ein Ärgernis für die Diktatur sind, vom öffentlichen Leben zu verhindern.

Unabhängige Institutionen und Initiativen, wie publizistische und künstlerische Produktionen, Presse und Radio sowie unabhängige Erziehung sind unser gemeinsames Gut. Wir müssen ihnen helfen und sie unterstützen; die Existenz und Entwicklung dieser Strömung verleiht der Gesellschaft Unabhängigkeit und bereitet sie auf ein Leben in einer demokratischen und selbstverwalteten Republik vor

Vorbereitungen für einen Generalstreik

Ein Generalstreik ist die machtvollste Waffe in unserem Kampf. Massenbeteiligung an den Aktionen, wie sie oben gefordert werden, sind ein wichtiger Schritt bei seiner Vorbereitung. Der Erfolg des Streiks hängt von vielen Faktoren ab, grundlegend sind dabei folgende:

- der Grad von Selbstorganisation und Entschlossenheit in der Gesellschaft;
- das allgemeine Bewußtsein über und die Billigung von gemeinsamen Zielen;
- die internationale politische Situation.

Dieselben Faktoren beeinflussen den Grad, in dem die Diktatur darauf vorbereitet ist, die Streikteilnehmer zu befrieden. Bis jetzt haben die Herrschenden – politisch darauf vorbereitet, alle Mittel in ihrem Kampf gegen die Gesellschaft zu benutzen, die notwendige Kraft zum Brechen von Streiks gefunden. Sie werden jedoch einen derartigen Grad von Alarmbereitschaft nicht sehr lange aufrechterhalten können, weil das große politische und soziale Kosten verursacht. Die Zeit kommt, wo die Streikwaffe wieder ein realistisches Kampfmittel wird, wo die Entscheidung, Gewalt gegen die Streikenden anzuwenden, eine schwerwiegende Bedrohung für die Existenz der Diktatur selber bringen wird.

Die Perspektive des Generalstreiks – der nach unserer Ansicht notwendig ist – macht das Pro-

gramm für eine schrittweise Änderung des Systems nicht ungültig. Sie deutet nur die Mittel an, wodurch die jetzige Diktatur zerbrochen und die Bedingungen geschaffen werden können, um den Weg für ökonomische Reformen freizumachen.

Im Verlauf der Vorbereitungen für einen Generalstreik müssen wir ein soziales Minimalprogramm formulieren und uns darauf einigen: eine Liste von Forderungen für den Streik, die einerseits die Fortführung des Reformprozesses garantieren würden und andererseits die Beschränkungen berücksichtigen würden, die sich aus den politischen Realitäten innerhalb und außerhalb Polens ergeben.

Die Provisorische Koordinierungs-Kommission (TKK) von Solidarność legt diese Deklaration, „Solidarność Heute“ vor das Aktionsprogramm unserer Gewerkschaft unter den gegenwärtigen politischen und sozialen Bedingungen. Wir haben am Erbe des Ersten Delegierten-Kongresses angesetzt – am Programm für eine „Selbstverwaltete Republik“ Das Kriegsrecht und das Verbot von Solidarność haben eine neue Situation geschaffen, die uns mit neuen Verantwortungen konfrontiert.

In mehreren Regionen und in der unabhängigen Presse wurden Diskussionen über das Programm geführt. Was die TKK und die regionalen Führungen von Solidarność betrifft, initiierten sie die Arbeit der Programm-Gruppen. Aus diesen Diskussionen entstand das Konzept einer *Unabhängigen Gesellschaft*. Wir unterbreiteten es im Programm „Gesellschaft im Untergrund“ (Juli 1982) wie auch in den TKK-Proklamationen des laufenden Kampfes. Wir richten das Programm „Solidarność Heute“ an die ganze Gesellschaft. Es weist auch der TKK, den Solidarność-Zusammenhängen auf regionaler Ebene und am Arbeitsplatz Verantwortlichkeiten zu. Es kann jedoch nicht die Vorstellungen über das Polen von Morgen ersetzen. Diese müssen durch eigene gesellschaftspolitische Programme geschaffen werden. Wir werden solche Initiativen unterstützen.

Unser glühender Wunsch ist es, daß das Programm „Solidarność Heute“ die schon gebildete Front der Selbstverteidigung, die Front des Widerstandes und Kampfes gegen die Diktatur für die einfachsten und grundlegenden Werte im Leben der Individuen, der Gesellschaft und der Nation, für das Recht auf Wahrheit, Würde und Hoffnung stärken wird. Diese Ziele einigen alle Leute guten Willens, was immer ihre politischen Ansichten und ideologischen Meinungen sind, und alle demokratischen Kräfte der Nation. Pluralismus und Offenheit sind die Wesenszüge von Solidarność, der im August 1980 geborenen Bewegung. Wir wollen Ebenen des Verstehens und der Kooperation mit allen schaffen, die mit den Zielen unserer Bewegung sympathisieren, mit allen Formen von sozialer Aktion, die als ihr Ideal das Konzept eines freien, demokratischen Polens vertreten.

22. Januar 1983

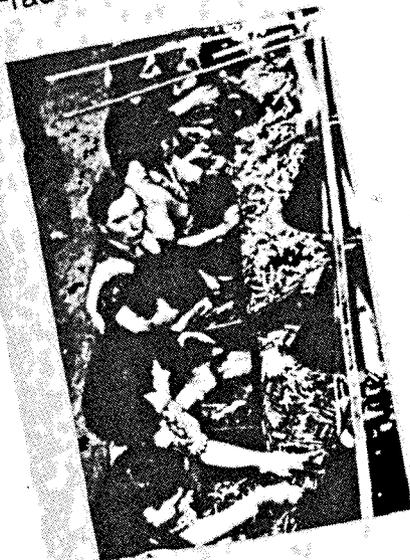
Provisorische Koordinierungs-Kommission von Solidarność

Zbigniew Bujak (Region Mazowsze)
Władysław Hardek (Region Małopolska)
Bogdan Lis (Region Gdansk)
Józef Piniór (Region Dolny Śląsk)
Eugeniusz Szumiejko (Mitglied des Präsidiums der Nationalen Kommission) □

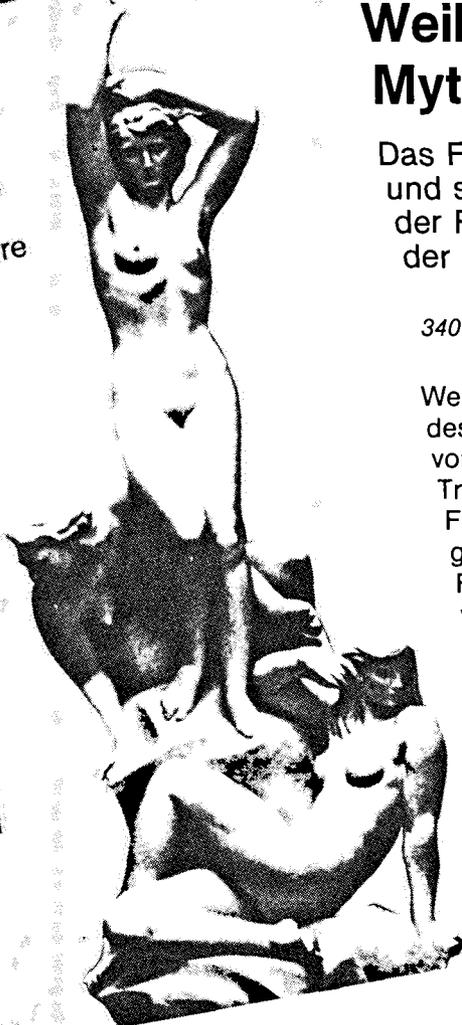
Christine Wittrock

Weiblichkeits Mythen

Das Frauenbild im Faschismus
und seine Vorläufer in der
Frauenbewegung der 20er Jahre



Sendler



Sendler

Christine Wittrock
**Weiblichkeits
Mythen**

Das Frauenbild im Faschismus
und seine Vorläufer in
der Frauenbewegung
der 20er Jahre

340 Seiten, 22,00 DM

Wenn von der Frauenfeindlichkeit des Faschismus die Rede ist, kann von den frauenfeindlichen Traditionen von Teilen der Frauenbewegung nicht geschwiegen werden. Die glatte Formel einer Gegensätzlichkeit von Frauenbewegung und Faschismus erweist sich als falsch, wenn die Weiblichkeitsideologie der Frauenbewegung untersucht wird, bzw mit faschistischen Weiblichkeitsvorstellungen ins Verhältnis gesetzt wird: Die Unterschiede sind nicht eminent, patriarchalischer Ideologie waren beide verpflichtet.

Wilhelm Raimund Beyer
**Freibeuter in
hegelschen Gefilden**

147 Seiten, 20,00 DM

Prof. Dr Wilhelm Raimund Beyer Gründer und Ehrenvorsitzender der Internationalen Hegel-Gesellschaft, stellt verschiedene großzügige, programmatisch und summarisch verfahrenende Hegel-Deutungen vor und setzt sich kritisch mit ihnen auseinander. Besonderes Augenmerk bei der Beschäftigung mit den Nachwirkungen Hegelschen Denkens liegt auf einer teilweise Verballhornung Hegels als „reiner“ Gegenstand eines parteipolitischen und von persönlichen Ambitionen geleiteten Philosophiebetriebes.

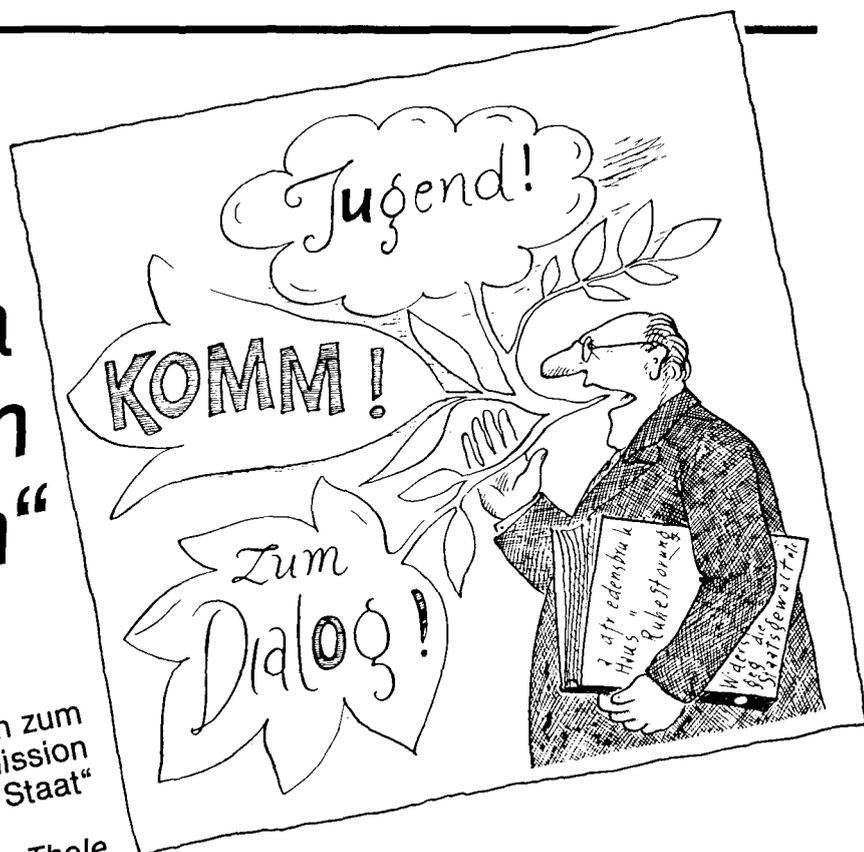
Wilhelm Raimund Beyer

**Freibeuter
in hegelschen
Gefilden**

Sendler

„Schon mit eurem Thema macht ihr euch lächerlich“

Anmerkungen zum Bericht der Enquête-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“
Von Werner Thole



Jugend-Sub-Bewegung-Erklärungs-Literatur-Inflation. Die sich in den letzten Jahren verstärkt zur sozialen und politischen Kraft entwickelnden Jugendbewegungen sorgen allerorten für Unruhe. Sie sind nicht einsortierbar in schon bekannte Schubladen. War die 68er Generation noch erkennbar und erklärbar durch ihre eigenen Schriften und Verlautbarungen, die praktischen Aktionen einer politischen Theorie und Strategie zugeordnet, so sind solche klaren Konturen bei dem „neuen Jugendphänomen“ nicht mehr auszumachen.

Kritisch linke Theoriebildner versuchen unter Zuhilfenahme von ideologiekritischen/ethnografischen bzw. psychoanalytischen Erkenntnissen „Jugendunruhe“ zu erfassen, um zu erklären.¹ Oskar Negt geht sogar soweit, anzunehmen, in Anlehnung an Thomas Ziehe, „daß die Veränderungsgeschwindigkeit der Generationenfolge rapide zugenommen hat, so daß die heute 20jährigen schon Schwierigkeiten haben, die 25jährigen zu begreifen“ sich dies auch in der Veränderungsgeschwindigkeit der Gesamtgesellschaft auswirkt und wir insgesamt von einer „Erosionskrise“ sprechen können, die die „Zellenformen der Subjekte und der gesellschaftlichen Institutionen erfaßt hat.“²

Die gesellschaftlichen Institutionen sind erfaßt worden. Wenn auch sichtbar nur in-

sofern, daß sie beginnen, sich mit dem „Problem“ Jugend zu beschäftigen.

Den Berichten der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen, „Thesen zu den Jugendunruhen“ und „Stichworte zum Dialog mit der Jugend“ folgten in Westdeutschland die Studien des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, „Zur alternativen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland“ und „Jugend in der Bundesrepublik – Aufbruch oder Verweigerung“ die im Auftrag des NRW Sozialministers Farthmann durchgeführte Infos Studie „Jugend und Gesellschaft“ der im April letzten Jahres vorgelegte Zwischenbericht der Bundestagsenquetekommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ und der jetzt von derselben Kommission vorgelegte Abschlußbericht.

Letztere Studie versucht, alle bisherigen Berichte als Material zu verarbeiten, so daß sich eine intensivere Auseinandersetzung mit diesem Bericht geradezu aufdrängt.

Probleme ohne Subjekt

„Mich hat beeindruckt“, so Horst Ehmke in der Debatte über den Kommissionsbericht im Deutschen Bundestag, „daß der vorliegende Zwischenbericht in der Analyse wie auch in den Lösungsvorschlägen von den Mitgliedern der Kommission einstimmig formuliert worden ist. Eine solche Solidarität gegenüber den Problemen ist eine

gute Chance für dieses Parlament.“³ Horst Ehmke bewegte sich exakt auf dem von den Kommissionsmitgliedern vorgeschriebenen Terrain. Die Kommission erhofft sich, so ist dem Zwischenbericht zu entnehmen, „eine breite Diskussion der angesprochenen Probleme“⁴ In den Augen der Kommission hat sich diese Hoffnung erfüllt, wenn sie in ihrem Abschlußbericht schreibt: „Die Reaktionen der Öffentlichkeit und die Ergebnisse der Kommission können die Annahme bestätigen, daß die Kommission einen Beitrag dazu geleistet hat, die Kluft zwischen Staat, Gesellschaft und Protestjugend zu überwinden und Verständnis für die Positionen und Belange auf beiden Seiten zu erzeugen und zu vertiefen.“⁵ Selbstbeweihräucherung im großen Stil. Mit keinem Wort wird auf die kritischen Kommentare, die zu dem Zwischenbericht reichlich zu lesen sind, eingegangen.⁶

Sachlich steril wird Einigkeit gegenüber den Problemen apostrophiert, Solidarität mit der Problemverdinglichung bekundet. Die Träger dieser Probleme, die jugendlichen Subjekte, bleiben sekundäre Instanz, werden lediglich objekthaft als Problemträger wahrgenommen.⁷ Jugendbewegung/-protest lebt jedoch nicht als Problem an sich. Die einzelnen Subjekte sind es, die die gesellschaftlichen Probleme denken und durchdringen. Schon in ihren Anfangsprämissen wird dies von den etablierten Bundestagsjugendforschern negiert und die Erfassung und Analyse der sozialen-politischen Jugendbewegungen zu einer phänomenologischen Problemerkennung degradiert.

Daß derart vorgegangen der vielzitierte Dialog mit der Jugend nicht zustande

kommt, „da Einsetzung, Auftrag und mögliche Erfolge der Kommission überwiegend skeptisch und kritisch“ (S. 7) aufgenommen werden, ist wenig verwunderlich.

Die hier skizzierte Vorgehensweise der Enquete-Kommission ist nicht zufällig. Zum einen beruht sie auf der realen Unfähigkeit und Unwilligkeit der Politiker und politischer Gremien zum Dialog, der weitergedacht, strukturpolitische Konsequenzen zur Folge hätte, die die etablierten Parteien durchzuführen nicht gewillt sind, zum anderen auf dem Verharren in traditionellen Politikformen, die den Dialog – diesen einmal als ehrliches Vorhaben vorausgesetzt – vorab verhindern. So erlaubt die Abkoppelung der verschiedenen Probleme von den Subjekten die parteipolitische Inbesitznahme eben dieser Probleme. Den Jugendlichen soll die Chance der selbständigen Interessenvertretung entzogen werden.

Jugendprotest im demokratischen Staat – „Erscheinungsformen“, „Gründe“ . .

Die beiden analytischen Hauptteile der Studie befassen sich mit den Erscheinungsformen, Hintergründen und Gründen der neuen Protestbewegung.

Zu Beginn des zweiten Teils stellen die Verfasser der Jugendstudie fest, daß der heutige Jugendprotest keine historischen Wurzeln in der Studentenbewegung der

60er Jahre hat. Nur die Frauenbewegung, so ist der Studie zu entnehmen, zeigt Überschneidungen mit dem Jugendprotest. (S. 8)

Der aktuelle Jugendprotest artikuliert sich aktiv in der Ökologie- Friedens- Dritte-Welt-Bewegung und in der besonderen „Form des friedlichen Protestes“ der „Hinwendung zu alternativen Lebensformen“ (S. 8). Im Vordergrund des Protestes steht die Frage nach „der persönlichen und gesellschaftlichen Zukunft“ (S. 9). Eine gemeinsame politische Stoßrichtung des heutigen Jugendprotestes, so führt die Studie aus, gibt es dabei nicht. Passiver Protest ist vor allem „die Selbstzerstörung durch Alkohol, Drogenmißbrauch, Selbstmorde, Selbstmordversuche und die Flucht in Jugendsekten“ (S. 9). „Hier spielt“ so stellt die Kommission fest, „auch die Persönlichkeit der Betroffenen eine Rolle“ (S. 9)

Nachdem die Kommission den zahlenmäßigen Umfang der Protestbewegung für „schwer einzuschätzen“ (S. 9) erklärt, schreitet sie zur Beschreibung des Komplexes „Engagement von Jugendlichen“ vor. „Zur Wirklichkeit der Jugend in der Bundesrepublik Deutschland gehört aber nach wie vor der große Teil der Jugend, der sich seiner sozialen, gesellschaftlichen Verantwortung bewußt ist und in den Jugendorganisationen aktiv mitarbeitet. Die vielfältigen Angebote der Verbände und Vereine fördern die persönlichen Neigungen und Begabungen junger Menschen und wecken den Sinn für Gemeinschaft.“ (S. 9) Dieses jugendliche Engagement – das wohl nur in den „anerkannten“ Institutionen existiert, denn nur in diesem Zusammenhang verwendet die Kommission den Begriff Engagement – ist sicherlich „Ergebnis einer im demokratischen Sinne gelungenen Sozialisation“ wie „viele (aber eben nicht alle, WT) Formen des friedlichen Protestes auch“ (S. 13). Wenn von einer gelungenen Sozialisation gesprochen werden kann, darf der Hinweis auf die mißlungene Sozialisation nicht fehlen. Sie, die Kommission, „sieht Tendenzen zur Flucht – etwa in Alkohol oder Drogen – sowie Akte der Gewalt und Selbstzerstörung als Zeichen einer mißlungenen Sozialisation an“ (S. 13)

Die Studie kriecht auch im vierten Teil, „Gründe und Hintergründe der neuen Protestbewegung“ an der Oberfläche der Realität entlang. Da ist von Zukunftsangst und Ohnmachtsgefühlen, vom neuen Mangel, der seine Ursache „in der geringen Belastbarkeit heutiger Jugendlicher“ (S. 14) hat, von Ich-Schwäche und selbstsüchtiger Konzentration auf die eigene Person, von Rollenverunsicherung junger Mädchen, von Folgen des Wertwandels und vom neuen Wertbewußtsein und von einer Art „Stein-



Antwort c

Betr.. Einladung an Frau Yvonne Mevius
Bezüglich eurer Einladung an eine von uns Berliner-Besetzer/innen haben wir euch folgendes mitzuteilen:

Wir haben uns köstlich amüsiert. Damit ihr euch die Mühe nicht ganz umsonst gemacht habt, schreiben wir euch, was wir von eurer Kommission halten. Schon mit eurem Thema macht ihr euch lächerlich.

Zum einen gibt es nicht den Jugendprotest und vor allem nicht den demokratischen Staat.

Mag sein, daß es euch Schweißperlen auf die Stirn treibt, wenn wir vor eurer Bürokratie und euren Schlägertrupps (Bullen und BGS) nicht mehr einfach davonrennen. Mag sein, daß es euch schlaflose Nächte bereitet, wenn ihr an euer Jungwählerpotential denkt. Nur ist das nicht unser Problem, unseres ist, wie wir euch von euren Sesseln vertreiben. Sinn und Zweck eurer Expertenrunde ist doch nur die „Protestkrankheit“ zu diagnostizieren und die Mittel zu finden, uns wieder zu integrieren. Das läuft sowieso darauf hinaus, uns in gute und böse Elemente beziehungsweise integrationswillige und kriminelle zu spalten.

Von solchen Alternativen haben wir die Schnauze voll; ihr knastet uns ein und wir sollen euch dabei noch helfen. Mit

Deutschland
hatte seine revolutionären
Studenten im Sturm und
Drang, im Vormärz, und hat
sie heute, mit dem Ziel vor
Augen, in der neuen Republik;
Jugend und Bewegung nach
vorwärts sind darin Synonyme.
Während dieser Zeiten und so
oft sie aktuell sind, ist also
nicht nur physiologisches
Frühlingsgefühl in der Luft,
sondern mehr noch.
Wendezzeiten sind schwül, es
scheint eine Donnerwolke in
ihnen eingesperrt.

Ernst Bloch



**Damit
ihr wißt,
wo's langgeht:**

**Die Jugend könnt ihr nicht
zum Patienten machen,
wenn das System krank ist**

Schöneberger Besetzerrates“ an die Bundestagskommission

der einen Hand ladet ihr uns ein, mit der anderen räumt ihr unsere Häuser

Damit ihr wißt, wo's lang geht: Die Jugend könnt ihr nicht zum Patienten machen, wenn das System krank ist. Massive Kriegsvorbereitung, permanentes Risiko radioaktiver Verseuchung, Ausbeutung der Dritten Welt, Umweltschutz überall, legales Spekulantentum mit unserem Wohnraum, lügende Politiker mäuler, das sind die Symptome der Krankheit, die wir bekämpfen.

Im übrigen verstehen wir nicht, wofür ihr uns eigentlich braucht. Verfassungsschutz und Polizei unterhalten doch ein ganzes Heer von Spitzeln, Provokateuren und sonstigen Asozialen, die inzwischen bestimmt über jede beliebige Information über uns verfügen. Wendet euch an die entsprechenden Büros und Computer einschlägig bekannter Organisationen und ihr bekommt das, was ihr braucht, kostenlos. Ebenso sind bei zahlreichen Heimsuchungen durch die grünen Hor den unter Führung speziell dafür ausgebildeter Rechtsverdreher (sog. Staatsanwälte) sicherlich etliche Exemplare unserer Schriften und Publikationen beschlagnahmt worden. Fragt doch mal, ob ihr auch ein paar bekommt, ansonsten sind sie auch auf dem freien Büchermarkt erhältlich.

Wenn ihr tatsächlich bis hierhin gelesen habt, dürfte euch klar sein, daß wir zu eurer Patientenbefragung keine/n hinschicken, schon gar nicht eine einzelne Person, unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Folgende Möglichkeiten bleiben euch noch:

- Zur Öffentlichen Anhörung am 30. 11 1981 im Bundestag ladet ihr eine von uns zu benennende Delegation von ca. 150 Personen ein, darunter zahlreiche Gefangene, und ihr reserviert uns ein Flugzeug, Unterkunft und Verpflegung (sollte das im Zuge der Sparmaßnahmen des Bundeshaushalts nicht möglich sein, so reichen auch 10 Flugtickets und der Rest kommt per Stop).

- ihr garantiert öffentliches Rederecht im Bundestag
- keine Redezeitbegrenzung
- wir reden, ihr habt zuzuhören
- nach Vollendung dieses Dialogs freies Abzugsgelände nach Berlin-West
- ansonsten habt ihr jederzeit die Möglichkeit, uns in unseren Häusern zu besuchen, und könnt euch anhören, was wir euch zu sagen haben. Wir garantieren Behandlung gemäß den Statuten der Genfer Konferenz und freies Rückzugsgelände in die Bundeshauptstadt.

*Mit verständnisvollen Grüßen
der Schöneberger Besetzerrat*

bruchmentalität gegenüber dem Staat“ die Rede. (S. 19)

Die Kommission sieht und betont, daß „das Handeln des Staates eher als Knebelung und nicht als Grundlage eigener Selbstständigkeit“ (S. 19) von den Jugendlichen empfunden wird. Dies verfestigt „sich bei Jugendlichen in dem Maße, in dem sie erfahren, daß ihre Anregungen, ihr Protest, ihr Streben nach Mitwirkung vom politischen System nicht zur Kenntnis genommen oder abgelehnt wird.“ (S. 19) Leiten jedoch Jugendliche, nachdem sie zum xten Male die Schranken staatlicher Bürokratie erfahren haben, aus ihren Frustrationen heraus das Prinzip „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“ ab, so zeigt sich in dieser „Gewaltbereitschaft“ ein „Verlust an politischer Kultur“ „Die Kommission ist der Auffassung, daß in der Bundesrepublik Deutschland als einer Demokratie allein der Staat berechtigt ist, Gewalt auszuüben und damit über das Gewaltmonopol zum Schutz für die Schwächeren und als Garantie für ein friedliches Zusammenleben aller Bürger verfügt.“ (S. 20) Fragt sich, wer im Einzelfall den Schwächeren ausmacht, wer überhaupt der Schwächere ist und wer da vor wem geschützt werden muß!

Solcherart aneinandergereihte, in Erzählform repräsentierte Anhäufung von Hintergründen und Bewertungen ist wenig geeignet, die komplexe und differenzierte Physiognomie jugendlichen Protestes zu erklären. Weder die objektiven noch die subjektiven Beweggründe jugendpolitischer Stil- und Protestbildung werden in der Studie deutlich herausgearbeitet.

In dem Abschnitt „Veränderung der Familie“ wird zwar auf die „Ich-Schwäche und eine selbstsüchtige Konzentration auf die eigene Person, die als Narzißmus bezeichnet wird“ (S. 15) verwiesen, aber nicht erklärt, welche Faktoren diese „Ich-Schwäche“ bedingen. So wird die Frage, ob nicht diese jugendliche „Selbstfindung“ als „historischer Prozeß der Verinnerlichung äußerer Sanktions- und Unterdrückungsmechanismen“⁸ stattfindet, bis hin zur Selbstunterdrückung, elegant umschifft. Eine Untersuchungspraxis entlang dieser Frage würde Antworten über das jugendliche Selbst, seine Protestformen und die gesellschaftlichen Ursachen dieses Widerstandes offenlegen. Jugendprotest wäre dann nicht mehr lapidar und nichtssagend Folge eines „Wertwandels“ angesiedelt im Spannungsfeld zwischen hedonistischem und postmaterialistischem Wertmuster

Die gesellschaftliche und individuelle Neuorientierung Jugendlicher ist eine mögliche Form persönlicher Selbststabilisierung. „Durch das institutionelle Arrange

ment der Schule (Gleiches trifft auch auf andere Institutionen und Kommunikationszusammenhänge zu, WT) werden zentrale Wunschqualitäten Jugendlicher nach Nähe, intensiven Beziehungen, Selbsterfahrungsmöglichkeiten, nach noch nicht hierarchisierten, autonomen Zuständen von Geborgenheit und Sicherheit vermittelnden Räumen und Situationen ausgegrenzt.⁹ Selbstverwirklichung erscheint so häufig nur noch durch neues Arrangement der Realität möglich.¹⁰

Jugendlicher Protest ist so als ein „Versuch subkultureller Selbststabilisierung zu verstehen, als Gegenentwurf zu institutionellen Alltagserfahrungen.“¹¹

Die Mitglieder der Bonner Jugendkommission sehen das Moment der jugendlichen Subjekt„werdung“ durch und mit den Protestbewegungen nicht. Sie negieren, daß in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft

vorschläge“ ein getarntes Allparteiprogramm zur Reintegration der „ausgestiegenen“ Jugend. Es ist die Rede von Verdeutlichen, Ernst nehmen, Ansprechen, Verstehen, von kritischer Überprüfung, von partnerschaftlichen Verhältnissen, von eventuell zu ergreifenden Maßnahmen und von offenen und lebendigen Debatten. Existierende gesellschaftliche Verhältnisse bleiben befreit von diesen Lösungsvorschlägen, an eine Veränderung bestehender Strukturen wird nicht gedacht.

Jugendarbeitslosigkeit führt zur Resignation und Apathie, so die Feststellung der Kommission. Darum: „Arbeit, mit der man (es scheint, daß Frauen ein gesondertes Problem darstellen) sich identifizieren kann“ (S. 22), muß her, damit Jugendliche nicht in die Gefahr geraten, „ihr Leben als sinnlos anzusehen“ (ebenda). Durch entfremdete Arbeit soll mehr Lebensinn er

1973 seinen ersten Diskussionsentwurf vor weitere folgten. Bei der Jugendenquete-Kommission liest sich diese Entwicklung dann so: das Jugendwohlfahrtsgesetz hat sich bewährt (warum wurde dann 1970 die Abschaffung diskutiert?), aber trotzdem „fordert die Kommission langfristig eine Reform des Jugendhilferechts, um die Jugendförderung den sich geänderten Anforderungen anzupassen.“ (S. 35)

„Unsere Sicherheitspolitik beruht“ so die fachmännische Feststellung der Jugendanalytanten“ auf der Verteidigungsfähigkeit, auf dem Verteidigungswillen und der Entspannungsbereitschaft“ (S. 35). Diese Ausgangsfeststellung leitet die neun Spalten umfassende verteidigungspolitische Debatte des Jugendberichtes ein. Ausklang findet dieses Scheingefecht in der lapidaren Aussage, daß die Kontroversen in den Parteien auszutragen sind.

Da kann es doch nur noch eben diese Parteimitglieder verwundern, daß das „Gefühl der Ohnmacht, der Hoffnungslosigkeit aber auch der Wut oder der Ausstieg aus unserer Gesellschaft“ breite Teile der Protestbewegung prägen (S. 41).



Jugendliche beginnen, ideologische und kulturelle Selbständigkeit zu entfalten, sich in den Nischen, Lücken und Bruchstellen der dominanten Kultur Luft verschaffen und Neues installieren.

.. und Lösungsvorschläge

Ist der Analyseteil des Enquete-Berichtes schlechte Aneignung der schon vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen zur Jugendbewegung, so ist der Teil „Lösungs-

langt werden.¹² Welch glorreiche Zeiten stehen der Jugend bevor wenn dieser Lebensinn z.B., wie die Mehrheit der Kommission befindet, durch eine flexiblere Gestaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes erreicht werden soll (S. 24).

1970 berief die damalige Bundesministerin Käthe Strobel eine Sachverständigenkommission Jugendhilferechtsreform ein. Aufgabe der Kommission war die Vorbereitung eines neuen Jugendhilfegesetzes, das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz von 1922, 1962 zum letzten Mal novelliert, solle endgültig abgelöst werden. Der Ausschuß legte

Dem vielzitierten und medienwirksamen Anspruch, „den Dialog mit der Jugend“ aufzunehmen bzw zu intensivieren, kommt der Enquetebericht nicht näher Auch mit und nach diesem Bericht trifft die von der Kommission getroffene Feststellung weiter zu, „daß der von den Politikern und Parteien schließlich mit großem Aufwand inszenierte Dialog mit der Jugend“ bei den betroffenen „Jugendlichen eher Mißtrauen erregt“ und die Politiker statt an dem scheinheilig angebotenen Dialog nur an einem „medienwirksamen Monolog interessiert seien“ (S. 21). Die gedruckten 90000 Exemplare des Zwischenberichtes wurden wohl, wenn überhaupt, in der pädagogischen Fachöffentlichkeit diskutiert. Der Wunsch von Gerhard Schröder (Mitglied der Kommission), „wir wollen als die wichtigste Gruppe natürlich die Jugendlichen selber ansprechen, weil die sich auseinandersetzen sollen mit dem, was wir geschrieben haben“¹³ dürfte ohne Wirkung geblieben sein.

Restümierend einige Anmerkungen zu den in der Studie angedeuteten Konsequenzen im Feld der politisch-ideologischen Argumentation.

1. Auftrag, Durchführung und inhaltliche Akzentuierung deuten an, daß in Zukunft noch stärker zwischen politischen und anderen Jugendbewegungen differenziert wird.



2. In Zukunft wird noch deutlichere Unterscheidung zwischen „integrierbaren“ und „nicht mehr integrierbaren“ Jugend„protestlern“ praktiziert werden. Alle „nicht gewalttätigen Jugendlichen“ sind potentielle Objekte einer noch möglichen Systemintegration. Den anderen wird mit Kriminalisierung begegnet.

3. Um eine Verbreiterung der politischen Jugendbewegungen zu verhindern, um die Reintegration der jetzt schon Ausgebrochenen zu erreichen, setzen die Studienverfasser auf Problemraub und -okkupation. Wie erfolgreich derartige ideologische Methoden wirken, hat uns der deutsche Faschismus gezeigt. Er stahl der sozialdemokratischen und insbesondere der kommunistischen Bewegung Symbole und Theoriefragmente, formte sie um und repräsentierte diese dann, massenwirksamer als deren alte Träger im neuen Gewand. Die CDU-Friedensdemonstration vom 7.6. letzten Jahres ist offensichtlich ein Beispiel eines solchen Vorstoßes. „Wenn zwei dasselbe tun, tun sie nicht dasselbe. Wie gar wenn der eine des andern Tun nachahmt, um zu betrügen.“¹⁴

4. In der Zeit der konjunkturellen Blüte bestand der Integrationsaspekt staatlicher Jugendpolitik in Bereitstellung materieller Ressourcen. Staat und Kommunen überließen die Integrationsarbeit professionellen Jugendarbeitern, die, selber permanent sanktioniert und von Repressionen bedroht, die partiell „ausbrechende Jugend“ „heim zu holen hatten“

Heute, nach dem teilweisen Scheitern dieses Konzeptes und im Rahmen der auf Kosten der Sozialpolitik durchgezogenen haushaltspolitischen Umverteilungen, beginnt staatliche Jugendpolitik an andere In-

tegrationsmöglichkeiten zu denken. Die Integration „durch materielle Intervention“ erfährt Ablösung durch das Modell der „direkt ideologischen Intervention“

Die Jugendstudie deutet eine solche Neuorientierung staatlicher Reintegrationspolitik an.

Die Jugendbewegungen können dieser Reintegrationsgefahr nur mit Durchdringung der ideologischen Einkesselungsversuche begegnen. Hiermit ist nicht nur die theoretische Durchdringung und Erfassung herrschender Kulturideologie gemeint, sondern ebenso die gelebte Ideologiekritik, die breit gesehen viel intensiver tradierte Kultur und Ideologieformen hinterfragt.

1 Vgl. dazu die Untersuchungen von P. Willis: Späß am Widerstand, Frankfurt 1979; J. Zinnecker: Jugendliche Subkulturen, in: Zeitschrift für Pädagogik 3/81; Shell-Studie „Jugend 81“ W. Hollstein: Unser Jugend, Weinheim 1982; (und einige mehr)

2 Oskar Negt u.a., in: Ästhetik & Kommunikation Sonderband „Was ist heute noch links“ Berlin 1981, S. 185

3 Horst Ehmke, zitiert nach FR vom 8.7.1982

4 Zwischenbericht der Enquete-Kommission zum Jugendprotest, S. 4

5 Bericht der Enquete-Kommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ S. 7: nachfolgend beziehen sich die Seitenangaben im Text immer auf diesen Bericht (Drucksache 9/2390 des Deutschen Bundestages).

6 Z.B. die Gegenstudie der Projektgruppe des Berliner Zentralinstituts für wissenschaftliche Forschung, abgedruckt in der FR v. 25.8.1982

7 Ungewollt unterstreicht Gerhard Schröder diese Aussage in seinem *Neue-Interview* vom 25.6.1982. „Wir haben nämlich auch festgestellt, daß diejenigen, die protestieren, vielleicht eine Minderheit sind. Die Probleme, weswegen demonstriert wird, aber längst nicht nur die Probleme der Minderheit in der Gesellschaft, sondern es sind die Probleme der Mehrheit der Gesellschaft Voraussetzung dafür ist nach meiner festen Überzeugung, daß in dem genannten Themenbereich auch etwas geschieht, und zwar nachvollziehbar für die Jugendlichen geschieht.“

8 A. Bietau u.a.: Zur Selbstkrise Jugendlicher in Schule und Subkultur, in: Zeitschrift für Pädagogik 3 1981

9 ebenda

10 Die jugendlichen Subkulturen betätigen sich als Bastler, die alltägliche, historisch an einer bestimmten Stelle der gesellschaftlichen Ordnung plazierte Gegenstände, an anderer Stelle neu verwenden. Gegenstände und Symbole erfahren so eine neue Zuordnung, die nicht-identisch ist mit dem gesellschaftlich „Normalen“ und Gebräuchlichen. Alltägliche Objekte werden so, vom Standpunkt des „Normalen“ aus betrachtet, ihrem eigentlichen Zweck entfremdet, sie werden kombiniert mit anderen und verlieren so ihre ursprüngliche Bedeutung, um je doch sogleich eine neue zu erfahren. Gegenstände und Symbole wirken so deplaziert für die Einen und erst richtig plaziert für die Andren.

Objekte, die für die Neuplazierung tauglich sind, werden von den Jugendlichen aus dem Geflecht des Bestehenden selektiert. Dieser selektive Aneignungs- und Umformungsprozeß bestimmter symbolischer Objekte orientiert sich an der Möglichkeit, „sich selbst“ als jugendliche Gruppe in den Gegenständen wiederzuerkennen.

Diese, von der CCCS-Schule entwickelte Stil-schöpfungsstruktur läßt sich, mit einigen Abstrichen bzw. Zusätzen, auch auf die politischen Jugendbewegungen übertragen. (Vgl. dazu unter anderem Paul Willis, a.a.O.)

11 A. Brietau u.a., a.a.O.

12 Ein widersinniges Konstrukt, dem schon Marx in seinem Exerpt „Auszüge aus Mills „Eléments d'économie politique“ zu entgegenen wußte:

„Betrachten wir die verschiedenen Momente, wie sie in der Unterstellung erscheinen: Meine Arbeit wäre *freie Lebensäußerung*, daher *Genuß des Lebens*. Unter der Voraussetzung des Privateigentums ist sie *Lebensentäußerung*, denn ich arbeite, um zu *leben*, um mir ein *Mittel* des Lebens zu verschaffen. Mein Arbeiten ist *nicht* Leben. Zweitens: In der Arbeit wäre daher die *Eigentümlichkeit* meiner Individualität, weil mein *individuelles* Leben bejaht. Die Arbeit wäre also *wahres, tätiges Eigentum*. Unter der Voraussetzung des Privateigentums ist meine Individualität bis zu dem Punkte entäußert, daß diese *Tätigkeit* mir *verhaßt*, eine *Qual* und vielmehr nur dem *Schein* einer Tätigkeit, darum auch eine nur *erzwungene* Tätigkeit und nur durch eine *äußerliche* zufällige Not, *nicht* durch eine *innere notwendige* Not mir auferlegt ist“ in: MEW Ergänzungsband 1, S. 463.

13 Gerhard Schröder, a.a.O.

14 Ernst Bloch: Erbschaft dieser Zeit, (Suhrkamp), 1977 S. 70

Je nach Interesse ist 1983 für manche das „Richard Wagner Jahr“ „Luther Jahr“ oder „Karl-Marx-Jahr“ Man mag zu Gedenk und Jubiläumsveröffentlichungen stehen wie man will, und gute Bücher werden nicht für solche Anlässe geschrieben, aber einen Überblick oder Einblick in die gegenwärtige Wirkung geben die Veröffentlichungen zum 50., 100., 150. etc Jahrestag meist doch.

Gemessen an den aktuellen Veröffentlichungen ist Karl Marx gegenüber seinen „Mitkonkurrenten“ glatt ins Hintertreffen gelangt. Die meisten renommierten Verlage, die vor einem Jahrzehnt noch fast alles aufschlapperten und auf den Markt brachten, was mit Marx zu tun hatte, übergehen den 100. Todestag, ganz im Gegensatz zu den Jubilaren Wagner und Luther

Bei Suhrkamp ist eine geringfügig erweiterte zweibändige Taschenbuchausgabe der „Geschichte des Marxismus“ des jugoslawischen Marxisten Predrag Vranicki erschienen. So weit ich es sehen kann, ist es die beste deutschsprachige Gesamtdarstellung der marxistischen Theorie von ihren Gründern bis in die Gegenwart, die jetzt in einer erschwinglichen Neuausgabe vorliegt (stw 406, 32,00 DM).

Von Iring Fetscher ist, auch als verbilligte Paperback-Ausgabe, eine Neuauflage seines Buches „Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten“ herauskommen (Serie Piper 296, 24,80 DM). Im H.C. Beck Verlag ist die Veröffentlichung einer Untersuchung von S.P. Praver über „Marx und die Weltliteratur“ angekündigt (390 Seiten, 68,00 DM) und von Walter Euchner den verschiedenen älteren Darstellungen von Marx' Leben und Werk eine weitere hinzugefügt worden (BSR 505, 16,80 DM). dtv hat eine vierbändige Kasette des Briefwechsels von Marx und Engels herausgebracht (div 5991 48,00 DM).

Bis auf die drei Sammelbände, auf die im folgenden näher eingegangen werden soll, sind dies meiner Übersicht nach die westdeutschen Neuveröffentlichungen anlässlich des „Marx-Jahres“

Bei den drei Sammelbänden handelt es sich um.

- Aktualisierung Marx' Berlin (Argument Sonderband 100) 1983 (205 Seiten, 16,80 DM)
- Marx heute – Pro und contra, hrsg. v. Ossip K. Flechtheim, Hamburg (Hoffman und Campe) 1983 (336 Seiten, 18,00 DM)
- IMSF (Hrsg.): „einen großen Hebel der Geschichte“ Zum 100. Todestag von Karl Marx: Aktualität und Wirkung seines Werkes, Frankfurt (Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF Sonderband 1/1982), 1982 (377 Seiten, 30,00 DM)

Von der groben Fragestellung her geht es

Marx — pro und contra, Aktualität, Aktualisierung

Einige Bücher anlässlich des 100. Todestages von Karl Marx

bei allen drei Bänden um die Bedeutung der Marx'schen und marxistischen Theorie und Praxis für die Gegenwart. Die Akzentuierung der Fragestellung sind unterschiedlich: bei dem Band, der gemeinsam von den Redaktionen der Zeitschriften *Argument*, *Prokla* und *spw* herausgegeben wurde, geht es um die „Aktualisierung“; bei Flechtheim um das „Pro und contra“ und bei dem IMSF-Band fehlen „Aktualisierung“ und „Contra“ und geht es von der Themastellung um den Nachweis der „Aktualität und Wirkung“ Vielleicht ist diese erste Unterscheidung nach der Aufgabenstellung im Titel zu spitzfindig. Der Inhalt wirds weisen.

Vom Anspruch, der Vorgehensweise und den Autoren schien mir der „Aktualisierungs-Band“ der Interessanteste. Der Anspruch. „Wir wollen keine Gedenk oder Festschrift, auch keine bloße Versicherung, daß Marx aktuell sei. Sondern wir wollen im Rahmen der Wirkungsgeschichte dieses Werkes unsere Marx-Rezeption weiterentwickeln. Es geht uns also um eine kritische Neulektüre von Marx, im Lichte der heutigen Probleme, (um) zur Brauchbarkeit des Marx'schen Werkes für Analyse und Strategiefindung beizutragen.“

Das Vorgehen. Das Buch entstand aus der Zusammenarbeit dreier marxistischer Zeitschriften, die in unterschiedlichem Umfang, teilweise auch ziemlich konträr wichtige Beiträge für die Entwicklung der marxistischen Theorie und sozialistische Praxis geliefert haben. (Wenn von einem neuen Diskussionsprozeß innerhalb der Linken die Rede ist, dann gehört dieses Projekt dazu.) Die Autoren sind jene, die die drei Zeitschriften prägen. von der *Prokla* Altvater und F.O. Wolf sowie, in Parthese, J. Hirsch; von *spw* D. Albers und die *Argument*-Autoren, die die Mehrzahl bilden u.a. Frigga und W.F. Haug, Holzkamp, Tjaden, M. Jäger und F. Deppe.

Meine Erwartungen an den Band, geprägt durch den Anspruch, wurden aber nur zu einem geringeren Teil erfüllt. Viele neue Impulse für die Diskussion werden vermutlich von dem Band nicht ausgehen. Vielfach handelt es sich bei den Beiträgen um „Bestandsaufnahmen“ von dem was andernorts und früher von den Autoren schon geschrieben wurde. Etwa der Beitrag von J. Hirsch geht kaum über eine Zusammenfassung der Grundaussagen seines Buches „Der Sicherheitsstaat“ hinaus. Oder die Artikel geben eine Zusammenfassung einzelner Aspekte der Marx'schen Theorie, wie etwa Altvater zum „Krisenbegriff in der Politischen Ökonomie“ In einigen Beiträgen wird implizit und bei Holzkamp explizit gegen die Fragestellung „Aktualisierung“ Stellung bezogen. Holzkamp sieht in der gegenwärtigen Diskussion um die „Krise des Marxismus“ nur den Ausdruck des „Nachgebens“ der (intellektuellen) Köpfe gegenüber der „Unmittelbarkeit“ und dem Druck der Herrschenden. Für ihn ist *dem* Marxismus nichts wesentliches hinzuzufügen und von mehreren *Marxismen* zu sprechen schon Ausdruck des Relativismus und der Beliebigkeit. Folglich verteidigt er auch das Generalverdikt des Revisionismusvorwurfs, der dann als Bannstrahl auf alle neuen Diskussionen geschleudert wird. W.F. Haugs Beitrag über „Krise oder Dialektik des Marxismus“ kennzeichnet die Gegenposition, wo in der Auseinandersetzung mit dem Marxismusverständnis in der SU/DDR/DKP und mit Kritiken von Gorz und Laclau ein „plurizentristischer“ Marxismus vertreten wird.

Positive, weitertreibende Ansätze sehe ich vor allem in dem Beitrag von Michael Jäger „Kommunismus kommt von kommunal“ der versucht, eine klassentheoretische Fundierung des politischen Dezentralismus bei Marx aufzuzeigen, wo die „Zerbrechung der Staatsmaschinerie“ vor allem

über die Kommunalisierung und dabei die Überwindung der Trennung von Politik und Ökonomie geschieht. Bei einer weiteren Auseinandersetzung mit diesem Ansatz müßte man sich vor allem auch mit der m.E. falschen Rezeption von Lenins Staatsauffassung durch Jäger auseinandersetzen, in der er das Gegenteil der Marxschen Vorstellungen sieht. Ähnlich von der Problemstellung, allerdings weiter ausholend und damit globaler ist der Beitrag von Frieder O Wolf, der die Bedingungen für das Absterben des Staates als Problem der Kritik der politischen Ökonomie, der Kritik der Produktivkraftentwicklung und der Kritik der politisch-ideologischen Machtapparate untersucht.

Der von Ossip K. Flechtheim herausgegebene Band ist durch die dort vertretenen Autoren „breiter“ angelegt, eben „Pro und contra“

Die Reihe der prominenten Marxisten und „Marxkenner“ umfaßt Leute wie Lucio Lombardo Radice und Ernest Mandel, Leo Kofler und Hermann Weber, Svetozar Stojanović und Jiri Kosta, Peter Oertzen und Richard Löwenthal. Die Bandbreite der Auffassungen reicht von zum Teil engagierten und lesenswerten, aber wenig theoretische Impulse vermittelnden Bekenntnissen etwa der Gestalt „was einem Marx gebracht hat und bedeutet“ bei Gollwitzer und H. Brandt bis zu Artikeln aus der Schlüsseloch-Perspektive über „Marx und

die Frauen“ (H. Hirsch) und vehementen Zerrissen der „konservativen Grundstrukturen“ des Marxismus bei F. Vilmar. Für Fritz Vilmar ist der Marxismus mit seiner „konservativen Denkstruktur“ und seinen „kontraproduktiven politischen Auswirkungen“ letztlich sogar Schuld am Scheitern der sozialdemokratischen Reformpolitik und dem „Überwechseln Unzähliger ins konservative Lager“

Zwischen diesen Polen findet sich z.B. die interessierte Einschätzung von Löwenthal, daß Marx uns nichts mehr zu sagen hat, eine nützliche Darstellung über den Zusammenhang von wissenschaftlicher Analyse, politischer Praxis und emanzipatorischem Interesse (E. Mandel) und einige sinnvolle themenorientierte Untersuchungen, etwa zur Bewußtseinsanthropologie (L. Kofler) und die Einschätzung der Freiheitsrechte (J. Seifert) bei Marx.

Viel wird man allerdings in dem Band nicht nachschlagen müssen bei der Diskussion über marxistische Theorie und Praxis, es sei denn, man sucht die Positionsbestimmung einzelner Persönlichkeiten.

Finden sich im *Argument*-Sonderband ein Teil der gegenwärtigen innermarxistischen Diskussion und in dem Flechtheim-Band ein Querschnitt der politischen und theoretischen Kontroversen in den Gesellschaftswissenschaften über Marx und den Marxismus, so spiegelt sich im dritten Sam-

melband das Gegenteil einer solchen Breite, denn er umfaßt nur Autoren aus der DKP und ihrem Umkreis sowie je einen Autor aus der Sowjetunion und Frankreich.

Als theoretische Leitlinie ist dem Band, neben Aussagen von Engels und Luxemburg über Marx, die Aussage von Lenin vorangestellt: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung“

Diese falsche Charakterisierung Lenins von der Bedeutung des Marxschen Werkes und in seiner Theorie und Praxis hat sich Lenin ganz und gar nicht so „religiös“ und „dogmatisch“ verhalten – muß wie zuvor schon häufig für eine Kanonisierung Marxens im Interesse der Parteipolitik herhalten.

H. Jung und J. Schleifstein („Die materialistische Geschichtsauffassung und der Charakter unsere Epoche“) machen zwar einige verbale Zugeständnisse an die gegenwärtige Diskussion, um dann aber die politischen Positionen und die Praxis der Sowjetunion und der von ihr beherrschten Länder mit einigen theoretischen Begründungen zu rechtfertigen. In ihrem Beitrag sind etwa die gegenwärtige Unterdrückung in Polen, wie auch 1968 in der CSSR oder 1956 in Ungarn; der „Zwang“ zu Rüstungsausgaben, die geringe Produktivkraftentwicklung in den osteuropäischen Ländern Ausdruck des weltweiten Kampfes des Imperialismus gegen den Sozialismus, wie er angeblich von Marx, Engels und Lenin gedacht war. Herbert Mies, als Vorsitzender der DKP rechnet in seinem Beitrag über „die Aktualität der Marxschen Lehre von der Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei“ mit der verräterischen Sozialdemokratie ab, beteuert die revolutionäre Rolle und das Gewicht der DKP im politischen Leben der Bundesrepublik und warnt mit Breschnew-Worten davor daß niemand mit „Nachsicht rechnen darf, wenn es sich um die Ehre und die Autorität unserer Partei, um die Reinheit ihrer Reihen handelt“

Diese ersten beiden Beiträge machen schon deutlich, worauf es in dem Band ankommt, auf die Begründung und Verteidigung der Politik der DKP und der Sowjetunion, und dazu findet sich im „Steinbruch“ Marx oder Lenin immer ein passendes Zitat. Die meisten Beiträge, die sich mit politischen Fragen der Gegenwart beschäftigen, sind ähnlich, wenn vielleicht auch nicht ganz so krass, wie die von Jung/Schleifstein und Mies, etwa die Beiträge von P.P. Lopata über die „marxistische Theorie der kommunistischen Formation und die Konzeption der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ oder von L. Peter



Das Engelmann-Syndrom

über „antiindustrialistische Technikkritik und Marxismus“

Eine ermüdende Langeweile zieht sich durch die meisten Artikel, ermüdend, weil Falsches auch immer wieder aufgewärmt nicht besser schmeckt und auch nicht „richtiger“ wird.

Es gibt Ausnahmen: Etwa der Beitrag von F Deppe, der weitgehend werkimment sich mit der Herausbildung und Entwicklung der politischen Theorie bei Marx beschäftigt und dabei auf einige Kritikpunkte an der politischen Theorie des Marxismus eingeht; einige der Interpretationen von Einzelthemen bei Marx, etwa J Teixers Artikel zu Methodenfragen in den „Grundrissen“ und da, wo in zwei Beiträgen sich intensiver mit anderen Positionen und Auffassungen auseinandergesetzt wird. Hierbei handelt es sich um die Auseinandersetzung von Metscher/Steigerwald mit dem Ideologieverständnis aus dem Umkreis der Zeitschrift *Argument* (PIT), wo gegen die Theorie von der Ideologie als notwendig falschem Bewußtsein (PIT) der von Lenin entwickelte „positive“ Ideologiebegriff gestellt wird und Problemstellungen für die Diskussion über Ideologie und Wissenschaft formuliert werden. Und es handelt sich dabei um die Kritik von Kaspar Maase am Kulturbegriff, wie ihn die SOST und W.F Haug entwickelt haben.

Auf die unterschiedlichen Positionen kann auch hier nicht eingegangen werden, aber bei den beiden Artikeln hatte ich wenigstens den Eindruck, daß nicht denunziert und gerechtfertigt, sondern diskutiert wird, daß sich mit anderen Positionen auseinandergesetzt und argumentiert wird, was man in dem Band sonst meist vergeblich sucht. Theoretische Diskussionsanstöße habe ich in dem Band, mit den genannten Ausnahmen keine gefunden, und wegen den wenigen „loht“ er sich auch nicht zu kaufen (zumal Argumente von Metscher gegen Haug und PIT im *Argument* 137 nachlesbar sind). Im wesentlichen ist der Band wie der von Flechtheim auch nur eine Positionsbestimmung, eben der des DKP orientierten Marxverständnisses.

Die verschiedenen Akzentuierungen in den Titeln bzw Untertiteln haben schon recht gut den Charakter der Bände getroffen. Gerade in Anbetracht des letzten Sammelbandes, wie aber auch der meisten Beiträge des als zweiten besprochenen und einiger Artikel des *Argument*-Bandes wäre es besser statt über Aktualität, Wirkung, Pro und contra zu rasonieren, sich zum einen auf die Analyse der „unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“ zu konzentrieren und zum anderen, und in Zusammenhang damit, Marx und Engels (wieder) zu lesen. *Bernd Wagner*

Auf dem jüngsten Kongreß des „Verbandes deutscher Schriftsteller“ VS, hatten die Delegierten keine Motivation, das 10jährige Bestehen ihrer Gewerkschaft zu feiern. Zwar konnten sie einige Erfolge in Sachen rechtlichem und finanziellem Schutz der Schriftsteller verbuchen, aber die aktuelle Situation im VS läßt diese Fortschritte wieder verblassen.

Im letzten und auch in diesem Jahr mußte der VS eine ganze Reihe von Ausritten prominenter Schriftsteller – dar unter vieler aus der DDR vertriebener – ertragen. Ausschlaggebend dafür war die „Friedenspolitik“ des Vorstandes. Vorstand ist vielleicht schon übertrieben. Initialzünder ist Bernd Engelmann, der alte und neue Vorsitzende des VS.

Für seine „Friedensinitiative“ sprich Gespräche und Konferenzen zwischen Schriftstellern in Ost und West, war ihm in der Vergangenheit jedes Mittel recht. Maulkorbpolitik gegenüber dem Kriegsrecht in Polen, der Unterdrückung der Friedensbewegung in der DDR, ja selbst Anwürfe von Stephan Hermlin aus der DDR gegen Schriftsteller (gemeint waren Zwerenz und Kunze) – sie seien „mehr Fälscher und Provokateure“ wurden keineswegs zurückgewiesen, sondern ver harmlost.

Engelmann ist ein Schriftsteller der in der Aufdeckung brauner Vergangenheit, der Darstellung von Kontinuität der Herrschaft des Kapitals und der Geschichtsschreibung von unten einiges getan hat. Aber darüber vergißt er manches andere. Ob „Großes Bundesverdienstkreuz“ „Die Macht am Rhein“ „Einig gegen Recht und Freiheit“ usw., für ihn gibt es nur ein Deutschlandbild: Im Westen herrschen die Mächtigen.

Dieses Bild – so richtig es ist – wurde nie ergänzt durch die Behandlung des anderen Deutschlands, der DDR. Auffällig insbesondere in seinem „Weißbuch Frieden“, eine dermaßen einseitige Schilderung der Kriegstreiberei allein durch die USA und die Westmächte, daß man denkt, hier schreibt einer für die DKP Parteizentrale.

Bezeichnend auch, wenn er in einem Buch mit dem Titel „Deutsche Radikale von 1777 – 1977“ alle Radikalen jenseits der Elbe „vergißt“ Bei Engelmann gibts nach 1945 nur Kritik der westdeutschen Geschichte. Wie konsequent er das sieht, konnte man erleben, als er noch vor einigen Monaten allen Vorstellungen von „Wiedervereinigung“ der beiden deutschen Staaten eine endgültige Absage erteilte, weil ein solches Ziel in jedem Falle glattem Revanchismus gleichkomme. Stolz präsentiert er Honeckers Aufas-

sung von den zwei deutschen Nationen als die wahre „Entspannungspolitik“ Bernd Engelmanns Weltbild ist ziemlich schlicht: Es gibt Rechte und Aufrechte. Die Rechten sind die Vertreter des westlichen Kapitalismus. Alle übrigen in der Welt sind die Aufrechten. In dieses Schema wurde auch jede Kritik an seiner „Friedenspolitik“ reingeklopft. Originalton Engelmann. „Ohne daß ich dem einzelnen Autor etwas unterstellen will, so ist doch kein Zweifel daran, daß die Kampagne als solche von außen gesteuert ist. Es besteht ein stillschweigendes Einverständnis zwischen den konservativen und auch den liberalen Medien in der BRD, daß man die Friedensbewegung am ehesten spalten kann, indem man die Frage der Menschenrechte gerade bei den Schriftstellern hochspielt, die dafür besonders sensibel sind, um auf diese Weise Friedensgespräche zu verhindern.“ Was sind das doch für Schweine, die die Unterdrückung in der DDR und in anderen Ländern des „realen Sozialismus“ anprangern! Und diese sensiblen Schriftsteller fallen auch noch darauf rein!

Engelmann ist wirklich ein Verdrängungskünstler allererster Güte. Nicht die real vorhandene Unterdrückung auch im Osten ist ihm ein Dorn im Auge, sondern daß Rechte auch noch ihre Finger in die offene Wunde legen. Zur Rettung der Situation bleibt dann nur noch die „Verschwörungskiste“ Ansonsten werden alle Widrigkeiten und Perversionen in staatsmonopolistischen Ländern beiseite gelassen. Wer das nicht tut, ist je nach Stellung: a) „Antikommunist“ b) „Steigbügelhalter des Antikommunismus“ oder c) „nützlicher Idiot“ der „antikommunistischen Rechten“

Nun ist solche Engelmannsche Politik nicht nur ein Affront gegen verschiedenste Kritiker sondern geradezu ein Einfallstor für die Reaktion. Mit einer solchen Position läßt sich nämlich die Linke insgesamt gut diskreditieren. Das einzige, was in einer solchen Atmosphäre gedeihen kann, ist die Grabesruhepolitik der DKP in den Gewerkschaften. Mancher Orts- Kreis- oder Landesverband kommt schon heute einer Ruine gleich, wo jede Politik z.B. in Sachen Frieden, die sich gegen beide Supermächte wendet, mit dem Verdikt, man solle sich nicht der „antikommunistischen Hetze“ hingeben, niedergewalzt wird.

Engelmann – das hat die Vergangenheit bewiesen – gehört nicht gerade zu den „Sensiblen“ Es ist nur zu hoffen, daß die Opposition im VS stark genug ist, um auch die dritte Periode von Engelmann zu überleben. *ma.*

Die Grünen sind in den Bundestag hineingewählt. „Was sollen die Grünen im Parlament?“ ist der Titel eines noch kurz vor den Bundestagswahlen erschienenen Sammelbandes, den Wolfgang Kraushaar herausgegeben hat.¹ Auch wenn sich die taktische Lage für manche vielleicht entspannt darzustellen scheint, nachdem die Grünen auf die Mehrheitsbildung im Bundestag keinen Einfluß nehmen können, ist besagte Titelfrage nicht vom Tisch, zielt sie ja nicht nur auf die Mehrheits- und Regierungsbildung und auch nicht nur auf eine Legislaturperiode.

Die in den letzten Jahren unter den Spontis entwickelte „radikalreformistische Strategie“ in der das Parlament eine zentrale Stelle einnimmt, kann die alten Skrupel und auch Einsichten über Parlamentarismus und Politikastertum nicht vergessen machen. „Kann überhaupt eine Politik der Wachstumsbegrenzung auf parlamentarischem Wege“ umgesetzt werden, wird durch die Parlamentsbeteiligung der Grünen nicht die „Ideologie des Parlamentarismus bis in die Protestbewegung hinein“ getragen? lauten zwei der „kritisch-destruktiven Fragen“ des Herausgebers aus der Frankfurter Sponti-Wählerinitiative. Es sind die alten Fragen, auch wenn es 1967/68 nicht um eine Politik der Wachstumsbegrenzung und die Ökologiebewegung ging.

„Wenn man die *Formproblematik*, das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Parteien einerseits und zwischen Parteien und Parlamenten andererseits verkennt, dann kann sich das insofern rächen, als die Grünen inner oder aber die Protestbewegungen außerparlamentarisch zur Wirkungslosigkeit verdammt werden. Die Grünen dürfen deshalb gerade keine übliche Partei werden, sondern müssen zu einer historisch neuen Form finden, die ganz wesentlich dadurch bestimmt ist, *parlamentarischer Teil der Bewegung* zu sein und auch zu bleiben“ schreibt Kraushaar. Der Bewegung soll ihr Radikalismus bleiben und den Grünen der Reformismus im Parlament, so löst sich dann die radikal-reformistische Problematik als Dialektik von Teil und Ganzem.

Ausgangspunkt des Herausgebers sind die Skrupel, wie die seinerzeitige Analyse der Transformation der Demokratie und die darauf beruhende Ablehnung parlamentarischer Beteiligung mit dem jetzigen Radikalreformismus einer Wählerinitiative unter einen Hut zu bringen seien. Dem geht der Herausgeber auch in einem Interview mit Agnoli nach. Der kennt solche Skrupel weniger. Sein Ziel bleibt der Rätekommunismus, aber wenn die Wahl der Grünen taktisch was bringen kann, soll man sie wählen.

Lektüre nach der Wahl

Drei Bücher über Ziele und Politik der Grünen

Johannes Berger und Norbert Kostedde ziehen in Zweifel, ob das Parlament je die Bedeutungslosigkeit für demokratische Politik hatte, die Agnoli 1967 festgestellt hatte. Auf jeden Fall zeige die Erfahrung, daß parlamentarischer Spielraum auch heute von „fundamentaloppositionellen Gruppen“ genutzt werden könne, „autoritär staatliche Transformationen parlamentarischer Systeme sind reversibel.“ In ihrem Aufsatz versuchen sie zu zeigen, daß eine Opposition, die eben so fundamental sein müsse wie die Krise, in der die westlichen Industriegesellschaften stecken, sich dennoch in Reformpolitik gegenüber Parlament und „Industriesystem“ ausdrücken könne. Sie entwerfen die Skizze einer solchen Reformpolitik als „Zwitter zwischen kurzfristigen und langfristigen Vorstellungen“ was sie „- zumindest zum Themenbestand ‚rot-grüner‘ Parlamentsmehrheiten“ werden lassen könne.

Da das Buch nicht allzu teuer ist und einen gewissen Überblick über Probleme und Auseinandersetzungslinien um grüne Parlamentspolitik gibt, kann man es auch für eine Lektüre nach dem Wahltag empfehlen, u.a. weil sich hier eine quasi-philosophische Begründung der Fundamentalopposition à la Grüne im Römer findet, die das Absurde streift.

Walter Oswalt erklärt: „Die Natur macht keine Kompromisse“, deshalb könnten die Grünen auch keine Kompromisse machen. Praktisch schließt solcher „Fundamentalismus“ eine manchmal einfallsreiche Kommunalpolitik nicht aus, wie ebenfalls dem Band zu entnehmen ist.

Zum Wahltag ist auch eine Gedanken- und Redensammlung von Petra Kelly herausgekommen.² Vielleicht sagt der Titel am meisten aus: „Um Hoffnung kämpfen“ Entweder gibt es Hoffnung und Gründe dafür oder nicht. Aber um Hoffnung kämpfen? Das Buch ist ein Rosenkranz von zwei Gedankenperlen, die abwechselnd gereicht sind: Das System ist bankrott und den Ausweg müssen wir in uns finden.

Der Untertitel heißt: „Gewaltfrei in eine grüne Zukunft“ Über die Gewalt erfährt man in dem Buch, daß sie in Gegensatz zur grünen Zukunft stehe und deshalb prinzipiell auszuschließen sei. Aber wo fängt Gewalt an und ab wann steht sie an sich in Widerspruch zur grünen Zukunft? Bekenntnisse sind in Mode. Nicht nur bei Kohl.

Ebenfalls kurz vor den Wahlen erschien ein neuer Sammelband von Reden und Aufsätzen Rudolf Bahros, „Wahnsinn mit Methode“³ Von Reden in Oaxaca/Mexiko, Stockholm und Hofgeismar über Antworten an den Deutschlandfunk bis zu einem langen Rundbrief an die Grünen ist dort fast alles zusammengetragen, was Bahro in den letzten zwei Jahren aufgeschrieben oder gesagt hat.

Ausstieg aus der Blockkonfrontation und Ausstieg aus dem Industriesystem verbinden sich für Bahro immer unlösbarer miteinander. Da die Welt voller Sachzwänge ist, sind diese Zwänge nur mit den Sachen selber zu beseitigen, durch die Liquidierung der Bombe wie der Maschinerie. Es liegt aber selbst sachlich ein Unterschied zwischen der Bombe und der Maschinerie vor Bahros Gedankenentwicklung verengt sich im gleichen Tempo, wie die prophetische Geste bestimmter wird.

Da das nicht nur zu Kritik sondern auch zu Gefolgschaft anregt, werden wir früher oder später auf Bahros Gedankengänge seit der „Alternative“ ausführlich zurückkommen. js

1 Wolfgang Kraushaar (Hrsg.): Was sollen die Grünen im Parlament? Mit Beiträgen von Johannes Agnoli, Johannes Berger/Norbert Kostedde, Thomas Ebermann, Iring Fettscher, Joschka Fischer, Graue Zellen Westberlin, Joachim Hirsch, Joseph Huber, Claus Offe, Walter Oswalt und Norbert Seitz, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1983, 15,00 DM

2 Petra Kelly: Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft. Vorwort von Heinrich Böll, Lamuv Taschenbuch 29, Bernheim-Merten 1983, 12,80 DM

3 Rudolf Bahro: Wahnsinn mit Methode. Über die Logik der Blockkonfrontation, die Friedensbewegung, die Sowjetunion und die DKP Edition Vielfalt Olle & Wolter, Berlin 1982, 12,80 DM

Das Kursbuch erschien zum ersten Mal im Juni 1965. Später, 1967 versuchte der Sammelband von Gert Schäfer und Carl Nedelmann diese Zeit als „CDU-Staat“ auf den Begriff zu bringen. Im 19. Jahrgang scheint die Geschichte des Kursbuch und mit ihm eine ganze Generation von Intellektuellen wieder eingeholt zu haben.

Die **Märznummer** veröffentlicht *Berichte zur Lage der Nation*. Autoren dieser Nummer sind Eva Demski, Karl Markus Michel, Yaak Karsunke, Uwe Wesel/Wolf Dieter Narr, Günter Gaus, Karl-Heinz Harenberg, Cora Stephan und einige mehr. Es wird versucht, die Bedingungen der „Wende“ aufzuspüren. Das reicht von Tagebuchskizzen bis zu Aufsätzen zur Wirtschaftsentwicklung und zur Sozial- und Bildungspolitik. Immer wieder aber erscheint die Figur Kohl gerade als das, was enträtselt werden muß.

Es dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben, daß der Mann unterschätzt wurde, gerade von den vielen Intellektuellen. Es wirkt wie ein Witz, daß „Birne“ den Staatsmann ablösen sollte. Und der Witz wurde und wird bis zum Überdruß wiederholt. Da liest es sich ganz heilsam, wie Karl Markus Michel in seinem Essay „Die Herrschaft der neuen Glaubwürdigkeit“ dem Rätsel Kohl auf die Spur zu kommen sucht.

Michel erkennt an Kohl einen „Zug, der sich in den letzten Jahren, als Kohl den Rhein herunterkam, in einem ganz anderen Milieu und bei viel Jüngeren ausgebreitet hat: bei den Alternativen, den Grünen, der No-future-Generation. Von ihnen hört man Sätze, die von Kohl stammen könnten, und umgekehrt. Zum Beispiel: ‚Zuerst muß man glaubwürdig sein. Oder: ‚Die Frage nach dem Sinn des Lebens muß neu gestellt werden, tief und fundamental‘

So Milan Horacek, grüner Stadtverordneter in Frankfurt. Keine Frage, daß die Inhalte, auf die sich solche Sätze beziehen mögen, differieren, daß der grüne nicht der Kohl-Sinn ist. Gemeinsam ist ihnen aber daß sie keinen eindeutigen Inhaltsbezug haben, nur Tiefe – oder Flachheit, wie man's nimmt.“

Wie ist dies mit dem seltsamen Ping-Pong-Spiel um Gewaltfreiheit? Fordert sie Kohl nicht genauso treuherzig ein, wie sie grün immer wieder versichert und sogar schon trainiert wird? Das Gewaltmonopol des Staates erscheint beidseits so unpersönlich, daß Gewaltfreiheit von der menschlichen Person mit gleich prinzipiellem Nachdruck eingefordert werden kann.

Eine Birne jedenfalls wird erst Kanzler wenn es Herbstet. Das aber ist dann schon eine allgemeine Klimafrage. Folgedessen, daß der revolutionäre Durchbruchversuch der späten sechziger und frühen siebziger



Jahre zwar ideologischen Freiraum schuf, aber an den sozioökonomischen Grundlagen noch nicht mal rühren konnte. Folgedessen, daß dieser ideologische Freiraum noch nicht mal genutzt wurde, um eine mehrheitsfähige Vorstellung der Umwälzung dieser Grundlagen zu entwerfen. Da kann die Krise solche wabernde Wirkungen zeitigen und wird der Tiefsinn nur die kapitalistische Rekonstruktionsversuche der Produktionsweise erleichtern.

Etwas von dieser Problematik ist in der Märznummer des Kursbuches zu spüren. Cora Stephan. „Wer hat uns Kindern einer dreizehn Jahre währenden sozialliberalen Kontinuität des Wandels eine neuerliche Wende noch zu bieten? Nach dreizehn Jahren in einem riesigen Laboratorium zur Erforschung menschlicher Wandlungsfähigkeit und zur Feststellung der absoluten Zahl möglicher Identitäten, in dem wir Weißkittel und Meerschweinchen zugleich waren, sind die Helden müde und ausgelagt. Nun verspricht ein Pfälzer Mensch die Einkehr und die Rückkehr die Bindung und die Ordnung, die Sitten und die Gebräuche. Back to the fifties – als das Privatleben noch privat war das Verbotene noch süß, der Widerstand noch nicht Pflicht, Gesellschaftskritik noch avantgardistisch, als die vielen Spießler noch willkommene Folie für eine kleine radikale Minderheit darstellten. Chance oder Anachronismus? Wir werden sehen. Nachwehen der bloß ideologischen und kulturellen Revolution, die sich totläuft und gewendet werden soll wie ein abgetragener Rock.“

Viel nüchterner Dieter Kampe in seinem Aufsatz „Über die Wirtschaftslage der Nation“: „Alternative Strategien gibt es im Prinzip“ als Möglichkeit, doch nicht ausformuliert und nicht als Programm einer Gruppe. Schuld daran sind nicht zuletzt die Denker der 68er Studentenbewegung, die angesichts einer boomenden Wirtschaft Sozialismus-Konzepte diskutierten, die abstrakt blieben, philosophisch-soziologisch orientiert waren und – um dem Odium des Reformismus zu entgehen – sich möglichst revolutionär gebärdeten. Diese Utopien waren nicht mit der Realität verknüpft, und die damals entwickelten Theorieberge können keine Antwort auf die heute anstehenden Fragen geben. Alternativen der Wirtschaftspolitik sind möglich; wie viele Anhänger sie gewinnen, hängt wesentlich da-

von ab, wie präzise und überzeugend sie entwickelt werden.“

Die sozialliberale Koalition hat wie eine Käseglocke gewirkt, unter der bloß Ideologisches krude gedeihen konnte, weil die Regierung das Wirtschaftliche letztenendes zu richten schien. Die Käseglocke ist jetzt weg und der reaktionäre Appell zur Wirklichkeit kann wirken. Nicht weil das Volk nach rechts will, sondern weil die Linke so verblasen ist, wie Kohl erscheint. *Ihm* wird die Ökonomie das Kapitals schon richten. So jedenfalls sein *Kalkül* und nicht nur *Gefühl*.

termine

Seminar der Frauengruppe des KBW Frankfurt

Frankfurt: Weibliche Bedürfnisse und weibliches Arbeitsvermögen, Frauen und Technik, Entstehung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung des Kapitalismus und Alternativen in der autonomen Frauenbewegung
16./17. April, Beginn Samstag, 14.00 Uhr, Mainzer Landstr. 147

Anmeldungen: A. Mönich, Tel. 0611/5972379, bis 1 Woche vor Beginn.

„Entwicklung des Kapitalismus“

Frankfurt: Wochenendseminar der Arbeitsgruppe I des KBW. Diskutiert werden einige Theorien der „Industriegesellschaft“ und des „Postindustrialismus“. Das Seminar beginnt am *Samstag*, 23.4., 14.00 Uhr und endet am *Sonntag*, 23.4., spätestens 15.00 Uhr. Wegen der Überschneidung mit dem Seminar der Frauengruppe ist der Termin damit um eine Woche nach hinten verlegt worden. Ort: Mainzer Landstr. 147

„Arbeitsgruppe Bildungswesen“

Frankfurt: Wochenendseminar mit folgenden Themen: a. Auseinandersetzung mit lerntheoretischen Fragen (F. Vester: Denken, lernen, vergessen), b. Konzeptionen der Alternativen Pädagogik und Alternativen Schulen, c. „Selbstkritik der pädagogischen Linken“ (Lehrer-jahrbuch).

16./17. April, Beginn Samstag, 14.00 Uhr Mainzer Landstr. 147

Anmeldungen: M. Ackermann, c/o Kommune-Redaktion, bis 1 Woche vor Beginn.

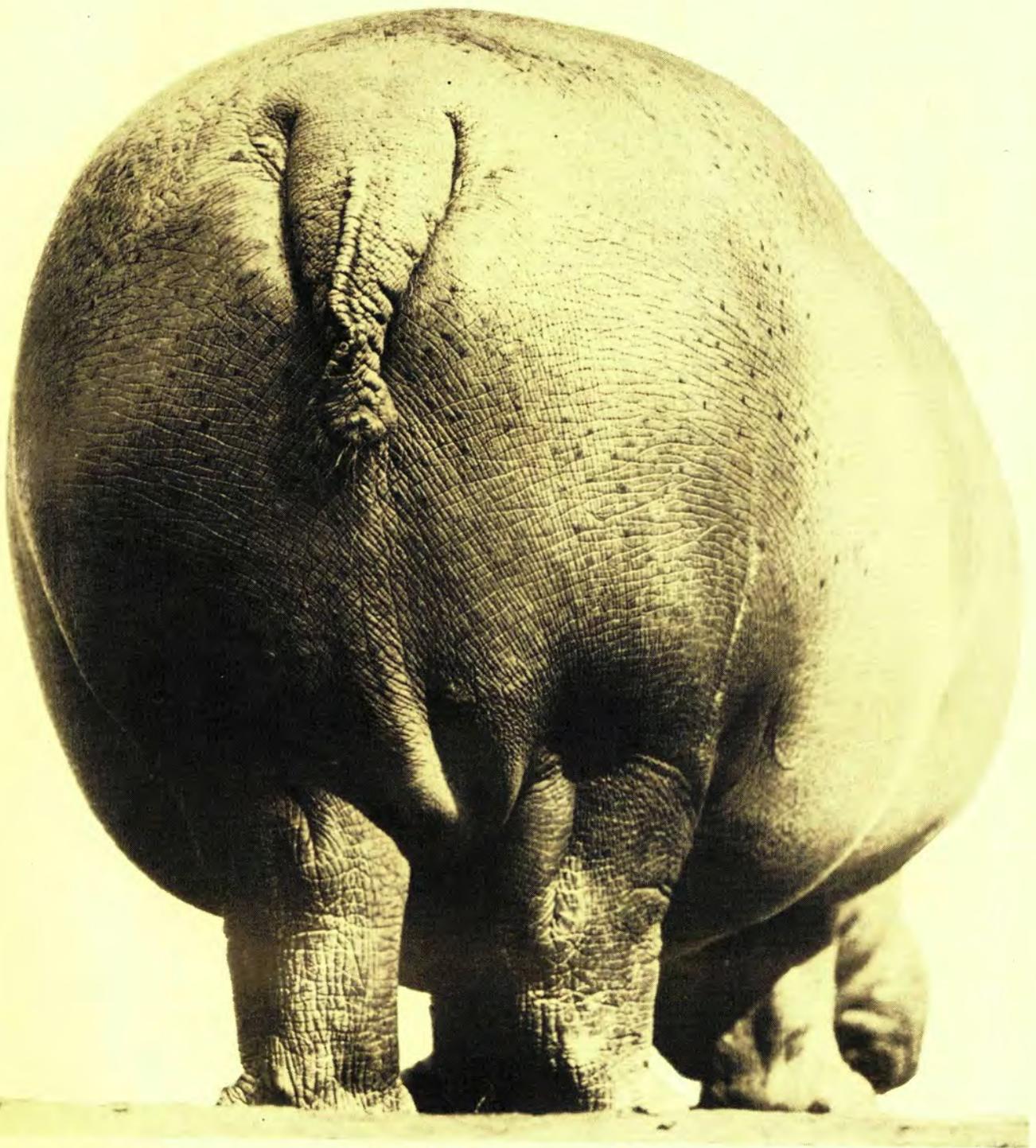
Kapitalschulung Band 2 und 3

Frankfurt: Der KBW führt vom 6. bis 18. August 1983 eine Kapitalschulung (Band 2 und 3) durch. Alle Interessierten, die sich schon einmal mit dem Band 1 beschäftigt haben, können daran teilnehmen. Die Bände 2 und 3 werden abschnittsweise gemeinsam gelesen und diskutiert. Die Schulung soll jeden Tag von ca. 9.00 bis 19.00 Uhr stattfinden. Die Kosten betragen ca. 10 DM pro Tag für die Verpflegung. Für die Übernachtung wird Unterbringung in Privatwohnungen angestrebt. Deshalb sollen sich Interessenten/innen möglichst bis zum 30.4. anmelden. Auch diejenigen, die noch nicht ganz sicher sind, ob sie zu diesem Termin wirklich können, sollen sich unter Vorbehalt schon melden.

Anmeldung unter Tel. 0611/730231 bei Jürgen Schwemann oder schriftlich an KBW Mainzer Landstr. 147 6000 Frankfurt 11.

„Kritik der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung“

Bremen: Diskussionsveranstaltung mit Willfried Maier, Autor des gleichnamigen Artikels in *Kommune* 1/1983.
Freitag, 25. März, 20.00 Uhr Gaststätte Minister, Findorffstraße.



Immer noch gibt es Dickhäuter, die nicht abonniert haben

Jetzt bestellen! **Kommune**

Ja, ich bestelle Abo(s) ab Heft

Vorname / Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Zustellpostamt

- Jahresabo der Kommune (12 Ausgaben) DM 60,00
- Halbjahresabo der Kommune (6 Ausgaben) DM 30,00
- Förderabonnement der Kommune DM 100,00
- Jahresabonnement Ausland DM 70,00
- Scheck / Bargeld liegt bei Einzugsermächtigung liegt bei
- Überweisung auf das Postscheckkonto BUCHVERTRIEBHAGER
Kto. Nr. 187 490-607 Ffm.

Garantie: Diesen Abonnementauftrag kann ich innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.

Datum / Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. Bankleitzahl

Geldinstitut

Ort

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.
Kündigungsfrist: Spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements muß die Kündigung schriftlich beim BUCHVERTRIEB HAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

Datum / Unterschrift

*Also das Absenden
nicht vergessen!*

Buchvertrieb Hager
Postfach 111162
6000 Frankfurt 11

Die Menschheit ist um einen Kopf kürzer gemacht, und zwar um den bedeutendsten Kopf, den sie heutzutage hatte. Die Bewegung des Proletariats geht ihren Gang weiter, aber der Zentralpunkt ist dahin, zu dem Franzosen, Russen, Amerikaner, Deutsche in entscheidenden Augenblicken sich von selbst wandten, um jedesmal den klaren unwidersprechlichen Rat zu erhalten, den nur das Genie und die vollendete Sachkenntnis geben konnte. Die Lokalgrößen und die kleinen Talente, wo nicht die Schwindler, bekommen freie Hand. Der endliche Sieg bleibt sicher, aber die Umwege, die temporären und lokalen Verirrungen – schon so unvermeidlich – werden jetzt ganz anders anwachsen. Nun – wir müssen's durchfressen, wozu anders sind wir da? Und die Courage verlieren wir darum noch lange nicht.

*Engels an Sorge
15. März 1883*

